zazc 375 vzvbu 171156

D V

Ident-Nr.: 872384

+sss bubnim nr 3405 1712 1152=

01 alle im
bu
02 bonn gsk west
03 meckenheim bka (td 11 - lz)
04 koeln bfv
05 koblenz gsd
sh
06 bad bramstedt gsk kueste
07 luebeck gs-schule
ni
08 hannover gsk nord
nw
09 muenster pfa
he
10 wiesbaden bka
11 kassel gsk mitte
bw
12 karlsruhe gba
by
13 muenchen gsk sued
14 muenchen gpp (zib)=

bu
15 bonn chbpra (minr karschies)
16 bonn chbk
17 bonn bmu
18 bonn aa (sonderverteiler ''innere sicherheit'')
19 bonn bmj (ref. z b 5)
20 bonn bmj (ref. roem 2 b 1)
21 bonn bmf (ref. z a 1)
22 bonn bmf (ref. roem 3/a 8)
23 bonn bmvg (ref. fue s roem 2 6 - lage)
24 bonn bmv (ref. z 24)
25 bonn bmp (ref. 913)
26 bonn bmft (ref. 112)
27 bonn bmb (ref. z 5)

für [redacted]

Dfg. 1) Reg III
2. z. d. A
2.1.90

Ident-Nr.: 868254

aus [redacted]

Dfg.
1) Reg III
2) III 1c240 b
Abl. z.f. 1.2.1
f. [redacted]
3) III 1c21
4) III 1c23
5) III A101-01

12989
12

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

30 bonn bmz (ref. 314)
31 bonn alle lv beim bund (mav he)

betr.: lagebericht 'innere sicherheit' - 17.12.89

1 innere lage

1.1 politisch motivierte straftaten

hamburg, ermittlungen im zusammenhang mit der konspirativen wohnung in lasbek-dorf (s. lb vom 15.12.1989, ziff. 1.1.1)
drei der am 14.12.1989 in hamburg festgenommenen personen wurden am 15.12.1989 auf anordnung des gba entlassen.
gegen den vierten festgenommenen erliesz der ermittlungsrichter des bgh haftbefehl wegen unterstuetzung einer terroristischen vereinigung in tateinheit mit strafvereitelung.
bei der durchsuchung einer weiteren wohnung wurde am 16.12.1989 zahlreiches schriftgut mit linksextremistischem bezug sichergestellt.
quelle: lka hamburg

1.2 kundgebungen und demonstrationen

1.2.1
goettingen, aufzug von autonomen
am abend des 15.12.1989 versammelten sich an der stelle, an der am 17.11.1989 eine demonstrantin bei einem unfall toedlich verletzt wurde, ca. 300 autonome, die demonstranten zogen anschliesszend durch die innenstadt. der aufzug wurde von starken polizeikraeften begleitet.
quelle: pa goettingen
- als einzelbeitrag keine verschluszsache -

1.2.2
hamburg, aufzug zum thema 'wohnung fuer alle'
am 15.12.1989 fuehrten verschiedene mieterinitiativen einen aufzug durch. in der innenstadt, unter den 2.300 demonstrationsteilnehmern befanden sich ca. 650 angehoerige der linken szene aus der hafenstrasze, der schanzenstrasze und der arbeitslosen- und jobber-initiative.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

D | M | V

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEHÖRDE FÜR INNERES

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Gz. [redacted]
(Bei Beantwortung bitte angeben)

Hamburg, d.28.Dezember 1989
Fernsprecher 24 44 63 / Behördennetz 9.54. } App. 2650
Postanschrift: 2 Hamburg 1, Johanniswall 4

[redacted]

An das
Bundesamt für Verfassungsschutz
- Abteilung III -
Postfach 10 20 50

5000 Köln 1

Ident-Nr.: 874707

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Eingegangen
3. JAN. 1990

Betr.: Ausschreitungen und Protestaktionen anl. der Ereignisse vom 17.11.89 in Göttingen

Bezug: NADIS-Anfrage des BfV vom 15.12.89
Az.: [redacted] 24 Festnahmen

Bei den am 18.11.89 in Hamburg festgenommenen Personen handelt es sich um Teilnehmer eines Romanistikkongresses in der Universität Hamburg, die nicht an den o.g. Aktionen beteiligt waren. Der Weg zu ihren Nachtquartieren führte sie lediglich in deren örtliche Nähe.

Ufg

[redacted]

12989 12 3

1) Reg. III

2) Ut. an III C 24 z. Ut. (1 w. B. (siehe Bezugsvorgang)
2a) III A 10 i - 0 i 17.1.90
3) z. d. A 15 i.

Schr. 10/1.90

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

-12-

Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 21.11.89

Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Tod von Studentin

„Plattmachen" / Schwere Vorwürfe der Grünen gegen Polizei

Göttingen (pid) Der Tod der 24jährigen Studentin Cornelia W., die am Freitagabend auf der Flucht vor der Polizei auf einer Hauptverkehrsstraße in Göttingen vor ein Auto gelaufen war, hat erste juristische Folgen. Die Staatsanwaltschaft hat am Montag die Ermittlungen aufgenommen. Unter anderem solle geprüft werden, ob gegen den Einsatzleiter der Polizei ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet werde, erklärte der leitende Oberstaatsanwalt Hans-Peter Jabel. Autonome kündigten am Montagnachmittag an, sie wollten auch künftig jeden Abend an der Unglücksstelle eine zweistündige Mahnwache abhalten. Am späten Sonntagabend hatten erneut etwa 500 Personen in der Göttinger Innenstadt demonstriert und an der Unglücksstelle ein Feuer entfacht. Dabei kam es, ebenso wie später vor dem Jugendzentrum, zu Rangeleien mit der Polizei, die zwei Personen festnahm. Am Sonntag wurde nach Angaben der Polizei an der Unglücksstelle ein unbeteiligter Zuschauer von Autonomen krankenhausreif geschlagen. Bei der vorangegangenen Demonstration am Sonnabend seien bei Banken, Kaufhäusern und Geschäften Scheiben im Gesamtwert von rund 200 000 Mark eingeschlagen sowie mehrere Autos zerstört worden, erklärte ein Polizeisprecher.

Die Grünen im Landtag nannten den Tod der Studentin am Montag „die brutale Konsequenz der seit Wochen anhaltenden Provokationen von Neonazis in Göttingen sowie der Methode der Polizei, die Opfer der Skinhead-Überfälle zu Tätern zu erklären". Bei der Göttinger Polizei gebe es ein tiefsitzendes Feindbild gegen Linke und Autonome, sagte der Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin (Göttingen). Die von der Polizeiführung eingeräumten Funksprüche, wonach die Autonomen „plattgemacht" werden sollten, seien menschenverachtend. Wenn Polizeichef Lothar Will der Öffentlichkeit weismachen wolle, dabei sei es nur um Feststellung von Personalien gegangen, dann sei dies bodenloser Zynismus, erklärte die grüne Göttinger Landtagsabgeordnete Sonja Schreiner.

Der leitende Oberstaatsanwalt Jabel sprach von fehlender Funkdisziplin der Polizei. Bereits Anfang der achtziger Jahre waren Mitschnitte des Göttinger Polizeifunks bekannt geworden. Dabei hatten Beamte observierte Personen aus der linken Szene als „Schweinsgesichter" bezeichnet und über Funk den Vorschlag geäußert, „kleines Loch hacken, reinschmeißen".

Göttingens Polizeichef Lothar Will erklärte am Montag, es sei makaber und unverantwortlich, den flapsig gemeinten Spruch, „sollen wir sie plattmachen", mit dem Tod der jungen Frau in Verbindung zu bringen. Der Polizei sei es einzig darum gegangen, die Personalien von Straftätern festzustellen.

Wie berichtet, ereignete sich der tödliche Unfall, nachdem die Polizei die Personalien einer Gruppe Autonomer hatte feststellen wollen. Die Gruppe, die nach eigenen Angaben nichts mit der vorausgegangenen Schlägerei zwischen Autonomen und Skinheads zu tun hatte, versuchte zu entkommen. Dabei war die 24jährige vor ein Auto gelaufen.

Auch in Braunschweig kam es in der Nacht zum Montag zu Reaktionen auf den Vorfall in Göttingen. Polizeibeamte des Zivilen Streifenkommandos verhinderten einen Anschlag auf eine Filiale der Deutschen Bank. Die Beamten stellten vier verdächtige junge Männer, die sich in der Nähe der Bank zu schaffen machten. Die vier waren schwarz gekleidet, trugen dicke Handschuhe und führten Sturmhauben mit sich. In ihrer unmittelbaren Nähe wurden unter Laub versteckt acht große Pflastersteine sichergestellt, wie sie schon mehrfach verwendet wurden, um Schaufensterscheiben von Geldinstituten einzuwerfen. Zuletzt richteten Unbekannte Anfang November damit in einer Nord/LB-Filiale in Braunschweig einen Schaden von rund 70 000 Mark an. Gefunden wurden außerdem vier Flugblätter mit der Aufschrift: „Am 17. 11. haben die Bullen Conny ermordet, wir machen weiter, Konzerthaus bleibt." Die vier jungen Männer im Alter zwischen 18 und 25 Jahren stammen aus Braunschweig, Lengede (Kreis Peine) und Berlin. Über ihre Motive schwiegen sie sich aus, sie wurden nach Feststellung der Personalien entlassen.

In der Nacht zuvor hatten Unbekannte die Scheiben einer weiteren Filiale der Nord/LB in Braunschweig zerstört. Der Schaden beträgt rund 10 000 Mark. Auch hier vermutet die Polizei einen Zusammenhang mit den Aktionen nach dem Tod der 24jährigen Studentin in Göttingen.

Personalien angefordert!

Die Tageszeitung v. 23.11.89

„Polizeiführung verarscht Öffentlichkeit"

Der Innenausschuß in Hannover beschäftigte sich mit dem gewaltsamen Tod der 24jährigen Studentin Cornelia W. / Entgegen der Polizeidarstellung werden die Augenzeugenberichte weitgehend bestätigt

Von Reimar Paul

Göttingen (taz) – Die niedersächsische Landesregierung hat Dienstag nachmittag den Innenausschuß des Landtages über den Göttinger Polizeieinsatz vom Freitag informiert, bei dem die 24jährige Studentin Cornelia W. ums Leben kam. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jürgen Trittin, der die Unterrichtung beantragt hatte, erklärte die Regierungsauskünfte als „fast durchgehende Bestätigung" der Augenzeugenberichte. Es sei offensichtlich, daß „die ständig ändernden Darstellungen des Vorfalles durch die Göttinger Polizei nichts anderes als eine nachträgliche Verarschung der Öffentlichkeit darstellen".

Innenstaatssekretär Diekwisch (SPD), so wurde aus dem Ausschuß berichtet, habe bestätigt, daß sich die am Einsatz beteiligten Beamten über Funk auf ihr Vorgehen gegen die Gruppe von etwa 25 Autonomen verständigt hätten. Der Funkspruch – in der von Diekwisch verlesenen Fassung „Ich würde sagen, wenn wir genug Leute sind, sollten wir die plattmachen" – sei unmittelbar vor dem Einsatz aus dem Wagen des Leiters des Zivilstreifenkommandos (ZSK) an den „Dienstabteilungsführer des ersten Reviers", den Einsatzleiter also, übermittelt worden.

Bestätigt sei jetzt auch, so ein Ausschußmitglied zur taz, daß die verfolgten AntifaschistInnen von der Polizei gezielt eingekesselt wurden. Diese Darstellung hatte die Göttinger Polizeiführung zuvor bestritten. Der Inspekteur der Schutzpolizei, Schulze, habe in seiner Ablaufschilderung jedoch gesagt, daß insgesamt sechs Einsatzfahrzeuge der Gruppe den Weg nach hinten und vorne versperrt und die Beamten somit die „Chance zum Zugriff" gesehen hätten. Für Jürgen Trittin steht die „Kausalität des polizeilichen Vorgehens und des Zusammenstoßes damit außer Zweifel".

Nach Auskunft eines Abgeordneten hat die Landesregierung „weder Beweise noch Indizien" für die Behauptung des Göttinger Polizeichefs Will vorlegen können, wonach es sich bei den 25 Autonomen um dieselben gehandelt habe, die zuvor an einer Schlägerei mit Skinheads beteiligt waren. Mit dieser „Gleichsetzung", der die Betroffenen stets widersprochen hatten, war die Notwendigkeit des Polizeieinsatzes begründet worden. Auch die offizielle Polizeiversion, daß Tränengas weder vor noch nach dem Tod von Cornelia W. eingesetzt worden sei, ist in der Ausschußsitzung erschüttert worden. Einem Ausschußmitglied zufolge hat der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Mahn, auf Nachfrage eingeräumt: Es sei möglich, „daß ein oder zwei Beamte zum Schutz des Autofahrers" Reizgas eingesetzt hätten. Gegenüber der taz kündigte Jürgen Trittin an, daß so rasch wie möglich eine Große Anfrage ins Parlament eingebracht werden soll. Gegen den Einsatzleiter der Polizei hat die Staatsanwaltschaft in Göttingen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

deklassifiziertedakten.wordpress.com

Weser Kurier 21. NOV. 89

-13-

Wieder Gewaltaktionen gegen die Polizei

50 bis 60 „Autonome" randalierten im Ostertor

ndt. Nach dem brutalen Überfall auf eine Streifenwagenbesatzung in der Nacht zum Sonntag kam es Stunden später am Abend erneut zu Gewaltakten sogenannter autonomer Gruppen gegen die Ordnungshüter. Dabei gingen im Ostertor über 20 Scheiben zu Bruch, zwei Polizeiautos und vier Privatfahrzeuge wurden beschädigt. Die Polizei geht davon aus, daß die Angriffe als Folge des Unfalls in Göttingen zu werten sind. Dabei war eine Frau aus der „autonomen Szene" auf der Flucht vor Polizisten vor ein Auto gelaufen und tödlich verletzt worden. - -

In Bremen geriet in der Nacht zum Sonntag dann eine Streifenwagenbesatzung in einen Hinterhalt. Dabei wurden zwei Beamte durch Steinwürfe und splitterndes Glas verletzt. Am Abend formierten sich nach einer Zusammenkunft im Naturfreunde-Haus in der Buchtstraße erneut 50 bis 60 schwarz gekleidete, zum Teil vermummte Gestalten zu einer „Demonstration", deren Ziel erneut Angriffe auf die Polizei waren.

Auf dem Weg durch die Buchtstraße wurden zunächst zwei Polizeiautos beschädigt, die Scheiben eingeschlagen, die Blaulichter abgebrochen. Auch vier dort abgestellte Privat-Pkw wurden erheblich beschädigt.

Das Panzerglas der Polizeiwache hielt den Steinwürfen stand, lediglich im ersten Stock ging ein Fenster zu Bruch. Die Polizei bot daraufhin 70 Beamte auf, um den Schaden in Grenzen zu halten. Bei der Durchsuchung des Naturfreunde-Hauses warf einer der Beamten eine Tränengaspatrone. Die Polizei bezeichnete dies gestern als „nicht gerechtfertigte Einzelaktion". Dafür wurde der Beamte zur Rechenschaft gezogen, muß es.

Offenbar erbost über die stabilen Scheiben der Wache 6 zogen die Täter dann weiter zum Polizeigefängnis gegenüber dem Gerhard-Marcks-Haus in der Straße Am Wall. Dort gingen rund 20 Scheiben zu Bruch. Steine flogen auch gegen die vier von der Polizei eingesetzten Hundeführer. Im Ostertorsteinweg wurde auch ein Schaufenster einer Boutique zerschlagen.

Nach Verfolgung der Gewalttäter kam es zu 20 Festnahmen. Gegen alle festgenommenen Personen besteht der Verdacht, sich aktiv am „Landfriedensbruch" beteiligt zu haben. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet. Mehrere Personen sind nach Angaben der Polizei schon vorher bei ähnlichen Aktionen sogenannter autonomer Gruppen in Erscheinung getreten.

A/32

2/V anfragen

Personalien wurden aus

Sb. 34/89 angefordert.

Unsere Zeit 21. NOV. 89

Ausland

SEW wählte Geschäftsführenden Ausschuß

WESTBERLIN. ADN – Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) hat auf seiner jüngsten Tagung einen Geschäftsführenden Ausschuß gewählt, der bis Ende Januar eine Versammlung aller Parteimitglieder vorbereiten soll.

Nach einem von der Zeitung „Die Wahrheit" am Montag veröffentlichten Kommuniqué ist die Wahl des Ausschusses, dem auch der amtierende SEW-Vorsitzende Dietmar Ahrens angehört, eine Interimslösung. Büro und Sekretariat des Parteivorstands hatten zu Beginn der Tagung in der vorigen Woche ihren Rücktritt erklärt.

Die Mitgliederversammlung soll sich mit der veränderten Lage in Berlin (West) und der Situation der Partei befassen sowie über einen außerordentlichen Parteitag entscheiden. Der Parteivorstand befürwortete mehrheitlich einen Parteitag.

USA unter Abrüstungsdruck

12989 6 1912

Unsere Zeit v. 18.11.89

Arbeitsverhältnis von Karin Neuber unbeschränkt gültig

Berufsverbot zurückgewiesen

Das Arbeitsgericht Stuttgart hat das Berufsverbot gegen die Lehrerin Karin Neuber aus Karlsruhe ohne Einschränkung zurückgewiesen.

Das Gericht stellte bei der Urteilsverkündung am Donnerstag fest, das Arbeitsverhältnis der 28jährigen Junglehrerin sei „unbeschränkt" gültig. Das Land Baden-Württemberg muß die Kosten des Verfahrens tragen. Damit ist die vom Land Baden-Württemberg am 15. Juni 1989 mit Wirkung ab 30. Juni 1989 ausgesprochene Kündigung unwirksam.

Karin Neuber zeigte sich „hocherfreut" über dieses klare Urteil. Das Gericht habe offensichtlich erkannt, daß in der aktuellen Zeit des sich auch in den sozialistischen Ländern vollziehenden Umbruchs Berufsverbote mehr denn je ein „Anachronismus der Geschichte" seien, erklärte die Lehrerin. Seit Bekanntwerden des Urteils sei ihr Telefon nicht mehr stillgestanden. Auch an der Höfinger Schule sei die Freude über diese klare Entscheidung sehr groß. Alle hofften, daß die Landesregierung dieses Urteil akzeptiere und nicht in Berufung gehe.

Der DKP-Bezirksvorstand Baden-Württemberg erklärte, die Landesregierung müsse dieses Urteil zum Anlaß nehmen, ihre Berufsverbotspraxis zu beenden, damit Baden-Württemberg „endlich europäisches Demokratieniveau" erreiche.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Vorlage schlecht lesbar

Freie Hansestadt Bremen
Landesamt für Verfassungsschutz

An
Abt. III

Eingegangen
18. DEZ. 1989

Kurzmitteilung

Diese Form des Schreibens wurde zur Vereinfachung des Schriftverkehrs gewählt. Bitte haben Sie dafür Verständnis.

Zutreffendes ☒ ausgekreuzt ☒ oder ausgefüllt

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom	Mein Zeichen, meine Nachricht vom	☎ 0421 5091-0	Datum
	20.1/1		14.12.89

Betreff: „Landesbericht Bremen" / Flugblatt für Astra Uni Bremen

Anlagen: 2

Die beigefügten Unterlagen erhalten Sie für [redacted] Wei

UNL IHB

U. R. mit der Bitte um
☐ Bericht ☐ Prüfung ☐ Stellungnahme ☐ Zustimmung ☐ Genehmigung
☐ Kenntnisnahme ☐ Beifügung des Vorgangs/der Akten/der Unterlagen

Frist: Ident-Nr.: 874748

mit der Bitte um
☒ Kenntnisnahme ☐ Erledigung ☐ Anruf Ident-Nr.: 870431
☐ weitere Veranlassung ☐ ☐

[redacted]

☐ zuständigkeitshalber ☐ mit Dank zurück ☒ zum Verbleib
☐ gemäß fernmündl. Rücksprache ☐ auf Ihren Wunsch ☐ als Irrläufer
☐ im Nachgang zum Bezugsschreiben ☐

Demo in Göttingen am 17.11. anl. des Todes einer Studentin

Bemerkungen

Beide Flugblätter lagen im Dezember '89 im „Astra-Café", Buchtstraße, Bremen aus.

12989
12.

Im Auftrag

[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

C22, C24, A5

DURCH POLIZEI VERSCHULDET: TOD EINES SCHÜLERS - TOD EINER STUDENTIN!

Der 13-jährige Schüler Kemal C. wurde in Essen von einem Polizisten erschossen...
Die Studentin Conny W. kam in Göttingen nach einer Verfolgungsjagd durch Polizisten ums Leben...
Juli 89: Kemal hatte mit einem Moped einen BMW angefahren, war geflohen. Zwei Polizisten stellten ihn. Er entriß einem die Dienstwaffe und wurde später bei einem Schußwechsel getötet.
Mußte auf den Jungen geschossen werden? Er war von 50 Polizisten eingekreist, unter ihnen Spezialisten des Sondereinsatzkommandos mit kugelsicheren Westen und Maschinenpistolen - über ihm zwei Polizeihubschrauber.
Der Junge bedrohte keine Geisel, er konnte nicht fliehen.
Kemal starb durch fünf Schüsse; rechtzeitige ärztliche Hilfe wurde durch die Einsatzleitung der Polizei verhindert. Wie ist das polizeitaktisch einzuschätzen und was bedeutet es strafrechtlich?

Besteht eine Tendenz, tödliche Schüsse durch Polizeibeamte kritiklos als gerechtfertigt hinzunehmen? Wieso behauptete der Staatsanwalt vom Beginn der Ermittlungen an, die Polizei habe "richtig gehandelt", es werde nicht zu einem Ermittlungsverfahren kommen? Hat es für den Verlauf der Aktion eine Rolle gespielt, daß Kemal zum einen Arbeiterkind, zum anderen kein Deutscher war?
Im Zeitraum von 1976 - 1985 wurden von bundesdeutschen Polizeibeamten insgesamt 131 Menschen erschossen (nach Bürgerrechte und Polizei (CILIP)). Es ist eine Tatsache, daß gegen Polizisten, die geschossen haben, oft noch nicht einmal Ermittlungen geführt wurden.
Die Schwelle für den Einsatz von Schußwaffen wird noch herabgesetzt werden, wenn die Bundesregierung den "finalen Rettungsschuß" bundesweit gesetzlich verankert. Das Bundesinnenministerium hat einen entsprechenden Gesetzentwurf

C25

Lokales

Zum Tod von Kemal C.

Vor ca. drei Wochen wurde ein 13 Jahre alte Schüler bei einer eskalierten Polizeiaktion brutal, von Hinten, "auf der Flucht" erschossen. Dieses Geschehen hat weit über Essen hinaus für Schlagzeilen gesorgt, und bis heute ist nicht geklärt wie es dazu kommen konnte. Ein Bericht vom autonomen Ausländerreferat.

Der Vorfall ereignete sich am 30.6.1989, als der 13 jährige Kemal mit seinem älteren Bruder auf einen Mofa-Tripp ging. Kemal hatte allerdings noch keinen Führerschein, und das Mofa war auch nicht zugelassen.

Gegen 16[30] fuhren die Beiden von der Kerkhoffstraße über den Gehweg in den Wendehammer der Magarethenstraße. Dabei kollidierten sie mit einem BMW und es entstand ein geringfügiger Sachschaden.

Zuerst versuchten sie alles mit dem Fahrer des BMW zu regeln, aber als der Fahrer auf Polizei bestand, drehte Kemal durch und ergriff die Flucht mit dem Mofa. Gegen 16[50] versuchten zwei Polizisten Kemal an der Ecke Kerkhoff-straße-Burckhardstraße zu stellen.

Dabei kam es zu einer Rangelei und Kemal gelangte an die Waffe eines der Beamten. Während der Rangelei löst sich ein Schuß aus der Waffe und einer der Beamten fällt in Ohnmacht.

Daraufhin gibt sein Kollege per Funk durch:" Kollege angeschossen!" Mit dieser Meldung wird eine große Polizeiaktion daraus.

Es wird von überall Hilfe angefordert!

Nachdem man Kemal im Gebüsch nahe einer Gleisanlagegesehen hatte, wurden um 16[57] die Gleise gesperrt. Nach Augenzeugenberichten laufen acht Polizeibeamte von hinten in das Gebüsch. Kemal rennt vom Gebüsch aus los, in Richtung auf eine Gartenanlage in der Nähe. Dabei schossen die Beamten und riefen:

" Halt, stehen bleiben!". Er stolperte einmal, läuft jedoch weiter, wird vermutlich hier getroffen.

Er klettert an einem Stellwerkhäuschen ca. 1,80 m hoch, zunächst in eine rinnenartige Dachvertiefung. Von hier gelangt er auf das davorliegende Laubendach. Kaum erscheint er dort, wird er von Beamten angerufen. Mehr oder weniger gleichzeitig schiessen unbestimmt viele Beamte auf Kemal, und treffen ihn auch in den Rücken. Es ist 16[57].

Die Begründung dafür lautet auf "Notwehr", weil der Junge auf sie mit der Waffe gezielt haben soll. Später findet man die Waffe ohne Munition. Etwa 40 Minuten später wird Kemal verblutet aufgefunden. 1,6 Liter Blut hatten sich an seinem linken Lungenflügel angesammelt, sein rechter Lungenflügel war durchschossen. Er ist einen langsamen und qualvollen Tod gestorben.

Nachdem die Beamten Kemal erschossen, ließen sie sich 40 Minuten Zeit, Kemal zu suchen. Über Funk gingen Sprüche wie :" Ich hatte ihn echt gut drauf" oder "warum ist der Kaneke noch nicht platt".Der Arzt konnte später nur noch den Tod feststellen.

Man begann dann bis zur Dämmerung mit der Tatortsicherung. Nach der Dämmerung wurde der Ort ohne jegliche Absicherung verlassen. Zur Zeit fehlen der Polizei die Projekte die beweisen, wer den tödlichen Schuß abgab.

Der ermittelnde Staatsanwalt, Dr. Schmelhausen, jedoch schloß die Akte mit der Begründung die Polizei habe richtig gehandelt, wie er schon 2 Tage nach dem Vorfall gesagt hatte. "Obwohl auch für uns noch nicht alles klar ist, den Beamten kann man keinen Vorwurf machen, sie haben richtig gehandelt." (NRZ vom 03.07.89)

Kurz nachdem sich der Vorfall ereignet hatte, hat sich ein Arbeitskreis aus Ausländern und Deutschen gebildet der für die Aufklärung des Falles Kemal C. kämpft.

Autonomes Ausländerreferat

aus Essener Studierenden-Zeitung 8 1989

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

vorgelegt und will Polizeischüsse von den Notwehrbestimmungen lösen. Die Folge wird eine Brutalisierung von Polizeieinsätzen sein, die mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht mehr viel gemein hat. Ein solcher rechtsstaatlicher Grundsatz ist es, daß jeder Beschuldigte Anspruch auf ein Gerichtsverfahren hat, in dem er sich verteidigen kann.

November 1989: Conny wurde nach einer Demonstration gegen Neo-Nazis von der Polizei verfolgt. Sie flüchtete, wurde dabei von einem PKW erfaßt, durch die Luft geschleudert und war sofort tot. War es ein Unfall oder ein zum Schutz von Faschisten bewußt einkalkulierter Tod, den die Polizei zu verantworten hat?
Immer häufiger kommt es in den bundesdeutschen Innenstädten zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Nazi-Skins. Die Polizei beobachtet das Treiben der Nazis, ohne entscheidend gegen diese vorzugehen. Viel entschlossener geht sie jedoch gegen AntifaschistInnen vor.
Können wir es uns wirklich leisten, daß wir ruhig zusehen, wenn Neo-Nazis durch die Straßen ziehen, ihre faschistischen Parolen brüllen und ausländische MitbürgerInnen bedrohen?
Können wir es akzeptieren, daß die Polizei mit Brutalität gegen AntifaschistInnen vorgeht?

Der Tod von Kemal und Conny darf nicht vergessen werden. Eine Wiederholung ähnlicher Fälle muß verhindert werden. Doch nach den derzeitigen Äußerungen von Polizei und Staatsanwaltschaft kann man davon nicht ausgehen.

„Bitte nicht plattmachen“

15.000 demonstrieren meist friedlich in Göttingen zum Gedenken an Cornelia Wissmann gegen Faschismus und Polizeiterror / Polizei und Autonome bekriegen sich

Aus Göttingen Julius Kolb

„Nichts ist mehr so, wie es war. Wir wollen klarmachen, daß sich ein Mensch wie Conny nicht auf den Begriff Antifaschistin oder den Anonymus Cornelia W. reduzieren läßt.“ Einer von drei Rednern sagt dies vor 15.000 Demonstranten in Göttingen auf der Kundgebung gegen Faschismus, Polizeiterror und zum Gedenken an den Tod von Conny Wissmann. Die 24jährige Studentin war gegen 21.20 Uhr am Samstag vor einer Woche bei einer Polizeiaktion in den laufenden Verkehr gerannt worden.

Göttingen war die vergangene Woche wie gelähmt. Der Schock über den Tod der engagierten Antifaschistin sitzt tief. SPD, Grüne, Kirchenvertreter, LehrerInnen hatten für eine friedliche Demo mobilisiert. An Randale war in Göttingen kaum jemand interessiert. Auch die Göttinger Autonomen appellierten per Lautsprecher, „heute“, so wörtlich, „keine Scheiben klirren zu lassen.“

„Bitte nicht plattmachen“, hieß es in Anspielung auf einen Polizeifunkspruch unmittelbar vor dem Tod von Cornelia Wissmann auf Transparenten, und „Menschen sterben und ihr schweigt“. Betroffenheit und Hilflosigkeit prägen die Haltung der Mehrzahl der 15.000 Demonstranten. Aber 2.500 angereiste Autonome sind nicht zu einer „Latschdemo“ gekommen, sieben Menschen werden bei Polizeikontrollen schon an den Einfallstraßen festgenommen, am Abend stapeln sich 63 Müllsäcke u.a mit Zwillen, Knüppeln und Leuchtmunition im Polizeirevier.

Bei der Demonstration hielten sich die etwa 1.600 Polizisten aus ganz Niedersachsen zunächst im Hintergrund. Erst als der Zug von der Weender Landstraße zum zweiten Mal durch die Innenstadt geht, fliegen Steine gegen Banken,

Fortsetzung auf Seite 4

Der AStA wird zusammen mit dem "Arbeitskreis zur Unterstützung der Ermittlungen im Fall Kemal C", der sich zum Ziel gesetzt hat, die Umstände, die zum Tode von Kemal führten, aufzuklären, eine Veranstaltung durchführen. ReferentInnen aus Essen werden dann über ihre Arbeit berichten.

Der Termin dieser Veranstaltung wird noch bekanntgegeben.

ASTA UNI BREMEN

12989

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Senatsverwaltung für Inneres
Landesamt für Verfassungsschutz
[redacted]

VS-Vertraulich
amtlich geheimgehalten

. Ausf.

[redacted]

Ident-Nr.: 861529

Einstufung der einzelnen Punkte siehe unten

[redacted]

KURZINFORMATIONEN 47/89

(vom 16. bis 22. November 1989)

Ident-Nr.: 877229

I. Linksextremistische Bestrebungen

1. Am 16. November 1989 fand im "Mehringhof", Kreuzberg, Gneisenaustraße 2 a, eine Versammlung von etwa 35 Personen statt, unter ihnen Angehörige des RAF-Umfeldes und Autonome. Thema war u.a. eine an die "Szene" gerichtete Einladung Ost-Berliner Studenten, am 18. November 1989 in Berlin (Ost) an einer Demonstration teilzunehmen und einen Redebeitrag von etwa zehn Minuten zu leisten.

Die Anwesenden waren sich grundsätzlich einig, sich an der Ost-Berliner Protestaktion zu beteiligen. Sie sprachen über ein vorbereitetes Redekonzept, ohne dieses jedoch abschließend zu behandeln.

Anmerkung: Informationen über eine Teilnahme von Angehörigen des Berliner linksextremistischen Gewaltpotentials an der kurzfristig auf den 17. November 1989 vorverlegten Demonstration in Berlin (Ost) liegen nicht vor.

(offen)

[redacted]

- 2 -

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

2. Das autonome Diskussionsforum "INTERIM" veröffentlichte in seiner Ausgabe Nr. 79 vom 16. November 1989 eine "Erklärung zum Max und Moritz" (s. Anlage 1). In der Veröffentlichung bezichtigen sich die unbekannten Verfasser, mit verschiedenen Aktionen den Kongreß des "deutschnationalen, rechten Vereins" Paneuropa-Jugend Deutschland e.V., der in der Zeit vom 3. bis zum 5. November 1989 in Berlin (West) stattfand, gestört zu haben (vgl. KI 45/89, S. 3 f.).

(offen)

3. Nach Bekanntwerden des Todes einer Angehörigen einer autonomen Gruppe, die am Abend des 17. November 1989 in Göttingen nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Autonomen auf der Flucht vor der Polizei von einem Auto erfaßt und dabei tödlich verletzt wurde, kam es u.a. in Göttingen selbst sowie in Hamburg, Bielefeld, Wiesbaden und Freiburg im Breisgau zu Demonstrationen und zu unfriedlichen Aktionen.

- In Berlin (West) zogen am 18. November 1989 nach Polizeiangaben etwa 200 Personen, unter ihnen Angehörige des linksextremistischen Gewaltpotentials, u.a. über den Kottbusser Damm in Kreuzberg/Neukölln und zerstörten dabei über 40 Schaufensterscheiben.

  Anmerkung: Angehörige der Autonomen-Szene werteten inzwischen die geringe Beteiligung an der spontanen Protestaktion als "Niederlage".

  Danach beteiligten sich bis zu 1.000 teilweise vermummt und aggressiv auftretende Personen, unter ihnen Autonome und Angehörige des RAF-Umfeldes, an einem Spontanaufzug zwischen dem Kranzler-Eck und dem Breitscheidplatz in Charlottenburg.

- Etwa 200 Personen nahmen am 19. November 1989 im "Drugstore", Schöneberg, Potsdamer Straße 180, an einer "Vollversammlung" zu einer für den 20. November 1989 zum Thema "Antifaschistin

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

in Göttingen getötet" geplanten Demonstration teil (s. Anlage 2). Unter den Teilnehmern befanden sich u.a. sog. Antifas, einige Autonome, zahlreiche "Kids" sowie etwa fünf DDR-Bürger, von denen sich einer als "Maoist" und einer als Angehöriger der "Antifa Ostberlin" vorstellten. Die Veranstaltung stand unter keiner verantwortlichen Leitung und nahm überwiegend einen chaotischen Verlauf.

Im Rahmen der Zusammenkunft gab eine Angehörige des Berliner linksextremistischen Gewaltpotentials einen Bericht über die Ereignisse in Göttingen. Dabei behauptete sie, die Polizei habe die "Antifaschistin Conny" in den Tod getrieben. Außerdem stellte sie einen Zusammenhang mit dem Tod des 1985 von einem Wasserwerfer der Polizei in Frankfurt am Main im Zuge einer Demonstration tödlich verletzten Günter Sare her.

- An der Demonstration vom 20. November 1989, die vom Breitscheidplatz zum Adenauerplatz in Charlottenburg führte, nahmen etwa 1.200 Personen, unter ihnen zahlreiche Angehörige des linksextremistischen Gewaltspektrums sowie ca. 50 Angehörige der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP), teil. Sie verlief ohne nennenswerte Zwischenfälle. Die Demonstranten zeigten Transparente mit Aufschriften wie "Mord in Göttingen" und "Hinter den Faschisten steht das Kapital, bekämpfen wir es international".

(offen)

4. a) Bis zu 1.200 Personen, unter ihnen Angehörige des RAF-Umfeldes und von linksextremistischen Ausländergruppen sowie Autonome, beteiligten sich am 19. November 1989 aus Anlaß der Kämpfe in El Salvador an einer "internationalistischen" Demonstration (s. Anlage 3) vom Adenauerplatz zum Breitscheidplatz in Charlottenburg, wo eine Abschlußkundgebung stattfand. Die Wegstrecke entsprach den - vom Verwaltungsgericht Berlin nur zum Teil bestätigten - Auflagen der Polizei. Im Zuge der Demonstration verlas ein

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

ANTIFASCHISTIN in Göttingen GETÖTET

Anlage 2

Stoppt die Verfolgung von AntifaschistInnen !!

Am Freitagabend, den 17. November, kam es in der Göttinger Innenstadt zu einer Auseinandersetzung zwischen neofaschistischen Skinheads und Antifas. Wie so oft an Wochenenden hatten sich auch an diesem Abend wieder Nazis in Göttingen zusammengerottet, um ihren Terror auszuüben. Nachdem bekannt wurde, daß sie vor einer Kneipe randalieren, machte sich eine Antifagruppe auf den Weg, um einzugreifen.

Die Skinheads waren jedoch bereits mit Polizeischutz aus der Innenstadt geleitet worden. Die AntifaschistInnen, unter ihnen Conny, wurden schon von Anfang an von bis zu zehn Polizeifahrzeugen verfolgt. Zu dieser Zeit gab es keinen Konflikt mit den Nazis. Wegen der starken Polizeipräsenz waren die Antifas dabei, sich zurückzuziehen. Über Funk unterhielten sich die Polizisten, wo unter anderem die Frage fiel:

" Sollen wir sie plattmachen ? "

Kurze Zeit später hieß es über Bullenfunk: " Jetzt ist eine günstige Gelegenheit." Daraufhin griffen die Polizisten mit gezogenen Knüppeln an und versuchten, die einzigen zwei Fluchtwege in einer engen Straße dichtzumachen, indem sie ihre Autos querstellten.

Die Polizei hat also gezielt die Antifas und nur die Antifas angegriffen. Rechtfertigungen der Polizei, daß in diesem Moment Auseinandersetzungen mit Nazis gelaufen wären, sind Lügen.
Den Antifas gelang trotzdem die Flucht aus dieser Falle, wobei sie von den Polizisten verfolgt wurden. Die AntifaschistInnen mußten über eine vierspurige Ausfallstraße rennen, wobei ein Polizist nur anderthalb Meter hinter Conny war und sie festnehmen wollte. Dabei wurde Conny von einem PKW überfahren und getötet.

Das war Mord.

Wieder einmal hat sich auf makabre Weise gezeigt, auf wessen Seite die Herrschenden und die für sie arbeitende Polizei stehen. Die Verfolgung von AntifaschistInnen ist in Göttingen wie überall in der Bundesrepublik und Westberlin kein Einzelfall, sondern Normalität. Ob bei Faschistenveranstaltungen (wie der REP-Landesparteitag am 8. Juli 89 in Westberlin), Aufmärschen oder Übergriffen - überall schlägt die Polizei auf GegendemonstrantInnen ein, verfolgt, verhaftet und kriminalisiert sie, auch mit dem Terrorparagraphen 129a.

Diese Verfolgung hat System. Denn den Herrschenden aus Kapital und Politik sind nicht die Faschisten mit ihren unternehmerfreundlichen Programmen und ihren law-and-order-Forderungen ein Dorn im Auge, sondern jene Menschen, die sich selbst gegen Faschisten wehren, weil sie allzuoft die Erfahrung gemacht haben, daß die Polizei ihnen nicht dabei hilft.

Der Mord an Günther Sare auf einer Antifa-Demo 1985 in Frankfurt (er wurde von einem Wasserwerfer gejagt und überrollt) und der Tod der Göttinger Antifaschistin heute machen uns von mal zu mal klarer, daß wir uns selbst verteidigen und schützen müssen - vor Faschisten und der Polizei!

Die antifaschistische Selbstverteidigung organisieren !!

12989 12 13

Vollversammlung: Sonntag, 19. November im DRUGSTORE
Potsdamer Straße 180, 20.00 Uhr

DEMO: Montag, 20. 11. 89, 18.00h Breitscheidplatz

ViSdP.: L. Schmitt Gneisenaustr. 2 1/61

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Bln, den 15.1.90

BMV

[redacted] We

Vorlage schlecht lesbar Ident-Nr.: 277369

Betr.: Militante Neue Linke
hier: Demonstration am 17.11.89 u. Ostern
aus Anl. des Todes eines Polizisten

Bezug: Ab. des BfV [redacted]
Sachstandsbericht, Datum, Az. des Sachstandsberichts:
(INTERIM Nr. 82 v. 7.12.89)

Textteil

(1) Beg. [redacted] bitte buchen unter d.g. Az. im Betreff

( ) Ausdruck [redacted]

( ) Schreiben an
( ) Schreiben an

( ) Abzeichnung Fr.

( ) Sachindex (SI)
[redacted]
Fachsachbearbeiter

( ) [redacted] wegen
( ) [redacted] wegen
( ) [redacted] wegen
( ) [redacted] wegen
( ) [redacted] wegen

( )

( ) WV

(2) z.d.A.

i.A.
MB 15.1.90

12989 12.14

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Bullen provozieren Straßenschlacht

Was geschah am Samstag?

Auf der Demo am Samstag haben die städtischen Ordnungshüter wieder einmal – anstatt sich zu schämen, wie einige der unvermummten DemoteilnehmerInnen ihnen empfahlen – eine massive Provokationstaktik gefahren.

Die Demo begann als Trauerkundgebung und endete als Straßenschlacht – Warum?

Zunächst formierte sich der Demozug um 13 Uhr auf dem Wilhelmsplatz. Um 13.30 Uhr gingen wir mit lauten Sprechchören („Trauer und Wut über den Mord – Kampf dem Faschismus an jedem Ort"; „Deutsche Polizisten – Mörder und Faschisten") durch die Judenstraße zum Weender Tor. Auf der Weender Landstraße gingen wir mehrheitlich schweigend, sahen dieses Schweigen als einzige Möglichkeit, unserer Trauer über den Tod von Conny Ausdruck zu geben.

An der Kreuzung Weender Landstraße/Kreuzbergring schwenkten wir und konnten so den Demozug in seiner ganzen Länge beobachten: 20000 Menschen unterschiedlichster Spektren (Autonome, Kirchen, Unigruppen, Gewerkschaften, Parteien, Friedensgruppen etc.) waren auf die Straße gegangen!

Der revolutionäre Block machte dabei etwa die Hälfte des Zuges aus.

Wut und Trauer

In zwei sehr persönlich gehaltenen Redebeiträgen verabschiedeten wir uns von Conny.

Doch Trauer allein beschreibt nicht all unsere Empfindungen an diesem Ort: Conny ist nicht einfach verunglückt, sondern sie ist von der „Polizei" in wahrhaft mörderischer Manier in den Tod getrieben worden!

Die Entwürfungen, die auf dem Rückweg ab Weender Tor vorgenommen wurden, sind als Reaktion auf die Bullenprovokationen im Vorfeld der Demonstration zu verstehen.

Daß dabei sowohl PassantInnen als auch DemoteilnehmerInnen verletzt wurden, ist allerdings unverantwortlich.

Über die Weender Straße zog die Demo zum neuen Rathaus am 82er Platz. Hier wurde bekannt, daß die „Polizei" am Steinsgraben eine größere Sperre errichtet und Wasserwerfer, Panzerspähwagen und Räumfahrzeuge aufgefahren hatte. Daraufhin wurde die Demoroute spontan geändert. Hier wird sichtbar, daß die Demoleitung auf deutlichen Deeskalationskurs ging. Die Route verlief nun über die Keplerstraße, David-Hilpert-Straße und mündete in die Münchhausenstraße ein. Ursprünglich war vorgesehen, in die Beethovenstraße einzubiegen und an zwei Seiten der Bullenwache vorbeizuziehen. An den Kreuzungen des Steinsgrabens (zur Münchhausenstraße einerseits, zum Friedländerweg andererseits) waren Hundertschaften und Wasserwerfer aufgefahren. Dennoch zeigten wir an diesem Ort entschlossen und kämpferisch unsere Wut und unsere Stärke. Sprechchöre skandierten: „Für die Macht der Nazis und der Reichen geht ihr über Leichen" – „Deutsche Bullen üben fleißig für ein neues 33".

Wir lassen uns nicht spalten

Am Schweinsgraben hielt die „Polizei"führung die erste Gelegenheit für gekommen, ihr Ziel zu erreichen – nämlich die Demo „plattzumachen". Bullen in Kampfausrüstung trommelten mit Knüppeln auf ihre Schilder. Die bis dahin in den Zufahrtsstraßen und auf verschiedenen Firmengeländen versteckten 100schaften und Wasserwerfer wurden in Angriffsposition gerückt. Sie hofften, durch ihr Imponiergehabe soviel Panik auszulösen, daß sich die Demo in Vermummte und Unvermummte spalten würde. Das hätte geheißen, daß die Demo dort, wo sich Autonome befanden (die autonome Spitze und das relativ ungeschützte autonome Ende), hätte eingekesselt und niedergewalzt werden können. Doch dieser Plan schlug fehl. Die erwartete Spaltung trat trotz kurzfristiger Panikaktionen nicht ein. **Denn inzwischen wissen wir – ob Maskierte oder nicht, gewaltfreie Pazeniks oder Streetfighter –, daß wir in solchen Augenblicken auf der einen Seite, die Bullerei auf der anderen Seite steht!** Und wir wissen, wir müssen die solidarisch begonnenen Aktionen gemeinsam beenden, wenn wir uns nicht wehrlos „plattmachen" lassen wollen!

Wider den „Polizei"-Terror

Am Steinsgraben vorbei – alles vorbei, dachte sich so mancEr DemoteilnehmerIn. Doch wer so dachte hatte die Bullenaktion noch nicht erfaßt: während der Abschlußkundgebung am 82er Platz zogen etliche Hundertschaften „Polizei"sowohl in der Geismarlandstraße, in der Reinhäuser Landstraße als auch in der Bürgerstraße und in der Langen Geismarstraße (Volksbank) auf. Das Ziel war klar: die Demo sollte eingekesselt werden. Flexibel wurde daraufhin von der Demoleitung in Richtung Juzi mobilisiert. Das Ende des letzten Redebeitrages dort war dann das Startsignal: eine Hundertschaft Bullen stürzte sich knüppelschwingend auf die sich auflösende Menschenmenge vor dem Juzi, während ihre Kollegen von oben und unten mit Wasserwerfern (oberhalb Juzi) und Räumpanzern und Gefangenentransportern (Bürgerstraße Richtung Groner Tor) nachrückten.

Unserer Einschätzung nach sind die angreifenden Bullen einzig und allein zum Verheizen in die Lotzestraße beordert worden, um die darauffolgenden Bullenaufmärsche und -knüppeleien zu rechtfertigen. Dabei wurde eine große Zahl KundgebungsteilnehmerInnen – auch durch Steinwürfe der Bullen aus der Lotzestraße – zum Teil ernsthaft verletzt.



Fazit

Allein das feste Zusammenstehen aller DemoteilnehmerInnen hat verhindert, daß durch die „Polizei"aktionen eine völlige Zerschlagung der Demo erreicht werden konnte. Versuche dazu gab es genug. Nicht nur die direkten Angriffe der 100schaften, sondern auch die massiven Kontrollen der Auswärtigen (Personalien wurden festgestellt, Autos durchsucht, Autowerkzeug und Reservekanister beschlagnahmt, 8 Menschen festgenommen) und der ständig dicht über unseren Köpfen kreisende Hubschrauber sind dazu zu zählen.

Wir lassen uns die Wahl unserer Mittel nicht vorschreiben!

Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!

Organisiert Euch im Kampf gegen den Faschismus!

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Politische Einschätzung

- Wie auch schon beim Tode Connys setzt die Bullerei seit Samstag ihre Lügen, Verharmlosungen und Beschwichtigungen fort. Einmal mehr hat sie ihre faschistoide Einstellung bewiesen.
- Wie notwendig solidarisches Handeln ist, mag eines der wichtigsten Erkenntnisse der Samstag-Demo sein: Eine Spaltung Autonome/Bürgerliche ist der „Polizei" nicht geglückt, und dies, obwohl sie am Steinsgraben per Megaphon mehrfach den bürgerlichen Teil der Demo aufgerufen hatte, sich aufzulösen, da „nicht mehr für ihre Sicherheit garantiert werden" könne!
- Auch die makabre Schwarzweiß-Malerei der „Polizei" – (plötzlich) „gute" göttinger Autonome gegen „böse" auswärtige auszuspielen, ist gescheitert. Wut und Verachtung für die „Polizei" verbindet (autonome) Antifaschistinnen bundesweit.
- Es ist bewährte Taktik der Rechten, Autonome zu kriminalisieren und zu diskreditieren, so wie die CDU-Politiker Süßmuth, Fischer und v. Wangenheim nach dem Wochenende. Süßmuth fordert seit Mittwoch auch wie RechtsauSSen Fischer seitt Jahren die Auflaßung des Juzi. Aber auch die SPD will einer Vorverurteilung der Szene nicht hintanschinken. So ist Unterbezirksvorsitzender Oppermann der Meinung, das „Juzi müsse sich fragen lassen, warum es gewalttätige ‚Gäste' eingeladen" habe. Uns ist allerdings nicht bekannt, daß die Demoleitung zu irgendeinem Zeitpunkt Zivis eingeladen hätte.
- Auch wissen wir um die faschistische Vergangenheit des Göttinger Tageblattes. Das hier ein Kollege, der am Samstag in Duderstadt den Aufmarsch und die Aktionen von 60 Skin-Glatzen dokumentieren wollte und daraufhin auf brutalste Weise zusammengeschlagen wurde, völlig verleugnet wird, hätten nicht einmal wir für möglich gehalten. Statt dessen erlebten wir, wie die Hetztiraden gegen die autonome Szene am Montag neu aufgelegt wurden.
- Unerwähnt blieb (bis Donnerstag) auch, daß es im Anschluß an die Demo zu einem Messerangriff kam (Samstag ca. 20.30 Uhr zwischen Waageplatz und Bahnhof), bei dem ein Demoteilnehmer lebensgefährlich verletzt wurde.
  Zwei Demoteilnehmer wurden beim Nachhauseweg von einem mutmaßlichen Neofaschisten angegriffen, ohne daß es vorher zu einer Auseinandersetzung gekommen wäre. Dieser zückte plötzlich ein Messer und stieß es einem der beiden Demoteilnehmer in die Seite. Die „Polizei", die zu diesem Zeitpunkt die ganze Stadt belagerte und im Anschluß daran Streife fuhr, vermißte natürlich jegliche Spur des Täters. Wer beide Augen zudrückt, wenn es um Neofaschisten geht, muß sich nicht wundern, daß mensch ihn nicht nur für blind hält.
- Was die „Polizei" tatsächlich interessiert, das zeigt das nächste Beispiel deutlichst:
  Aus Sorge um ihre Kinder trafen sich im Vorfeld der Demo mehrere Eltern von jugendlichen „Juzis" mit der Bullerei. Schnell mußten sie enttäuscht feststellen, daß diese lediglich daran interessiert waren, ihre Namen zu erfahren.
- Neofaschisten können sich in Göttingen sicher fühlen, weil die „Polizei" schützend ihre Hand über sie hält.
  Dies trägt dazu bei, daß sie weiteren Zulauf bekommen können. So entsteht ein Klima, in dem sie ohne weiteres Hakenkreuze sprühen und „Spuckis" („Conny hat's geschafft, die anderen müssen auch noch sterben") verkleben können. Daß sie auch vor Brandanschlägen nicht zurückschrecken, bewiesen sie am vergangenen Freitag, als sie in den Studentenwerkshäusern am KBR Feuer legten.

Wir geben uns nicht geschlagen!
Der Kampf gegen den Faschismus geht weiter!

Autonomes Frauen/-Lesbenreferat
Autonomes Schwulenreferat
SB Antifa im AStA

„Gruseln" machte er so manche PassantIn und BeobachterIn: der dickvermummte Schwarze Autonomenblock. ‚Vermummung' hat allerdings eine weitaus geringere martialische Bedeutung als die Kampfausrüstung der „Polizei". Aber wer nicht in tausenden von Karteien bei der Bullerei (auch Zivis) auftauchen will oder gar in der privaten Fotosammlung eines Neofaschisten, der/die tut gut daran, ihr Gesicht zu vermummen.
Nicht zuletzt hat die Demo am Samstag auch bewiesen, wie sinnvoll ebenfalls Helm und Lederjacke sein können, wenn es zu massiven Prügeleinsätzen seitens der Bullen kommt.

Wehe, wenn sie losgelassen ...



Wir fordern:

dekklassifiziertdekklassifiziertdekklassifiziertdekklassifiziertde

Köln, den 12.1.90

D M V

[redacted] We

Ident-Nr.: 877376

Betr.: militante Neue Linke;
hier: Demo am 17.11.89 in Göttingen anl. des Todes einer Studentin

aus: Az. des BfV: [redacted]
Nachrichtengeber, Datum, Az. des Nachrichtengebers:
("Ausbruch" Nr 4 v. Nov 89)

Verfügung

(1.) Reg. III bitte buchen unter dem o.g. Az. und Betreff

( ) Auskünfte [redacted]

( ) Schreiben an
( ) Schreiben an

( ) Ablichtung für

( ) Sachindex (SI)
OZK
PI-objektbezogen

( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen

( ).

( ) WV

(2.) zdA

I.A.

12.1.90

12989
12. 17

608a

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

C24, C22 * ASI. [redacted]

ZU GÖTTINGEN !!

40

Dieser (zu) kurze Beitrag/Bericht soll vor allem den tatsächlichen Ablauf der [illegible] uns Ermordung von Conni am Freitag Abend,den 17.11.89 in Göttingen vermitteln. Das ist wohl angesagt,angesichts derfalschen,dreckigen Berichterstattung von Taz bis Fr.., soweit da überhaupt was geschrieben wurde. Kein weiteres Wort zurBullenversion ihres Einsatzes Es war Mord und nicht der erste in dieser "Demokratur". Wir erinnern an Phillip Müller, bei einer Demonstration gegen Faschismus am 11.5.1952 in Essen von einem B. erschossen, Benno Ohnesorg,am 2.6.67 in Berlin erschossen während einer Demo gegen den Schah, Olaf Ritzmann,im September 80 bei einer Anti-Strauß-Demo unter die S-Bahn getrieben, Klaus Jürgen Rattay, am 22.9.81 in Berlin bei einer Räumung in den Straßenverkehr gejagt,oder Günther Sare in FFM im August 85, Erna Silka und Alois Sonnleitner, beide am Bauzaun der WAA, durch den Einsatz der "Streitkräfte". Und in den Knästen,Stammheim und Stadelheim,HolgerMeins und und... viele weitere hier ungenannte,es reicht längst- Wir bestehen darauf:es war Mord,das zu sehen ist auch eine Frage des (eigenen) Standpunkts Brecht hat das schon vor Jahrzehnten gesagt: Hier gibt es viele Arten zu töten... und nur wenige sind verboten!

Zur Ermordung von Conny in Göttingen, ein Augenzeugenbericht:
Es fing an um 20.50h,als sechs bis acht AntifaschistInnen in der Burgstraße vor einer Kneipe standen.Acht Neonazis,mit Knüppeln bewaffnet,kamen aus der Kneipe und versuchten,diese anzugreifen.Es kam zu einer Auseinandersetzung,in deren Verlauf zwei Faschisten verletzt wurden. Daraufhin zogen sich die AntifaschistInnen zurück.Andere Leute,die nach dieser Aktion über Telefon verständigt wurden,trafen etwa 10 Minuten später ein. Diese Menschen -20 bis 25 - zogen dann in Richtung Innenstadt,wobei die B. mehrere Sperren errichteten. Diese wurden umgangen,um in Richtung Uni zu gelangen,mit dem ziel,sich dort aufzulösen.
Über B.funk sprachen diese von den"Chaoten".Sie kümmerten sich erstmal um die Neonazis, welche sie aus der Innenstadt begleiteten.Alle die Neonazis die Stadt verlassen hatten,wollten die Bullen die AntifaschistInnen angreifen.Sie fragten wörtlich über Funk:"Sollen wir sie plattmachen?".Sie entschieden sich für Plattmachen.Sie zogen eine Hundestaffel sowie mehrer zivile Sonderkommandos und mehrere Streifenwagen zusammen.Die AntifaschistInnen waren zu diesem Zeitpunkt kurz vor der Uni in einem Durchgangsweg.Die B. kamen von zwei Seiten und versuchten,die Menschen festzuhalten.Diese standen am Ausgang des Durchgangs zu einer sehr stark befahrenen Straße.Ein Wagen stellte sich den AntifaschistInnen in den Weg,ein anderer stand kurz dahinter,wobei ein B. mit Kelle eine der 4 Fahrbahnen absperrte. Die Antifas versuchten um die beiden Wagen herumzukommen,als ein dritter Wagen auf der Fahrbahn hielt. Die B. sprangen mit gezogenen Knüppeln aus diesem Wagen heraus und versuchten, die Leute zu schlagen und anzugreifen.Dabei setzten sie auch noch Tränengas ein. Conni versuchte einem der B.,der sie direkt angriff,in die einzig mögliche Richtung auszuweichen - Richtung Fahrspur. Zu diesem Zeitpunkt kam ein PKW mit hoher Geschwindigkeit heran.Conny wurde erfasst, durch die Luft geschleudert und war sofort tot.
Die B. schlugen weiter auf die AntifaschistInnen ein und versprühten CS-Gas.Sie forderten sogar einige Leute auf,sich neben Conny auf die Straße zu legen. Menschen,die sich um Conny kümmern wollten,wurden von den B. mit Knüppeln und Hunden bedroht. Keiner der Bullen bot an, erste Hilfe zu leisten. Der Notarzt,der etwa 8 Min. später eintraf,stellte nur noch den Tod fest.Mittlerweile hatten sich zwei Zivilb. unter die Leute gemischt und versuchten, sie dazu zu bewegen,Steine zu schmeißen,was nicht gelang.

Es war glattwegs Mord,sie haben sich vorher über Funk entschieden,die Leute plattzumachen, und sie haben das mit Conni auch getan,sie haben sie unter das Auto getrieben.

Göttingen ist momentan von Polizeikräften aus ganz Norddeutschl. belagert,es gleicht einem Ausnahme zustand.Die Menschen nehmen diesen Mord nicht einfach hin...

Weitere Infos dazu und zur Situation in Göttingen gibts im Infoladen Subito und weiter im Radio Dreyeckland

VON TRAUER UND WUT - ZUM KAMPF!

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Köln, den 15.1.90

D M V

[redacted] We

Vorlage schlecht lesbar

Ident-Nr. 877390

Betr.: Militante Neue Linke
hier: Demonstration am 17.11.89 in Göttingen
aus Anl. des Todes einer Studentin

Aus: Az. des BfV [redacted]
Nachrichtengeber, Datum, Az. des Nachrichtengebers:
INTERIM Nr. 81 v. 30.11.89

Verfügung

(1.) Reg. [illegible] bitte buchen unter den o.g. Az. und Betreff

( ) Auskünfte [illegible]

( ) Schreiben an
( ) Schreiben an

( ) Ablichtung für

( ) Sachindex (SI)
[illegible]
P-objektbezogen

( ) [illegible] an wegen
( ) [illegible] an wegen
( ) [illegible] an wegen
( ) [illegible] an wegen
( ) [illegible] an wegen

( )

( ) [illegible]

(2.) [illegible]

I.A.

[illegible] 15.1.

12989
12. 19

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Von falschen Toten und richtiger Freude über die ausländischen Gäste aus der DDR

Falsche Tote

Seit dem 9. November 89 jubelt "Deutschland": Die Mauer ist offen. Walter Momper nennt die Deutschen "das glücklichste Volk der Welt". Daß am zweiten Wochenende des deutsch-deutschen Wiedersehens eine Göttinger Antifaschistin bei einem Polizeieinsatz auf die Straße getrieben und überfahren wurde, paßte nicht ins Bild - es störte nur. Wer Flugblätter verteilte oder demonstrierte, durfte sich Fragen anhören wie "Schämt ihr euch eigentlich nicht?" (nämlich "unseren Festtag" so zu verderben). Die Medien brachten (mit wenigen Ausnahmen) nur Auslandsberichte, die als Inlandsberichte aufgemacht waren - eben deutsch-deutsch. Eine freiwillige Gleichschaltung der Presse, wie wir sie in diesem Ausmaß länger nicht erlebt haben, und das gerade unter den Bedingungen der Pressefreiheit. Medien, Stadt, Ratsparteien und "Leute auf der Straße" kümmerten sich in diesen Tagen kaum um den Tod einer Antifaschistin, am allerwenigsten um die Entwicklung, die zu ihm geführt hat: die allgemeinen Überfälle von Skinheads auf Linke und AusländerInnen, die Selbstschutzbemühungen der Betroffenen und die Polizeistrategie, die die Auseinandersetzungen zwischen FaschistInnen und AntifaschistInnen nutzt, um gerade die letzteren "plattzumachen" (und beim "Plattmachen" gehen halt ab und zu auch Leute drauf, wie die Polizei sehr wohl weiß). Was eigentlich passiert war, das wollten viele PassantInnen schon wissen. Doch die vorherrschende Frage war nicht "Wie war das möglich?", sondern vielmehr "War die Tote nicht im Grunde selber schuld?" (denn wer sich in Gefahr begibt und dann noch vor den Ordnungshütern davonläuft...). Die von Polizei und Medien vielfach vorformulierte Vorstellung der "rivalisierenden Jugendbanden" lieferte den Rahmen für die Beruhigung über den unpassenden Vorfall: ein "tragischer Fall", Ergebnis von "Haß und Gewalt" und Verkettung unglücklicher Umstände etc. Ein totalitärer Zug am deutschen Jubel trat deutlich hervor; wer jetzt in dieser historischen Stunde mit den falschen, mit den unpassenden Toten ankommt, stößt im günstigsten Fall auf Unverständnis, sonst auf Haß und klammheimliche Freude.

Mit den falschen Toten, denn es gibt auch richtige; auch wenn die vielleicht gar nicht wirklich tot sind. Wenn z.B. bei einem Polizeiüberfall in Berlin-Hauptstadt der DDR im Oktober beinahe ein Demonstrant überfahren wird, wenn PolizistInnen in Prag möglicherweise einen Demonstranten totgeknüppelt haben (keineR weiß es genau), dann ist das nationales Thema. Seitenweise werden in den Zeitungen Gedächtnisprotokolle dokumentiert, jede Nachrichtensendung befaßt sich damit... nicht so mit Connys Tod. Was ist das eigentlich für eine Freude, die von den falschen Toten nichts hören will?

Die "richtige" Freude

Es sei doch schön, so heißt es, daß FreundInnen und Verwandte jetzt einfach so zu Besuch kommen könnten. Klar kann das schön sein. Aber abgesehen davon, daß über die "bucklige Verwandtschaft" nicht überall das größte Entzücken zu spüren ist - so läßt sich die Massenbegeisterung nicht erklären. Im allgemeinen kennt man/frau die DDR-Bürger ja eben nicht persönlich, hat nicht einmal irgendetwas Spezifisches mit ihnen gemeinsam. Ähnliches gilt für die möglichen humanitären Gründe. Warum soll es nicht schön sein, bedürftigen Leuten zu helfen? Doch daß eine ähnlich spontane Hilfsbereitschaft z.B. gegenüber Obdachlosen oder gar AsylbewerberInnen anzutreffen wäre, wird niemand behaupten. Die Einladungen ergehen ganz selbstverständlich exklusiv an DDR-BürgerInnen. Auch die Kriterien für Hilfsbedürftigkeit sind hier ganz andere als sonst. Welchen Sozialhilfe-EmpfängerInnen würde denn wohl der Besitz eines Privatwagens als selbstverständlich, das Bedürfnis nach einer Küchenmaschine bzw. einem Videorecorder als "berechtigt" zugestanden? Kohl proklamiert zwar mit Blick auf die DDR-BürgerInnen das "Men-

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas

schenrecht auf materielle Besserstellung", doch wer das glaubt, kann ja mal versuchen, dieses "Recht" bei ihm einzuklagen. Zudem ist es doch sehr auffällig, daß gerade im Punkt der materiellen Gaben an die DDR-BürgerInnen bereits die Identität von BRD-Volk und Führung ins Wackeln gerät. Überall hören wir schon das lauter werdende Gegrummel über Ungerechtigkeiten: Warum kriegen die was umsonst, wofür wir zahlen müssen? Von neidloser Freude darüber, daß andere 100 DM geschenkt bekommen, ist nun wirklich wenig zu spüren.

Es heißt weiter, die DDR-BürgerInnen seien nicht frei, sie seien "eingesperrt". Das ist nicht etwa so konkret zu verstehen wie bei Ingrid Strobl, auch nicht so wie bei AsylbewerberInnen, die bei Gefahr der Abschiebung (und damit bei Lebensgefahr) ihren zugewiesenen Bezirk nicht verlassen dürfen. Es bedeutet zunächst: Urlaubsreisen und Besuche in den Westen waren nicht ohne weiteres möglich. Das ist im Grunde jedoch nur das konkrete Futter für die allgemeine Unterstellung, wer im Kommunismus lebe, also unter einer Diktatur, und demzufolge die eigene Herrschaftsmannschaft nicht frei wählen könne, sei eben unfrei. Wie abstrakt diese Unterstellung ist, zeigt sich u.a. daran, daß die Einschränkung der Demonstrationsmöglichkeiten in der BRD durchaus von den gleichen Leuten gutgeheißen wird, die über die Demonstrationen in der DDR jubeln.

Die merkwürdig abstrakte Sache mit der Freiheit ist also ein erster Punkt, der für die Massenbegeisterung über die ausländischen Gäste wichtig ist. Doch selbst dieser Punkt kann nicht ausschlaggebend sein, wenn man/frau bedenkt, daß viele Staaten auf der Welt ihren BürgerInnen nicht das zweifelhafte Glück einräumen, ihrer Herrschaft nach BRD-Muster freiwillig in Wahlen zuzustimmen. Es bleibt nur eins: Diese Leute sind Deutsche und gehören daher eigentlich zu uns. Die Massenbegeisterung ist nationalistisch motiviert. Dabei wird nicht danach gefragt, ob die "Brüder und Schwestern" eigentlich nationalistisch vereinnahmt werden wollen; das BRD-Fernsehen hat sich ja alle Mühe gegeben, schwarz-rot-goldene Fahnen und Wiedervereinigungsparolen in der DDR zu entdecken, und wir können davon ausgehen, daß sie jede gefunden haben, die es überhaupt gab (und vielleicht noch ein paar mehr). Die Ausbeute ist dürftig...

Es wird gefeiert, daß Leute zu uns kommen, deren einzige Qualifikation im Deutschsein besteht. Was ist die Grundlage dieses Gefühls? Es ist der Sieg der BRD-Politik. Der Besuch der DDR-Bürger gilt als doppelter Beweis: einmal für die Berechtigung des Alleinvertretungsanspruchs der BRD "für alle Deutschen" (mit Zielpunkt "Wiedervereinigung" und Viertes Reich), zum anderen für den Erfolg der BRD im "Systemvergleich" Kapitalismus/Sozialismus. Der Erfolg der BRD-Politik verwandelt sich im Bewußtsein der BRD-BürgerInnen in ein Gefühl der Freude. Die Gäste aus dem deutschen Ausland geben nur das Material dafür ab; ihnen wird unterstellt, ihr größter Wunsch sei schon immer die Zugehörigkeit zu einem einigen, starken, kapitalistischen und arbeitsamen Deutschland gewesen, und ohne eigene Schuld sei ihnen dies verwehrt worden: von kommunistischen Diktaturen nämlich.

Nationaler Jubel und "nationale Selbstbestimmung" bedeuten eben nicht selbstbewußte Vertretung von sozialen Interessen, nicht soziale Selbstbestimmung. Der nationalistische Jubel in der Bevölkerung ist abstrakt. Gerade jetzt ist es deutlich zu spüren, wie schwer es geworden ist, Themen vom Terror faschistischer Banden und zum Tod führenden Polizeieinsätzen bis zu Steuer- und Gesundheitsreform öffentlich zu machen, wenn sie sich nicht irgendwie "deutsch" wenden lassen. "Nationale Selbstbestimmung" bedeutet vielmehr nationalstaatliche Selbstbehauptung in der Konkurrenz zu anderen Nationalstaaten, genauer: um den Ausbau der deutschen Vormachtstellung zunächst in Europa. Ein imperiales Gebilde wie das "Vierte Reich" würde nicht nur das Ausland das Fürchten lehren. Wie die Geschichte zeigt wirkt ein imperialer Chauvinismus nicht zuletzt auch nach innen: Die gesamte "Volkskraft" wird der nationalen Stärke verpflichtet. Kritik, gar Systemkritik oder das selbstbewußte Eintreten der Lohnabhängigen für ihre sozialen Interessen gilt als Verrat an dem "Nationalen Interesse" - schlechte Aussichten!

(Linker Arbeitskreis)

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas

TRAUER UND WUT ÜBER DEN MORD

KAMPF DEM FASCHISMUS AN JEDEM ORT

Am 25.11. fand in Göttingen eine bundesweite Demo wegen der Ermordung von Conny statt. Diese Demo war von den Göttinger Autonomen organisiert worden. Eine Beteiligung anderer Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen war jedoch ausdrücklich erwünscht worden. Es gab allerdings keine Bündnisverhandlungen oder ähnliches, sondern es war allen möglich, mit eigenen Flugblättern zu dieser Demo aufzurufen.
Die Autonomen hatten eine Art Forderungskatalog veröffentlicht, hinter den sich auch fast alle anderen gestellt haben. So war es Konsens, daß angesichts einer toten Antifaschistin auf eine Anmeldung der Demo verzichtet wird. Dies wurde auch von der lokalen Presse, den Bullen usw. nicht thematisiert und somit nicht als Hetzinstrument benutzt.
Die Forderungen sahen vor, daß es vor, während und nach der Demo keinerlei Behinderungen durch die Bullen geben sollte. Auch sollte sich während der Demo kein einziger Bulle zeigen, ganz gleich, ob im Kampfanzug der zur Verkehrsregelung; also nicht nur "kein Spalier", sondern weitergehend keine Bullen in den Seitenstraßen, keine Observationsteams, schlicht halt, daß sich kein Bulle in Sichtweite der Demo aufhalten durfte. Verstöße gegen diese Forderungen, die auch das Recht auf Vermummung beinhalteten, würden als Provokation gewertet und mit entsprechenden Reaktionen beantwortet.
Das eigentliche Demokonzept der GöttingerInnen sah vor, daß bis zu dem Ort, wo Conny gestorben war, möglichst kein Glasbruch vorkommen sollte und die letzten paar hundert Meter bis dorthin als Schweigemarsch zurückgelegt werden sollten. Für die Strecke danach durch die Innenstadt bis zum Bullenpräsidium sollte nun nicht unbedingte Zurückhaltung angesagt sein, Hauptziel war jedoch das Bullenpräsidium und die Demo bis zur Abschlußkundgebung geschlossen durchzuziehen. Am Präsidium, das wurde auch auf öffentlichen Treffen so gesagt, wären Mollis nicht angesagt, aber mit allem anderen wäre zu rechnen.
In den Tagen vor der Demo wurde ein BürgerInnenflugi mit einer Auflage von 40 000 Stück in Göttingen flächendeckend verteilt. Auf diesem war u.a. eine Anwaltskammer für ZeugInnen des Bulleneinsatzes vom 17.11. angegeben. Viele Anrufe, die daraufhin bei dem Anwalt eingingen, waren Drohanrufe, die bis zu Morddrohungen gingen. Auch wurden am Tag vor der Demo auf drei Wohnhäuser, in denen StudentInnen wohnen, Brandanschläge verübt.
Am Samstag schlossen die Geschäfte trotz Ausnahmegenehmigungen schon um 13.00 h, dies geschah aufgrund einer Empfehlung des Einzelhandelverbandes.
Die Bullen machten Kontrollen auf den Zufahrtsstraßen, hielten sich aber in der Stadt völlig zurück, es gab also keine Vorkontrollen und bis zum Bullenpräsidium war auch so gut wie kein Bulle zu sehen.
Die Demo hatte eine erstaunliche Größe, niemand hatte mit so vielen Menschen (15 000-20 000) gerechnet. Sogar die SPD hatte mobilisiert, allerdings nicht, weil eine Antifaschistin von den Bullen in den Tod gehetzt worden war, sondern aus dem Grund, daß "je mehr Menschen zu der Demo gehen, desto eher bleibt es friedlich."
Der autonome Block ging ganz vorne und bestand aus ganz vielen Menschen, vielleicht waren es 4 000. Die Kommunikation in der Demo lief ganz hervorragend. Es gab zwar nur einen Lautsprecherwagen, aber dafür viele GenossInnen mit Megafonen an der Seite. Auch der Umgang mit der Presse ist nachahmenswert: den Filmteams wurde klipp und klar gesagt, daß ihnen zwei Plätze zugewiesen werden, wo sie filmen können und ihnen nichts passieren würde. Jeden weitere Versuch, die Demo zu filmen, müßten sie auf ihre eigene Kappe nehmen und verantworten. So gab es denn auch zwischendurch keine FotografInnen o.ä., die penetrant die DemoteilnehmerInnen knipsten.
Nachdem die Demo den Punkt passiert hatte, wo Conny ermordet wurde, gab es an ausgewählten Objekten Glasbruch, was zu einigem Streß mit gewaltfreien Deeskalatoren führte. Die Route um das Bullenpräsidium herum war dann mit Sperren, Wasserwerfern usw. abgeriegelt. Flugs wurde eine Querstraße früher abgebogen, was immerhin noch ein Vorbeikommen an einer Seite des Präsidiums ermöglichte, was auch entsprechend genutzt wurde. Es flogen einige Zentner Gestein und Mineralien durch die Luft und auch mit Leuchtkugeln wurde nicht gegeizt. An der nächsten Ecke rückten jedoch zwei Wasserwerfer und einige Hundertschaften bedrohlich nahe an die Demo heran, während die Spitze schon wieder einige Meter weg vom Bullenpräsidium, von zwei Hundertschaften aufgehalten wurde, die sich in den Weg stellten. Es kam allerdings nicht zum befürchteten Bullenangriff, so daß es geschlossen bis zur Abschlußkundgebung weiterging. Dort zogen dann starke Bulleneinheiten von mehreren Seiten heran, deswegen wurde der Rest der Kundgebung vors Juzi verlegt. Dort kam es dann nochmal zu heftigen Auseinandersetzungen mit den nachrückenden Bullen, die jedoch vertrieben werden konnten.
Insgesamt kam es nur zu acht Festnahmen, davon schon sieben bei den Vorkontrollen.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Antifaschistin von Polizei in den Tod getrieben

Wir trauern um Conny

Es fällt uns nicht leicht, jetzt, wo uns das Entsetzen, die Trauer und die Wut noch so nah sind, ein solches Flugblatt zu schreiben. Wir finden es aber wichtig, gerade nach den vielen widersprüchlichen und falschen Meldungen in den Medien zu berichten, wie sich der Tod von Conny zugetragen hat und warum wir es einen Mord nennen, der der Polizei anzulasten ist. Weiterhin wollen wir an dieser Stelle erklären, warum es nötig ist, daß sich AntifaschistInnen gegen Neonazis zur Wehr setzen und warum in diesem Zusammenhang von rivalisierenden Jugendbanden zu sprechen schlichtweg eine Verdrehung der Tatsachen ist.

Voller Entsetzen haben wir am Freitagabend die Nachricht gehört, daß Conny, die wir als Freundin und politisch wache und aktive Frau kannten, als Folge eines Polizeieinsatzes ums Leben gekommen ist.

Was ist am Freitagabend passiert?

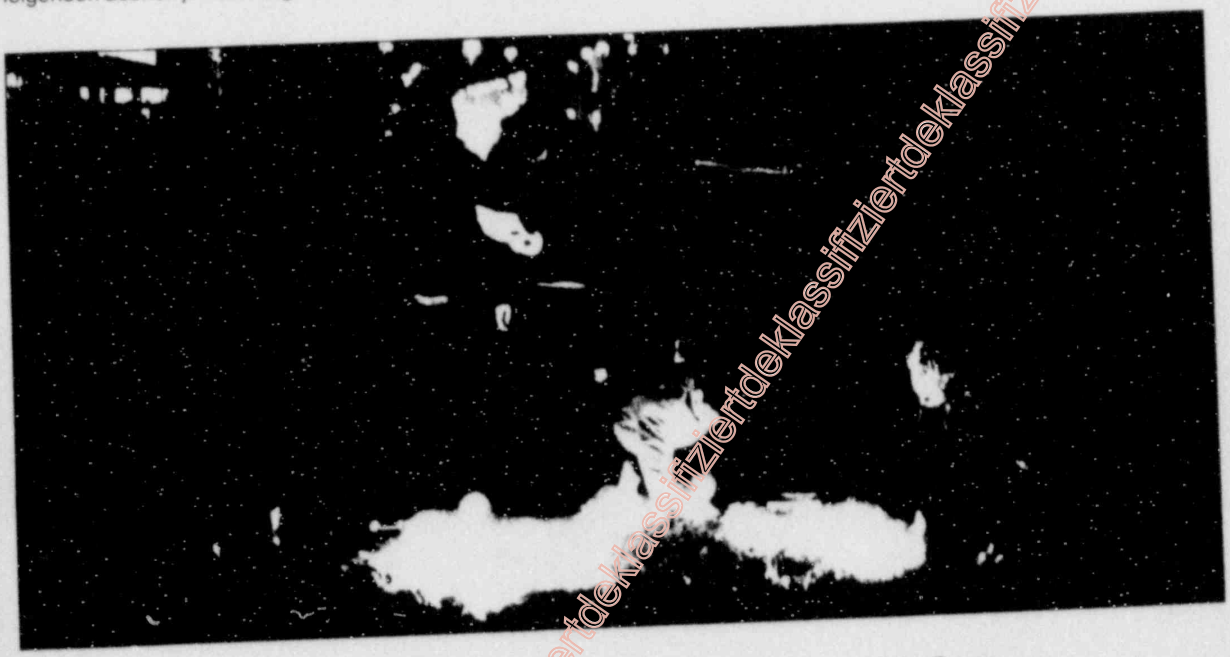
Gegen 20.50 h standen 6 - 8 AntifaschistInnen vor der Kneipe Apex in der Burgstraße. Ca. 8 Nazi-Skinheads, so genannt wegen ihrer kahlgeschorenen Köpfe, kamen mit Knüppeln bewaffnet aus der Kneipe und versuchten, die AntifaschistInnen anzugreifen.
Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf laut Polizeiangaben ein Skinhead durch eine Platzwunde am Kopf und ein weiterer an der Hand verletzt wurden. Als die Polizei eintraf war die Prügelei bereits beendet.
Während sich die AntifaschistInnen zerstreuten, eskortierte die inzwischen eingetroffene Polizei die Skinheads zur Bushaltestelle am Gothaer Haus.
Andere Leute, die nach diesem Zwischenfall informiert wurden, trafen sich kurze Zeit später vor einer Kneipe etwa 500 Meter vom Apex entfernt. Die Gruppe (ca. 30 Leute) ging in Richtung Innenstadt, um nach dem Verbleib der Skinheads zu sehen. Am Ende der Fußgängerzone, in Höhe der Stadtsparkasse, war die Weender Straße von der Polizei abgesperrt worden. Nach bisher unbestätigten Berichten sollen an dieser Stelle Passanten von Polizisten angepöbelt und beleidigt worden sein.
Um einer Konfrontation mit den Polizisten aus dem Weg zu gehen, bog die Gruppe in einiger Entfernung zur Polizeisperre in die Mühlenstraße ein und setzte ihren Weg über den Waageplatz bis zur Kreuzung Berliner Straße / Godehardstraße fort. Während die Gruppe noch überlegte, was man/frau weiter machen solle, fuhren einige Zivilfahrzeuge der Polizei langsam an ihr vorbei. Da es öfters vorkommt, daß nach Auseinandersetzungen mit Neo-Nazis auch Unbeteiligte von der Polizei verfolgt, belästigt und mitgenommen werden, wurde den AntifaschistInnen klar, daß sie sich in einer bedrohlichen Situation befanden. Es wurde deshalb beschlossen, auf dem Weg zwischen Gericht und Finanzamt hindurch Richtung Campusgelände zu gehen, um sich dort zu trennen.
Was die Gruppe zu dieser Zeit nicht wissen kann, ist, daß die Polizei gleichzeitig mehrere Streifenwagen, eine Hundestaffel und Zwie Zivilstreifenwagen zusammenzieht, um eine Falle zu stellen. Als die AntifaschistInnen in der Stichstraße zwischen Maschmühlenweg und Weender Landstraße angelangt sind, bemerken sie, daß die beiden Zivilstreifenwagen, die sie zuvor im Maschmühlenweg stehen sahen, ebenfalls in die Stichstraße einbiegen und ihnen folgen. Aus einem dieser beiden Wagen, in dem sich der Chef der Zivilen Streifenkommandos Göttingens befindet, wird über Funk angefragt: "Sollen wir sie plattmachen?" Die Antwort lautet: "Ich bin dabei." "Ist doch die Gelegenheit, wo wir alle mal aufm Haufen sind." Sie kommt aus einem der Streifenwagen, die bereits auf der Weender Landstraße stehen. Hier sitzt der Dienstabteilungsleiter des 1. Reviers, in dieser Nacht Einsatzleiter der Streifenkommandos. Im Weitergehen wird für die Leute in der Gruppe erkennbar, daß sie nicht nur von den Zivilpolizisten hinter ihnen verfolgt werden, sondern daß auch vorn an der Einmündung zur Weender Landstraße uniformierte Polizisten stehen. Das Blaulicht der an der Straße abgestellten Streifenwagen ist nicht angeschaltet, wodurch die Situation für herankommende AutofahrerInnen sehr schwer zu erkennen ist. Die Fahrbahn ist nicht abgesperrt, der Verkehr läuft weiter. Einige aus der Gruppe der AntifaschistInnen sind bereits unbehelligt an



deklassiertedeklassiertedeklassiertedeklassiertedeklassiertedeklas

den Polizisten vorbeigegangen und haben den Mittelstreifen auf der Weender Landstraße erreicht, als plötzlich mehrere Polizisten mit gezogenen Knüppeln auf die noch in der Nebenstraße Befindlichen einstürmen, um einzelne festzunehmen. Conny versucht, den auf sie zulaufenden Polizisten in die einzig mögliche Richtung auszuweichen: in deie Mitte der Straße. Ein Wagen, der mit hoher Geschwindigkeit herankommt, erfaßt Conny und schleudert sie mehrere Meter durch die Luft. Reglos bleibt sie auf der Straße liegen. Keiner der Betroffenen wird die Scheußlichkeit der nun folgenden Szenen jemals vergessen können. Ein Polizist mit Hund und gezogenem Schlagstock versucht Antifaschistinnen, die Conny Erste Hilfe leisten wolien, zu vertreiben und fordert sie auf, sich gleich daneben zu legen. Die Bitte an die Polizei, unter den inzwischen zahlreich eingetroffen Schaulustigen eine medizinisch geschulte Person ausfindig zu machen, wird ignoriert. Stattdessen kommt es in diesen Minuten zu weiteren Attacken und Festnahmeversuchen. Der ca. 10 Minuten nach dem Zusammenstoß eintreffende Notarzt kann nur noch Connys Tod feststellen.

Quellen:
Augenzeugenberichte
Presseerklärung der Grünen zur Sitzung des Innenausschusses



Conny - Du lebst in uns weiter

Wir haben Mühe, hinter all den Zeitungsartikeln und Flugblättern noch Dich zu erkennen. Aber wir wissen, wie Du warst: eine Frau wie keine andere.

Du hast nicht sterben wollen, Du hast leben wollen. Weil Du leben wolltest, und weil auch Dir die Bedrohung durch Neo-Faschisten unerträglich wurde, hast Du Dich gewehrt. Das, was passiert ist, hat uns wieder gezeigt, daß politischer Widerstand den Tod bedeuten kann.

Dein Tod trifft uns mit aller Wucht. Jetzt - nach Deinem Tod wird viel geredet, viel geschrieben. Das macht Dich nicht wieder lebendig. SIE werden weiter ihre Lügen verbreiten - wie immer. SIE werden nichts unversucht lassen, die Umstände Deines Todes zu verschleiern und ihn anderen in die Schuhe zu schieben. Wir wissen, wie es war - sie haben Dich in den Tod gejagt, weil das der Logik ihres Denkens entspricht - "plattmachen".

Das werden wir ihnen nie vergessen.

Wir trauern, und wir sind wütend. Ohne diesen Polizei-Einsatz hättest Du nicht sterben müssen. Wir werden angegriffen, die Neo-Faschisten werden aus der Stadt geleitet. Das ist deutsche Tradition - wie die gleichgültige und teilweise menschenverachtende Reaktion großer Teile der Bevölkerung auf solche Ereignisse Tradition hat. Wäre es anders, wäre der Neo-Faschismus nicht geduldet, müßten wir nicht ständiger gegen ihn auf die Straße gehen.

Wir machen weiter, Conny, aber wir müssen damit rechnen, daß die Gegenseite unseren Tod billigend in Kauf nimmt. Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!

Liebe Conny,

eigentlich ist es unmöglich zu beschreiben, was in uns vorgeht, aber wir wollen und dürfen nicht darüber schweigen.

Wir sind fassungslos. Wir können uns nicht vorstellen, was es bedeutet, daß Du nicht mehr da bist.

Du warst bedeutend mehr als nur eine Antifaschistin. Du hast durch Deine Offenheit und Herzlichkeit auch die Menschen beeindruckt, die Dich nur wenig kannten. Wir haben mit Dir zusammengelebt, und Deine mitreißende Lebensfreude und Kraft hat uns oft geholfen. Wir vermissen Deine Ausstrahlung und Wärme, Deinen Blick für andere. Es war Deine Stärke, Dich in andere Menschen hineinzufühlen und viel zu geben, ohne dafür etwas zu erwarten.

Du hattest eine reiche Phantasie und viele Pläne. Auf der Suche nach Deinem Weg hast Du vieles ausprobiert. Auch wenn Deine Entscheidungen für manche schwer nachvollziehbar erschienen und Du Dir oft selbst nicht sicher warst, warst Du bereit, Kritik anzunehmen und aus Deinen Fehlern zu lernen. Du warst immer optimistisch, Deinem Ziel näherzukommen.

Unsere gemeinsamen Erfahrungen, unsere Freundschaft und unsere Utopie von mehr Menschlichkeit haben dazu geführt, uns gemeinsam gegen den Faschismus - und jede andere Form von Unterdrückung - zu wehren. Wir haben viel von Dir gelernt, wir haben Dich liebgehabt und werden Dich nie vergessen.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Warum nennen wir die Polizisten auch "Bullen"?

Die Bedrohung und Verfolgung der antifaschistischen und linken Gruppen durch die Polizei ist für Göttinger Verhältnisse nichts Ungewöhnliches. Da werden z.B. die BesucherInnen des Juzi regelmäßig von zivilen Polizeiwagen aus mit Ferngläsern beobachtet und mit Teleobjektiven fotografiert. Da fahren die Zivilwagen zeitweise täglich an bestimmten Wohnungen vorbei, im Schrittempo, und bleiben zur Beobachtung eine Weile davor stehen. Da werden Leute zu Fuß, auf dem Fahrrad, auf dem Mofa oder im Auto von zivilen Polizeiautos verfolgt, es wird beobachtet, von wo nach wo sie gehen, mit wem sie sprechen, mit wem sie sich treffen. Da werden - häufig auf brutale Weise - Personenkontrollen durchgeführt, die oft nur durch das zufällige Eintreffen von unbeteiligten PassantInnen nicht zu schlimmeren Ergebnissen führen. Und das alles ohne konkreten Anlass.

Schon 1982 haben einige Göttinger unter dem Titel "Der Lauschangriff" veröffentlicht wie in Göttingen Linke von den "Zivilen Sonderkommandos" bespitzelt und verfolgt wurden. Aussprüche wie die nebenstehenden wurden im Rahmen des sogenannten Spudok-Skandals öffentlich. Und an den Verhältnissen hat sich nichts Wesentliches geändert. Nur ein Beispiel aus jüngster Zeit: Am 27. Oktober 1989 waren eine Gruppe Skinheads unter den Augen der Polizei in die Diskothek "Tangente" gegangen. Kurz darauf ist im Polizeifunk zu hören: "Ein ausländischer Mitbürger betritt die 'Tangente' - mal sehen, wie er wieder rauskommt." (Er und zwei Menschen, die bei dem Angriff der Skins ihm zur Hilfe eilen wollten, wurden zusammengeschlagen - die Polizei griff nicht ein!)

Für die Kneipenbesucher, die am Juzi vorbeigehen, den Nachbarn der betroffenen Wohngemeinschaften oder zufällige Passanten in der Innenstadt ist dieses Stück Göttinger Alltag nicht sichtbar, da er von den Zivilen Sonderkommandos praktiziert wird. Eben von Polizisten, die nicht durch Grün-Weiß gekennzeichnete Streifenwagen und Uniformen erkennbar sind, sondern mit normaler Kleidung in unauffälligen Passats, Audis o.ä. durch die Stadt schleichen.

Mit ihren Aktionen schlagen nicht etwa einzelne Zivilbeamte willkürlich über die Stränge, sondern im Gegenteil: damit erfüllen sie genau die ihnen gestellte Aufgabe, nämlich durch Drohungen und Einschüchterungsaktionen Menschen die politische Arbeit unmöglich zu machen, die sich kritisch und konsequent mit dem Staat auseinandersetzen.

Dieses Ziel der Polizeistrategen zeigte sich - in der Öffentlichkeit weithin bekannt - bei der Juzi-Razzia. Zur Erinnerung: am 1. Dezember 1986 wurde das Juzi während einer Versammlung von der Polizei umstellt und von sämtlichen 408 Besuchern die Personalien aufgenommen und Fotos gemacht. Später wurde bekannt, daß diese Aktion langfristig im bundesweiten Rahmen auf einer Fachtagung von hohen Polizeioffizieren geplant wurde mit dem Zweck: "die linke Szene aus der Anonymität zu reissen", wie der damalige niedersächsische Innenminister Möcklinghoff es formuliert hat. Inzwischen haben Gerichte diese Polizei-Aktion für illegal erklärt, doch das ändert nichts an der Tatsache, daß die Polizei seitdem über die Daten und Fotos dieser riesigen Gruppe von Menschen verfügt.

Weil wir von den Zivilen Sonderkommandos auf diese Weise ständig bedroht und bespitzelt werden, können wir sie auch nicht wertfrei "Polizisten" nennen - solche Leute nennen wir "Bullen".

Die Mentalität der Zivilpolizei wurde schon 1982 deutlich, als Auszüge des Göttinger Polizeifunkverkehrs veröffentlicht wurden und zu dem Spudok-Skandal um eine geheime "Chaoten"-Datei der Polizei führte. Hier zwei Beispiele:

a: Zwei von unseren Freunden stehen gerade am Theaterkeller, spielen Anhalter, ihr könnt sie ja mal mitnehmen.
b: Jau!
c: Im Kerstlingeröder Feld, da werden sie rausgeschmissen.
a: Kleines Loch hacken, reinschmeißen.
oder:
a: Beim Musikhaus Hartig sind welche im Laden... Wir sind am Ort... Das hat so eine Richtigkeit. Das ist hier Person von Musikhaus Hartig, die hat nen Ausweis mit.
b: War da noch was?
a: Ne, ne, der hatte nur nen bißchen große Lippe.
b: Hatte ne dicke Lippe? Können wir ihn mit aufmischen?
a: Ach ne, lohnt sich nicht.
c: Und ich hatte schon ne Wette auf dich abgeschlossen, daß du heute nen Widerstand bringst.
b: Nur bei Kurtchen N. haben wir ja nen bißchen mit angeeckt.
a: Nimmerhin, es geht aufwärts.
b: Es geht wieder an!
a: Wunderbar!

Anmerkung: Mit "Widerstand bringen" ist gemeint, einen Menschen z.B. bei einer "Personalienfeststellung" so hart zu bedrängen, bis der sich wehrt und dem Menschen dann ein Verfahren wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" anzuhängen.

Wir bitten alle Augen- und Ohrenzeugen, die Angaben über die Ereignisse am Iduna-Zentrum oder das Verhalten der Polizeibeamten an anderen Orten am Abend des Freitag, 17.11.1989, machen können, sich unter der Telefonnummer 75428 zu melden. Jede Kleinigkeit kann wichtig sein.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von Conny's Tod am Freitagabend in der Stadt. Sieben Kneipen schlossen sofort, die meisten ihrer Besucher liefen ins Juzi. Von überall her kamen Menschen dorthin, um zu erfahren, was wirklich passiert war, fast alle mit der Hoffnung hier zu hören, daß all das gar nicht wahr sei, weil sie es einfach nicht glauben konnten. Einige der Leute, die direkt dabeigewesen waren, versuchten mühsam eine Schilderung der Ereignisse abzugeben. Alle, die sich bis dahin noch der trügerischen Hoffnung hingegeben hatten, es handele sich lediglich um ein makabres Gerücht, oder gehofft hatten, Conny sei möglicherweise doch nicht tot, sondern "nur" schwer verletzt und im Krankenhaus, mußten spätestens jetzt die schreckliche Wahrheit anhören.

Überall auf den Fluren des Juzi saßen Männer und Frauen und weinten. Viele waren vor Entsetzen völlig erstarrt und brachten keinen Ton mehr heraus.

Irgendetwas mußte jetzt geschehen, um aus dieser Lähmung durch die schockierende Nachricht herauszukommen. Wir überlegten fieberhaft, was in dieser Situation "angemessen" sein könnte und beschlossen spontan, alle zusammen zu der Stelle zu gehen, an der Conny gestorben war. Wir wollten dort die ganze Nacht bleiben, gewissermaßen bei ihr.

Bei manchen von uns machte sich die Erstarrung in einem Wutausbruch gegen die Polizei, die Conny's Tod verschuldet hat, Luft. Dieser drückte sich durch das Auf-die-Straße-tragen und Anzünden von Gegenständen vor dem Juzi auf der Bürgerstraße aus, weil es [illegible]ach nicht so weitergehen konnte wie normal. Später machten die Bild am Sonntag und andere Zeitungen wilde Straßenschlachten daraus, die sich Autonome mit der Polizei in dieser Nacht geliefert hätten.

Wir ließen die vor dem Juzi brennende "Barrikade" wie sie war und gingen als Demo-Zug gemeinsam durch die Innenstadt Richtung Weender Landstraße, wobei wir uns unsere Verzweiflung von der Seele zu schreien versuchten. Je mehr wir uns allerdings der Stelle am Idunazentrum näherten, umso mehr schnürte es uns Kehlen zu und ließ uns verstummen.

An der Stelle, an der zuvor Conny gelegen hatte, legten wir Blumen nieder und entzündeten Kerzen auf dem Asphalt. Zitternd und frierend standen wir dort im Kreis und wußten, daß wir dort so lange nicht mehr weggehen könnten. Hier sollte erstmal kein Verkehr mehr durchfließen. Dieser Platz wurde besetzt für unsere Mahnwache, bei der wir uns von Conny verabschieden und ihrer gedenken wollten. Wir haben in riesigen weißen Lettern auf die Straße geschrieben, was an dieser Stelle passiert ist, und Transparente an der Brücke über die Weender Straße und an den Straßenabsperrungen an den beiden Kreuzungen, die zur Weender Straße führen, angebracht.

Die Mahnwache war bis Sonntagabend ein Ort der Trauer und der Information. Am Samstag Mittag haben ca. 1500 Menschen an einer Demonstration durch die Innenstadt zum Ort des Mordes an Conny teilgenommen. Dort haben wir durch eine Ansprache Conny's gedacht. Auf dem Rückweg der Demo-Zuges hat sich unser Gefühl der Ohnmacht darüber, solche Brutalität nicht verhindern zu können, für viele darin Bahn gebrochen, die Scheiben einiger Banken und Geschäfte zu zerstören. Das Gefühl Vieler dabei drückte sich in dem Ruf aus: "Menschen sterben und Ihr schweigt - Scheiben klirren und ihr schreit."

Am Sonntag beschlossen wir, die Sperrung der Straße zu Conny's Todesstunde aufzuheben. Wir wollten nicht mit ansehen müssen, wie die Mahnwache, an der trotz klirrender Kälte viele hundert Menschen teilgenommen und Blumen niedergelegt hatten, von der Polizei abgeräumt wird. Auf dem Mittelstreifen der Straße errichteten wir einen Baumstamm mit einer Namenstafel, an der die vorher auf der Fahrbahn befindlichen Blumen abgelegt wurden. Neben der Bushaltestelle am Straßenrand stellten wir einen Gedenkstein und eine Mahntafel auf. Nachdem wir auf der Fahrbahn ein großes Feuer, dessen Flammen meterhoch in den Nachthimmel schlugen, entzündet hatten, verließen wir mit ca. 1500 Leuten als Demonstrationszug diesen Ort. Seither wird die Mahnwache jeden Abend zwischen 20.00 und 22.00 Uhr am Straßenrand bei dem Gedenkstein aufrecht erhalten.

Warum nennen wir Connys Tod einen Mord?

Nach dem Geschehen stellt sich die Frage: Warum mußte Conny sterben, welchen Sinn hatte dieser Polizeieinsatz? Laut Polizeichef Will diente der Einsatz der "Personalienfeststellung". Wozu aber diese "Personalien feststellen", wenn es, wie Will in der "Siebten" selber zugibt, keinen konkreten Verdacht gab, daß die Gruppe um Conny bei der Prügelei in der Burgstr. dabei war und auch sonst nichts gegen die Leute vorlag. Wieso wurden die AntifaschistInnen über eine halbe Stunde lang von mehreren Zivilwagen der Polizei verfolgt: Von der Judenstraße über den Jacobikirchhof zur Weender Straße, zur Mühlenstraße über den Waageplatz zum Amtsgericht und am Finanzamt vorbei durch den Maschmühlenweg in die finstere Verbindungsstraße hinter dem Iduna-Zentrum. Die Polizei zieht eine Hundestaffel, mehrere Zivile Sonderkommandos und mehrere Streifenwagen zusammen. Die Zivilwagen treiben die Gruppe mit aufgeblendeten Scheinwerfern auf die Polizisten an der Weender Landstraße zu, die dort mit gezücktem Knüppel und Giftgas-Spritzen stehen. Ziel einer solchen Polizei-Aktion kann doch nur sein, die Menschen mit dem aufgefahrenen Arsenal zu bedrohen und zu verletzen - und als die Gruppe von AntifaschistInnen die Streifenwagen erreicht, werden die Menschen tatsächlich mit Knüppeln und CS-Gas angegriffen (eben: "plattgemacht"). "Sollen wir sie plattmachen?" ist kein flapsiger Spruch irgendeines Beamten wie Polizeichef Will uns weismachen will. Der Funkspruch stammt aus dem Wagen des Leiters der Zivilen Sonderkommandos und ist gerichtet an den diensthabenden Leiter der gesamten Schutzpolizei, der sich am entgegengesetzten Ende der Verbindungsstraße auf der Weender Landstraße befindet. Und unmittelbar danach wird der Ausspruch von den Polizisten zur blutigen Realität gemacht. Und dies ist auch die Realität, wie wir sie alltäglich mit der Polizei erleben: Die Liste von GöttingerInnen, die bei solchen Polizei-Einsätzen verletzt worden sind, ist lang. Noch länger ist die Liste der Menschen, die in der ganzen BRD bei Polizei-Einsätzen verletzt werden. Und dieses alltägliche Vorgehen der Polizei kalkuliert den Tod von Menschen ein.

Conny ist nicht die erste, die von der Polizei auf diese Weise umgebracht wurde: 1980 wird Olaf Ritzmann in Hamburg bei einer Demonstration gegen Franz-Josef Strauß von knüppelnden Polizisten vor eine S-Bahn getrieben und ist tot. 1981 wird Klausjürgen Rattay bei einer Demonstration gegen die Räumung eines besetzten Hauses in Berlin in den fließenden Verkehr vor einen Stadtbus getrieben und ist sofort tot. 1986 wird Günther Sare bei einer Demonstration gegen Neonazis in Frankfurt von einen Wasserwerfer über die Straße getrieben, davon überrollt und ist sofort tot. Und hier wird Conny von Polizisten auf die Fahrbahn vor ein Auto getrieben und ist sofort tot.

Bei ihren Hetzjagden nimmt die Polizei bewußt das Risiko in Kauf, daß Menschen verletzt, verkrüppelt oder in den Tod gejagt werden.

Deshalb nennen wir Connys Tod einen Mord.

24

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Was tun wir gegen Rec●s●

Wir wissen, daß die Verbreitung faschistischen Gedankengutes gerade bei Jugendlichen nicht alleine dadurch gestoppt werden kann, daß den Faschisten auf der Straße entgegengetreten wird. Die zunehmende Akzeptanz unter Jugendlichen für faschistisches und rassistisches Gedankengut hat tiefsitzende gesellschaftliche Ursachen. Doch gerade diejenigen, die am lautesten schreien, daß es hier lediglich um die Auseinandersetzung "rivalisierender Jugendbanden" ginge, machen wenig bis gar nichts, um sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen. Dies liegt auch gar nicht in ihrem Interesse. Wer schweigt, wer die Rechnung links = rechts aufmacht, wer von "rivalisierenden Jugendbanden" spricht, ist mitschuldig an dem sich ausbreitenden Nazi-Terror und nicht zuletzt mitverantwortlich für ein Klima, das es ermöglicht, daß es überhaupt zu einem solchen Polizeieinsatz kommen konnte, der am Freitag Connys Tod verursachte.

Es sind gerade diejenigen, welche von einer großen Koalition der etablierten Parteien, der bürgerlichen Medien, der Polizei und Justiz als "linke Chaoten" und "anarchistische Gewalttäter" diffamiert werden, die mit vielfältigen Aktivitäten versuchen, der Ausbreitung des Faschismus etwas entgegenzusetzen. Gerade diese am meisten verteufelten Menschen - Juzi-BesucherInnen und Autonome - sind es, die neben einigen anderen Menschen gerade in den letzten Monaten versucht haben, in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen über faschistische Aktivitäten und Hintergründe aufzuklären und gerade auch junge Menschen davon zu überzeugen, daß Faschismus und Rassismus keine Lösung darstellen, um mit den eigenen, in Wirklichkeit aber von der Gesellschaft verschuldeten Problemen fertig zu werden.

- So hat es verschiedene Flugblattaktionen in der Nikolaistr. gegeben, um das mit den Skinheads sympathisierende Umfeld zu erreichen. Unter anderem dadurch ist es gelungen, zu einem Großteil der Jugendlichen Kontakt zu bekommen. Mittlerweile sind viele dort Menschen mit uns gegen die Faschisten aktiv. Wir haben ein Flugblatt erstellt, das an jeden Göttinger Haushalt verteilt wurde und detailliert unsere Überlegungen zu den Ursachen des sich immer weiter verbreitenden Faschismus und Rassismus darstellt.
- So gibt es mittlerweile ein "AntiFa-Jugendcafe" im Juzi, das viele SchülerInnen suchen um zu klönen, Spaß zu haben, aber auch um zu überlegen, wie wir gemeinsam gegen die Nazis tun können.
- So gibt es viele SchülerInnen unter uns, die versuchen, an den Schulen den faschistischen Widerstand zu organisieren. Andere Leute organisieren mit LehrerInnen zusammen antifaschistische Unterrichtseinheiten.
- So gibt es StudentInnen, die an der Universität gemeinsam mit der Fachschaftsräteversammlung und dem Allgemeinen Studentenausschuß ErstsemesterInnen über die faschistischen Aktivitäten informieren und mit ihnen über mögliche Gegenmaßnahmen diskutieren.
- So gibt es auch Menschen unter uns, die in Betrieben arbeiten und dort versuchen, die KollegInnen über die faschistischen Aktivitäten aufzuklären.
- So haben wir zusammen mit anderen Gruppen Demonstrationen gegen Faschismus und Juzi-Terror organisiert, zuletzt die Demonstration anläßlich des 51. Jahrestages der Nazi-Pogrome gegen Juden am 9.11. mit über 1.000 TeilnehmerInnen, die bezeichnenderweise von den bürgerlichen Medien völlig totgeschwiegen wurde.

Am Sonntagabend wurde ein Passant, welcher die Mahnwache beobachtet hat, irrtümlich für einen Zivilpolizisten gehalten und verprügelt.
Wir gehen davon aus, daß aus dem Flugblatt hervorgeht, welcher ständigen Repression wir von Seiten des Polizei-Apparates ausgesetzt sind, und wie es daher dazu kommen kann, einen harmlosen Passanten für einen jener Büttel zu halten, die Conny's Tod zu verantworten haben.
Wir möchten an dieser Stelle noch einmal klar sagen, daß es unserem autonomen Politikverständnis widerspricht, daß Unbeteiligte bei unseren Aktionen Schaden nehmen. Wir, das Autonomen-Plenum vom 20.11.89 bedauern deshalb diese und ähnliche Vorfälle.

Wir werden die Nazis weiter bekämpfen.

Aus all dem folgt, daß wir uns nur selbst organisieren können. Wir gehen auch selbst auf die Straße, weil wir immer wieder erfahren müssen, daß es die einzige Möglichkeit ist, uns und andere vor den Nazi-Angriffe schützen zu können - nicht weil es uns Spaß macht, Wochenende für Wochenende Gefahr zu laufen uns mit den Faschisten auseinandersetzen zu müssen und dann noch von der Polizei wegen unserer aktiven Verhinderung des Naziterrors verfolgt und bespitzelt zu werden, so daß wir gezwungen sind aufzupassen, nicht erkannt zu werden. Wir wollen keine Angst verbreiten sondern dafür sorgen, daß niemand Angst haben muß durch die Stadt zu gehen. Wir müssen und werden dies jetzt verstärkt tun und fordern alle Menschen auf, sich mit ihren Mitteln und Möglichkeiten daran zu beteiligen:

- mit offenen Augen nach Nazis Ausschau halten
- Beobachtungen zu melden (Juzi-Telefon 74557)
- sich selbst zu organisieren
- nicht vorbei zu gehen, wenn sie Nazi-Angriffe sehen (jedeR hat damit zu tun)
- Menschen zu schützen, die gegen Nazi-Angriffe vorgehen.

V.i.S.d.P. K. Schulz, Groner Landstr. 9a, 3400 Göttingen

Volkssport

wir haben
am Sonntagabend (19.11.) unsere Trauer um "Conny" in Wut verwandelt: Bei der VW-Niederlassung Marrjnnen Ecke Skalitzer hinterliessen wir mindestens 10 Totalschäden durch Hammerwirkung und die Parole "Mord in Göttingen". Trotz des allfälligen Sachschadens war nichts davon in der Presse. vermutlich schweigen sie noch weitere Aktionen BRD-weit tot. VW + seine Filialen liefert den Bullen hierzulande und faschistoiden Regimes weltweit (wie zB nach El Salvador) Nutzfahrzeuge.
Rache für Conny

dekassiv.de/klassifiziert/dekassiv.de/klassifiziert

Senatsverwaltung für Inneres
Landesamt für Verfassungsschutz
[redacted]

VS-Vertraulich
amtlich geheimgehalten

Ident-Nr.: 877659

Pe 93. Ausf.

Abl. aus: [redacted] Pe

Ident-Nr.: 865264

Einstufung der einzelnen Punkte siehe unten

Anlage aus DIV

für: [redacted] [redacted] Az [redacted]

Demo am 17.11.89 in Göttingen aus Anl. des Todes einer Studentin

07.12.89 (12. Ausf. f. III A2)

KURZINFORMATIONEN 48/89

(vom 2[redacted] November 1989)

I. Linksextremistische Bestrebungen

[redacted]

1. Der Tod einer Angehörigen einer autonomen Gruppe nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Autonomen in Göttingen am 17. November 1989 (vgl. KI 47/89, S. 2 f.) führte zu weiteren Protestaktionen.

Auch Angehörige der autonomen Szene in Berlin (West) folgten einem bundesweiten - in Berlin vom Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus unterstützten - Aufruf zu einer Großdemonstration am 25. November 1989 in Göttingen, bei der es zu schweren Ausschreitungen kam.

Erkenntnisse, ob sich Autonome aus Berlin (West) an den Gewaltaktionen, bei denen u.a. 97 Polizeibeamte verletzt wurden, beteiligten, liegen jedoch bisher nicht vor.

Einige Autonome aus Berlin (West) nahmen außerdem an einem am selben Tage in Berlin (Ost) von einer "Antifa-Gruppe Berlin-Ost" initiierten etwa 100 Personen umfassenden Aufzug vor der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland teil.

12989 12. 29

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Für diese Demonstration war auch in Berlin (West) mit Flugschriften (s. Anlage 1) und auf der Mitteilungstafel in der Kneipe "Ex" im sog. Mehringhof, Kreuzberg, Gneisenaustraße 2 a, geworben worden.

(offen)

2. Anhängerinnen autonomer und feministischer Frauengruppen führten am 25. November 1989 wie geplant (vgl. KI 44/89, S. 2) einen "Internationalen Widerstandstag gegen Gewalt gegen Frauen" durch.

Bereits in der Nacht zum 25. November 1989 zerschlugen in diesem Zusammenhang unbekannte Täter die Schaufensterscheibe eines Reisebüros in der Schöneberger Großgörschenstraße und gossen Buttersäure in den Geschäftsraum. Sie hinterließen eine mit "Violet Violence" unterschriebene Selbstbezichtigung, in der dem Reisebüro unterstellt wurde, daß es an "Bumsbomberreisen" nach Thailand verdiene.

Im Verlauf des 25. November 1989 beteiligten sich bis zu 80 Frauen an einer Kundgebung gegen den "Sextourismus" in Charlottenburg auf dem Joachimstaler Platz und im Zuge eines sog. Stadtspiels an zahlreichen Aktionen in der Berliner Innenstadt gegen Reisebüros, Kaufhäuser und konsularische Vertretungen. Dabei zerstörten sie Schaufensterscheiben, warfen Farbeier, klebten Spuckzettel, sprühten Parolen, verbrannten Reiseprospekte und randalierten in einem Sex-Kino.

(offen)

3. An einem ersten Arbeitstreffen der DDR-Oppositionsbewegung "Vereinigte Linke" (VL) im "Haus der Jungen Talente" in Berlin (Ost) am 25. und 26. November 1989 beteiligten sich auch Angehörige trotzkistischer Gruppen und Autonome aus Berlin (West), Hannover, Frankfurt am Main, Hamburg und Frankreich (vgl. KI 46/89, S. 5).

12989 12 30

TELEX BLANC NEIGE SNEEUWWIT TELEX BLANC NEIGE SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE

.zgzc 007 vzvbu 311810

D M V

+sss bubnim nr 5571 3112 1754=

01 alle im

bu
02 bonn gsk west
03 meckenheim bka (td 11 - tz)
04 koeln bfv
05 koblenz gsd
sh
06 bad bramstedt gsk kueste
07 luebeck gs-schule
ni
08 hannover gsd nord
nw
09 muenster pfa
he
10 wiesbaden bka
11 kassel gsk mitte
bw
12 karlsruhe gba
by
13 muenchen gsk sued
14 muenchen gpp (zib)=

bu
15 bonn cnbpra (minr karschies)
16 bonn cnbk

12989 12. 31

Ident-Nr.: 877848

[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

17 bonn bmu
18 bonn aa (sonderverteiler ''innere sicherheit''
19 bonn bmj (ref. z b 5)
20 bonn bmj (ref. roem 2 b 1)
21 bonn bmf (ref. z a 1)
22 bonn bmf (ref. roem 3/a 8)
23 bonn bmvg (ref. fue s roem 2 6 - lage / fue s roem 2 7 alt)
24 bonn bmv (ref. z 24)
25 bonn bmp (ref. 913)
26 bonn bmft (ref. 112)
27 bonn bmb (ref. z 5)
28 bonn bmbw (ref. roem 1 a 4)
29 bonn bpa (ref. roem 3 a 2)
30 bonn bmz (ref. 314)
31 bonn alle lv beim bund (mav he)

betr.: lagebericht 'innere sicherheit' - 31.12.89

1 innere lage

1.1 kundgebungen und demonstrationen

1.1.1
ravensburg, demonstrative veranstaltung der 'christlichen liga'
ca.100 personen beteiligten sich am abend des 28.12.1989 an der kundgebung mit anschliesszendem schweigemarsch zu dem thema:
'schutz des ungeborenen lebens'.
die veranstaltung verlief stoerungsfrei.
quelle: lv stuttgart

1.1.2
goettingen, mannwache an der unfallstelle der am 17.11.1989 toedlich verungluckten demonstrantin
ca.100 personen versammelten sich am abend des 29.12.1989 am unfallort, errichteten auf dem mittelstreifen der fahrbahn einen birkenstamm mit der aufschrift -conny- und plakatierten an gegenueberliegenden gebaeuden.
der oertliche verkehr muszte kurzzeitig umgeleitet werden.
quelle: lm hannover

TELEX SCHNEEWEI TELEX BLANC NEIGE TELEX SNEEUWWIT TELEX SNEEUWWIT TELEX BLANC NEIGE TELEX SCHNEEWEISS TELEX
12989 12. 32
deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER DES INNERN

Postanschrift

Niedersächsischer Minister des Innern · Postfach 44 20 · 3000 Hannover 1

Eing... am 14. JAN. 1990

Wert: 500,-- DM

[x] BfV -III- [ ] ..VI..und..VII Az.

VS-VERTRAULICH

amtlich geheimgehalten

Quellenschutz!

D | M | V

Kurzmitteilung

Verfassungsschutzbehörden

[ ] Bad.-Württ. [ ] Berlin [ ] Bremen [ ] Bayern

[ ] Hamburg [ ] Hessen [ ] Nordrh.-Westfalen

[ ] Rheinl.-Pfalz [ ] Saarland [ ] Schl.-Holstein

(Bitte bei Antwort angeben)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom — Mein Zeichen [redacted] — (05 11) 3 70 91 — Hannover 21.12.1989

1 ✓ Anlg. übersende ich [ ] als Rechnungsbeleg [x] zum Verbleib [ ] auf Ihre Anforderung [ ] mit Dank zurück

mit der Bitte um

[x] Kenntnisnahme [ ] Stellungnahme [ ] Bescheinigung der Richtigkeit [ ] Rückgabe [ ] weitere Veranlassung [ ] Abgabenachricht ist erteilt — Termin

Im Auftrage — Ident-Nr.: 87 3131 [ ] siehe Rückseite [ ]

Abl. aus:

Betrau [redacted]

Ident-Nr.: 880447 1 Sd

für [redacted] Pe

Militante Neue Linke;

hier: Demo am 17.11.89 in Göttingen aufl. des Todes einer Studentin

022-49-26
10 80

12989

V/g

1) Reg III

2) z. d. A. 12.1.90

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

[redacted]

- 42 -

Tgb.-Nr. [redacted]

Hannover, den 01.12.1989
Abgabedatum: 30.11.1989
42.43/La

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten
QUELLENSCHUTZ!

Nds. Innenministerium
— Abt. 3 —
Eing. 04. DEZ. 1989
Anl.:

Ref. 43 . 2
im Hause

Pli 07/12

Neue Linke Hannover/ TE - Umfeld
Einzelerkenntnisse

Quelle: [redacted]

Bew.:

1. **Kurdistan Solidarität Hannover (KSH)**

Die für den 25.11.1989 in Hannover geplante Kurdistan-Kundgebung und -Demonstration hat nicht stattgefunden. Den Grund hierfür konnte Quelle bislang nicht in Erfahrung bringen.

[redacted] und [redacted] sind in dieser Woche (48. Kalenderwoche) in Düsseldorf beim PKK-Prozeß. Sie werden über ihre Beobachtungen und Eindrücke in einer der nächsten Zusammenkünfte der Kurdistan Solidarität Hannover berichten.

Die im Raschplatz-Pavillon in Hannover geplante Kurdistan-Veranstaltung findet nunmehr am 18. Januar 1990 statt. Die erforderlichen organisatorischen Belange wurden von [redacted] geregelt.

Wie Quelle in der zurückliegenden Zeit feststellen konnte, unterhält [redacted] auch Kontakte zu [redacted] (RAF-Umfeld Hannover).

2. **Autonome Hannover**

Von [redacted] konnte Quelle erfahren, daß Angehörige der hannoverschen autonomen Szene nach ihrer Teilnahme an der Demonstration am 25.11.1989 in Göttingen nach Lutter am Barenberge (Domäne) zu einem Treffen gefahren sind.

Weitere Details hierzu liegen zur Zeit nicht vor.

[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz

Postfach 450145 · 8000 München 45

8000 München, den 05.12.89

VS-VERTRAULICH

amtlich geheimgehalten

Achtung! Dieses Deckblatt darf nur innerhalb der Ämter für Verfassungsschutz verwendet werden. Bei Weitergabe von Meldungen an andere Behörden [illegible] muß Deckblatt abgenommen werden.

Quellenschutz

Akt.-Z.: [redacted]

L II Nr.

Eingegangen 13. DEZ. 1989 Az.

Ausfertigungen

1. Ausfertigung LfV
2. " LfV Niedersachsen
3. "
4. "
5. "
6. "

Deckblatt

1. Betrifft: Autonomes/antiimperialistisches Spektrum [redacted]
[redacted]n der Demonstration in Göttingen am 25.11.1989
[redacted]
2. In: Mittelfranken
(Gebietsbereich [redacted] der Meldung)
3. V.-Mann-Nr.: [redacted] N.V.-Mann-Nr.:
4. Feststellungsdatum des V.-Mannes: [redacted].89
5. Feststellungsort: [redacted]
6. Unter welchen Umständen erhielt V.-Mann die Nachricht: eigene Feststellungen
7. Bemerkungen des V.-Mannes: ./.
8. Bemerkungen des V.-Mann-Führers: ./. für: [redacted]
9. Sonstiges: ./. hier Tod einer Studentin am 17.11.89 in Göttingen
10. Bewertung: [redacted]

Ident-Nr.: 866180

Ident-Nr.: 880454

Anlagen: 1 - Berichtsabdruck (3 Bl. VS-Vertr. Qu.Sch.) v. 28.11.1989

12989 12. 35

1) Reg III 25.1.90
1a) III A 101 - 01
2. z. d. A.

I. A.

[redacted]

12.1.90

[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Abdruck

Bl. z. Ber./Schrb. ds. BfV v. 05.12.89

Az. [redacted]

28.11.89

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

Quellenschutz

27 ii

Im Rahmen der Vorbereitung der bundesweiten Großdemonstration anläßlich des Todes einer autonomen Antifaschistin in Göttingen fand am 24.11.1989, gegen 19 Uhr, im KOMM, Nürnberg, während des Antifa-Plenums ein Treffen statt. Besprochen wurde dabei allerdings nur, wer mit welchem Pkw nach Göttingen fährt.

12989 12. 36

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-[illegible]
amtlich geheimgehalten

So wurde u. a. bekannt, daß von der WG Sulzbacher Str. 41 aus zwei Autos, nämlich ein Opel Kadett und ein VW-Bus nach Göttingen fahren würden. Weiterhin konnte in Göttingen u. a. [redacted] festgestellt werden, der mit einem geliehenen Ford Granada, amtliches Kennzeichen

[redacted]

nach Göttingen gefahren war. Weiterhin wurde der Pkw mit dem amtlichen Kennzeichen

[redacted] Benutzer [redacted] geb. [redacted]61

als Fahrzeug von Demonstrationsteilnehmern aus dem [redacted] Bereich Nürnberg festgestellt.

Anmerkung SB:
Die Halter der Kraftfahrzeuge werden von hier aus abgeklärt.

25/11

Während der Demonstration konnten folgende Personen aus dem Bereich Nürnberg/Erlangen festgestellt werden (Lichtbildidentifizierung bzw. persönliche Bekannte der Quelle):

[redacted]	[redacted]	[redacted] mit Freundin
"	[redacted]	[redacted]
"	[redacted]	[redacted] „MA"
"	[redacted]	[redacted]
	[redacted]	[redacted]
	[redacted]	[redacted]
"	[redacted]	[redacted]
"	[redacted]	[redacted] „MA"
"	[redacted]	[redacted]
"	[redacted]	[redacted]
"	[redacted]	[redacted] „MA"
	[redacted]	[redacted]
"	[redacted]	[redacted] „MA"

12989
12. 37

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-VERTRAULICH
emtlich geheimgehalten

[redacted]

Nnu. [redacted] rlangen)
NNu. [redacted] (Nürnberg)
Nnu. [redacted] (Nürnberg)
Nnu. [redacted] (Nürnberg)

Praktisch alle Nürnberger Demonstrationsteilnehmer waren vermummt, die überwiegende Mehrzahl mit "Haßkappen", der Rest mit Palitüchern. Die Stimmung unter den Nürnbergern war auf Auseinandersetzung mit den Polizeibeamten programmiert.

Der Ermittlungsausschuß für die Nürnberger war unter der Telefonnummer

40 66 52

erreichbar. Dabei handelt es sich um das Olaf-Ritzmann-Kollektiv in Nürnberg.

12989 12. 38

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

D | M | V

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

Bremen, 13. Dezember 1989

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ
Az.: [redacted]

Anlage zum DIV
Az. [redacted]
19.12.89

Abl. aus: [redacted] / [redacted] PC

Ident-Nr.: 869656 Ident-Nr.: 880456

für: [redacted] PC
Militante Neue Linke; hier: Demonstration am 17.11.89 in Göttingen aus Anlaß des Todes einer Studentin

MONATSBERICHT
DES LFV BREMEN
über extremistische Bestrebungen
November 1989

1) III C 12, 55 / 22/1
C 2i, C 24, 22, 2i
1. Ausz. 3.1. Bf. 8
C 33, 1, 15 Ra

III 1024 Abl. f.
[redacted] S. 1, 6-8, Anl. 1
[redacted] S. 1, 6-7

2.) Z. d. A.
Krüger

Dfg.

1) Reg III
2) III 7 i0i - d/i 25.1.90
3) III 7 32 - Pers Schw. 30.1.90
4) z. d. A.

12989
12. 39

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas©

III. Undogmatische Neue Linke

1. Autonome Antifaschistische Gruppe Bremen

Nach dem Tod einer der autonomen Szene in Göttingen zuzurechnenden Demonstrantin, am 17. November, die im Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz von einem Auto überfahren wurde, kam es auch in Bremen zu mehreren Solidaritätsaktionen.

Am 19. November wurde den etwa 100 Besuchern des "Antifa-Café" gegen 21 Uhr ein Göttinger Flugblatt mit detaillierten Schilderungen des "Mordes" vom 17. November hereingebracht. Etwa 50 von ihnen liefen spontan zu einem in der Nähe gelegenen Polizeirevier, warfen Steine gegen die Polizeiwache und beschädigten zwei Polizeifahrzeuge, mehrere Privatwagen und ein Modegeschäft. Es wurden 23 Personen vorläufig festgenommen. Beweisbare Erkenntnisse über Tatbeteiligungen lassen sich nicht erbringen.

Zu diesen Vorfällen wurde einige Tage darauf von "Autonomen Frauen" in Mitteilungen an die Presse kundgetan:

"Am Freitag, den 17.11.89 wurde Conny in Göttingen von den Bullen ermordet.
Wir Frauen sind traurig, wütend, haßerfüllt.
Wir sind entsetzt, obwohl wir wissen, daß dieser Mord in einer langen Tradition von Morden steht.
Das imperialistische Patriarchat kennt viele Arten zu töten und tut es tagtäglich.
- z. B. durch direkte Bullengewalt,
- z. B. durch sexistische und rassistische Gesetzgebung, wie das Asylverfahrensgesetz,
- z. B. durch die weltweite Vernichtungspolitik,
- z. B. durch das Wegschließen von widerständigen Frauen und Männern in Psychiatrien und Knästen.

Diese Politik der Vernichtung ist kein Ausrutscher und kein notwendiges Übel, sondern geplant, gezielt, grundlegend, unabdingbarer Bestandteil dieses Systems.
Das Innenministerium bzw. die senatorische Behörde für "Innere Sicherheit", der Innensenator sind die Oberbefehlshaber des Bullenapparates und seiner paramilitärischen Einheiten. In der senatorischen Behörde für "Innere Sicherheit" werden die politischen Entscheidungen getroffen, die die Sicherheit von Faschisten, Sklavinnenhändlern, Bonzen, Frauenhändlern und Zuhältern, ... gewährleisten sollen. Die Bullen als ausführendes Organ sind diejenigen, die vor Ort diese Politik der "Inneren Sicherheit" mit Knüppeln, Wasserwerfern, CS-Gas, abgerichteten Hunden und brutaler Gewalt durchsetzen.

...

12989 12 40

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

41

Im Auftrag von Innenministerium bzw. -senat sind sie es, die schon immer Faschisten geschützt und Antifaschistinnen gejagt, verfolgt und zusammengeschlagen haben und letztendlich ihren Tod miteinkalkulieren."

In Bremerhaven wurde am 19. November ein Brandanschlag mit einem Molotowcocktail auf eine Städtische Sparkasse verübt. Es entstand geringer Sachschaden. In einer Selbstbezichtigung bekannte sich die "Antifaschistische Aktion", eine Gruppierung der in Bremen aktiven "Autonomen Antifaschistischen Gruppe", zu der Tat.

Ebenfalls am 19. November wurde in Bremen ein Funkstreifenwagen in eine Falle gelockt und von 6 - 8 bislang Unbekannten mit Steinen beworfen. Ein Polizeibeamter wurde leicht verletzt.

Letztlich wurde zur Erinnerung an das Unfallopfer in Göttingen über einige Tage lang eine Mahnwache im Steintorviertel durchgeführt.

Am 25. November fand in Göttingen eine Demonstration von etwa 15 000 Menschen statt, für die bundesweit intensiv geworben wurde. Die etwa 2 500 Anhänger autonomer linksextremistischer Gruppen, meist in "schwarzen Blöcken" zusammengeschlossen, lieferten sich mit den Ordnungskräften schwere Straßenschlachten, in denen es zu Personen- und Sachschäden kam.

- Offen -

In Bremen haben die Autonomen ihre nach langer Zeit wiedergewonnene Aktionsfähigkeit als "vollen Erfolg für die Szene" gewertet. Insbesondere das schlechte Reagieren des "Bullenapparates" am 19. November habe den Aktivitäten einen unerwarteten Motivationsschub gegeben.

Auch die am 25. November in Göttingen verübten Gewalttaten der Autonomen wurden schon wenige Tage darauf im Bremer Antifa-Café als Video-Dokumentation vorgestellt und von den Zuhörern begeistert bejubelt.

...

12989
12. 41

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

41

zczc 180 vzvbu 060144

Fernschreibstelle BfV

D | M | V

00888 06.JAN90 07:24

24 Nah

+eee bubnim nr 872 0601 0141=

Fernschreiben / Verschlüsselt

Absender: JM Hannover

bu
01 meckenheim bka
02 wiesbaden bka
03 koeln bfv=

--gesteuert durch bmi z lz/p roem 1 2 ia [redacted]

eee nihnym nr 071 0601 0034=

Ident-Nr.: 880742

ni
01 hannover im (ablage) [redacted]
bu
02 bonn bmi (fuer lb is)=

auszugsweise uebermittele ich ihnen fs nr 447 vom 06.01.1990
des 2. prev goettingen:

mannwache an der unfallstelle der toedlich verungluecktenn

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifizie

conny w.

05.01.90, 20.00 h - 21.37 h

3400 goettingen, weender landstrasze

gegen 20.00 h versammelten sich ca. 20 personen an der o.g. unfallstelle am fahrbahnrand zwecks -mahnwache-. gegen 20.40 h hatte sich die personenzahl auf ca. 60 personen erhoeht. die gruppe begab sich nun auf die stadteinwaerts fuehrende richtungsfahrbahn und blockierte diese. der stadteinwaerts fliesszende verkehr wurde abgeleitet. um 21.37 h loeste sich die versammlung auf, die fahrbahn wurde wieder freigegeben.
es wurde festgestellt, dasz offenbar von versammlungsteilnehmern diverse spruechе an ein geschaeftshaus gesprueht wurden: -nazis raus-, -17.11. conny von den bullen ermordet-, -alle menschen auf die beine gegen die faschistenschweine-, -polizei sa ss--scheiben klirren und ihr schreit menschen sterben und ihr schweigt-, -conny nie vergessen, wir kaempfen weiter fuer ihre und unsere traeume-.=

hannover im,lz -1[redacted]03- ia [redacted]060190+

12989 12. 43

hhn

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

D M V

Fernschreibstelle BfV

zczc 978 vzvdu 200648

03936 20.JAN 90 06 53

SOFORT

Fernschreiben / Verschlusssache

Absender: IM-Lz Hannover

+sss bubnim nr 3667 2001 0645=

bu
01 meckenheim bka
02 wiesbaden bka
03 koeln bfv=

[redacted]

--gesteuert durch lz bmi bonn/ibp i.a. schapp--

eee nihnym nr 214 2001 0045=

Ident-Nr.: 882900

bu
01 bonn bmi=

--auszugsweise uebermittele ich innen das fs nr 702 des 2. prev goettingen vom 20.01.1990 zur information--

1. mahnwache an der unfallstelle der toedlich verungluckten conny w.

2. 19.01.1990, 19.1[illegible] - 20.47 uhr

3. [illegible]ettingen, [illegible]render landstr. (bundesstr. 3 bzw. 27)

[illegible]r o.a. zeit versammelten sich ca. 50 personen zunaechst am fahrbahnrand und ab 19.40 uhr auf der stadteinwaerts fuehrenden fahrbahn. fahrzeuge bis auf stadtbusse wurden nicht durchgelassen, so dasz diese ueber einen verbindungsweg auf den maschmuehlenweg abbiegen muszten. verkehr wurde durch den einsatz von polizeibeamten und warnleuchten verlangsamt.
personenbeschaedigungen wurden bisher nicht festgestellt.=

hannover im/lz ia [redacted] 200190+

TELEX BLANC NEIGE TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

SOFORT

D M V

zczc 583 vzvbu 122352

Fernschreibstelle BfV

02302 13. JAN 90 00 31

Fernschreibe / ersch / selt

Absender: in - Hannover

+sss bubnim nr 2265 1201 2357=

bu
01 koeln bfv
02 wiesbaden bka
03 meckenheim bka=

--gest. durch bonn bmi lz/ibp - i.a. dreyer--

sss ninnym nr 2251 1201 2257=

bu
01 bonn bmi=

Ident-Nr: 88026

[redacted]

auszugsweise wird das fs nr 574 des 2. prev goettingen vom 12.01.90 uebermittelt.

lagebericht 'innere sicherheit'

mannwache an der unfallstelle der toedlich verungluckten conny w.

1. (zeit/dauer)

TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX SNEEUWWIT TELEX

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

12.01.1990, 19.42 - 21.25 h

2. ort
goettingen, weender landstr (bundesstrasze 3 bzw. 27)

3. (einsatzverlauf)
zur o.g. zeit versammelten sich ca 70. personen zunaechst am fahrbahnrand und ab 19.50 uhr auf der stadteinwaerts fuehrenden fahrbahn, sodasz diese gesperrt werden muszte. der verkehr in richtung innenstadt muszte ueber die queterbahnhofstrasze abgeleitet werden. auf der mitte der beiden fahrbahnen entfachte die gruppe ein ca. 2 quadratmeter groszes und mannshohes feuer aus mitgebrachten alten moebeln und paletten. das feuer muszte im anschlusz von der pfr abgeloescht werden, die reste des feuers wurden durch das stadtreinigungsamt beseitigt, die fahrbahn in stand gesetzt.
durch aufklaerungskraefte konnte festgestellt werden, dasz an in der umgebend liegenden gebaeuden folgende parolen gesprueht wurden:
wandelt wut u. trauer in widerstand
17.11. wut und trauer, gfm
das war mord, [redacted] hier ermordet,
17.11. nie vergessen, der kampf geht weiter=

hannover [redacted] 120190+

12989 12. 47

nnnn

BLANC NEIGE TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX
SNOW WHITE TELEX SNEEUWWIT TELEX BLANC NEIG
deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiz

zczc 766 vzvbu 171459

sss nwnw hehe bubu

zz

D M V

Fernschreibstelle BfV

0303 17.JAN 90 15:04

SOFORT

Fernschreiben / Verschlüsselt

Absender: PP Münster

+sss nwmuad nr 697 1701 1417=

nw
01 alle pb 14.k
02 duesseldorf imv
he
03 wiesbaden bka (te)
bu
04 koeln bfv=

Ident-Nr.: 883027

betr.: kriminalpolizeilicher meldedienst in staatsschutzsachen (kpmd-s),
hier: straftaten als folgeaktionen zum toedlichen verkehrsunfall in goettingen, auffinden eines bekennerschreibens.

bezug: fs nr. 639 vom 21.11.89 muenster pp-staatsschutz-tgb.-nr. 3529/89

im hiesigen kultur - und begegnungszentrum (c.u.b.a.), achtermannstr. 6 , wurde am 15.01.90 ein flugblatt festgestellt, das dort neben dem schwarzen brett ausgehaengt worden war.

das flugblatt, es handelt sich um die kopie des din a 4 originalschreibens, ist mit folgenden text beschrieben:

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifizie

TELEX SCHNEEWEISS TELEX BLANC NEIGE TELEX SNEEUWWIT TELEX BLANC NEIGE

''was ihr nicht in der zeitung lesen werdet:
fuer die nazis und die reichen kann die bullen ueber leichen ausrufz.
aus wut ueber connys tod durch eines bulleneinsatz zum schutz
fuer naziskins in goettingen haben wir in der nacht vom 20.-21.11.
an der dresdner bank (partnerin der suedafrikanischen rassisten)
an der warendorfer str. dazu gesprueht und 10 scheiben einge-
schlagen.
gruesze an die kaempfenden genossinnen drinnen und drauszen ausrufz.
kampf dem faschismus ausrufz.
heute ist nicht alle tage - wir kommen wieder keine frage ausrufz.''

weiterhin ist auf dem in schwarzer farbe bedruckten papier
ein fuenfzackiger stern, in dessen inneren eine faust ein
hakenkreuz zerschlaegt, ein ''antifa''-schriftzug, bei dem
die spitze des ''a'' ein hakenkreuz durchbohrt und eine ver-
mummte, schwarzgekleidete gestalt abgebildet.

seit wann sich dieses schreiben am aushang des c.u.b.a. be-
fand, kann nicht festgestellt werden, da in diesem gebaeude
eine vielzahl von gruppierungen untergebracht sind und jeder-
mann dort schriften aushaengen kann.=

muenster pp, st, zu tgb.-nr. 3529/89, ia [redacted] 170190+

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertd

Bayer. Landesamt für
Verfassungsschutz

Postfach 450145 · 8000 München 45
8000 München, den 18.12.89

Akt.-Z.: [redacted]

L II Nr. .....

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

Achtung! Dieses Deckblatt darf nur innerhalb der Ämter für Verfassungsschutz verwendet werden. Bei Weitergabe von Meldungen an andere Behörden ist das Deckblatt abzunehmen.

Quellenschutz

Ausfertigungen
1. Ausfertigung BfV
2. " LfV Niedersachsen
3. "
4. "
5. "

Deckblatt

[redacted]

Eingegangen am 27. DEZ. 1989
Az.

1. Betrifft: Autonome Zusammenhänge Nürnberg;
Einzelerkenntnisse

2. In: Mittelfranken
(Gebietsbezug laut Inhalt der Meldung)

3. V.-Mann-Nr.: [redacted] U.V.-Mann-Nr.:

4. Feststellungsdatum des V.-Mannes: 23.11.89 Ident-Nr. 870316

5. Feststellungsort: Nürnberg

6. Unter welchen Umständen erhielt V.-Mann die Nachricht: eigene Feststellungen

7. Bemerkungen des V.-Mannes: ./. Ident-Nr.: 883028

8. Bemerkungen des V.-Mann-Führers: ./.

9. Sonstiges: ./. [redacted]

10. Bewertung: [redacted]

Anlagen: - 1 - Berichtsabdruck (9 Bl. VS-Vertr. Qu.Sch.) v. 04.12.1989

I. A.

[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Abdruck

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

Zu z. Ber./Schrb. ds. BfV v. 18.12.89

[redacted]

Quellenschutz

Autonome Zusammenhänge Nürnberg;
Einzelerkenntnisse

12989
12. 51

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

1. Trommelaktion in Nürnberg:
Ort: Nürnberg, KOMM;
Zeit: 23.11.1989, 18.00 bis ca. 20.00 Uhr.

Teilnehmende Personen: ca. 50, davon bekannt:

[redacted]

12989
12. 52

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

amtlich geheimgehalten

Mit dieser Trommelaktion machte man auf die zurückliegenden Vorgänge in Göttingen (Tod einer Demonstrantin) aufmerksam. Mit den verschiedenartigsten Lärminstrumenten verschaffte man sich Gehör, und über Megaphon teilte man die Ereignisse der bewußten Demonstration in Göttingen, wobei Conny ums Leben gekommen war, mit. Außerdem erfolgte ein Hinweis auf die Demonstration am 25.11.198 in Göttingen.

Anmerkung der Quelle:
Die Teilnehmerzahl bei dieser Trommelaktion war fluktuierend, da verschiedene Personen ins KOMM zurückgingen, während andere neu hinzukamen.
Während der Aktion vor dem KOMM hing ein Transparent aus einem Fenster des KOMM mit einer Liste von "ermordeten Demonstranten durch Polizei und Staat".

Auch wurde aus dem Fenster vom KOMM mit Schreckschußpistolen geschossen.
Bereits bei der Trommelaktion verabredete man verschiedene Fahrgemeinschaften für die bundesweite Demonstration am 25.11.1989 in Göttingen.

Durch die große Polizeipräsenz während der Trommelaktion wurden von den Akteuren die Kennzeichen von "Zivi-Pkw" notiert und in die bereits hinreichend bekannte "Kfz-Liste" von Zivi-Pkw eingearbeitet.

Anmerkung
Diese Kfz-Liste von Zivi-Pkw kursiert schon seit langem in autonomen und antiimperialistischen Zusammenhängen.

12989 12. 53

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Allen Teilnehmern an der Demonstration in Göttingen am 25.11.1989 war bereits von vorneherein klar, daß es in Göttingen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen wird, und so erfolgte auch der Hinweis, sich auf alle Fälle zu vermummen .
Die Fahrt nach Göttingen erfolgte mit Privat-Pkw.

2. Antifa-Plenum:
Ort: Nürnberg, KOMM (VV-Raum);
Zeit: 24.11.1989, Beginn ca. 20 Uhr.

Teilnehmende Personen: 40 bis 50, davon bekannt:

[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklass

amtlich geheimgehalten

[redacted]

Nahezu einziges Thema bei diesem Antifa-Plenum war die bevorstehende Demonstration am 25.11.1939 in Göttingen. Einige namentlich nicht bekannte Personen (Studenten) aus Göttingen berichteten nochmals über die Vorfälle am 17.11.1989 in Göttingen, wobei die Studentin "Conny" zu Tode gekommen war. Außerdem zeigten diese Personen aus Göttingen Fotos von der Demo am 17.11.1989 in Göttingen mit der Unfallstelle, an der Conny ums Leben gekommen war (mit Blumen geschmückt usw.).

12989 12. 55

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

12.55

55

Anmerkung der Quelle:
Die Schilderung der Göttinger sowie die Fotos von der "Todesdemo" heizte die Stimmung unter den Teilnehmern "ziemlich auf".

Unter den Teilnehmern des Antifa-Plenums wurden Flugblätter, u. a. auch mit Verhaltensmaßregeln für die Demonstration am 25.11.1989 in Göttingen, verteilt (siehe Anlage). Für alle Eventualitäten gab man die Telefonnummern von den Ermittlungsausschüssen in Göttingen und auch in Nürnberg bekannt.

"EA Göttingen: 0551 / 73 864 und
EA Nürnberg: 0911 / 40 66 52
Olaf-Ritzmann-Kollektiv Nürnberg."

Wie bereits berichtet, fuhr man mit Privat-Pkw (Fahrgemeinschaften) zur Demonstration nach Göttingen. Allen Teilnehmern an dieser Demonstration wurde geraten, sich in eine Namensliste einzutragen, die dann den beiden EAs zur Verfügung gestellt wird.

Bereits bei diesem Antifa-Plenum war bekannt, daß ca. 30 Personen aus Nürnberg nach Göttingen fahren werden.

Anmerkung der Quelle:
Ebenfalls am 24.11.1989 war ein NBR-Plenum geplant, das jedoch aufgrund der langen Diskussion in diesem Antifa-Plenum ausfiel. Moniert wurde dabei, daß für die Zukunft nicht zwei derart wichtige Plena an einem Tag anberaumt werden sollen, da mit Sicherheit eines ausfallen würde. Das NBR-Plenum verlegte man dann auf den 01.12.1989.

12989 12. 56

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

55

amtlich geheimgehalten

3. Bundesweite Demonstration am 25.11.1989 in Göttingen:

Teilnehmende Personen:
insgesamt ca. 15.000 bis 18.000 Personen, davon ca. 50 aus Nürnberg.

Nachstehende Personen aus Nürnberg gaben sich äußerst militant bei der Demonstration in Göttingen und beteiligten sich auch an der "Entglasungsaktion" während der Demonstration:

[redacted]

Die Nürnberger Teilnehmer an dieser Demonstration in Göttingen trafen sich im allgemeinen am Wilhelmsplatz in Göttingen und marschierten dann gemeinsam zum Treffpunkt für alle Demo-Teilnehmer.

12989 12. 57

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

57

Anmerkung der Quelle:
Die Spitze der Demonstration wurde von Autonomen und "Antiimps" gebildet.
Nach Schätzung der Quelle dürften ca. 6000 Personen bei dieser Demonstration vermummt gewesen sein.
Während der Demonstration schlossen sich auch "Normalbürger" an.

Vor Beginn der Demo wurden über Megaphon Verhaltensmaßregeln, wie

Kettenbildung,
nicht am Rand gehen,
sich friedlich zu verhalten,
ab einer gewissen Strecke Schweigemarsch,
nach der Demonstration zur Polizeistation und
anschließend zum Rathaus,

bekannt gegeben.
Nach dem Schweigemarsch begann die "allgemeine Entglasung von Banken und Geschäften".

Anmerkung der Quelle:
Der Nürnberger Block beteiligte sich ebenfalls an diesen Gewalttätigkeiten.
Die "Wurfgeschosse" erhielt man bei den sogenannten "Steinfaßstellen", die allem Anschein nach vor Beginn der Demonstration angelegt worden waren. Die Örtlichkeiten gab man "unter der Hand" bekannt. Zusätzlich wurde mit Leuchtkugeln, pyrotechnischen Gegenständen und auch mit Schleudern und Stahlkugeln geschossen bzw. geworfen.

Außerdem gab es eine Liste mit "entglasungswürdigen Gebäuden".

12989 12. 58

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

57

58

amtlich geheimgehalten

Die bewußte Polizeistation in Göttingen wurde ebenfalls von den Demonstranten "angegriffen" und mit Steinen und Leuchtkugeln "beschossen".

Über einen sogenannten Laukw, der von einer "bewaffneten autonomen Gruppe" abgeschirmt worden war, gab man verschiedene Informationen an die Demonstranten weiter, wie z. B.

> "Die Polizei hat den Tod der Demonstrantin Conny auf dem Gewissen. Dies wird nicht hingenommen. Es wird weitergehen."

Anmerkung der Quelle:
Bereits bei der Abschlußkundgebung war unter der Hand zu erfahren, daß es nach der Demonstration mit Aktionen in Göttingen weitergehen werde. Verschiedene Nürnberger blieben ebenfalls auch nach dem offiziellen Abschluß der Demo in Göttingen, während andere bereits heimfuhren.

12989 12. 59

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

58

Vorlage schlecht lesbar

Meldende Dienststelle

Landeskriminalamt Hamburg
- LKA 321 -
Beim Strohhause 31, 2000 Hmb. 1

Eingegangen
06. DEZ. 1989
TE 21

Besucherdatei D M V

BUNDESKRIMINALAMT
Eing.: 05. DEZ. 89

Tag des Besuches
30.11.1989

Zeit: 10.[illegible] - 11.05 Uhr

Lgb.-Nr.: 321/5994/89

Ident-Nr.: 883029

***) BKA-Aktenzeichen

Ablauf [redacted]

Häftling

Familien-/Geburtsname d.Häftl. | Vornamen | Deckname/Spitzname
HORNSTEIN, Luitgard

Ident-Nr.: 877811

Geburtsdatum | Geburtsort/-land | JVA / Ort
[redacted] 1963 [redacted] | UHA Hamburg

Besucher

Familien-/Geburtsname Besucher | Vornamen | Deckname/Spitzname (Anrede d. Häftl.)
[redacted]

Geburtsdatum | Geburtsort/-land | Staatsangehörigkeit | Familienstand
[redacted] 1958 [redacted] | dt.

Vorgewiesenes Ausweispapier: | Echtheit überprüft? JA/NEIN | Fotokopie beigefügt? JA/NEIN
nicht bekannt

1. Wohns. Plz., Wohnort | Straße | Hs.Nr. | Telefon
[redacted] bei [redacted]

2. Wohns. Plz., Wohnort | Straße | Hs.Nr. | Telefon

Ausgefüllte Besucheranmeldung beigefügt: JA/NEIN

Verteidiger JA/NEIN

Falls für einen Verteidiger handelnd: für wen? | mit Untervollmacht: JA/NEIN

Mitgeführte Gegenstände

Kraftfahrzeug (Marke, Typ, Farbe -amtl. Kennz.- Besonderheit z.B. Antenne)

an den Häftling überlassene Gegenstände (Lebensmittel, Geld, Zeitschriften usw.)

[redacted]

Demonstration am 7.11. in Göttingen
aus Anlaß des Todes eines Steinewerfers

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS - NfD

Begleit-personen	Personenbeschreibung (Geschlecht, Größe, Gestalt, Haarfarbe, Bekleidung, Auffälligkeit) ohne Weitere Kraftfahrzeuge der Begleitung - sonstige Auffälligkeiten
Besuchs-überwachung	Keine Besuchsüberwachung, da Verteidiger da in Untervollmacht von Besuchsüberwachung durch: Beamter UHA, [redacted] LKA 38 Name Dienstgrad Dienststelle

Verdächtiger Gesprächsinhalt:

mit/ ~~XXXX~~ Trennscheibe

siehe Besuchsbericht

Verteiler:
UHA
BKA/TE 21
GBA
LKA Hamburg

Zusatz TE 21.
Andrea = vermutl. Andrea SIEVERING
Chris = " Christian ULLRICH

[redacted]

12989 12. 61

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

3

-- VS - Nur für den Dienstgebrauch --

LKA 3
Az.: 321/5994/89

Hamburg, den 30.11.1989
NA.: 8702

Betr.: Besuchsüberwachung bei dem Untersuchungshäftling
Luitgard HORNSTEIN, geb. 26.05.1963 in Düsseldorf

Besucherin: [redacted]
geb. [redacted].58
wh.: [redacted] bei [redacted]

Ort: UHA Hamburg

Zeit: 30.11.1989, 10.05 bis 11.05 Uhr

Besuchserlaubnis: OLG Stuttgart, 5. Strafsenat,
vom 10.11.1989, gez. Dr. Breucker

Besuchsüberwachung: Beamter UHA / [redacted] LKA 321

--- mit / ohne Trennscheibe ---

12989 12. 62

Beim Eintreten in den Besucherraum fragte die Besucherin den Häftling, warum lachst du so. Der Häftling: "Nur so."
Anfänglich unterhielten sich beide über die Revisionsverhandlung vor dem Bundesgerichtshof.
HORNSTEIN sprach in diesem Zusammenhang von dem Handschrift-

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

62

sachverständigen OCKELMANN, dessen Gutachten in den Verfahren gegen Andrea und Chris eingeflossen sind und ausschlaggebend für die Verurteilungen waren. In dem von ihr zu erwartenden neuen Verfahren in Stuttgart-Stammheim wird ihrer Einschätzung nach es zu einer Verurteilung kommen, weil die Bundesanwaltschaft nicht zurückstecken kann und ihr Konstrukt sonst zusammenzubrechen droht.
Besucherin: "Hab gedacht, daß sie nicht so schweinisch sind. Sind sie doch. Übel und schweinisch."
HORNSTEIN: "Das kann man mit Logik nicht packen. Sie brauchten lange, um es so hinzubiegen, wie sie es haben wollten. Das sieht man allein schon am zeitlichen Ablauf der Verhandlung".
Die Besucherin wies auf Ähnlichkeiten mit dem in der JVA Fuhlsbüttel inhaftierten Dr. Fritz STORIM hin.
HORNSTEIN: "Das kann man nicht mehr hinnehmen. Das geht gegen den gesamten Widerstand."

Die Besucherin erwähnte ein Treffen von Leuten, die sich um den Hungerstreik gekümmert haben. Hier soll eine neue Diskussion geführt werden, ob man gemeinsame Initiativen ergreifen kann.
(Anm.: Am Wochenende 16./17.12.1989 ist ein solches Treffen in Hamburg bekanntgeworden.)

HORNSTEIN sicherte zu, zu dieser Thematik sich schriftlich zu äußern.
Die Inhaftierte erläuterte detailliert den Ablauf ihrer Revisionsverhandlung und die vermeintliche Strategie der Bundesanwaltschaft, die versucht, die RAF und den Widerstand als "gesamtes Ding" zu behandeln.
Besucherin: "Wir sind der freieste Staat, den es je auf deutschen Boden gegeben hat."
(Anm.: Der Wortlaut wurde mit lautem Lachen quittiert.)

12989 12. 63

declassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

62

63

5

Ohne Zusammenhang sagte die Gefangene: "Ich bin total aufgedreht, richtig fickerig."
Besucherin: "Hast du zuviel Kaffee getrunken?"
HORNSTEIN: "Nein, hab zuviel Radio gehört."
(Anm.: Damit spielte H. offensichtlich auf mehrere Nachrichtenmeldungen an, die über den Sprengstoffanschlag auf Herrn Herrhausen berichteten. Sie wollte offensichtlich mit der Besucherin über dieses Thema sprechen. Diese ging jedoch nicht auf den dezenten Hinweis ein.)
Besucherin: "Bin im Moment von TV und Radio ab. Lese viel über El Salvador. Außerdem war ich am Wochenende mit vielen Leuten in Göttingen bei der Demo. Endlich mal wieder eine Großdemo."

[redacted]

Auf Nachfragen, was draußen so läuft, erwiderte die Besucherin, daß z.Zt. besonders viele DDR-Bürger bei ihnen vorbeischauten. Darunter waren auch Hausbesetzer aus Rostock und Leute vom Neuen Forum.

[redacted]

Bedenken der HORNSTEIN, daß das Kapital die DDR einverleiben will, wurden von der Besucherin mit dem Bemerken: "Der Großteil der Bevölkerung macht sich keine Gedanken, woher die Bananen und Apfelsinen kommen. Die haben kein Bewußtsein. Vom Sozialismus haben sie die Nase voll. Die Hausbesetzer sagten, links ist out. Die haben gegen alles, was von links kommt, eine Antihaltung", abgetan.
Die HORNSTEIN befand diese Einstellung der Bürger aus der DDR als irrational und äußerst übel.
In diesem Zusammenhang sprach die Besucherin von einem Treffen am vergangenen Wochenende, an dem die Vereinten Linken teilnahmen. Beide Gesprächsteilnehmer waren sich einig in der Ansicht, daß diese "Sektierer" weder hier noch drüben z.Zt. eine Chance haben.
Die Gesprächsteilnehmer diskutierten über die zukünftige politische Lage der DDR.

12989 12. 64

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

63

[redacted]

21.12.89

Informationen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

Abl. aus: [redacted]



Ident-Nr.: 880334

[redacted]

Militante Neue Linke

hier: Demonstration am 17.11. in Göttingen aus Anl. des Falles eines Studenten

12989 12.

Vfg.

1) Reg III

z. III 7 101 - d. 14.2.90

z. d. A.

Lagebericht November '89

12.2.90

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

-säulen und den Bau von Brandsätzen mit Zeitzünder zum Inbrandsetzen von Tankstellenpavillons gegeben.
(V/P)

1.4 Ausschreitungen nach tödlichem Unfall einer Studentin in Göttingen

Am 17. November wurde im Anschluß an tätliche Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und "Antifaschisten" in Göttingen die Studentin

Cornelia WISSMANN

bei einem Verkehrsunfall getötet.

Frau WISSMANN war in einer Gruppe, die dem JUZI-Spektrum zuzurechnen ist, vor der diese verfolgenden Polizei auf die Weender Landstraße gelaufen und von einem PKW erfaßt worden. Ihr Tod führte bundesweit spontan zu teilweise gewalttätigen Reaktionen. Der Unfall wurde fast einhellig als politischer Mord verurteilt. Schlagartig wurde die seit längerer Zeit weitgehend inaktive linksextremistische Szene in der Bundesrepublik mobilisiert.

Am 23. November fand in der Universtät Göttingen eine Vollversammlung mit ca. 1.400 Teilnehmern statt. Es wurde die Forderung nach dem Rücktritt des Göttinger Polizeichefs und aller beteiligten Polizeibeamten gestellt. Weiterhin müßten alle Polizisten, die rechtsradikalen Organisationen angehören, vom Dienst suspendiert werden. Dem Faschismus müsse entschieden entgegengetreten werden.

12989 66

Bundesweit wurde auf Flugblättern zu einer Großdemonstration für den 25. November nach Göttingen aufgerufen. "Autonome" aus Kiel, Lübeck, Berlin, Hamburg sowie aus anderen Städten mobilisierten zur Teilnahme. Teilweise wurden Gewaltaktionen geplant.

Am 25. November war seit dem frühen Morgen ein starker Zustrom von Demonstrationsteilnehmern feststellbar. Da Gewalttätigkeiten nach Möglichkeit vorgebeugt werden sollte, führte die Polizei an den

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

X wie ist der Satz zu verstehen?

wichtigsten Einfallstraßen nach Göttingen Vorkontrollen durch.
X Dabei wurden Personen aus Hamburg (Hafenstraße), Hannover, Berlin, Bremen, Kiel, Offenbach, Marburg, Saarbrücken, Hildesheim, München und anderen Städten festgestellt. Schon bei den Kontrollen kam es zu kritischen Situationen. Bei den ausreisenden Demonstranten wurden aktive und passive Waffen wie Helme, Campingbeile, Zimmermannshämmer, Knallkörper, Springmesser, Sturmhauben, CS-Spraygas, Gaspistolen und Küchenmesser sichergestellt, die insgesamt 63 Plastiksäcke füllten.

Personen (namentl.) oder Kfz-Kennzeichen

Auf dem Demonstrationsplatz versammelten sich zwischen 12.000 und 15.000 zum größten Teil friedliche Demonstranten. Über die örtliche Presse hatten unter anderem SPD, GRÜNE und Kirchen zur friedlichen Teilnahme an der Trauerdemonstration aufgerufen.

Als sich der Demonstrationszug in Bewegung setzte, bildete sich an der Spitze ein Block von ca. 2.5000 vermummten Personen, die in ihrer Mitte einen Lautsprecherwagen mitführten.
Bis zum Zielpunkt der Demonstration, dem Unfallort der tödlich verunglückten Studentin, verlief die Demonstration weitgehend friedlich.
Beim Rückweg durch die Innenstadt von Göttingen wurden jedoch bereits mehrere Fensterscheiben von Kreditinstituten, Geschäften und einer Polizeidienststele eingeworfen. Weiterhin kam es zu einer Vielzahl von Schmierereien. Zäune und am Straßenrand abgestellte PKW's wurden beschädigt. Während des Marsches wurden ständig Leuchtraketen und Stahlkugeln gegen die Polizei verschossen sowie Knallkörper gezündet.
Lautsprecherdurchsagen der Polizei mit der Aufforderung an die friedlichen Teilnehmer, sich von den unfriedlichen Demonstranten zu trennen, blieben erfolglos.
Nach einer Abschlußkundgebung vor dem neuen Rathaus zogen der "Schwarze Block" und weitere 700 Demonstranten zum "Jugendzentrum Innenstadt" (JUZI).
In der Folgezeit wurden aus dem JUZI heraus ständig Polizeikräfte und Passanten angegriffen und verletzt.

12989 12 67

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifi

Drei Polizeibeamte, die als Verkehrslenkungskräfte eingesetzt waren, wurden in ihrem Einsatzfahrzeug angegriffen und das Fahrzeug umgestürzt. Die zur Unterstützung herbeigerufenen Beamten wurden mit Brandsätzen und Steinen beworfen. Zahlreiche Beamte erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen.

Auch in den Tagen nach der Demonstration kam es in vielen Städten zu anlaßbezogenen Farbschmierereien und anderen Aktionen.
(V/P)

1.5 Finanzkrise der DKP und ihrer Bündnisorganisationen

Nach den Veränderungen in der DDR treibt die DKP in ein Finanzchaos. Ab Mitte 1990 soll ihr keine finanzielle Hilfe mehr von der SED zukommen. Bisher flossen jährlich etwa 70 Millionen DM aus der DDR in die Kassen der DKP.

Zu den Sparmaßnamen gehören:

- drastische Reduzierung des hauptamtlichen Apparates
- Auflösung von Parteibüros
- DKP-Tageszeitung "UZ" soll ab Frühjahr 1990 nur noch als Wochenzeitung erscheinen.

Als DKP-Publikationen sollen nur die "UZ", die "Marxistischen Blätter" und die gewerkschaftspolitische Zeitung "Nachrichten" gerettet werden.

12989 68

Noch härter als die DKP trifft diese Entwicklung die "Deutsche Friedensunion". Sie hat bereits damit begonnen, ihren Apparat drastisch zu verkleinern.
Gegenüber der TAZ äußerte sich das DFU-Präsidiumsmitglied Willi van OOYEN, daß "durch die Entwicklung in der DDR eine entscheidende Finanzquelle überraschend versiegt" ist.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifizie

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ
BADEN-WÜRTTEMBERG

D | M | V

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

An das
Bundesamt für Verfassungsschutz
Postfasch 10 20 50

5000 Köln 1

Eingegangen
25. JAN. 1990
Az.

Stuttgart, den 23. Januar 1990

Fernsprecher (0711) 56 61 01

Aktenzeichen
(Bitte bei Antwort angeben)

III C 24

An den
Niedersächsischen Minister des Innern
- Abteilung 4 -
Postfach 4420

3000 Hannover 1

[redacted]

Betr.: Linksextremistische Bestrebungen
hier: Reaktionen auf den tödlichen Verkehrsunfall einer Demonstrantin am 17. November 1989 in Göttingen

Anlg.: 2 (VS-NfD)

Ident-Nr.: 887495

Anbei werden zwei Nachrichten zu den Vorgängen am 17. November 1989 in Göttingen übersandt, die dem Mailboxnetz LINKSystem entnommen wurden.

[redacted]

12989
12. 69

1) Reg III
2. III 7 5/1 5/2 12 FEB. 90
3. III 7 32 (Schr. 15/2.90 z. Text bezp.)
4. z. d. Reg 1/2

Anschrift: Taubenheimstraße 85 A · Postfach 50 07 00 · 7000 Stuttgart 50

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Nachricht von :LINK- Nachricht Nummer :903 Nachricht von [redacted]
[redacted] Betrifft :connys tod + bulle [redacted]
Datum :24.12.89 21:15

zu connys tod faellt mir auf das sie nun nach klaus-juergen rattay bereits die zweite person ist die vor ein auto (bzw. bus) gejagt wurde.. sieht mir nach einer bequemen loesung aus einen zu killen.. so kann man immer rumreden das man den wagen im eifer des gefechtes nicht gesehen hatte.. blabla.. also, ich meide bei solchen gelegenheiten stark befahrene strassen schon seit rattays tod und beschraenke mich mehr auf dachaktionen... grinssss.....

zu bulle [redacted] wuerde mich mal interessieren ob das der gleich bulle [redacted] ist der aus goslar strafversetzt wurde.. denn der typ ist ultraderbe !!!!! wir haben den mal mit ein paar leuten derbassen verarscht das er von der leitung des drogendezernates zum personen fotografieren und fingerabdruecke nehmen degradiert wurde... hihi.. nunja, er hat daraufhin nur noch gesoffen und tabletten genommen und ist wirklich gefaehrlich weil er nen echten (nicht ganz unbegruendeten hass faehrt) ... kann er das sein ?? kann das mal jemand rausbringen ? wuerde wohl einiges erklaeren...

[redacted]

12989 12. 70

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklass

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Nachricht von :LINK- Nachricht Nummer :889 Nachricht von :[redacted] Betrifft :Connys Tod und die ZSK in Göttingen Datum :23.12.89 21:45

PRESSEERKLÄRUNG

Zur Arbeit der Zivilen Polizei in Göttingen

Am Freitag, den 17.11.89, wurde unsere Freundin und Mitkämpferin Conny bei einem Polizeieinsatz getötet. Entsetzen und Trauer über ihren Tod haben uns erfüllt. Je mehr wir über die Umstände ihres Todes erfahren, umso mehr Wut erfüllt uns auch gegen die Polizisten, die ihren Tod verschuldet haben. Zivilwagen der sogenannten Zivilen Streifenkommandos (ZSK) verfolgten Conny und die anderen Menschen in ihrer Gruppe über eine halbe Stunde lang durch die Innenstadt bis hinter das Iduna-Zentrum. Aus dem Wagen des Leiters der ZSK kam der Funkspruch "Sollen wir sie hier plattmachen?", der den Anstoß zu dem Polizei-Einsatz gab, bei dem Conny vor ein Auto getrieben wurde. Es waren diese ZSK-Wagen, die Menschen dann durch die Verbindungsstraße hinter dem Iduna-Zentrum auf die vierspurige Weender Landstraße trieben. Dort wartete - abgestimmt mit den ZSKs - bereits der diensthabende Göttinger Einsatzleiter der Schutzpolizei und einige andere Polizisten mit gezückten Knüppel. Daß die Polizei Schuld ist am Tod von Conny, daran kann es keinen Zweifel geben: ohne Polizei-Einsatz wäre Conny noch am Leben. Der Einsatz selbst war - ebenso wie die angeblich geplante Personalienfeststellung - illegal, denn die Polizisten wußten - wie aus dem Funkverkehr hervorging - sehr gut, daß die verfolgte Gruppe nichts mit der Prügelei in der Burgstraße zu tun gehabt hatte, wegen der die Polizei ausgerückt war. Polizeichef Will hat dies in der Zeitung "Die Siebte" bestätigt. Dieser Einsatz ist nur zu begreifen vor dem Hintergrund der jahrelangen Bespitzelungs- und Einschüchterungs-Kampagne, die von Sondereinheiten der Polizei gegen Linke und andere politisch aktive Menschen in Göttingen geführt wird. Schon 1982 tauchte eine Broschüre mit Namen "Lauschangriff" auf, die den in der Öffentlichkeit weithin bekannten "Spudok"-Skandal auslöste. In der Broschüre wurden Aussprüche aus dem Polizeifunk abgedruckt, zwei Beispiele für den Charakter der Sprüche sind hier angeführt:

a: Zwei von unseren Freunden stehen gerade am Theaterkeller, spielen Anhalter, ihr könnt sie ja mal mitnehmen.

b: Jau!

c: Im Kerstlingeröder Feld, da werden sie rausgeschmissen.

a: Kleines Loch hacken, reinschmeißen.

12989 12. 71

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

a: Beim Musikhaus Hack sind welche im Laden... Wir sind am Ort... Das hat so seine Richtigkeit. Das ist hier Person von Musikhaus Hack, die hat nen Ausweis mit.

b: War da noch was?

a: Nee, Nee, der hatte nur nen bißchen große Lippe.

b: Hatte Nee dicke Lippe? Können wir ihn mit aufmischen?

a: Ach Nee, lohnt sich nicht.

c: Und ich hatte schon Nee Wette auf dich abgeschlossen, daß die heute nen Widerstand bringst.

b: Nur bei [redacted] haben wir ja nen bißchen mit angefaßt.

a: Na immerhin, es geht aufwärts.

b: Es geht wieder an!

a: Wunderbar!

Anmerkung:

Mit "Widerstand bringen" ist gemeint, einen Menschen z.B. bei einer "Personalienfeststellung" so hart zu bedrängen, bis der sich wehrt und dem Menschen dann ein Verfahren wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" anzuhängen. Oft wird auch behauptet, der Mensch habe sich gewehrt, wenn dies nicht der Fall war.

Aus dieser Sammlung von Funksprüchen wurde zweierlei ersichtlich: Erstens, daß zu dieser Zeit in Göttingen ein Computersystem existierte (Spuren-Dokumentationssystem Spudok), in dem alle erreichbaren Daten über die Göttinger Linken eingespeichert wurden (Autokennzeichen, Wohngemeinschaften, Besucher von Kneipen und Festen usw.). In der Zeit darauf stellte sich heraus, daß es ähnliche Dateien auch in anderen Städten gab, wie z.B. in Hannover im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die militärischen Ausstellungen ILA und IDEE. Zweitens wurde deutlich, daß in Göttingen ein geheimes (ziviles) Sonderkommando, das sog. Aufklärungs- und Festnahmekommando (AufKdo) existierte, das zur Aufgabe hatte, außerhalb des normalen Polizeidienstes die Strukturen der linken Szene auszukundschaften und durch Provokation und ständige Belästigung diese zu verunsichern. Damals wie heute war die erste Reaktion auf die Veröffentlichung der Funksprüche [redacted] Seiten des verantwortlichen Polizeileiters (damals [redacted]), diese als "sprachliche Schnitzer" zu bezeichnen die "Funkdisziplin (sei) offenbar nachlässig" gewesen (GT 5.3.82). Heute bezeichnet Polizeichef Will das "Plattmachen" als "flapsigen Spruch". Daß diese Sprüche gerade die menschenverachtende Mentalität der Beamten widerspiegelt und daß sich darin eben die Funktion des Kommandos ausdrückt, muß [redacted] teilweise zugeben: "soll die Szene aus der Anonymität herausgeholt werden..., was dort zu einer gewissen Verunsicherung beigetragen hat." Ein Zitat aus der Prozesserklärung eines Angeklagten im sog. "Spudok"- Prozess (ihm wurde damals vorgeworfen als presserechtlich Verantwortlicher eines Flugblattes mit

12989 12. 72

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Zitaten aus dem "Lauschangriff" gegen das Fernmeldeanlagengesetz verstoßen zu haben und die Polizei beleidigt zu haben) hat ungebrochene Aktualität: " Wenn die Beamten der Geheimen Stadtpolizei vorgetäuschte Kfz-Kontrollen durchführen, nur aus dem Grund, an die Daten der Insassen zu kommen, dann deckt sich das voll und ganz mit der Devise, die Szene aus der Anonymität holen. Desgleichen, wenn Beamte gleich mit drei oder vier Fahrzeugen einzelne Menschen provokativ verfolgen oder die Daten aller Kfz notieren, um die Besucher bestimmter Kneipen auszuloten. Und wenn die Beamten der Geheimen Stadtpolizei am Samstag morgen durch die Innenstadt streichen, Plakate abreißen, die Umstehenden in unflätiger Weise anpöbeln, nur darauf lauern, daß ein Wort das andere gibt, damit man sich dann endlich dröhnen kann, dann gilt hier wohl das Stichwort Verunsicherung. Zumal die Umstehenden eher Neonazis vermuten als Beamte der Polizei, da man sie ja nicht als Polizisten identifizieren kann."

Aufgrund des öffentlichen Drucks sah sich die Landesregierung gezwungen, das AufKdo aufzulösen. Dies war allerdings Augenwischerei: an seiner Stelle wurde das ZSK installiert. Unter diesem neuen Namen sind nun die gleichen Beamten in den gleichen unauffälligen Passats mit den gleichen Aufgaben unterwegs. Sie arbeiten dabei eng mit den Beamten des 7. Kommissariats -der Kriminalpolizeiinspektion, der sog. politischen Polizei, zusammen. Diese Beamten nehmen teilweise die gleichen Aufgaben wahr - trotz unter- schiedlicher Eingliederung in der Polizeiorganisation fahren die Beamten z.T. auch gemeinsam Streife. Die Zivilen Sonderkommandos wurden mehrfach personell verstärkt, zunehmend auch durch Frauen (so daß sie als Pärchen auftreten können), zuletzt im Januar 1989 als nach einer Notiz im GT 35 neue Beamte den Dienst aufnahmen. Bei einer Fachtagung in der Polizeiführungsakademie Hiltrup am 26./27. Juni 86 wurde beschlossen, in Göttingen wie auch in anderen Städten den Datenbestand der Polizei durch Einkesselungs-Aktionen und Razzien zu aktualisieren. In Göttingen wurde daraufhin am 1.Dez. 86 während einer Veranstaltung das Jugendzentrum Innenstadt Juzi umstellt und alle 408 TeilnehmerInnen fotografiert und die Personalien festgestellt. Das Ziel ist wieder, die "Szene aus der Anonymität zu reißen", so der damalige niders. Innenminister Möcklinghoff. Inzwischen haben Gerichte diese Polizei-Aktion für illegal erklärt, das ändert aber nichts daran, daß die ZSKs seitdem über die Daten und Fotos dieser großen Gruppe von Menschen verfügt. Seit der Spudok-Zeit hat sich am Vorgehen und an der Mentalität der "Zivis" nichts wesentliches geändert - ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Am 27. Oktober 1989 waren eine Gruppe Skinheads unter den Augen der Polizei in die Diskothek "Tangente" gegangen. Kurz darauf ist im Polizeifunk zynisch zu hören: "Ein ausländischer Mitbürger betritt die 'Tangente' - mal sehen, wie er wieder rauskommt." Er und zwei Menschen, die ihm zur Hilfe eilen wollen, werden

12989 12. 73

zusammengeschlagen ohne daß die Polizei eingreift. Die Bedrohung und Belästigung von linken Gruppen, aber auch Frauen, Ausländern etc. ist in Göttingen inzwischen Alltag geworden. Da werden z.B. die BesucherInnen des Juzi regelmäßig von zivilen Polizeiwagen aus mit Ferngläsern beobachtet und mit Teleobjektiven fotografiert. Da fahren die Zivilwagen zeitweise täglich an bestimmten Wohnungen vorbei, im Schritttempo, und bleiben zur Beobachtung eine Weile davor stehen. Da werden Leute zu Fuß, auf dem

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Fahrrad, auf dem Mofa oder im Auto von zivilen Polizeiautos verfolgt, es wird beobachtet, von wo nach wo sie gehen, mit wem sie sprechen, mit wem sie sich treffen. Da werden - häufig auf brutale Weise - Personenkontrollen durchgeführt. Und all dies ohne konkreten Anlass. Für die Kneipenbesucher, die am Juzi vorbeigehen, die Nachbarn der betroffenen Wohngemeinschaften oder zufällige PassantInnen in der Innenstadt ist dieses Stück Göttinger Alltag nicht sichtbar, da er von Zivilen Sonderkommandos praktiziert wird. Eben von Polizisten, die nicht durch Grün-Weiß gekennzeichnete Streifenwagen und Uniformen erkennbar sind, sondern mit normaler Kleidung in unauffälligen Passats, Audis o.ä. durch die Stadt schleichen. Mit ihren Aktionen schlagen nicht etwa einzelne Zivilbeamte willkürlich über die Stränge, sondern im Gegenteil: damit erfüllen sie genau die ihnen gestellte Aufgabe, nämlich durch Drohungen und Einschüchterungsaktionen Menschen die politische Arbeit unmöglich zu machen, die sich kritisch und konsequent mit dem Staat auseinandersetzen. Ganz offensichtlich stricken die "Zivis" fleißig an ihrem eigenen Feindbild und konzentrieren sich dabei immer wieder auf einzelne Personen, die sie besonders drangsalieren. Neuzugänge werden systematisch auf diese Personen trainiert, so daß sie bereits beim ersten Einsatz in der Lage sind, diese Personen zu identifizieren. Die in der Anlage beigefügten Fallbeispiele illustrieren nur zu drastisch, wie die ZSK-Einheit und die Beamten des 7.Kommissariats die ihnen gestellte Aufgabe erledigen. Dieses Material wurde innerhalb von 2 (!) Tagen gesammelt. Wir hoffen, in den nächsten Tagen noch weiteres Material zu bekommen. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil es für niemanden möglich ist, sich mit Beschwerden über diese Polizeieinheiten an die Polizei oder die Gerichte zu wenden: in der Regel erwartet die Menschen dann eine Gegenanzeige wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt", "Verleumdung" oder bei Zeugen wegen "Falschaussage".

Das menschenverachtende und zum Teil brutale Vorgehen der Zivilen Sondereinheiten hat mit erschreckender Konsequenz zum Tod von Conny geführt.

Wir fordern:

- Restlose öffentliche Aufklärung der Geschehnisse, die zu Connys Tod führten.

- Wirksame Bestrafung der Verantwortlichen.

- Auflösung des ZSK (Ziviles Streifenkommando) und die Entfernung der Beamten aus dem (Göttinger) Polizeidienst, Absetzung von Lothar Will als Polizeichef.

12989 74
12.

- Entfernung aller Beamten aus dem Polizeidienst, die Mitglieder der Republikaner sind und all derer, die faschistisches und rassistisches Gedankengut vertreten.

- Schluß mit der Überwachung, Erfassung und Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes.

- Einstellung aller Ermittlungsverfahren.

- Erhöhung der Mittel bzw. Verfügungstellen von Mitteln für Gruppen aus dem antifaschistischen Widerstand, insbesondere des Juzis.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Anhang

Das Tätigkeitsfeld der Zivilen Streifenkommandos (ZSK) -
Einige Beispiele -

In den folgenden Beispielen für Bespitzelungen durch die Zivilen Einsatzkommandos haben wir, sofern sie nicht allgemeiner Art sind, sondern sich konkret auf Einzelpersonen beziehen, die Namen der Betroffenen geändert, um sie zu schützen.

(d. Red.)

Beispiel Jugenzentrumsinitiative Innenstadt (Juzi)

Schon seit Jahren ist das Jugendzentrum an der Bürgerstraße ein Objekt der intensiven Bespitzelung durch die Zivilen Spitzelkommandos und die politische Polizei (7. Kommissariat der KPI). Fast täglich stehen Spitzelwagen auf der gegenüberliegenden Straßenseite und beobachten, wer ein und aus geht. Zeitweise wird dabei auch fotografiert.

Im Frühjahr '89, als über eine bundesweite Kampagne zur Verbesserung der Haftbedingungen von politischen Gefangenen auch hier viel diskutiert wurde, wurden über Wochen hunderte von Personen mit Teleobjektiven beim Betreten oder Verlassen des Juzi fotografiert.

Doch die Polizei macht die Augen nicht nur auf, sie kann sie auch schließen. Als im Frühjahr '89 ein riesiges Transparent zum Thema Hungerstreik der politischen Gefangenen an der Fassade des Juzi von Neo-Faschisten in Brand gesteckt wurde, griff das Zivile Sonderkommando, das den Vorgang vom nebenliegenden Parkplatz beobachtete, nicht ein. Ebensowenig greift das Spitzelkommando bei all den anderen Aktionen der Nazi-Skinheads gegen das Juzi ein (z.B. wenn sich Nazis an der Tür des Juzi zu schaffen machen, oder die Nazis das Juzi mit Leuchtmunition beschießen).

Beispiel Theater-Keller

12989 12. 75

Der Theater-Keller, die Kneipe des Fördervereins "Freunde des jungen Theaters" in der Geismarlandstraße ist ein belebter Treffpunkt von vielen Linken in Göttingen. Konsequenterweise ist er ein bevorzugtes Observationsfeld der Zivilpolizei. Einige Stunden, manchmal ganze Abende stehen 1 - 2 Fahrzeuge des Zivilen Streifenkommandos (ZSK) vor der Tür, beobachten, wer mit wem ein- und ausgeht oder fahren hinter einzelnen Besuchern nach Verlassen der Kneipe her, um deren Personalien festzustellen.

Bei politischen Informationsveranstaltungen im Theater-Keller werden die Besucher oft beim Betreten oder Verlassen der Kneipe aus den Zivilpolizeifahrzeugen heraus fotografiert.

Beispiel Druckerei

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Auch ein örtliches Druck-Kollektiv ist ein Objekt der Spitzeltätigkeit der Göttinger Zivilpolizisten. Regelmäßig die Zivilstreifen "Kontrollfahrten" auf dem Betriebsgelände. Der Firmenwagen war auffallend häufig Objekt von Verkehrskontrollen, wobei jeweils die Personalien der FahrerInnen festgestellt wurden.

Nach dem Umzug in neue Werkstatträume mit Fenstern in Sichthöhe müssen die DruckerInnen schließlich entnervt die Fenster zuhängen, weil sie immer wieder aus Zivilstreifenwagen heraus bei der Arbeit beobachtet werden. Einer der Drucker bemerkt eines Tages wieder einmal einen Zivilpolizeiwagen auf dem Firmengelände. Er hört ein Krachen und stellt, als er draußen nach dem rechten sieht, eine "Acht" im Hinterrad seines Fahrrades fest.

In der Druckerei wurden schon häufig Hausdurchsuchungen durchführt, um nach Druckplatten etc. zu fahnden.

Beispiel Buchladen, Rote Straße

Der sogenannte "Rote Buchladen", eine Kollektiv-Buchhandlung, wird seit Jahren intensiv bespitzelt. Immer wieder, bevorzugt auch Samstag vormittags, fahren Polizisten in Zivil vor, um dann eine längere Zeit dort im Halteverbot zu stehen und durch die Schaufensterscheibe das Treiben im Laden eine viertel bis halbe Stunde lang zu beobachten. mit wechselnder Intensität werden die Fenster-Auslagen fotografiert oder die Texte von aushängenden Plakaten auf Band gesprochen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß hier schon mindestens ein Dutzend Hausdurchsuchungen nach verbotenem Schriftgut von der Polizei durchgeführt wurden.

Beispiel Affäre Bulle [redacted], Mai 1986

Am 25. Mai 1986 wurde morgens gegen halb zwei eine Frau,

die den Zebrastreifen am Geismartor Richtung Reinhäuser Landstr. überquerte, von einer vorbeifahrenden Polizeistreife aus ermahnt, sie habe den Bürgersteig zu benutzen. Der anschließenden Aufforderung, zur Personalienaufnahme stehenzubleiben, kam die Frau nicht sofort nach. Die Polizisten werteten dies als Fluchtversuch, parkten den Streifenwagen auf dem Bürgersteig, sprangen aus dem Fahrzeug und drehten der Frau, noch ehe sie hätte ihren Namen und ihre Adresse nennen können, den Arm um, drückten sie bäuchlings auf die Kühlerhaube des Wagens und legten ihr Handschellen an. Hierbei wälzte sich einer der Beamten über die Frau und preßte sein Knie unter ihren Rock. Danach wurde die Frau kopfüber in das Polizeifahrzeug befördert. Diese Vorgänge wurden von Zeugen beobachtet. Auf der Polizeiwache am Steinsgraben angekommen, wurde die Frau unter lautem Gejohle der dort anwesenden Beamten empfangen. Es fielen Sprüche wie: "Da hast Du Dir ja ein nettes Ding aufgerissen." Anschließend wurde sie von Polizist [redacted] alleine "vernommen". Dieser schubste sie, die noch immer Handschellen trug, durch den Raum, beschimpfte sie ("Sie sind doch Abschaum", "Sie gehörten vergast" usw.) und drohte an, sie zu schlagen und über Nacht in die Ausnüchterungszelle zu sperren. Da die Frau nichts

12989 12. 76

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

getrunken hatte wurde sie eine halbe Stunde später - nach Aufnahme der Personalien - wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Frau erstattete Anzeige wegen Beleidigung und Körperverletzung. Trotz Zeugen und eines ärztlichen Attestes über Prellungen und Hautabschürfungen wurde das Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Eine Anzeige des Polizisten hingegen führte zur Anklage der Frau wegen Beleidigung, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Das Verfahren endete mit einem Freispruch für die Frau, nachdem Dr. [redacted] Richter am Amtsgericht, der mehrfach versehentlich vom "Opfer" statt von der "Angeklagten" sprach, keine Schuld finden konnte.

Beispiel Fotograf F.

Der Student F. ist als Fotojournalist für verschiedene Zeitungen tätig, unter anderem für die "göttinger nachrichten", die Zeitschrift des ASTA der Universität Göttingen. Mit diesem Fotografen scheinen die Zivilpolizisten eine besondere Rechnung offen zu haben. An die "kleinen Gemeinheiten" hatte F. sich längst gewöhnt; Daß er beim Gang durch die Stadt abends von ZSK-Wagen im Schritttempo "begleitet" wurde, daß er immer wieder von Zivilpolizisten demonstrativ mit Namen berufen wurde etc. Im Laufe der Zeit aber wurden die Gemeinheiten aggressiver. Schließlich wurde ihm gedroht: "Wenn wir Dich das nächste Mal mit der Kamera erwischen, kriegst Du was auf die Schnauze!" Die Gelegenheit ergab sich für die Polizisten, als während eines ASTA Prozesses (wegen Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats) der gesamte Gerichtssaal zum AStA-Büro zog, um dort eine Hausdurchsuchung durchzuführen. F. war davon unterrichtet worden und wartete dort bereits mit gezückter Kamera, als zwei Beamte der politischen Polizei in der Vorhut der anderen Prozessteilnehmer eintrafen. Sie stürzten sich,

unter den Augen der Staatsanwältin [redacted] -die sich angestrengt bemühte, nichts zu bemerken - auf F., drehten ihm der Arm auf den Rücken, verstauchten ihm einen Daumen, zerstörten zwei Kameras und beschlagnahmten alle Filme.

Daß die Polizei auch andere Mittel als körperliche Gewalt hat, um "Rechnungen zu begleichen", zeigt die Art und Weise, wie F. nach der Besetzung einer ehemaligen Schule mit einem Prozeß überzogen wurde: Der Hausmeister der Schule sagte aus, er sei von einem der Besetzer, der eine Kamera trug, geschlagen worden. Der Mann sei 1,65 groß, untersetzt, langhaarig. Daraufhin legten Beamte der politischen Polizei dem Hausmeister ein einziges Foto vor - das des F., der 10 cm größer, schlank und kurzhaarig ist. Nichtsdestoweniger "erkannte" der Hausmeister nach dem Gespräch mit der Polizei F. als Täter. F. wurde der Prozeß wegen "gefährlicher Körperverletzung" gemacht. Im Prozeß gab ein Wachmann an, er sei von der Polizei gebeten worden, eine "ganz bestimmte Person" zu identifizieren. Herr F. hatte das große GIück, daß er die Vorwürfe widerlegen konnte. Er hatte zahlreiche Alibi-Zeugen, die "Körperverletzung" war vom Tisch. Kleiner Erfolg für die Göttinger Polizisten: F. war zugegebenermaßen - ebenso wie etwa ein Dutzend anderer Journalisten - zu einem späteren Zeitpunkt in der besetzten Schule, um Fotos zu machen. Er wurde in 1. Instanz zu einer Geldstrafe von 10 Tagessätzen wegen Hausfriedensbruch verurteilt, in 2. Instanz aber freigesprochen. Die Revision der Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch ist noch anhängig.

12989 12. 77

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

An der Person von Herrn F. wird auch deutlich, wie innerhalb der Sonderkommandos für Kontinuität gesorgt wird. Als nach 3 Neueinstellungen Anfang 1989 viele neue "Zivi"-Gesichter auftauchten, mußte er feststellen, daß die Beamten ihn schon bei der ersten Begegnung mit Namen anzusprechen wußten. Ähnlich ergeht es vielen Personen- die auf der "Schwarzen Liste" der zivilen Spitzelkommandos stehen.

Beispiel Herr Q.

Bei Herrn Q. handelt es sich um einen politisch aktiven Menschen, der den Zivilen Streifenkommandos bereits seit Jahren bekannt und offensichtlich ein Dorn im Auge ist. Immer wieder versuchen sie, ihn einzuschüchtern, zu bedrohen oder sogar ihm konkrete Straftaten unterzuschieben. Die folgende Aufzählung seiner Erlebnisse mit den Zivilen Streifenkommandos ist unvollständig und nicht chronologisch.

- ca. Ende 86/Anfang 87

Etwa 22.00 h, Bushaltestelle Markt/Altes Rathaus. Ziviwagen (roter Passat Variant) kommt vorbei, hält unmittelbar vor Q. Besatzung 3 Mann, u.a. [redacted], kurbeln die Beifahrerscheibe runter und fragen: "Brauchst DU Schläge;" Angesichts von noch ca. 15 - 20 Passanten fahren sie Schließlich - offensichtlich fröhlich - weiter.

- Ende Oktober 86

Q. verläßt nach einer politischen Informationsveranstaltung gegen 23.00 h den Theaterkeller und fährt mit dem Fahrrad nach Hause. Er wird dabei zwischen Theaterkeller und Einmündung Steinsgraben von einem Ziviwagen (gelber Passat) überholt, einige Minuten später an der Kreuzung Hauptstr./Teich- str./Kiesseestr. von einem Streifenwagen gestoppt, dem Sekunden später ein zweiter folgt. Ein paar Minuten später trifft noch ein Ziviwagen ein (beiger Passat). Q. muß sich auf der Straße halb ausziehen, die Bullen geben keine Begründung ab. Angesichts der Übermacht von inzwischen 7 - 8 Beamten muß er sich fügen. Über ihren Funk hört er: "Trotzdem Ihr Q. habt, noch weiter suchen." Dann nimmt ein Zivi dem Streifenbullen das Funkgerät weg, damit Q. nicht noch mehr hören kann. Nach der Durchsuchung lassen sie Q. laufen. 3 Tage später Hausdurchsuchung bei Q.: Sie wollen alle Kleidungsstücke beschlagnahmen, die er in der Nacht getragen haben soll. Nach ihrem Willen soll er in der Nacht 5 Scheiben einer Bank (Königsberger Str.) mit einer silbernen Axt und einem 41/36er Schraubenschlüssel zerhackt haben. Das Verfahren läuft noch.

- Aus verschiedenen Quellen erfährt Q., daß er im Zeitraum 1985 - 87 regelmäßig im Bullenfunk erwähnt wird. Ein Beispiel vom Sommer 86: Ein Streifenwagen entdeckt am frühen Abend zerstörte Scheiben an der Volksbank 82er Platz. Sinngemäß lautet der Funkdialog: Zentrale: "Da ist doch unser Freund Q. vor kurzem vorbeigekommen, guckt doch mal in der Gegend, ob Ihr ihn findet." Ziviwagen: "Der fährt auf'm Fahrrad." Streifenwagen (Minuten später): "Wir haben bis Geismar gesucht, keine Spur von Q." Zentrale:

12989 12. 78

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

"Dann müßt Ihr das nächste Mal schneller sein."

- Frühjahr 87

Q. steigt gegen 0.00 h aus dem letzten Bus an der Weidenbreite und wird unmittelbar danach von Zivis (weißer Passat) agehalten. Er wird gefragt, woher er kommt, wohin er geht. Q. gibt ausweichende Antworten "aus dem Bus", "da lang", schließlich wird es den Bullen zu bunt, sie wollen Q. und seine Tasche durchsuchen, können aber keinen Grund dafür angeben. Q. weigert sich. Daraufhin wollen sie Q. mitnehmen, wie sie sagen, zur Otto-Hahn-Straße. Nachdem sie über Funk Verstärkung angefordert haben, läßt sich Q. lieber doch durchsuchen und kann anschließend gehen.

- 1986

Auf der Hauptstraße wird Q. nachts von Zivis gestoppt (grüner Opel Record, Besatzung: [redacted], angeblicher Grund ist ein flackerndes Rücklicht am Fahrrad. Die Bullen sprechen Q. von Anfang an mit Namen an, wollen aber trotzdem seinen Ausweis sehen, den Q. nicht bei sich hat. Daraufhin [redacted] "Na, Du wohnst ja gleich um die Ecke (das wissen sie also), dann fahren wir doch mal in Deine Wohnung und suchen danach." Q. erwidert, daß er in diesem Fall erstmal an der Ecke in der

Telefonzelle seinen Anwalt anrufen will. Darauf [redacted] "Da wird sich Herr [redacted] aber gar nicht freuen, wenn Du ihn mitten in der Nacht weckst." Q.: "Es muß ja nicht Weide sein." [redacted] "Auch Herr [redacted] ist da bestimmt nicht begeistert." Schließlich verzichten sie aus unerfindlichen Gründen doch auf einen Wohnungsbesuch, dafür sagen [redacted] und [redacted] zu Q., daß ihm demnächst mal die Kamera kaputtgehen wird, wenn er weiterhin Bullen fotografiert, und wenn Fotos veröffentlicht werden, gäbs was auf's Maul. Dann protzen sie damit, wen sie aus der "Szene" alles kennen. Dabei äußern sie ständig Drohungen. Das Ganze dauert etwa 20 Minuten, schließlich scheint es ihnen langweilig zu werden, und [redacted] schreibt Q. eine gebührenpflichtige Verwarnung wegen flackerndem Rücklicht aus. Dann darf Q. weiter - schieben.

Ähnliche Sachen wegen Fahrrad (Bremsenkontrolle, Fahren ohne Licht, Walkman, etc.) passieren öfter, immer noch. Fast immer, wenn mit ihnen allein, verbunden mit Beleidigungen und Drohungen.

12989 12. 79

April 86

US-Angriff auf Libyen. Die Bullen fahren verstärkt durch die Stadt, wahrscheinlich befürchten sie irgendwelche Reaktionen. Q. besucht abends Freunde in der Weender Landstraße, geht dann auf dem Weg nach Hause noch am AStA vorbei, um dort einen Brief einzustecken. Er trifft auf einen Ziviwagen (grüner Opel, besetzt mit Schmalz und Daemelt), sie machen unfreundliche Gesten, Schmalz zeigt seinen Knüppel. Statt nach Hause zu fahren, was ihm arlgesichts der Bullenpräsenz zu riskant ist, fährt Q. zu seiner Freunden zurück. Ein paar Tage später gibt es wieder eire Razzja in seiner Wohnung. Die Bullen beschuldigen ihn, am Opelhaus Scheiben kaputtgemacht zu haben. Beweis: Schmalz und Daemelt hätten ihn "in unmittelbarer Tatortnähe" gesehen. Der spätere Prozeß endete mit Freispruch, weil [redacted] und [redacted] nicht gut genug lügen können.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

- Vor 82 bis heute - unregelmäßig, aber relativ häufig:

Ziviwagen, die Q. ein Stück begleiten, im Schrittempo, neben ihm langschleichen, manchmal hinter geschlossenen Fenster irgendetwas zu ihm sagen, was er nicht hören kann, manchmal durch das offene Fenster Sprüche wie: "Na, Q., sollen wir Dich nach Hause bringen;" Ab und an Verfolgungen über längere Strecken. Z.B. fährt ein Ziviwagen in einem halben Meter Abstand hinter Qs Fahrrad her, Schillerstr./Elbingerstr./Ortelsburger Str., der Fahrer gibt öfter etwas mehr Gas, bis er das Fahrrad berührt, Q. bekommt Angst. Er schüttelt die Bullen endlich am Fußweg unterhalb der IGS ab (weil der Ziviwagen dort nicht entlangfahren kann), aber als Q. oberhalb der IGS am Stadtstieg wieder herauskommt, warten die Zivis schon auf ihn und verfolgen ihn bis fast vor die Haustür. Solche Geschichten passieren öfters. Das ist aber zeitweise so "selbstverständlich", daß langfristig eine Abstumpfung eintritt.

- Ansonsten gibt es Bullen-Terror in allen möglichen Varianten, auffällig oft auch im Zusammenhang mit Fotografieren. Auch gibt es Telefonanrufe, bei denen sich niemand meldet. Einmal kam ein Anruf: "Dich kennen wir, Kommunistenschwein, wir wissen wo Du wohnst. Dich und Deine Frau kennen wir".

- Mal wieder in Sachen Fotografieren: Die Justiz führt sich selbst ad absurdum.

Beim Kohl-Besuch in Göttingen wird Q. beim Fotografieren von den Bullen hart angegangen, seine Kamera wird demoliert. Aufgrund der guten Beweislage entschied sich Q. zu einer Anzeige gegen den stadtbekannten Bullen. Das Verfahren wurde sofort eingestellt, stattdessen leitete die Staatsanwältin [redacted] ein Verfahren gegen Q. wegen falscher Anschuldigung ein. Q. hat Glück, das Verfahren endet mit Freispruch, denn die Beweislage gegen ihn war zu dünn, dem Polizeizeugen wurde nicht geglaubt. die Bullen hatten keine Berechtigung Q. die Kamera abzunehmen, und außerdem wurde beschieden, da Q. reichlich politisch vorbestraft ist, wüßte er genau, was ihm blüht, wenn er falsche Anschuldigungen losläßt, er sei daher besonders glaubwürdig.

12989 12 80

Beispiel Frau B.

Frau B., die bei der rechtswidrigen Juzi-Razzia wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen und deren Verfahren diesbezüglich gegen Zahlung einer geringen Geldstrafe eingestellt wurde, schildert ihr Gespräch mit den Bullen auf der Fahrt zum Steinsgraben:

"Es fielen noch weitere Sätze, wobei mir vor allem folgende Überlegung des Polizisten sehr zu denken gab: Über meinen Satz, Eigentum verpflichte und durch meinen Vater, der Architekt ist, wüßte ich einige Techniken von Grundstücksspekulationen, erboste dieser und erklärte, daß die Bevölkerung vor uns geschützt werden müsse. Ich erwiderte, was ich denn in seinen Augen wäre, etwa keine "Bevölkerung"? Ich jedenfalls würde mich zur deutschen Bevölkerung zählen. Letzteres brachte den Polizisten in Rage. Er erklärte mir, für ihn seien wir keine

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Bevölkerung, sondern Ratten und verkommene subversive Elemente. ... während ich ausstieg, rief mir der Fahrer des Wagens hinterher: "Dein Vater sollte Dir mal ordentlich eine in die Fresse hauen"

Beispiel Herr M.

1988 wurde M., der zu Fuß unterwegs war, auf der Höhe der Kreuzung Bürgerstr./Wiesenstraße von einem vorbeifahrenden Ziviwagen gesehen. Der Wagen folgte M. im Schrittempo die gesamte Wiesenstraße entlang und weiter. Nach einiger Zeit beschloß M., dem die Situation unheimlich wurde, von einer Telefonzelle aus Bekannte anzurufen. Kurz bevor er die Telefonzelle erreichte, hielten neben ihm 3 oder 4 Zivilstreifen - offensichtlich hatte der erste Wagen Verstärkung angefordert. Die Bullen umstellten M. und

forderten ihn auf, seine Personalien anzugeben, weil sie gerade gesehen hätten, wie er ein Auto "demolierte".

Obwohl die Situation M. ziemlich bedrohlich erschien, gelang es ihm nach einiger Zeit hartnäckiger Diskussion, die Bullen von einer Personalienfeststellung und Schlimmerem abzubringen.

Beispiel: Vorfall in der Burgstraße am 31.Mai 88

Vorweg: Von den beteiligten Ziviwagen wissen die beiden Zeuginnen die Nummern nicht, es handelte sich aber um einen hellen Passat. Die beiden Zivis haben ihnen, obwohl sie es verlangt haben, weder ihre Namen genannt, noch ihre Ausweise gezeigt. Im weiteren werden die beiden Zivis als "Nickelbrille" und "Dicker" bezeichnet. Gegen 1.00 Uhr in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 88 standen die Zeuginnen wenige Meter rechts vom "Apex"-Eingang entfernt, als der helle Passat mit geringer Geschwindigkeit in die Burgstraße einbog und langsam an uns vorbeifuhr. Links von den Zeuginnen, 3-4m entfernt, standen 2 Männer und 1 Frau mit Fahrrädern und unterhielten sich. Als der Passat vorbeifuhr, sagte einer ([redacted]) laut und deutlich: "Da sind ja auch die Bullen". Die Zivis fuhren zunächst weiter, hielten dann für wenige Augenblicke und setzten schließlich relativ schnell zurück bis zum "Apex"-Eingang und hielten auf dem rechten Bürgersteig. Inzwischen hatte [redacted] der das mitgekriegt hatte, sein Fahrrad geschnappt und ist in den "Apex"-Eingang reingegangen. Die beiden Zivis - der Wagen war kaum zum Stehen gekommen - stürzten [redacted] hinterher. Es kam zu einem lauten Wortwechsel und [redacted] wurde an den Ellbogen aus dem Hauseingang rausgezogen. Die Zivis wollten seinen Personalausweis sehen und drohten ihm, ihn mit zur Wache zu nehmen, falls er ihn nicht sofort zeigt. [redacted] erklärte, er käme nicht mit, hätte seinen Ausweis nicht dabei und sie würden ja wohl übertreiben. Der Ansicht waren auch die Leute (5-7), die inzwischen drumherum standen, vor allem als die Bullen [redacted] der immer wieder versuchte seine Arme aus ihrem Griff zu ziehen, ihn versuchten zum Wagen zu zerren. Karl machte dann eine Bemerkung (sinngemäß: noch genauso faschistisch wie früher), auf die die Bullen mit brutaler Harte reagierten, ihm einen Arm auf den Rücken drehten, ihn in den Würgegriff nehmen und versuchten, ihm Handschellen anzulegen. [redacted] versuchte sich freizumachen und wurde dabei von den Bullen zu Boden gerissen. Nickelbrille schlägt, bei dem Versuch ihm nun endgültig die Handschellen anzulegen, auf seine Schulter ein während

12989 81 12

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-Nur für den Dienstgebrauch

[redacted] ohne sich zu wehren auf sie einredet. Zwei der Umstehenden zerrten Nickelbrille daraufhin von [redacted] runter, zwei andere zogen an dem Dicken, nachdem sie die ganze Zeit auf die Bullen eingeredet hatten. Nickelbrille rannte daraufhin zum Auto, riß die Fahrertür auf, funkte Verstärkung an und stürzte mit irgenwas Schwarzem in der Hand wieder auf uns zu. (Ging alles unheimlich schnell und gleichzeitig). Genauer gesagt stürzte er sich auf [redacted], der inzwischen von dem Dicken wieder am Arm gestgehalten wird und sprüht ihm aus unmittelbarer Nähe Gas ins Gesicht. [redacted] schreit auf, reißt sich los und rennt in

Richtung "Apex"-Eingang weg, die Zivis hinterher. Eine Frau wird dabei umgestoßen, eine andere läuft ins "Apex", um andere Leute rauszuholen und den Rechtsanwalt anzurufen. Die Zivis, weiterhin mit massivem Körpereinsatz, haben [redacted] inzwischen wieder die Arme auf den Rücken gedreht, während [redacted] schreit. Die nächsten ca. 3 min. fehlen, weil die eine der Zeuginnen vor Entsetzen einen Black-Out hatte und die andere im "Apex" versucht hat, Leute zu mobilisieren. [redacted] liegt inzwischen - Arme auf dem Rücken - auf dem Autoheck und schreit: r'Die brechen mir die Arme". Neue Zeugen kommen aus Richtung Wilhelmsplatz. Während der eine Bulle [redacted] festhält, hält der andere die Leute mit seiner Dienstwaffe in Schach (dies geht aus den Berichten anderer ZeugInnen hervor, die beiden Zeuginnen selbst haben, wie gesagt, dies nicht selbst beobachtet, halten die Angaben aber für absolut glaubwürdig). 3-4 weitere Bullenwagen kommen an und sie werden mit Hunden und Schlagstöcken bedroht während [redacted] zur rechten hinteren Wagentür des hellen Passats geschleppt wird und hineingestoßen wird. Sein Oberkörper ist bereits im Wageninneren, die Füße sind noch draußen, [redacted] wehrt sich verzweifelt. Beim Versuch von Nickelbrille, die Tür trotzdem zuzuschlagen, tritt [redacted] gegen die Tür. Nickelbrille schlägt ihm daraufhin mit äußerster Brutalität die Tür mehrmals gegen die Fußknöchel und -sohlen. [redacted] wird dann unter Mithilfe eines Uniformierten ganz in den Wagen gezogen, während er schreit: "Meine Schuhe, mein Fahrrad, mein Schuh ist weg!" Als Nickelbrille die Tür zugeschlagen hat und an der Fahrertür einsteigen will, ruft ihm jemand nach, schreit: "Schwein". Er reagiert daraufhin mit "Paß auf, du bist gleich der Nächste", steigt ein und fährt los. Die ganze Zeit vorher haben wir verlangt seinen Dienstausweis zu sehen, was er damit ablehnte: "Geht jetzt nicht. Könnt ja mit zum Steinsgraben kommen." Danach Gespräche mit anderen Zeugen, Absprachen usw. Eine Zeugin spricht einen von den verbliebenen Uniformierten an, daß [redacted] einen Arzt braucht, bei Wiederholung dieser Forderung auch von anderen, ein irritierter Blick und "Wird schon jemand machen". Fragen nach den Namen der Zivis werden nicht beantwortet ("Die Namen der Kollegen kenne ich nicht.") - Nachfrage - Antwort: "Ja, die Gesichter kenne ich, Die Kollegen gehören zu einer anderen Einheit, die Namen kenne ich nicht". Die Versammlung hat sich dann nach weiteren Diskussionen aufgelöst. Das Angebot der Bullen mit zum Steinsgraben zu kommen haben die Zeuginnen nicht angenommen, u.a. weil ihnen bekannt war, daß in ähnlich gelagerten Fällen den ZeugInnen Prozesse wegen Verleumdung und ähnlichem angehängt wurden. Stattdessen haben die ProtokollantInnen bis 4.00 Uhr im "Apex" rumgesessen, permanent im Steinsgraben angerufen, um rauszukriegen, was abging und sind in der Hoffnung un dem Glauben, daß [redacted] initiativ werden wird (mit ihrer Unterstützung), nach Hause gegangen, als sicher war, daß [redacted] bei dem Arzt

12989 12. 82

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

angekommen war.

12989
12. 83

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

D M V

SOFORT

Fernschreibstelle BfV

540 27. JAN 90 07:23

zczc 374 vzvbu 270015

Ident-Nr.: 89003

[redacted]

Absender: III/L2

+sss bubnim nr 5233 2701 0708=

bu
01 koeln bfv
02 meckenheim bka
03 wiesbaden bka=

--gest. durch bonn bmi - lz/ibp -i.a. blondiau--

sss ninnym nr 315 2601 2316=

ni
01 hannover im (ablage)
bu
02 bonn bmi=

lagebericht innere sicherheit

kundgebungen und demonstrationen

auszugsweise wird das fs nr 842 des 2.prev goettingen
vom 26.01.90 uebermittelt:

12989 12 84

TELEX BLANC NEIGE SNOW WHITE TELEX SNEEUWWIT

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

-- verlaufsbericht --

1. (lage, anlasz)
mannwache an der unfallstelle der toedlich verungl[illegible]ckten conny w.

2. (zeit, dauer)
26.01.90, 18.30 - 21.15 uhr

3. (ort)
3400 goettingen, weender landstr.

4. (einsatzverlauf)
ab 19.00 uhr versammelten sich am unfallort ca. 30 personen. gegen 19.15 uhr wurde die stadteinwaertsfuehrende fahrbahn blockiert. nachdem die personenzahl auf ca. 60 angewachsen war, wurde ab ca. 20.00 uhr auch die stadtauswaertsfuehrende fahrbahn blockiert. nach mehrmaliger aufforderung wurde diese dann wieder freigegeben. gegen 20.45 uhr loeste sich die gruppe auf. die polizeilichen masznahmen beschraenkten sich ansonsten auf verkehrsumleitung.=

hannover im/l- ia [redacted] 260190+

12989 12. 85

nnnn

TELEX SCHNEEWEISS BLANC NEIGE SNEEUWWIT

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

8882630 bfv d
862214 bmi dvvvvvvvv
8882630 bfv d
862214 bmi d

Fernschreibstelle BfV

12 JAN 90 13

SOFORT

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Fernschreiben / verschlüsselt

Absender: BKA Wiesbaden

+sss hehebk nr 03049 1201 1130=

01 alle lka (koordinationsstelle verdeckte fahndung)
bu
02 koeln bfv (abt roem 7)
03 meckenheim bka
04 koblenz gsd=

[redacted]

=== vs-nur fuer den dienstgebrauch===

Ident-Nr.: 187433

betr.: verdeckte fahndungsmassnahmen zur bekaempfung
terroristischer gewalttaeter;
hier: lagebild terrorismus - verdeckte fahndung - Ident-Nr.: 890034
vom 12.01.1990

1 pb 07-meldungen [redacted]

1.1 auslandsreisen [redacted]

entfaellt

1.2 berlinreisen

Ident-Nr.: 884990

entfaellt

1.3 inlandsfeststellungen

1.3.1 entfaellt

1.3.2

1.3.2.1

b (bw) [redacted] PET [redacted]

[redacted] 1957 [redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

zur Lage v.F. v. 30.11.89
2.3.1 Pol. f. Göttingen

in o.a. lage vf war ueber eine trauerdemonstration am 25.11.1989 in goettingen aus anlasz des unfalltodes der cornelia wessmann am 17.11.1989 nach auseinandersetzungen zwischen rechtsradikalen und angehoerigen autonomer gruppen in goettingen berichtet worden.

auszer den bereits in o.a. lage mitgeteilten [redacted] und andreas vogel wurden am 25.11.1989 in goettingen vor demonstrationsbeginn bei vorkontrollen an stadteinwaerts fuehrenden straszen noch die nachfolgend aufgefuehrten personen ueberprueft. von der teilnahme dieser personen an der trauerdemonstration kann ausgegangen werden.

A4 b (bw) [redacted]
A4 b (bw) [redacted]
A4 b (rp [redacted]
A4 b (rp [redacted]
A4 b (by) [redacted] PET [redacted] 1964
C2 b (by) [redacted]
III C2 b (nw) [redacted] 1950

sowie

12989 87 A4 [redacted] PET [redacted] 1959 [redacted]

anmerkung:

[redacted] war vom 15.03.1984 bis zum 29.08.1989 vom lka rheinland-pfalz und vom 29.08.1989 bis zum 31.12.1989 vom hlka wiesbaden zur pb 07 ausgeschrieben.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

D M V

Köln, den 06.02.90

[redacted]

Betr.: Demo am 17.11.89 in Göttingen aus Anlaß des Todes einer Studentin

Aus: Az. des BfV: [redacted]

Nachrichtengeber, Datum, Az. des Nachrichtengebers:

Ident-Nr.: 89128

Verfügung

(1) Reg. III bitte buchen unter dem o.g. Az. und Betreff

( ) Auskünfte [redacted]

( ) Schreiben an
( ) Schreiben an

( ) Ablichtung für

( ) Sachindex (SI)
OZK
P1-objektbezogen

( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen

( ) .

(2) WV III C22

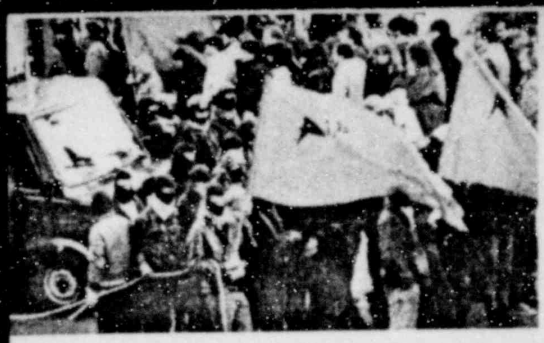
(3) zdA

I.A.

12989 12. 88

608a

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas



[redacted]

C14
S9

Du, Du...!

Identifikation: 87/0239

Die einen bringen sich mit „flapsigen" Sprüchen in die richtige Einsatzstimmung, die anderen äffen den unvermeidlichen Weihnachtsmann nach, der „ungezogene" Kinder zurechtweisen muß, die er ansonsten doch ganz in Ordnung findet. Die einen – das sind Mitglieder und Leiter der Göttinger Zivilen Streifenkommandos („Plattmachen"). Die anderen, das sind ihre Vorgesetzten und diejenigen, die als oberste parlamentarischen Kontrolleure im Landtag und seinem Innenausschuß der Bullenwillkür Grenzen setzen sollen:

„Die Konsequenzen (aus den Göttinger 'Ereignissen' der letzten zwei Wochen) sind sehr kompliziert. Es handele sich dabei um beamtenrechtliche Fragen. Viel mehr als ein 'Du, Du'-Sagen ist häufig nicht möglich."

Das sind die Ergebnisse der hausinternen Ermittlungen, wie der Sprecher des Innenministeriums zusammenfaßt. (GT, 29.11.)

Mensch muß es sich konkret, bildlich vorstellen, was dieser Sprecher da so onkelhaft verniedlichen will:

- Ein Ziviles Streifenkommando jagt in Zusammenarbeit mit Uniformierten eine Frau in den Tod. Zuvor haben sich die Kommandeure des Kommandos mit ihrem seit Jahren bekannten Jargon in die richtige Jagdstimmung gebracht („plattmachen").
- Ein Woche später. Wut und Empörung von 20.000 Menschen, die sich auch gegen die Verharmlosung des Bulleneinsatzes durch Polizeiführung und politische Parteien richten, machen sich in der Demonstration vom 25.11. Luft. Tausende Bullen „begleiten" diese Demo mit gezielten terroristischen Provokationen an strategisch günstigen Punkten. Sie riskieren dabei -zigmal Leib und Leben der TeilnehmerInnen und auch der Bullen selbst. Beim härtesten Einsatz des Tages (Lotzestraße) werden 30 - 50 Bullen regelrecht verheizt. Man darf sich allerdings nicht vorstellen, was dort passiert wäre, hätten die vor dem Juzi versammelten Reste der Demo **nicht** so massiven Widerstand geleistet!

Öffentlich wird von „Tragik" gesprochen, von „Irrtümern", von „Ereignissen, die betroffen" machen. Es gibt parlamentarische Anfragen und die Forderung nach genauer Untersuchung der „Vorfälle". „Scharfe Konsequenzen" werden angekündigt.

Und nun versammelt der Innenminister die Göttinger Polizeiführung und einige „Verletzer der Funkdisziplin" („Loch hacken, plattmachen, mal sehen wie der da rauskommt...") vor sich – das ist man der öffentlichen Kritik schon schuldig! Der Innenminister schüttelt den Kopf, droht schelmisch mit dem Zeigefinger und sagt augenzwinkernd „Du, Du..."

Und wenn dann die Kameras abgeschaltet, die Stifte in den Taschen der Journalisten verschwunden sind, können die Herren beim Bier und dann beim nächsten Einsatz gegen Linke wieder Klartext reden, „Plattmachen" und „Irrtürmer" praktizieren.

„Du, Du...", das ist der wahre Kern des Betroffenheitsgesäusels aus den Führungsetagen von Polizei und Politik über den Tod einer Antifaschistin auf der Straße!

Die Demo aus Polizeisicht: Politik kommandiert die Knüppel!

Eine Woche hatten Polizeiführung und die politisch Verantwortlichen Zeit, die Demo so vorzubereiten, daß ihr Verlauf **politische Munition** liefern könnte gegen die Empörung über und die Kritik an der Polizeiarbeit in Göttingen, deren Folge der Tod Connys ist.

Was Polizeichef „Stasi-Will" (Steinsgraben-Jargon) „Deeskalation" nennt, hat sich erwiesen als massenhafte Gefährdung von Menschen.

Diese Demonstration war nicht zu verbieten, sie war auch praktisch nicht zu verhindern; angesichts des Anlasses der Demo war **auch der Polizeiführung** völlig klar, daß materieller Schaden nicht zu vermeiden sein würde. Für die Polizeiführung ging es nur darum, gezielte Provokationen zu starten, um Presse und Fernsehen die angekündigten Bilder von Straßenschlachten liefern zu können. Und damit – so ihre Hoffnung – würde sich dann das „Plattmachen", die Arbeit der Kommandos, letztendlich auch der „tragische Tod" auf der Straße nicht nur rückwirkend, sondern auch schon für die Zukunft rechtfertigen lassen. „Tragisch, aber nicht zu vermeiden!" Der Schaden war nicht nur einkalkuliert, weil unvermeidlich; die Inkaufnahme war geradezu Bestandteil der Einsatzstrategie.

Um nicht mißverstanden zu werden: wir werfen Will nicht vor, daß er den Schaden zugelassen hat – wir werfen ihm **Lügen** vor, wenn er jetzt behaupten läßt, auch nur ein einziger der Polizeieinsätze im Laufe der Demo habe der „Verhütung schlimmer Schäden" oder dem „Schutz seiner Beamten", der „Sicherheit der Bürger" dienen sollen.

Kaltrechnend die Scheiben am Steinsgraben (entlang der Münchhausenstraße) zum Klirren freigeben, aber in den engen Straßen einen Zug von fast zwanzigtausend Leuten durch knüppelschlagende Bullen, Wasserwerfern und provokativ aufgestellten Straßensperren in Panik versetzen und diese Panik noch durch Lautsprecherdurchsagen (*„Wir können nicht mehr für die Sicherheit garantieren"*) in der Demo verstärken und anheizen... Wer auf diese Weise, oder so wie in der Lotzestraße – ob Irrtum oder nicht – an einem Tag Leben und Gesundheit Tausender gefährdet, der will nicht ein paar Scheiben retten.

Weiter letzte Seite

1298

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklass

Letzte Meldungen (GT 4.12.)

„Vorschnell", mal wieder „vorschnell"! ist für die SPD die Forderung nach Juzi-Schließung. Ansonsten sind alle Forderungen nach Untersuchung der Zustände bei der Göttinger Polizei, den Hintergründen und Umständen von Connys Tod und den gefährlichen Polizeieinsätzen auf der Demo **blitzschnell** verschwunden.

Wir haben selbstverständlich nichts gegen all die Vorschläge, die Konflikte zwischen Fascho-Skins und Jugendlichen aufzuarbeiten, selbstverständlich auch mit den Kirchen. Aber in den ganzen Listen der SPD zu den Ursachen - Arbeitslosigkeit, soziale Lage usw. usf., immer dem Programm nach, fehlt die konkrete Untersuchung der konkreten Arbeit der Polizei in Göttingen.

Diese Art „gewaltfreie Protestkultur" samt dazugehörigen Gesprächskreisen gibt es zuhauf. Es sind Lieblingsmodelle der SPD zur Entschärfung aller Konflikte, in die sie als Partei oder mit verantwortlichen Figuren **verwickelt** ist.

Die SPD sucht das Gespräch ausdrücklich auch mit der Polizei: „Es gelte Bedingungen zu schaffen, die ihr den schwierigen, behutsamen Einsatz in einer demokratischen Gesellschaft ermöglichen..." (GT 4.12.) Immerhin steckt hier das Eingeständnis drin, daß die Polizei dem schwierigen Einsatz bisher nicht gewachsen ist - darüberhinaus sollte die SPD aber doch erstmal über **die schon gelaufenen Gespräche mit der Polizei** Klarheit schaffen. Und zwar den offiziellen wie den inoffiziellen; sie sollte ihre Polizeimitglieder fragen nach dem **behutsamen Umgang mit den Skins und dem Plattmachen der Antifaschisten.**

Lotzestraße

„Grausames Mißverständnis"! so bezeichnet Innenminister Stock den Einsatz einer Hundertschaft Braunschweiger Polizisten in der Lotzestraße.
Wir gehen sicher nicht fehlt in der Annahme, daß er *„grausam"* für die Polizisten meint.
Da ist sicher auch was dran: Sie stürmten nach Abschluß der aufgrund der Einkesselung am 82er Platz eh schon gekürzten Abschlußkundgebung vor dem JUZI, schilder- und knüppelschwingend in die vor dem JUZI versammelten Reste der Demo. Passanten sahen diesem Angriff völlig entsetzt und fassungslos zu.
Die Polizisten wurden mit einem fürchterlichen Steinhagel empfangen und zurückgetrieben. Die Bullen flohen panikartig zurück, stolperten übereinander, einige verloren völlig die Fassung.... und sie versuchten es immer wieder. Verstärkung rückte an, ein Sondereinsatzkommando stürmte vor („Klasse" - kommentierte ein Bereitschaftspolizist), ein oder zwei Mollies gingen hoch...
Der Minister: *„Es sind die Chaoten gewesen, die zur Gewalt aufgerufen und sie auch ausgeübt haben..."* (GT 30.11.)
Angeblich sollte dieser Einsatz der Rettung eines Funkwagenbesatzung dienen, deren Wagen in der Wiesenstraße etwa zur gleichen Zeit umgekippt sein soll. Nur ... als die Bullen irgendwann über die Kreuzung Lotze-/Bürgerstraße gekommen waren, beschäftigten sie sich mit allem, nur nicht mit dem Wagen: Sie jagten Demonstranten über den Platz, knüppelten wild... Mit ihren Kollegen, die übrigens sofort unbehelligt abgezischt waren, hatten sie nicht viel am Hut.

„Mißverständnis" - die ortsunkundigen Braunschweiger sollen in die falsche Straße abgebogen sein. Durchaus möglich, aber: der fahrbare Leitstand stand praktisch um die Ecke (Reinhäuser bzw. sogar schon Walkemühlenweg), ruck-zuck war der Video-Doku-Trupp zur Stelle, die eingesetzten Kommandos sind doch auch mit Funk versehen. Und schließlich: mit einem derartigen Sturmlauf aus der Bunsenstraße heraus, wäre die Annahme eines Sturms auf die Demo genau so berechtigt gewesen. Mit dem gleichen Ergebnis.

Also
- War es ein Mißverständnis, dann ist es derart leichtfertig produziert worden, daß es überhaupt nicht zu verantworten ist. Im Straßenverkehr z.B. dürfte sich kein Mensch ungestraft ein derartiges „Mißverständnis" zuschulden kommen lassen.

Aber
- warum gezogene Knüppel, ungehaltene Schilder?
- warum der Leitstand in der Nähe?
- warum kein sofortiger Rückzug, als das „Mißverständnis" erkannt sein mußte? Zuerst von den Verantwortlichen im Leitstand?
- warum die ständigen menschengefährdenden Versuche, über die Kreuzung Richtung Wiesenstraße zu kommen?
- als die Bullen durch waren, warum haben sie sich überhaupt erst um den gekippten Funkwagen gekümmert, sondern auf die Reste der Demo eingeprügelt?
- warum wurde die Zahl der angeblich verletzten Bullen noch zwei Tage danach so hochgejubelt? Als sich dem langsamsten Führer klar sein mußte, daß viele Bullen nicht verletzt, sondern nur ziemlich geschockt gewesen waren?
- warum wurde zu diesem Zeitpunkt nicht mit Lautsprechern gearbeitet, um für alle Seiten die Situation zu klären?

Und, und, und...
Und es gibt eine dritte Möglichkeit.
Es hat mit einem Mißverständnis begonnen, die Bullenführung im Leitstand hat aber blitzschnell die Chance erkannt, die sich für sie daraus ergeben könnte. Skrupellos hat sie den Versuch gestartet, diese kleine Truppe zum Durchbruch einzusetzen... Verheizt! Verheizt aber auf Kosten der Demoteilnehmer.

Aufgrund der Polizeitaktik an diesem Tag ist ein „Mißverständis" allerdings eher unwahrscheinlich. Zu klären wäre dies jedoch nur, wenn Einsatzpläne, Einsatztaktik etc. veröffentlicht werden würden. Das zu tun, weigern sich jedoch örtliche Bullenführung und Innenminister, unterstützt in dieser Weigerung von CDU, FDP und der sich mit ihrer Kritik im beschleunigten Rückwärtsgang befindlichen SPD.
An dieser bedingungslosen **Informationsverweigerung** sind all die Sprüche zu messen, die in den letzten Tagen immer protziger die „Besonnenheit" der Polizei loben, die davon sprechen, daß der Vorwurf der Bulleneskalation „scheinheilig", „einseitig" u.ä. sei.

CDU: Routine-Persilschein

Bei der CDU war es eh klar: „irgendwie" mußten Wut und Kritik über die Zustände bei der Göttinger Polizei in eine Kampagne gegen Links, gegen JUZI, gegen Autonome umgedreht werden. Fischer, Noack u.a. haben nur den geeigneten Zeitpunkt herbeigehofft, zu dem sie mit ihrem gebetsmühlenartig vorgebrachten „JUZI schließen" Zuhörer finden könnten.
Ihrem Ruf getreu lügt „Professor Dr. Rita Süssmuth" eleganter: *„Dort, wo Menschen handeln, geschehen auch Fehler. Diese sind beim Namen zu nennen und unverzüglich zu korrigieren. Das hat die Göttinger Polizei getan."* Wo, wer, was? Einsatztaktik geheim, Einsatzziel geheim, Anzahl der Bullen - geheim; Einsatzleitung bei Connys Tod - geheim; mit welchen **konkreten** Aufträgen die Kommandos arbeiten - geheim...!
Das hindert Frau Professor nicht daran, forsch in ihrem Lob fortzufahren: *„Aber die Behauptung, die Polizei habe die Demonstranten provoziert und habe damit zur Eskalation beigetragen, ist nicht nur abwegig, sie ist Ausdruck der Ignoranz und Verkennung der Leistung der Göttinger Polizei."* Deutsches Leistungsdenken: die Polizei macht zwar die Leute platt, aber sonst sorgt sie doch prima für Ordnung... Diese Art der Verteidigung der Göttinger Polizeiarbeit ist mitverantwortlich für das „Plattmachen". Und wenn Frau Professor bezogen auf das JUZI schreibt *„Nicht hinzunehmen ist eine Einrichtung, die dieser Stadt Angst macht und ihr unsere Jugend Schaden nimmt"*, so sagen wir genau das, bezogen auf den Steingraben, Teile der Justiz und v.a. der politisch Verantwortlichen.
Übrigens: auf den Steinsgraben bezogen ist das „Schaden nehmen" auch wörtlich und im physischen Sinn zu nehmen und von uns zu beweisen...: gesund rein, auf der Trage raus, drei Bullen hatten Dienst, keiner will's gewesen sein - Verfahren eingestellt! Geschehen 1980/81.
Namen genannt? Fehler korrigiert? Ach was, vertuscht, verschleiert, verteidigt und - hochgelobt bis heute!

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas

SCHNELL; VORSCHNELL; HUNDERTPROZENTIG oder sogar DABEIGEWESEN?

Vorschnell dürften keine Urteile gefällt werden, schon gar nicht solche über Polizei und andere staatstragende Einrichtungen und schon überhaupt nicht von Augenzeugen und Betroffenen eines Polizeieinsatzes, in dessen Verlauf eine tote Antifaschistin auf der Straße liegt.

Neben CDU und SPD beherrscht die Polizei selbst sehr gut die Arbeit mit Wörtchen wie 'vorschnell'. Dabei bedient sie sich öfter ihrer gewerkschaftlichen Abteilung - der GdP.

1982 bspw., der SPUDOK-„Skandal" zog seine Kreise, ganz Göttingen kannte die Sprüche wie „Loch hacken", „da geht das Schweinsgesicht", „Hau ihm welche" usw. usf. ...
Am 26.4.1982 „Verteidigt die GdP den Spudok-Einsatz". Es hieß „Nie Zweifel an der Rechtmäßigkeit". „Der Kreisvorsitzende Willibald Elsner dankte in diesem Zusammenhang den eingesetzten Beamten für die geleistete Arbeit und versprach ihnen, auch angesichts des noch andauernden Psychoterrors und der gegen sie gerichteten Straftaten, weiterhin Hilfe und Unterstützung." Ein paar Wochen zuvor hatte die Bezirksgruppe der GdP gar „Respekt vor dem Einsatzkommando bekundet."

Am 26.11.1989 schreibt derselbe Willibald Elsner - und er selbst stellt den Zusammenhang zu früheren Auseinandersetzungen um die Bullenarbeit hier her - „Die Handlungsweise der Polizei wird - erneut (! - KB) - offenkundig ohne detailliertes Hintergrundwissen, ohne Kenntnisse von Daten, Fakten und Geschehensabläufen *vorschnell* und ausschließlich einer kritischen und teilweise bereits schuldzuweisender Betrachtung unterzogen." (E-Tip, 26.11.89)
Offensichtlich keineswegs „vorschnell", sondern HUNDERTPROZENTIG überzeugt, so als sei er DABEIGEWESEN, schreibt 1. Polizeihauptkommissar und GdP-Kreisvorsitzender W. Elsner am 26.11. weiter, „Sie (die Polizei) hatte einzugreifen, um - weitere - strafbare Handlungen zu verhindern und die begangenen zu erforschen, wozu auch Personalienfeststellungen von Tatverdächtigen und eventuell Zeugen gehören." Bei den Skinheads sei das weitestgehend problemlos gelungen, weil sie sich nicht „unerheblich aus Kindern und Jugendlichen zusammensetzten".
„Und das sollte und mußte auch den Beteiligten (sein Chef, Stasi-Willi sagt, sie seien nicht beteiligt gewesen?! - KB), die - vermummt und teilweise mit Holzknüppeln ... ausgerüstet - im Bereich des Iduna-Zentrums angetroffen wurden. Das fluchtartige Überqueren der Weender Landstraße haben diejenigen, dort eingesetzten Beamten weder verhindern können noch herbeigeführt. Der tragische, tödliche Verkehrsunfall war zumindest für die Polizeibeamten nicht abwendbar." (E-Tip, 26.11.)

Was macht Elsner hier?
Er leiert die juristischen Standardfloskeln ab, die die Polizei für jeden umstritten (v.a. Zivi-)Einsatz gegen Linke bereithält:
„strafbare Handlungen zu verhindern" = Prävention
„Begangenes zu erforschen" = Aufklärung
„Personalienfeststellungen von Tatverdächtigen und Zeugen" = Daten sammeln, Ausforschen der Szene = Teil der Prävention).

- Elsner rechtfertigt im Polizei-Juristendeutsch das, was aus dem Funkverkehr als „Plattmachen" bekannt ist (damit soll ja Personalienfeststellung gemeint sein!)
- Er weiß, was für die „Polizeibeamten vor Ort" abwendbar war und was nicht, was bei „den autonomen" geschehen mußte und was nicht...

Damit, so hofft er, sind alle weiteren Untersuchungen doch völlig überflüssig. Alles war notwendig, alles war rechtens „getreu dem gesetzlichen Auftrag" (ebda.)

Wozu noch Fragen?
Weil sein Leserbrief „eigentlich" mehr Fragen aufwirft als beantwortet. Darunter einige sehr interessante:

- Gibt es bereits eine polizeiinterne Untersuchung, der er all seine oben genannten **Feststellungen** (die Polizei hatte einzugreifen..., es war nicht abwendbar..., bei den Skinheads gelang das..., das sollte und mußte geschehen...) entnehmen konnte?
- Steht diese Untersuchung der Staatsanwaltschaft zur Verfügung?
- Lag/liegt sie dem Innenausschuß bei seinen Beratungen vor?

Gibt es diese Untersuchung nicht, woher weiß er dann so genau
- daß „Plattmachen" in juristisch einwandfreiem Polizeideutsch heißt „eingreifen, um strafbare Handlungen zu verhindern und die (welche? - KB) begangenen zu erforschen..."
- daß in dieser Nacht, gegenüber **dieser** Gruppe exakt dieses polizeiliche Eingreifen „gesetzlicher Auftrag" war
- warum ist er so überzeugt, daß es um die „beteiligten Autonomen ging" (wie gesagt, sein Chef erzählt da anderes!)

Sieht er seine Aufgabe als Polizeigewerkschaft darin, **konkrete Einsätze** der Kollegen **umfassend** zu verteidigen?
Warum schreibt er so, als habe er den ganzen Einsatz zu verantworten und müßte ihn rechtfertigen?

VORSCHNELL? DABEIGEWESEN?
oder sogar VERANTWORTLICH GEWESEN?

Im GT eine Woche später (2./3.12.89) wiederholt Elsner im wesentlichen seine Darstellung. Er „nimmt kein Blatt mehr vor den Mund" (GT). Alle seien und hätten einseitig gegen die Polizei informiert...
Wer sich das GT genauer anguckt, kann dies nun überhaupt nicht nachvollziehen. Dürftig ist die Berichterstattung generell zu den Ereignissen; besonders dünn ist sie aber ganz speziell in Sachen Kritik an der Polizei...
Das öffentlich verkündete Gefühl Elsners, mit dem Rücken an der Wand zu stehen, dient denn auch nur zur Rechtfertigung dieser Drohung: „Innerhalb der Göttinger Polizei sei eine Stimmung aufgekommen, die mit Unmut und Ärger nicht zu charakterisieren sei" (ebda.)
Womit denn? Gewaltphantasien? („Loch hacken", „Plattmachen")? Übertrittsgedanken zu den Republikanern? (Elsner selbst wäre nicht der erste Göttinger SPD'ler, der bei den Republikanern landet) Austritt aus der GdP/DGB?
Oder ist das Ganze ganz einfach Erpressung, um sich öffentliche Unterstützung herbeizuholen oder Kritik zum Schweigen zu bringen?

12089

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas



Das Ziel dieses Vorgehens kann nur sein, die Kritik an den Umständen und den Hintergründen des Todes von Conny im Keim zu ersticken. *„Wir danken der Polizei für ihren besonnenen Einsatz"* (FDP-Anzeige 30.11.89) – das will er hören. Die Öffentlichkeit wird dann gelegentliche Tote schon als Begleiterscheinung seines Geschäftes akzeptieren und sich nicht weiter über „flapsige", d.h. entlarvende Jagdsprüche aufregen.

Nachdenken – worüber?

Wie ausradiert sind die Aufforderungen zum „Nachdenken" über die Polizeiarbeit aus den Presseerklärungen der Polizei und der Verantwortlichen in Hannover und Göttingen. Der Sonnabend der Demonstration sei seit *„langem wohl der schlimmste"* gewesen, meint Oberstadtdirektor Schierwater. So schnell soll also der kommandierte „Plattmach-Einsatz" vergessen werden, in dessen Verlauf die mit aller staatlicher Autorität ausgestatteten Bullen eine Linke in den Tod gejagt haben. Das seit „lange schlimmste" in dieser Stadt ist also der auch militante Widerstand gegen die Übergriffe der Staatsmacht.

CDU-Fischer und Süßmuth, FDP und maßgebliche Teile der SPD versuchen dem Erschrecken über die Gewalt und den gewalttätigen Alltag in Göttingen, Stoßrichtung und Ziel zu geben: „Jugendzentrum schließen", „Auswärtige Autonome raussalten" usw, usf. Aber der Polizeieinsatz am 25.11. ist von denselben Köpfen erdacht, geplant und durchgezogen worden, die seit Jahren für Mentalität, Struktur Arbeitsweise und Zielsetzung der gehaßten Zivil- und Sonderkommandos verantwortlich zeichnen – der Einsatz war die Fortsetzung dieser Arbeit auf Massenebene.

„Tragischer Unfall" (Connys Tod) – *„Grausames Mißverständis"* (Einsatz in der Lotzestraße) – solange die Öffentlichkeit diese Erklärungen als halbe Wahrheiten akzeptiert und nicht als ganze Lügen zurückweist, Konsequenzen fordert und Verantwortliche zum Gehen zwingt, solange wird alle Kritik, alle Betroffenheit, alle Angst vor der Gewalt kommentiert werden von den Verantwortlichen mit dem Motto des Sonderkommandos von 1981:

„Na immerhin, es geht aufwärts – Es geht wieder an – wunderbar!

12989

Göttinger Tageblatt

Nur wer über eine völlig verdrehte Optik verfügt – wie beispielsweise W. Elsner / vgl. Kasten dazu – kann über das GT behaupten, es berichte nur oder zu kritisch über die Bullen- und Naziaktionen in Göttingen und Umgebung.
Auf einige Informationen müssen Nur-GT-Leser bis heute warten, kritische Stellungnahmen werden nebensächlich erwähnt, überhaupt nicht **dokumentiert**. Die vielfach beschworene „Betroffenheit", „Trauer" o.ä. findet sich zuweilen in Überschriften. Der folgende Text kolportiert dann im wesentlichen Bullenpressemeldungen.
Der Tiefpunkt scheint letzten Dienstag erreicht gewesen zu sein: Drei Tage nach den „Göttinger Ereignissen" kein Wort dazu im GT. Auf Anfrage gab's die leicht genervte Auskunft, aufgrund interner Probleme sei nix drin.
Hintergrund scheint zu sein: Ein Kollege des GT wurde am Samstag 25.11. bei einer FAP/Fascho-Skin-Demo in Duderstadt von den Faschos zusammengeschlagen! Die Offensive des GT besteht in ... SCHWEIGEN.
Es gab Auseinandersetzungen in der Redaktion, aber
- keine Informationen über die Demo
- keine Informationen über den Grund für die Null-Berichterstattung.

Tatsächlich – eine sehr vertrauenswürdige Informationsquelle, dieses Blatt.

Polizeidemokratur

„Bisher sind wir immer nur gegen die Rechten eingeschritten, die haben wir nämlich aus der Stadt vertrieben. Es gibt keinen Anlaß für irgendjemanden, die Demokratie verteidigen zu müssen. Das machen wir schon."

Polizeichef Will, UZ 21.11.89

Kommunistischer Bund Gruppe Göttingen KB

V.i.S.d.P.: Peter, c/o Buchladen Rote Straße

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

[illegible] 28.2.
[illegible] 90

D M V

[illegible]/c [redacted]

Vorlage schlecht lesbar

Ident-Nr.: 897994

Betr.: [redacted]

hier: Demonstration aus Anl. des Todes einer Studentin am 17.11. in Göttingen

Aus: Az. des BfV: [redacted]

Nachrichtengeber, [illegible], Az. des Nachrichtengebers:

(SWING Nr. 13, Dez. 89)

Verfügung

(Ø) Reg. [illegible] bitte buchen unter dem o.g. Az. und Betreff

( ) Auskünfte [illegible]

( ) Schreiben an

( ) Schreiben an

( ) Ablichtung für

( ) Sachindex (SI)

[illegible]

P-objektbezogen

( ) [illegible] an wegen

( ) [illegible] an wegen

( ) [illegible] an wegen

( ) [illegible] an wegen

( ) [illegible] an wegen

( )

( ) [illegible]

(Ø) [illegible]

I.A.

[illegible]

28.2.

12989 12.'96

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

95

- C22, C24 Vorlage schlecht lesbar

Abl. [redacted]

ZUM MORD VON CONNY IN GÖTTINGEN AM 17.11.89



GAB ES SPONTANE DEMOS hier in der region am 18.11.

in FRANKFURT und in WIESBADEN mit 250 bzw. 150 menschen

AN DER GROßDEMONSTRATION IN GÖTTINGEN AM 25.11.89

BETEILIGTEN SICH ÜBER 15.000 MENSCHEN

Sprühattacken Unbekannter Übergriffen in Göttingen

In der Nacht von Montag, 21.11.89, auf Dienstag haben in Hanau "unbekannte TäterInnen" ihrer Wut über den Mord an Conny in Göttingen Ausdruck verliehen:

Donnerstag, 23. November 1989 / Seite 8 HANAUER ANZEIGER



AN ZWEI POLIZEI-STREIFENWAGEN haben in der Nacht zum Dienstag in Hanau-Großauheim bisher unbekannte Täter Reifen durchstochen. Gleichzeitig wurden die Fahrzeuge mit Parolen wie „Conny von Polizei ermordet" beschmiert. Auch am Nordflügel des Behördenhauses sowie am Parkhaus Steinheimer Straße wurden Schmierereien entdeckt. Die Polizei vermutet einen Zusammenhang mit einem Vorfall in Göttingen in der vergangenen Woche. Dort war eine 24 Jahre alte Studentin auf der Flucht vor der Polizei von einem Auto angefahren und getötet worden.

Foto: Krammig

- Die Polizeidirektion Hanau wurde vollgesprüht
- Beim Polizeiposten in einem Stadtteil wurden davor geparkte Streifenwagen plattgestochen, zugekleut und vollgesprüht
- Bei einem neuen Parkhaus das bilderbuchmäßige Sprühflächen bietet, wurden diese ebenso genutzt: "Bullen morden für Faschisten in Göttingen" u. "Bullen - Menschenjäger"
- Der Hanauer Westbahnhof wurde ähnlich treffend verziert.
- Beim nächtens unbesetzten Polizeiposten Erlensee (Hanau-Land) wurde gesprüht und die Scheiben mit 4 Steinwürfen gequält
- Bei der Polizeihundeschule in Mühlheim, direkt am See, wurde die Wand vollgesprüht, während gerade ein Bulle bei offenem Fenster kackte (Gestankerschwernis!)

Die Bullen verhielten sich in dieser Nacht wie aufgeschreckte Hühner - der Fuchs aber war diesmal wohl die "revolutionäre Gegenmacht".

-18-

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

95

Bundesamt für Verfassungsschutz VS-Grad: D M V

(Stempel)

[redacted] 9

Ident-Nr.: 898014

[X] F E R N S C H R E I B E N Köln, den 28. Februar 1990

Fernschreibstelle BfV

[ ] T E L E K O P I E

00091 01.MRZ 90 11:51

Beförderungsvermerk: normal

(Freilassen für FS-Stelle)

Empfänger:

1. An das
LfV HB

+ 0103 fsnr 91 1211 h ⊕
244592 brm d

Verschlüsselt:
Gestanzt:
Abgesetzt: 12!
Mitlaseblatt/blätter und Lochstreifen vernichtet:

Text des FS / Bezeichnung des zu übermittelnden Schriftstückes (Az.)

Betr.: Militante "Neue Linke"
hier: Gewalttätige Demonstration am 19.11.89 in Bremen anläßlich der Ereignisse vom 17.11.89 in Göttingen

Bezug: Ihr Schreiben vom 14.2.90 | → - [redacted]
[redacted]

Wir danken für Ihre Antwort vom 14.2.90. Da Sie schreiben, der Personenkreis sei mehrheitlich nicht der Autonomenszene zuzurechnen, bitten wir, uns die Namen derjenigen Festgenommenen mitzuteilen, die Sie als Autonome klassifizieren.

RL wg Entschg. ob Erinnerung

~~15.5~~
~~15.4~~
~~28.3~~

12989 12. 98

2. III C 24 am
(aus: - 27/90)

Wiedervorgelegt am: 28.03.90 Sch

Wiedervorgelegt am: 17.04.90 Sch

Wiedervorgelegt am: 15.05.90 Sch

nein ist zwecklos. möge das LfV weiter von seiner heilen Welt träumen

30.7.90

3,3. d A J 2/7

Im Auftrag

[redacted]

([redacted])

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Freie Hansestadt Bremen

Landesamt für Verfassungsschutz

D | X | V

Landesamt für Verfassungsschutz Postfach 10 37 05 2800 Bremen 1

Bundesamt für Verfassungsschutz
Abteilung III
z. H. d. Abt.leiters oViA
Postfach 10 20 50

5000 Köln 1

Bremen, den 14. Februar 1990
(04 21) 497-9785 bm

Geschäftszeichen (Bitte bei Antwort angeben)

Eingegangen
15. FEB. 1990
Az. [redacted]

Militante "Neue Linke"
hier: Gewalttätige Demonstration am 19.11.89 in Bremen anläßlich der Ereignisse vom 17.11.89 in Göttingen.

Ident-Nr.: 898367

- Ihre Express-Anfrage vom 07.02.90, Az.: [redacted]

Beweisbare Erkenntnisse über Tatbeteiligungen der teilweise jugendlichen Personen lassen sich nicht erbringen. Es gibt keine lfd. Parlamentarische Untersuchung eines evtl. Übermaßes des Polizeieinsatzes.

Der Personenkreis ist nach hier vorliegenden Erkenntnissen mehrheitlich nicht der Autonomen Szene zuzurechnen. Insofern sind die Personalien von hier nicht gespeichert worden.

Im Auftrag
[redacted]

12989
12.

Wiedervorgelegt
23.04.90 Sch

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

D | M | V

Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz

Postfach 45 01 45 · 8000 München 45
8000 München, den 08.02.90

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Akt.-Z.: [redacted]

[redacted] Sch. Ident-Nr.: 898601

L II Nr.

Achtung! Dieses Deckblatt darf nur innerhalb der Ämter für Verfassungsschutz [illegible] von Meldungen an andere Behörden [illegible] Deckblatt abgenommen werden.

Quellenschutz

[redacted]

Ausfertigungen
1. Ausfertigung B/V
2. "
3. "
4. "
5. "
6. "

V.
1) Reg III

Deckblatt

Ident-Nr.: 892814 Sch

2) J. 1. 7

1. Betrifft: Autonomes Spektrum

27/2

Eingegangen am 12. FEB. 1990 Az.

III, C 2 3, 24 M 16. 2.

2. In: Niedersachsen
(Gebietsbereich nach Inhalt der Meldung)

3. V.-Mann-Nr.: [redacted] U.V.-Mann-Nr.:

4. Feststellungsdatum des V.-Mannes: [redacted]

5. Feststellungsort: Göttingen

6. Unter welchen Umständen erhielt V.-Mann die Nachricht: eigene Feststellungen

7. Bemerkungen des V.-Mannes: ./.

8. Bemerkungen des V.-Mann-Führers: ./.

9. Sonstiges: ./.

10. Bewertung: [redacted]

Anlagen: - 1 - Berichtsabdruck (2 Bl. VS-NfD Qu.Sch.) v. 14.12.1989

12989 12. 100

I. A.

[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

99

Autonomes Spektrum Göttingen:

[redacted] Wie aus diesem Bereich bekannt wurde, hat sich zwei Wochen nach dem Tod der Autonomen Conny in Göttingen eine Gruppe aus den verschiedenen autonomen (Antifa-) Gruppen zusammengetan, um die Geschehnisse um den 17.11.1989 zu dokumentieren und als Broschüre zusammenzufassen. Aus diesem Grund wird von der Göttinger Dokumentation-sgruppe bundesweit Material gesammelt, und zwar mit dem Schwerpunkt der Aktivitäten, die in den einzelnen Städten gelaufen sind. Die Dokumentationsgruppe ist unter folgender Adresse erreichbar:

AStA der Uni Göttingen,
Dokumentationsgruppe,
Goßlerstr. 16,
3400 Göttingen.

[redacted] reist am 15.12.1989 mit weiteren Personen aus dem autonomen Spektrum München in die DDR und trifft dort, nach eigenen Angaben, Gesinnungsgenossen, bei denen man sich insgesamt vier Wochen aufhalten will. Man erhofft, daß der Kontakt, der schon längere Zeit besteht, dadurch intensiviert wird.

12989
12. 101

99

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

100

D M V

Fortsetzung von vorheriger Seite

sowie des Folgeden deutschlandpolitischen Teils weitgehend NPD-Verschnitt, der lediglich am taktischen Zu-kuschen besser auf die Denkstrukturen konservativer Menschen zugeschnitten wurde. Wie die NPD denken die REP: „Solange Deutschland nicht wiederaufgerstellt ist, gibt es in Europa keinen wirklichen Frieden."

Eigentlich ist es unnötig zu betonen: Wir Republikaner sind und bleiben Antikommunisten ..." doch glauben die REP wohl zu recht, daß viele Altrechte nur den neuesten Gedankengängen noch nicht hinreichend vertraut sind und Forderungen nach gesamtdeutschen freien Wahlen, einem neutralen und bewaffneten Staat und das Bekenntnis der Sinnhaftigkeit der Westintegration nach wie vor für kommunistische Propaganda halten. Nun am Programm der REP ist nicht die Zielsetzung, sondern lediglich die vorgeschlagenen Wege. Nicht nicht für eine de facto-Anerkennen der DDR wird plädiert, wie es in den vergangenen Jahrzehnten auch die Unionsparteien praktiziert haben, da dies der deutsche „Wiedervereinigung" keinen Schritt näher gebracht hat. Die REPs versuchen nichts weniger, als sich als der realistischste Test der bundesdeutschen Rechten darzustellen.

Angeblich dient eine solche Politik der Friedenssicherung, so jedenfalls des Programmentwurf. Was jedoch bedeutet die Umsetzung der Forderung tatsächlich? Schon eine Konföderation mit der DDR würde einen Staat von 80 Millionen Menschen in der Mitte Europas schaffen. Es wäre der bevölkerungsmäßig stärkste europäische Staat (abgesehen von der UdSSR), es wäre ein Wirtschaftsgigant, und es wäre zumindest potentiell der stärkste Militärmacht, gelegen im Zentrum des Kontinents mit einer beherrschenden Stellung auf die umliegenden Länder. Die Schutzfunktion der bisherigen Staatengemeinschaft der sich sozialistisch nennenden Länder entfällt zukünftig weitgehend. Wer also sollte weitergehenden territorialen Ansprüchen Widerstand entgegensetzen? Diese Tatsache macht die Bedrohung der Ägoistisse sowohl zu den USA als auch zur UdSSR sinnvoll, denn in solcher Großkonstellation im Zentrum Europas mit Hegemonialfunktion dort wäre durchaus in der Lage, sich als dritte Großmacht zu etablieren. Der gegenwärtige Zerfallsprozeß der Sowjetunion und der hohe Verschuldung der USA lassen solche Pläne als durchaus verwirklichbar erscheinen. In dieser Abwendung von der Politik der alten Rechte, die Erweiterung des Deutschlandkonzepts zu einem Europakonzept beinhaltend, dürfte auch der Grund für die Hinwendung zahlreicher nationalrevolutionäre der verschiedenen Gruppchen zu den REP zu suchen sein. Der „Stahlhelmgreifer", den die REP auf die gesamte Rechte zusehen, ist zwischen so stark geworden, daß sich um keine Fraktion mehr weiterretten kann. Dies gilt sogar für die offen rechtsextremistische Fraktion FAP-Mitglieder konvertieren im Herbst 1989 auf REP-Linien — den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, der hessische Landesverband der FAP will zu den Bundestagswahlen 1990 auf eine eigenständige Kandidatur zugunsten der REP verzichten.

Neofaschismus

wäre müßig, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Einzelbedingungen im Protestmentanol detailliert vorzustellen, auf einer Einzelkritik zu verzichten. Entscheidend ist der Kern des Programms, das nationalistische Konzept. Hier gibt es für die Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik anzusetzen. Meiner Ansicht nach wäre es deshalb ein falsches Konzept, sich in der antifaschistischen Arbeit auf die Bekämpfung der REPs zu beschränken, so notwendig diese Auseinandersetzung auch ist. Es ist höchste Zeit, gegen alle Ausprägungen des Nationalismus entschieden vorzugehen. Dies gilt für entsprechende Vorstellungen der Unionsparteien ebenso wie für die viel zu lange sträflich vernachlässigten Vertriebenenorganisationen, die wieder einmal stark neofaschistisch durchsetzt sind, wie auch für diejenigen Teile von Sozialdemokratie und Grünen, die noch immer nicht begriffen haben, daß nationalistische Konzeptionen immer demokratischen, sozialen und ökologischen Bestrebungen entgegenwirken, für die unseren Ziele also kontraproduktiv sein müssen.

Notwendig ist immer wieder die Benennung des engen inhaltlichen Zusammenhangs zwischen einer völkischen Begründung des Nationalismus und rassistischen und ausländerfeindlichen Positionen. Nicht Deutschland hat im Mittelpunkt unserer Argumentation zu stehen, sondern im Vordergrund haben die Forderungen nach Verwirklichung der Demokratie und der Menschenrechte zu stehen. Wir müssen verneinen, um auf den Argumentationsstrang des polnischen Gegners zu begehen, müssen vielmehr selbst die Inhalte der Auseinandersetzung bestimmen. Dazu gehört auch die Hervorhebung, daß das nationalistische Konzept der REP durchaus im Interesse des Großkapitals liegt. Eine nichtkriegerische Ausweitung Deutschlands zur europäischen Hegemonialmacht ist für diese Kreise ein immer noch attraktives Modell. Daß die Aussichten zu seiner Verwirklichung zunehmend günstiger eingeschätzt werden, zeigt sich auch im Abbröckeln der bisherigen Zurückhaltung bei der offenen Unterstützung der REP. So gab es großformatige Anzeigen von Opel und BMW in der Berliner Zeitung der REPs. „Die rechte Zeit", und in der Januar-Ausgabe der REP-nahen Zeitung „Europa vorn" findet sich ein ganzseitiges Inserat der Versicherungsgruppe Provinzial. Dies bedeutet zwar nicht, daß die REP schon die Partei des Großkapitals wären, es signalisiert jedoch eine Trendwende und verrät deutlich nochmals, für diejenigen, bei denen es in Vergessenheit geraten ist, die Notwendigkeit eines explizit antikapitalistischen Antifaschismus. Warum alle Erkenntnisse vergessen, wenn sie nach wie vor gültig sind.

Eine isolierte Programmanalyse allein ist sicher nicht ausreichend für eine zutreffende Charakterisierung der REP. Dieses gilt erst recht nach der Verabschiedung des vorliegenden Programmentwurfs, der auch gezeigt hat, daß trotz aller Glättung allzu auffällig antifaschistischer Passagen, der Tonwang und des Zuschnitts. Offiziell werden wir zur Argumentation die Äußerungen von Repräsentanten der Partei ebenso heranziehen müssen wie deren neofaschistische Vergangenheit. Die personelle Zusammensetzung einer Partei hat ebenso die Aussagekraft wie die Äußerungen des oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Franz Glaubauer, der vorgeschlagen hatte, das Bauge-lände in Wackersdorf zu einer Art von KZ für Demonstranten umzugestalten. Seine Wiedereinsetzung ins Amt ist genauso bezeichnend wie die Tatsache, daß Jürgen Rühmann, der 1986 in einer von ihm verfaßten Broschüre für Euthanasie und Aussonderung aller Kriegsdienstverweigerer als Vaterlandsverräter eingetreten war, noch immer stellvertretender Kreisvorsitzender der REP in Peine ist. Auch an einzelnen Beispielen läßt sich zeigen, daß von Schönhuber angekündigten Abgrenzungsmaßnahmen in der Praxis nicht mehr als demagogischen Charakter besitzen. Meine Schlußfolgerung aus dieser Tatsache ist, daß es immer wieder notwendig ist, den neofaschistischen Charakter der REP zu verdeutlichen und darauf hinzuweisen, daß für Neofaschismus kein Platz in einer Demokratie sein darf. Die REPs sind zu bekämpfen als Neofaschisten, denn sowohl der Schwalbe einen Sommer macht, so machen einige ehemalige CSU-Mitglieder aus einer neofaschistischen noch keine neokonservative Partei.

Andreas P. Zalenhoff



Göttingen: Frontbegradigung

Antifaschistinnen auf der Anklagebank?

In Niedersachsen haben die Verantwortlichen Routine in der Verwaltung von Polizeiaffären. Aus diesem reichen Erfahrungsschatz scheint man derzeit auch in Göttingen zu schöpfen. Da treiben verbeamtete Polizeibeamte mit dem Einsatzbefehl „Plattmachen" Antifaschistinnen — zum Schutz von Neonazis — auf eine vielbefahrene Hauptstraße und damit Conny in den Tod. Werden die beteiligten Polizeibeamten und die verantwortlichen Einsatzleiter vom Dienst suspendiert? Keineswegs! Werden gegen sie Anklagen von der Staatsanwaltschaft erhoben? Anderst unverschreiblich!

Dafür nimmt sich die Staatsanwaltschaft erst einmal die Polizeikritikerinnen vor. Und sind die Vorwände noch so fadenscheinig, es wird intensiv und ernsthaft ermittelt. Damit hierfür die nötige politische Ruhe herrscht, hat der Innenausschuß des niedersächsischen Landtages mittels großer Koalition eine öffentliche Aufklärung blockiert und die SPD schickt sich an, ihre Kritikerinnen aus den eigenen Reihen endgültig abzuservieren.

SPD sägt Landtagskandidatin ab

Wieder die Vorgänge, die zu Connys Tod am 17.11.89 führten, noch die Aussscheidungen der Polizei auf der bundesweiten Demonstration am 25.11.89 sind ausführend in der Öffentlichkeit aufgeklärt. Und doch sind die ersten personellen Konsequenzen schon gezogen. Daran glaubt man mußte die SPD-Landtagskandidatin Hulle Hartwig, die es gewagt hatte, nur zur Demonstration am 25.11.89 zu gehen, sondern auch die Polizei wegen ihres provokativen Verhaltens zu kritisieren. Hulle Hartwig hielt an ihrer Kritik fest, auch daß die Polizei die Demonstration angriff, als der Zug bereits aufgelöst war (siehe dazu ak 314). Auch die Göttinger SPD überhaben diese Version des Vorfalles, nachdem die „Gewerkschaft der Polizei" und Scharfmacher, wie der Landtagsabgeordnete Glogowski, der Chef der Schutzpolizei im Regierungsbezirk Braunschweig, Heinz Hoyer (SPD), heftig intervenierten.

Als der Druck innerhalb der SPD zu groß wurde, trat Hulle Hartwig von ihrem Posten als stellvertretende des SPD-Stadtverbandsvorsitzenden zurück. Hulle Hartwig in ihrer Rücktrittserklärung: „Ich habe die Tragweite meiner Äußerungen im Zusammenhang mit den Göttinger Polizei-Einsätzen bei der Demonstration am 25.11.89 nicht richtig eingeschätzt." (Göttinger Tageblatt, 30.1.90). An ihrer Landtagskandidatur sollte Hulle Hartwig jedoch „unbeirrt" festhalten.

Der Rücktritt Hulle Hartwigs fiel just in eine Zeit, als durch Polizeifunk-Mitschnitte die Richtigkeit und Berechtigung ihrer Kritik mehr als unterstrichen wurde. In der Tat hatte die Polizei das Abstimmen der Demonstration im großen Stile geplant, hatte die Eskalation um jeden Preis gesucht, und dies obwohl selbst nach der Ansicht des Einsatzleiters, Göttingens Polizeichef Lothar Will, die es auf einer Versammlung der „Bürgerlinnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt" dargelegt, die Demonstration „glimpflich" verlaufen sei. (Göttinger Woche, 26.1.90). Der versuchte Wasserwerferinsatz, der Versuch der Einkesselung — alles grundlos. (Siehe dazu auch ak 314).

Den wahren Kern der Auseinandersetzung schälten dann auch die lokalen SPD-Größen Thomas Oppermann und Inge Wettig-Danielmeier in einer gemeinsamen Erklärung heraus, in der sie Hulle Hartwigs Rücktritt „begrüßten". Der Schritt sei „sicher ein Beitrag zur Beendigung der heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen und dazu, die Diskussion wieder auf die wichtigen anstehenden politischen Probleme zu lenken." In der Tat. Für Sozialdemokratinnen war es noch nie ein wichtiges politisches Problem, wenn in diesem Land Ausländer von Neonazis zusammengeschlagen wurden und werden und wenn Polizisten, die in der Öffentlichkeit in Verdacht geraten, Sympathisanten der „Republikaner" zu sein, dabei bestenfalls zusehen, schlimmstenfalls aber eingreifen und Antifaschistinnen in den Tod jagen.

Damit die parteiinterne Auseinandersetzung aber gänzlich zugeschüttet wird, haben sich namentlich der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder und der Bezirksvorstand aufgemacht, auch die Landtagskandidatur von Hulle Hartwigs zu kassieren. Am 27.1.90 faßte der Vorstand des SPD-Bezirks Hannover den Beschluß, „Einspruch gegen ihre Nominierung einzulegen" (GT, 29.1.90). Damit wird das Nominierungsverfahren neu aufgerollt und die Wahlkreiskonferenz hat neu zu entscheiden. Ein Verfahren, daß in der Niedersachsen-SPD einmalig ist — aber was tut man nicht alles, um Kritik von der Polizei fernzuhalten.

Große Koalition im Innenausschuß

Ähnliche Überlegungen machen auch die höchsten Kontrolleure der Polizeiübergriffe, der Innenausschuß des Niedersächsischen Landtags am 24.1.90 einen Antrag der Grünen abzulehnen, „in der die Offenlegung der Gründe und Umstände für die polizeilichen Maßnahmen gegen die Großdemonstration gefordert worden waren" verlangt wurde. Stattdessen erklärte „Die Grünen im Landtag" (24.1.90) SPD, FDP und CDU zu einer großen Einheitlichkeit bei der Verurteilung des tatsächlichen Geschehens" (GT, 25.11.89). Dies umso mehr, weil ab dem 3. Tag unübersehbar geworden war, daß der Innenausschuß in seiner Sitzung am 29.11.89 vom Innenministerium und der Polizeiführung in allen wesentlichen Fragen belogen worden war.

— Obwohl der Polizeifunk belegt, daß die Polizei am Polizeirevier Am Steingraben die Demonstration mit Polizeiketten gestoppt werden sollte, um so einen halbwegs kontrollierten Zugriff auf den „Schwarzen Block" zu bekommen, bestritt dies der Innenminister hartnäckig im Ausschuß.

— Und obwohl man sogar in der Presse nachlesen konnte, daß die Abschlußkundgebung am Rathaus von der Polizei langsam eingekesselt wurde und deshalb abgebrochen und vor das Juzi verlegt worden war (vgl. FR, 27.11.89), behauptete der Innenminister, daß „überhaupt keine Rede" davon sein könne, „daß die Kundgebung als solche zum Juzi verlegt worden sei."

Es gab also gute Gründe, zur absoluten Geheimhaltung überzugehen. Das ganze Gerede der SPD darum, daß man „keine vorschnellen Urteile fällen", „keine Vorverurteilung der Polizei betreiben" soll, sondern eine „sorgfältige Aufklärung abwarten" müsse, entpuppte sich als Heuchelei. Und der Abgeordnete Glogowski empfiehlt sich heute schon als zukünftiger Innenminister, als einer, der weiß, was von ihm erwartet wird, wenn es diesmal nach der Landtagswahl zu einer Mehrheit für die SPD reicht.

Anzeige gegen Grünen-Landtagsabgeordneten

Die Göttinger Staatsanwaltschaft ermittelt aufgrund der Anzeige „eines Bürgers" gegen den Grünen-Landtagsabgeordneten Jürgen Trittin, weil er wegen seiner Beteiligung an der Demonstration am 25.11.89 damit angeblich gegen das Versammlungsgesetz verstoßen und „psychische Beihilfe zum Landfriedensbruch" geleistet haben soll. Außerdem steht er im Verdacht, „falsche Anschuldigungen gegen die Göttinger Polizei erhoben zu haben", weil er gesagt hatte, die Polizei habe „Brechstangen verteilt" und „Verletzte in Kauf genommen". (FR, 16.1.90)

Obwohl die Anzeige von ihrem Inhalt her völlig absurd ist, ermittelt die Staatsanwaltschaft seit dem 4.12.89 offenbar in der ihr eigenen Gewissenhaftigkeit, die sie in solchen Fällen an den Tag legt. Um den angeblichen Ruf der Göttinger Polizei zu retten, hat man jedenfalls demonstrativen Aufwand betrieben. Dem Geschäftsordnungs-Ausschuß des Landtags in Hannover wurde schon Mitteilung über das Verfahren gemacht (GT, 16.1.90).

Selbst der Göttinger SPD ging die Staatsanwaltschaft in diesem Fall zu weit, wenngleich nur aus Solidarität, sondern weil sie, um die Staatsanwaltschaft deckt, auf die Folgen ihres Vorgehens hinweisen, äußerte Klaus Wettig von der SPD, für den Fall einer Prozeßeröffnung könne Trittin auf seine Unterstützung rechnen. In diesem Prozeß wende dann wohl verhandelt werden, als die Vorwürfe gegen Trittin. Es werde dann auch über die politische Führung der Göttinger Polizei durch den Innenminister und die polizeitaktischen Mängel zu reden sein." (GT, 18.1.90). Sicherlich ein Gedanke, den man schon im Innen- und Justizministerium erwogen hat, und was wohl letztlich auch zur Einstellung des Verfahrens führen dürfte. In der Tat geht es auch wohl mehr um die Einschüchterung von Kritikern aus dem bürgerlichen Lager.

Anzeigen gegen WGs, Juzi und den ASTA

Wesentlich ernster dürfte es der Polizei und der Staatsanwaltschaft mit einem anderen Ermittlungskomplex sein. Eine ganze Reihe von Wohngemeinschaften, das Juzi und der ASTA wurden mit Ermittlungsverfahren überzogen, weil sie auf Transparenten festhielten, daß Conny von der Polizei in den Tod getrieben worden ist. Eine ganze Reihe von Leuten hier hätte mittlerweile Vorladungen erhalten. Prinzipiell ist auch das Haus davon betroffen, in dem Conny gewohnt hatte. Offenbar will die Staatsanwaltschaft skrupellos und aufwendig dafür sorgen, daß die Polizei weiter in Ruhe ihren eingeschlagenen Weg gehen kann.

Ermittlungen gegen Bullen blocken

Schwierigkeiten hat die die Staatsanwaltschaft hingegen bei den Ermittlungen gegen die Polizeibeamten und die Einsatzleiter, die Conny mit dem Einsatzbefehl „Plattmachen" in den Tod getrieben haben. Während der bisherigen Ermittlungen sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft 29 Polizisten und vier Bürger als Zeugen" vernommen. (GT, 24.1.90) Nun stocken angeblich die Ermittlungen, weil sich bisher die Antifaschistinnen, die mit Conny zusammen waren, nicht als Zeugen zur Verfügung gestellt haben.

Der Staatsanwaltschaft, die sicherlich während ihrer Ermittlungen den Polizeifunk vom Abend des 17.11. sorgfältig geprüft und die auch die Aussagen der Polizeibeamten entsprechend gesondert haben dürfte, nach denen die Polizisten die Antifaschistinnen tot gezogenen Knüppel empfangen hätten, fehlt ganz offenbar der politische Wille, gegen die beteiligten Bullen Anklage zu erheben.

Wenn nun der Staatsanwaltschaft vertraubart wird: „Inoffiziellen Informationen aus Justizkreisen zufolge werden die Ermittlungen wahrscheinlich eingestellt, wenn sich die traumatischen Zeugen nicht doch noch melden (FR, 27.1.90), so wird hier mehr oder weniger geschickt versucht, die Verantwortung auf die Freunde von Conny abzuschieben, denen bei einer Aussage der Strafbestand der falschen Anschuldigung droht. Denn daß die Polizei hier auf jeden Fall recht hat — egal wie auch die Sachlage sein mag — das war nach ausführlichen Informationen aus den Ministerien zu erfahren. Klar ist. Auch ohne die Aussagen der Einzelnen aus der Gruppe dürfte der Sachverhalt vom 17.11. eindeutig sein, selbst wenn man nur die spärlichen Informationen, die bisher an die Öffentlichkeit gedrungen sind, zu Grunde legt.

Antifaschismus-Kommission KB-Gruppe Göttingen



Ident-Nr: 898853

100

Antifaschistin von Polizei in den Tod getrieben

Connys Tod war kein "tragischer Unglücksfall" oder gar bloß ein "Verkehrsunfall", wie die Lobbies im Rathaus und im Steinsgraben die grausame Konsequenz eines keinesfalls ungewöhnlichen Polizeieinsatzes jetzt in der dritten Woche dreist umzudeuten versuchen.

Die Verantwortlichen haben freilich allen Grund, Land zu gewinnen und die Ereignisse in ihrem Sinn umzudrehen und zurecht zu wenden, denn der Mord an Conny gibt der seit Jahren auch in Göttingen schwelenden Konfliktsituation zwischen der Polizei auf der einen und vorwiegend autonomen AntifaschistInnen auf der anderen Seite eine ganz neue Dimension. Juristisch gesehen mag es kein Mord sein; vielsagend genug, daß diese zweifelhafte Kategorie gerade hier nicht greift. Eine streng juristische Einschätzung aber, die ganz etwas anderes ist als die wütende Benennung der Tatsachen durch Betroffene, spielt eben diesen Verantwortlichen - wie gehabt - in die Hände, indem sie den "Fall" zu ihren Zwecken entschärft und verharmlost.

Wie sehr dieser erste Todesfall in Göttingens jüngerer Geschichte der Umgehensweise mit politisch Andersdenkenden dazu angetan ist, auch breitere Kreise auf den Plan zu rufen und ein Licht auf Polizeistrategien und -praxis über die linke Diskussion hinaus zu werfen, zeigte das breite Spektrum, das sich auf der bundesweiten Demo vom 25.11. versammelt fand.

Genauso beweisend das die intensiven Bemühungen der rechten Öffentlichkeit, zunächst ebenfalls ausnehmend "bestürzt und traurig" zu sein, um dann eine Woche später den gewaltätigen Verlauf der Demo, obgleich wiederum und inzwischen erwiesenermaßen von der Polizei provoziert, gnadenlos auszuschlachten und die Hegemonie in der öffentlichen Auseinandersetzung zurückzugewinnen.

Der hier bislang mit seiner Stellungnahme vom 18.11. zitierte Oberstadtdirektor Schierwater (SPD) spricht zynischerweise von der eigenen "Betroffenheit", worin er sich einig weiß mit seinem Kollegen von der CDU, dem Kreisvorsitzenden Noack: Letztlich ist nämlich gar nicht Conny, sondern die "besonnene Göttinger Polizeiführung" das eigentliche Opfer der "Tragödie des Unfalltods". Sie "treffe" nämlich das Unglück, in die "verblendete Gewaltbereitschaft" gesellschaftlich geächteter, tendentiell jedenfalls ähnlich ausgerichteter Randgruppen "hineingezogen" und "verwickelt" zu werden (wobei sie "Gefahren für die Gesundheit riskiert"!), was mindestens ebenso "tragisch" ist wie der Tod selbst.

Im gleichen Atemzug beeilt sich Noack, "weiterhin" für die "psychologische Schulung der Einsatzkräfte" zu plädieren, was zunächst etwas zusammenhanglos wirkt, aber keinesfalls ist. Der Mensch weiß, wovon er redet und warum ihm das so wichtig ist: Polizeichef Will "wundert" sich öffentlich, daß es nicht schon früher "Schwerverletzte oder sogar Tote gegeben habe". Er meint damit die Auseinandersetzungen zwischen Skins und Autonomen, die er wohlweislich ins Zentrum der Gewaltdiskussion rückt. Im Grunde aber kommentiert er ungewollt das Agieren der Polizei, die den Tod lange schon wo nicht plant, was ebenfalls tagtäglich geschieht, da doch zumindest bewußt einkalkuliert - als Waffe im Kampf gegen die verhasste Linke.

[redacted]

I. Die Fakten

Was ist am Abend des 17.11. wirklich passiert?

Versuch einer Rekonstruktion aufgrund der bisher bekannten Tatsachen.

Um ca. 20.50 Uhr kommt es vor dem Apex zu einer Schlägerei zwischen je 7 bis 10 Naziskins und AntifaschistInnen; dabei werden zwei Skins verletzt (Platzwunde am Kopf, gebrochene Hand). Wenig später kommt die Polizei, nimmt die Skins in "Schutzhaft". Die Polizei verliert die Gruppe der AntifaschistInnen - angeblich - aus den Augen.

Den Faschos wird, wie gewöhnlich, ein "Platzverweis" erteilt, sie müssen die Innenstadt verlassen; die Polizei begleitet sie bis zu einer Bushaltestelle in der Nähe des Alten Audimax und wartet, bis sie abgefahren sind.

Während dieser Zeit trifft in der Nähe des Apex eine zweite Gruppe von AntifaschistInnen ein, die von der Auseinandersetzung mit den Skins informiert worden war. Diese Gruppe beschließt, sich in die Innenstadt zu begeben. Sie wird von der Polizei spätestens am Ende der Weender Straße entdeckt und verfolgt.

Der Weg der Gruppe von diesem Moment an: Waageplatz, Berliner Straße, am Amtsgericht vorbei, am Finanzamt vorbei, Fußweg zum Iduna-Zentrum, Maschmühlenweg.

Als sich die AntifaschistInnen in dieser Gegend befinden, findet der mittlerweile allseits bekannte, berüchtigte Funkdialog zwischen dem Leiter des Zivilen Streifenkommandos und dem Dienstabteilungsführer des 1. Reviers statt: "Ich würde sagen, wenn wir genug Leute sind, sollten wir sie plattmachen. " "Laß noch warten, bis noch mehr Grün-Weiße da sind. Dann haben wir sie."

Die Gruppe versucht, über eine kleine Stichstraße hinter dem Iduna-Zentrum vom Maschmühlenweg zur Weender

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Landstraße zum Campus zu gelangen, wo sie sich auflösen will. Die Polizei nutzt die Gelegenheit, ihre Falle zuschnappen zu lassen: am Ausgang auf die Weender Landstraße - die nicht abgesperrt ist - stehen nun zwei Polizeiwagen. Die Beamten, unter ihnen der Dienstabteilungsführer, treten der Gruppe mit gezückten Knüppeln entgegen. Auch von hinten ist die Stichstraße durch drei Polizeifahrzeuge versperrt. Angesichts der Bedrohung versucht die Gruppe zu flüchten, was einigen auch gelingt. Conny, die versucht, den Bullen über die Weender Landstraße zu entkommen, wird von einem PKW erfaßt und durch die Luft geschleudert.

Auch jetzt ist für die Polizei noch nicht der Moment gekommen, ihren Einsatz endlich abzubrechen. CS-Gas wird versprüht, ein Hundeführer fordert AntifaschistInnen auf, sich doch gleich neben Conny zu legen, Festnahmen werden versucht, der Versuch, Erste Hilfe zu leisten, wird behindert; auch die Polizei leistet keine Hilfe. Der ca. 10 Minuten später eintreffende Notarzt kann nur noch Connys Tod feststellen.

(Quellen: Augenzeugenberichte, verschiedene Stellungnahmen des Juzi, mehrseitiges Flugblatt des Juzi; Pressemitteilungen Die GRÜNEN; GT; FR; TAZ)

II. Versionen und Lügen - Die Polizei

Wenn der Tod eines Menschen gewaltsam war, kann sich normalerweise die Öffentlichkeit ein Bild von den Umständen und den Tätern machen: Polizeiberichte werden veröffentlicht, Aussagen von AugenzeugInnen werden von JournalistInnen oder anderen interessierten Gruppen recherchiert, Widersprüche öffentlich gemacht und ggf. aufgeklärt.

Normalerweise.

Bei politischen Todesfällen bzw. bei fast allen mit Polizeibeteiligung ist das regelmäßig anders. So auch diesmal: AugenzeugInnenberichte werden - bestenfalls - gekürzt wiedergegeben, offensichtliche Widersprüche zwischen Polizei- und Beteiligtenversion von den Medien einfach verschwiegen bzw. von Polizeisprechern rundweg abgeleugnet.

Besonders auffällig ist der Umstand, daß die Polizei bzw. das Innenministerium sich bei fast jeder Erklärung in neue Widersprüche verwickelt hat, wieviele Fragen sind zuhauf aufgetaucht.

Seit den Knüppeleinsätzen bei der Demo vom 25.11. hat es die Polizei mit Unterstützung v.a. aus der CDU geschafft, daß über ihre Menschenjagd am 12.11. und den daraus folgenden Tod einer Antifaschistin in der Öffentlichkeit nicht mehr gesprochen wird.

Umso notwendiger ist es, die Widersprüche darzustellen und auf die Beantwortung der offenen Fragen zu drängen. Nur so ist es auch möglich, die "Informations"-politik des Steinsgraben als das einzuschätzen, was sie tatsächlich ist: Rechtfertigung und Vertuschung. Mit anderen Worten: Lügen.

Doch wir greifen vor.

VERSIONEN UND WIDERSPRÜCHE

In den Tagen nach Connys Tod hat es in den verschiedenen Zeitungen, v.a. in der GT, aber auch im Innenausschuß des niedersächsischen Landtages [illegible] eine Flut von Detailäußerungen hoher und höchster Beamter bis hin zu Minister Stock gegeben. Im Gegensatz zu den AugenzeugInnen hat die Polizei ganz offensichtlich keine in sich schlüssige Darstellung der "Ereignisse".

Wir können hier nicht jede Widersprüchlichkeit im einzelnen auflisten oder nachweisen. Worum es uns im folgenden geht, ist, an einigen zentralen Punkten schlaglichtartig deutlich zu machen, was die Polizei unter "Aufklärung" versteht.

Warum hat die Polizei die AntifaschistInnen verfolgt

Am Wochenende ist dazu Widersprüchliches zu lesen. In der "Welt am Sonntag" heißt es aus dem Mund eines ungenannten Polizeisprechers, daß "die Autonomen" immer wieder versucht hätten, "die Skinheads" trotz des Polizeischutzes "anzugreifen" (WamS, 19.11.). Ähnlich berichtet die HNA-"Sonntagszeit" (19.11.): "starke Polizeikräfte wollten die Personalien der Autonomen feststellen", die sich angeblich vorher mit den Skins geprügelt hatten. Lothar Will jedoch, als SchuPo-Chef der direkte Verantwortliche, sagt in der "7te am Sonntag" (19.11.), daß ein konkreter Tatverdacht nicht vorgelegen habe. Damit sagt er zwar das einzige Mal die Wahrheit (in den folgenden Tagen bis heute wird völlig unbezweifelt in allen Medien davon ausgegangen, daß die Gruppe, zu der Conny gehörte,



Eröffnung der Mahnwache für Conny am 19.11.89

dokumentiert.de



mit jener identisch war, die in der Burgstraße die Auseinandersetzung mit den Skins hatte), ihm entsteht allerdings gleichzeitig ein viel größeres Problem: er müßte folgerichtig zugeben, daß mit dem Einsatz tatsächlich Leute "plattgemacht" werden sollten. Das kann er jedoch nicht. Er ergreift die Flucht nach vorne:

Funk"sprüche"

In der schon zitierten "7ten" bestätigt Will die Äußerung "Sollen wir sie plattmachen?", gibt also einen Einsatzbefehl zu. (Das es sich dabei um einen Funkdialog zwischen den beiden Einsatzleitern gehandelt hat, wird allerdings erst im IA deutlich.) Am gleichen Tag immerhin hat sich diese Linie noch nicht durchgesetzt. In der "WamS" vom 19.11. sagt Polizeichef Knoke noch, daß dieser Funkspruch so nicht gefallen sei. Will ist mit seinem Vorgehen allerdings auch kein bißchen an der Aufklärung interessiert. Es entsteht der zweite bodenlos zynische Ausspruch eines Polizisten an diesem Wochenende: der Spruch sei "flapsig" gewesen, gemeint sei "natürlich Personalienfeststellung" (7te am Sonntag, 19.11.). Mensch braucht keinE SprachwissenschaftlerIn zu sein, um die offensichtlichkeit dieser Lüge zu durchschauen, um zu wissen, was "plattmachen" wirklich bedeutet: eben das Einfangen und Zusammenschlagen der AntifaschistInnen. Denen war das aus ihrer Situation ja auch unmittelbar klar, dessegen versuchten sie, vor gezückten Knüppeln, Hunden und einsatzbereiten 'Chemical maze' zu fliehen.

Und wie wird uns das "erklärt"?

"Die sind nicht getrieben worden." (O. Knoke, GöWo, 24.11.)

Erst bestand kein konkreter Tatverdacht, dann sollen sie plattgemacht werden. Der Knüppel sagt das und wir sollen tatsächlich verstehen: Personalienfeststellung. Und zwar mit Knüppel, Hund und CS. Aber nein: Will am Sonntag: "Kein CS, zumindest in der Zeit vor dem 'Unfall'."(GT, 20.11.) Will am Montag: "Tränengas weder vor noch nach dem Unfall." (GT, 21.11.) Innenausschuß am Montag: "Möglicherweise doch CS, aber nur zum Schutz des Autofahrers." (Pressemitteilung DIE GRÜNEN, 21.11.)

Und seitdem kein Wort mehr.

Offene Fragen gibt es weiterhin genug: was passiert mit dem Hundeführer, der einige AntifaschistInnen aufforderte, sich gleich neben Conny zu legen? Wieviele Polizisten waren nun wirklich eingesetzt? Wer ist eigentlich der Dienstabteilungsführer des 1. Reviers an jenem Abend gewesen - anders gefragt: welcher konkrete Beamte wird sich für das "Plattmachen" verantworten müssen? Wie kam es, daß die Polizei die Falle für die Gruppe derartig schnell aufbauen konnte?

Bei der Aufklärung dieser Fragen wird mensch auf alles mögliche *hoffen* können, *verlassen* (außer auf die eigenen Anstrengungen) jedoch nur auf eins: diese Polizei lügt, wo es irgendwie nur geht.

III. "Identität"

Häufig wird bei Gesprächen über den Vorfall die Frage aufgeworfen, ob die Gruppe um Conny die gleiche sei, die vorm Apex war. Die Antwort darauf gibt die Polizei selbst: nein. (1)

Und doch schwirrt immer wieder die Behauptung, die Gruppen seien identisch gewesen durch den Raum. 'Identisch' heißt, die Gruppe vorm Apex sei in der größeren Gruppe um Conny dabeigewesen. Vor allem die Göttinger Polizei bleibt bei dieser unbewiesenen und widersprüchlichen Behauptung. Im Innenausschuß des Landtages ist eindeutig festgestellt worden, daß kein Tatverdacht (2) gegen die Gruppe vorgelegen habe.

Begründet wird diese "Identität" entweder gar nicht: "... das sollte und mußte (Personalienfeststellung) auch bei den beteiligten Autonomen geschehen, die - vermummt und teilweise mit Holzknüppeln und sonstigen Schlagwerkzeugen ausgerüstet - im Bereich des Idunazentrums angetroffen wurden" (Willibald Elsner, GdP-Kreisvorsitzender, Extra-Tip 26.11.89) oder mit absurden Aussagen wie der Lothar Wills: "Schon aufgrund der Vermummung und Bewaffnung war das festzustellen" (GT, 20.11.89).

Mit keiner dieser Behauptungen wird auch nur annähernd eine wirkliche "Identität" der beiden Gruppen belegt. Für die Polizei scheint sie trotzdem zu bestehen. Fakt ist, daß sich eine kleine Gruppe AntifaschistInnen (ca. 10) vor dem Apex mit Skins geprügelt hat und daß eine andere Gruppe (ca. 25) (nachdem die Skins aus der Stadt verjagt waren) von der Polizei durch die Stadt verfolgt wurde und schließlich am Idunazentrum eingekesselt werden sollte. Die einzige Verbindung zwischen beiden Gruppen besteht in Kleidung und - bisher auch unbewiesen - Bewaffnung (Holzknüppel). Hier wird auch klar, was "Identität" heißt: Es gab **keinen** Grund, die Gruppe zu observieren und ihre Personalien festzustellen, es sei denn, mensch ist Polizist. Wer eine Lederjacke trägt und zudem etwa noch ein "Palästinensertuch" muß ein "Autonomer" sein.

Die Polizei hat einen generellen Verdacht gegen alles, was sie aufgrund bestimmter Merkmale als links einordnet. "Identität" der Gruppen heißt nicht "übereinstimmend" sondern zum gleichen Spektrum (Linke) zu gehören. Die Polizei geht hier eindeutig nach dem "Sippenhaft"-Prinzip vor - irgendwie haben die etwas damit zu tun, auch wenn die nicht bei der Schlägerei vorm Apex dabei waren.

Klar waren die Gruppen **dann** - aber auch nur dann - für die Polizei "identisch". Das wird ja auch nirgends bestritten: "Andere Leute, die nach dieser Aktion verständigt wurden, trafen sich kurze Zeit später vor einer Kneipe, ca. 500 m vom Apex entfernt." (Augenzeugenbericht Juzi)

Der Polizei ist natürlich auch bekannt, daß sich hier in Göttingen aufgrund der vermehrten Übergriffe von faschistischen Skins und der Untätigkeit der Polizei eine Art antifaschistische Selbsthilfe gebildet hat, d.h. z.B. Telefonketten, über die bei Vorfällen alarmiert wird. Die Gruppe hätte aus einer Kneipe kommen können oder zu solch einer Telefonkette gehören können, wer hier in Göttingen, vor allem am Wochenende, in einer größeren Gruppe mit Lederjacken durch die Stadt geht, muß mit ähnlichem rechnen, wie dieser Gruppe am 17.11. widerfuhr.

Der Beweis, daß die derartig eingeordneten Personen auch wirklich kriminell sind, ist schnell erbracht. Erst wird ihnen auf den Hacken herumgefahren, dann werden sie "gestellt", um ihre Personalien aufzunehmen. Schnell sind dann auch Anzeigen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Beleidigung o.ä. verteilt. So auch am 17.11.. Es lag zwar kein Tatverdacht vor (Will am 19.11., Siebte am Sonntag) aber "es liegt zumin-

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedekla

dest eine gefährliche Körperverletzung vor, wenn nicht gar Landfriedensbruch" (Will am 21.11., UZ).

Anmerkung (1): taz 21.11.89, Pressemitteilung der Grünen im Landtag 270 u. 271, Augenzeugenbericht Juzi Siebte am Sonntag 19.11.89, Innenausschußsitzung 21.11.89

Anmerkung (2): ebenda

IV. Notizen mit dem Schlagstock

Die Polizei geht also, zumindest in der Öffentlichkeit, von einer "Identität" der beiden Gruppen aus. Ihr Ziel, so wird sie nachträglich behaupten, sei eine Personalienfeststellung. Dazu wird die Gruppe in dem Stichweg zwischen Weender Landstr. und Maschmühlenweg eingekesselt.

Personalienfeststellung - wozu? "Sie (die Polizei) hatte einzugreifen um - weitere - strafbare Handlungen zu verhindern und die begangenen zu erforschen, wozu auch die Personalienfeststellungen von Tatverdächtigen und Zeugen gehören." (W. Elsner, Extra-Tip 26.11.89)

Dazu wird die Gruppe durch die gesamte Innenstadt und über die belebte Berliner Str. verfolgt und am Idunazentrum eingekesselt. Mit bereits gezückten Schlagstöcken fordert die Polizei die Personalien ein. Das hört sich nicht nur so an - das ist Wildwest.. Weder liegt ein Tatverdacht vor (und selbst wenn es einen gegeben **hätte**, wäre das keine Rechtfertigung für diesen Einsatz !) noch ist die Gefahr weiterer Schlägereien mit den Skins gegeben, da diese zu diesem Zeitpunkt ja bekanntermaßen im Bus stadtauswärts sitzen. Außerdem, so weiß der Polizeidirektor Knoke, "... die Autonomen denken nicht daran, ihre Personalien feststellen zu lassen ." (Knoke, Göttinger Woche 24.11.89)

Auf der Hand liegt also der Schluß, daß nicht die Personalienfeststellung sondern die Knüppelei gewollt war, sonst wäre die Gruppe in Ruhe gelassen worden. Darauf weist auch und eigentlich am direktesten der bekannte Funk"spruch" hin: "Ich würde sagen, wenn wir genug Leute sind, sollten wir die platt machen" auf den dann noch eine Abstimmung über die Kräfteverhältnisse folgte.

"Damit sei aber nur die Personalienfeststellung gemeint gewesen. Die Polizei, so Will, bedauere die Worte." (GT 20.11.89) Daß Lothar Will "die Worte" bedauert, kann mensch ihm getrost glauben, wird durch sie doch überdeutlich, was der eigentliche Sinn des Einsatzes war. Die Personalienfeststellung ist eine nachgeschobene Schutzbehauptung.

V. Freiheit? - Die des Andersdenkenden!

Das Vorgehen der Polizei am 17.11. war darauf angelegt, ein Exempel an Linken zu statuieren. Das deutet jedenfalls Lothar Will an: "Bisher sind wir immer nur gegen die Rechten eingeschritten, die haben wir nämlich aus unserer Stadt vertrieben." (UZ 21.11. 89) Wie die hier beschriebene "Praxis" aussieht, ist bekannt: Bei den inzwischen mindestens zweimal wöchentlichen "Auseinandersetzungen" zwischen Faschisten und AntifaschistInnen greift die Polizei in der Regel dann ein, wenn die Faschisten zu unterliegen drohen. "... im Regelfall verlieren die Skins, weil die Autonomen natürlich mehr und stärker sind und auch cleverer." (Knoke, Göttinger Woche 24.11.89) Die Polizei nimmt die Skins dann in Schutzhaft und "expediert" sie "per Platzverweis aus der Innenstadt". (Knoke, Göttinger Woche 24.11.89) "Die Skins sind einfach ein bißchen schlichteren Gemüts als die Autonomen, - mit denen kann man das noch machen." (Knoke, Göttinger Woche 24.11.89)

Was sich bei Polizeidirektor Knoke verhältnismäßig wie Mitleid mit den geschlagenen Skins anhört, bringt Lothar Will auf den Punkt: Für ihn sind die "Auseinandersetzungen" "versuchte Selbstjustiz der Autonomen, die 'einfach auf Andersdenkende einschlagen'". (UZ 21.11.89)

Wie dieser Begriff von Meinungsfreiheit praktisch aussieht, wird wenige Tage später publik: am 27. Oktober wurden in der Discothek "Tangente" ein Ausländer und zwei Gäste, die im zu Hilfe eilten, von Skinheads verprügelt. Vor der Tangente zwei Wagen des Zivilen Sonderkommandos (ZSK), die erst die Skinheads, dann den Ausländer die Diskothek betreten sahen: "Ein ausländischer Mitbürger betritt die "Tangente" - mal sehen, wie er wieder rauskommt." (Funkmitschnitt, FR 29.11.89) Aus den Wagen des ZSK kam auch der verhängnisvolle Funk"spruch" vom 17.11..

Die Polizei nimmt die Skinheads nicht nur in Schutzhaft wenn es für diese brenzlig wird, wo irgendmöglich läßt sie ihnen auch Raum zum Vertreten ihrer schlagkräftigen Argumente. Die Skins prügeln und provozieren und werden aus der Stadt geschafft, wenn sie der Polizei den Anlaß zum Vorgehen gegen die AntifaschistInnen gegeben haben.

VI. "...das machen wir schon..."

Und wenn die Skins der Polizei ihr Geschäft derart vorbereitet haben, greift diese ein. Das läßt sich an unzähligen Beispielen nachweisen (z.B. Juziüberfall durch Skins, Ermittlungsverfahren gegen Antifas).

Und so spitzen sich die "Auseinandersetzungen" unter der "schützenden" Hand der Polizei Wochenende für Wochenende zu. "Seit Monaten, seit Jahren wartet die Polizei vergeblich auf die Lösung des Problems ..." (Elsner, Extra-Tip 26.11.89). Und da "im Regelfall ... die Skins" (Knoke, Göttinger Woche) und nicht die Autonomen verlieren, mußte mal wieder gezeigt werden, **wer** hier in Göttingen die Straße beherrscht.

Wer behauptet das Vorgehen der Polizei, das am 17.11. Conny's Tod führte sei eine unglückliche Panne, sei das Produkt der Verknüpfung unglückseliger Umstände, übersieht, das brutale Einsätze der Göttinger Polizei gerade gegen Linke oder Antifaschist/innen keine Seltenheit sind. Es ist Glück, daß diese Einsätze nicht schon früher zu solch schlimmen Folgen geführt haben. Hierzu ein Beispiel: Während des Hungerstreiks der Politischen Gefangenen Anfang diesen Jahres hing ein großes Transparent am Juzi auf dem die Forderung nach Zusammenlegung unterstützt wurde. In der Nacht zum 5.3. wurde dieses Transparent von Nazis angezündet. Nach dem Nazianschlag beschlossen etwa 200 Menschen spontan durch die Stadt zu demonstrieren. In Verlauf der Demo wurden Parolen zur Zusammenlegung an deas Alte Rathaus gesprüht. Beim Rückzug zum Juzi griff die Polizei die Demonstration brutal an. Sie fuhr mit mehreren Autos in das Ende der Demo (!), verprügelte wahllos alle Menschen, die sie erwischte und sprühte wild mit CS-Gas um sich. 4 Menschen wurden verhaftet, die demnächst wegen Landfriedensbruch vor Gericht müssen und zahlreiche Leute wurden verletzt. Das diese Verletzungen ohne ernsthafte Folgen blieben ist einzig und allein Glück. Polizeibeamte die mit Autos in eine Demonstration rasen nehmen bewußt schwerste Verletzungen oder sogar den Tod von Menschen in Kauf.

dokumentationsarchiv des österreichischen widerstandes

"... es sind nach diesem Ereignis (Schlägerei vorm Apex) natürlich Kräfte herangezogen worden. Es geht uns ja auch um die eigene Sicherheit, denn wir wollen die Prügel ja nicht bekommen (sondern verteilen ?!), zwischen zwei Gruppen dieser Couleur ... das ist ja etwas, was man uns zum Vorwurf macht, - daß wir mit so wenig Leuten da rangegangen sind. Wären wir mehr gewesen ... - das ist übrigens ein allgemeines Problem, **wenn wir Viele aufbieten, ... dann ist unsere Absicht Gewalt zu vermeiden durch Masse.**" (Knoke, Göttinger Woche Hervorhebung d. Verf.) Und wenn wir wenige sind, dann wollen wir Gewalt produzieren?

[redacted]

n Grund für's "Plattmachen" rrät uns der Kreisvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Willibald Elsner: Die Polizei werde insbesondere von den Autonomen "beschimpft, beleidigt, mit Steinen beworfen, mit Leuchtraketen und Stahlmuttern **und bis auf das Blut gereizt ...**" (Extra-Tip 26.11.89 Hervorhebung d. Verf.) Deutlicher geht es nicht.

Plattmachen - ein polizeilicher Fachausdruck für Personalienfeststellung? Plattmachen heißt auch bei der Polizei nichts anderes als im Volksmund. Ihre seit langem bekannte Einsatzmentalität steht in vollem Einklang zu ihren Sprüchen (siehe Spudok). Davon zeugt auch ihr Verhalten beim Räumen der Mahnwache: "Zynisch schlug einer der Beamten seinem Kollegen vor, das Feuer statt mit Wasser mit Petroleum zu löschen": "Was meinst du, wie schnell dann die Straße frei ist!" (Hier und Jetzt, 12/89)

"Es gibt keinen Anlaß für Irgendjemanden, die Demokratie verteidigen zu müssen. **Das machen wir schon.**" (Will, UZ 21.11.89 Hervorhebung d. Verf.) Der "Grund für das Plattmachen" vom 17.11. war "Ruhe und Ordnung" wieder herzustellen - "die Demokratie (zu) verteidigen".
Der Hintergrund ein Law and Order-Bewußtsein wie es in der letzten Zeit nur ein Herr Schönhuber offen propagiert.

[redacted]

Die Nazis machen völlig enthemmt weiter

Auch wenn in der Öffentlichkeit die Polizei mit ihren "Verwirrspielen" Erfolg hatte und sie im Verein mit SPD, CDU und FDP nun dem Juzi den Schwarzen Peter zuschieben kann, die Faschisten haben die Zeichen der Zeit sehr richtig verstanden: Bereits am 18.11. kann die Polizei ihr Lob auf diversen Wänden nachlesen: "Conny war die erste" und "Tote Conny - gute Conny - Wir fordern mehr Polizei". In der Roten Straße versuchen Skins ein Transparent zu dem Vorfall zu verbrennen, schießen mit einer Gaspistole in das offene Fenster einer WG. Durch das polizeiliche Vorbild völlig enthemmt, verüben sie wenige Tage später (24.11.) drei Brandanschläge auf Häuser, in denen sie AntifaschistInnen vermuten. Aus einem der Häuser entkommen die BewohnerInnen nach Bekunden der Feuerwehr in letzter Minute. Am 25.11. findet in Duderstadt eine verbotene FAP-Demo statt, ein GT-Redakteur wird zusammengeschlagen. Am Abend nach der Großdemo in Göttingen wird in der Nähe vom Bahnhof ein 17-jähriger niedergestochen und muß lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. In der folgenden Woche werden auf dem Uniparkplatz 5 Autos angezündet. Und die "Öffentlichkeit" lamentiert über Scherben und diskutiert die Schließung des Juzi.

VII. "Flapsigkeit" hat Tradition

Die Einsatzkräfte, die an der Hatz auf die Gruppe der AntifaschistInnen beteiligt waren, sind nicht etwa irgendwelche Schutzpolizisten, mit denen es da vielleicht durchgegangen wäre.- Die entscheidenden Funksprüche wurden zwischen dem Dienstabteilungsführer des 1. Reviers (Steinsgraben) und dem Leiter des Zivilstreifenkommandos (ZSK), das sich neben den Uniformierten im Einsatz befand, vor Ort gewechselt!

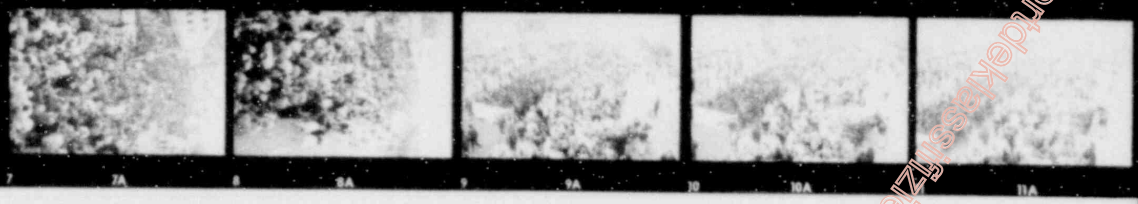
Ihre Strategie, die von Beginn an auf's Einkesseln und "plattmachen" hinauslief, und ihre Zusammenarbeit an der Spitze der jeweiligen Einheiten deuten klare Kontinuitäten zu früheren Göttinger Polizeiaktionen an, bei denen ebenfalls nichts zufällig oder "flapsig" war. Insbesondere die Vorläufer der heutigen ZSKs, wie sie am Cinna-Zentrum "dabei" waren, haben eine mehr als zwielichtige Geschichte, die mit der Änderung des Namens der Kommandos, die in der damaligen Form politisch und juristisch nicht mehr haltbar waren, offensichtlich kein Ende gefunden hat.

Gemeint sind die Aufkdos (Aufklärungs- und Festnahmekommandos), Sondereinheiten, für die in der ersten Hälfte der Achtziger Jahre alles, was dem linken Spektrum zugeordnet wurde, Freiwild war. Schon da wurden Menschen aufgund ihrer Kleidung oder auch ihrer bevorzugten Kneipen beschattet, verfolgt, belauert und schließlich kriminalisiert, sobald sich die "Aufklärer" die geringsten Anhaltspunkte zusammengeschnüffelt hatten (siehe Kasten).

Die Begründung des Einsatzes vom 17.11., die Polizeichef Will im nachhinein damit zu liefern versuchte, daß die Identität der beiden autonomen Gruppen, von denen die erste die Auseinandersetzung mit den Skins führte, die zweite aber zum Ziel der nächtlichen Polizeijagd wurde, "aufgrund der Vermummung und Bewaffnung (...) zweifelsfrei" festgestanden habe, hat Tradition!

Die Aufkdos arbeiteten mit einem speziell für sie eingerichteten Computersystem, dem Spurendokumentationssystem, das lokal auf den Raum Göttingen zugeschnitten war und dem späteren Spudok-Skandal seinen Namen gab. Diese Schnüffler-Datei bekam als Grundstock sämtliche aus einer Handkartei stammenden Daten mit auf den Weg, die über die linke Szene bis dahin verfügbar waren.
Nun wurde - vorwiegend des Nachts - ergänzt und aufgestockt, was das

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertede



dekassifizierte kassifizierte kassifizierte kassifizierte kas

Zeug hielt, wobei eng mit dem Einwohnermeldeamt, der Kfz-Zulassungsstelle, der Universitätsverwaltung und ähnlichen Behörden mehr zusammengearbeitet wurde. Seitens der Polizeiführung und des Innenministeriums war den Aufkdos ebenso wie den heutigen ZSKs "ein hohes Maß an Selbständigkeit" zugestanden worden. Gerechtfertigt wurde das rege Treiben intern mit dem Hinweis, es diene der Prävention. Das war zwar illegal, da hier gegen Leute vorgegangen wurde, gegen die nichts vorlag, aber es führe sich ohnehin ad absurdum spätestens seit dem 1982 ausschnittweise aufgefangenen Funkverkehr, wie er "bei Aufkdos" offenbar üblich war (siehe Kasten).

Statt der strikten Trennung von nachrichtendienstlichen und polizeilichen Aufgaben, wie sie nach '45 zur Verhinderung des Aufbaus einer zweiten Gestapo gefordert wurde und eine zweckgebundene Vorfeldarbeit von "rechts" wegen ausschließlich in die Hände von MAD, BND und Verfassungsschutz legt, tritt hier die Durchsetzung und Mentalität jenes ganz anderen Polizeiselbstverständnisses zutage.

Ende des Jahres '86 gelang der Göttinger Polizei dann der Coup schlechthin: Der gegen alle gegenwärtige Juzi-Kessel machte es ihr über Nacht möglich, 414 Menschen der linken Szene zu erfassen und diese damit auf einen Schlag und komplett, so hoffte man, im Computer zu haben. Tatsächlich verschätzte man sich hier insofern, als daß die Öffentlichkeit, die von der unaufsässigeren Aufkdo-Arbeit keine Notiz genommen und von der Existenz eines entsprechenden "Dokumentationssystems" bis dahin nichts erfahren hatte, dieses Vorgehen nicht mehr tolerierte und - ähnlich wie jetzt - Druck auszuüben begann.

Die Mentalität der Zivilpolizei wurde schon 1982 deutlich, als Auszüge des Göttinger Polizeifunkverkehrs veröffentlicht wurden und zu dem Spudok-Skandal um eine geheime "Chaoten"-Datei der Polizei führte. Hier zwei Beispiele:

a: Zwei von unseren Freunden stehen gerade am Theaterteller, spielen Anhalter, ihr könnt sie ja mal mitnehmen.
b: Jau!
c: Im Kerstlingeröder Feld, da werden sie rausgeschmissen.
a: Kleines Loch hacken, reinschmeißen.
oder:
a: Beim Musikhaus Hack sind welche im Laden... Wir sind am Ort... Das hat so seine Richtigkeit. Das ist hier Personal von Musikhaus Hack, die hat nen Ausweis mit.
b: War da noch was?
a: Ne, ne, der hatte nur nen bißchen große Lippe.
b: Hatte ne dicke Lippe? Können wir ihn mit aufnehmen?
a: Ach ne, lohnt sich nicht.
c: Und ich hatte schon ne Wette auf dich abgeschlossen, daß du heute nen Widerstand bringst.
b: Nur bei Kurtchen N. haben wir ja nur bißchen mit angefaßt.
a: Na immerhin, es geht aufwärts.
b: Es geht wieder an!
a: Wunderbar!

Anmerkung: Mit "Widerstand kriegen" ist gemeint, einen Menschen z.B. bei einer "Personalienfeststellung" so hart zu bedrängen, bis der sich wehrt und dem Menschen dann ein Verfahren wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" anzuhängen.

Genauso wie jetzt gerieten die Polizeiführung und die politisch Verantwortlichen in Legitimationsschwierigkeiten, die sie damals mit Hilfe einer Demo (Scherbendemo vom 22.11.'86 als willkommener Anlaß für den Juzi_Kessel) abzuwälzen versuchten. Damals gelang dies nicht: der Einsatz wurde im nachhinein für rechtswidrig erklärt und die Daten angeblich vernichtet.

Inwieweit die Verantwortlichen diesmal durchkommen, bleibt abzuwarten...

VIII. Conny war nicht die Erste...

Im Laufe der letzten Jahre hat es mehrere Tote gegeben, die - ähnlich wie Conny - von der Polizei in Verkehrsunfälle getrieben wurden.

Erinnert sei an dieser Stelle jedoch auch an die vielen anderen Menschen, die bei Polizeieinsätzen zu Tode gekommen sind: seien es die kleinen Autoknacker, die von der Polizei in den Tod gejagt oder gar erschossen werden, seien es "Fälle" wie der des türkischen Jungen, der vor kurzer Zeit in Essen erschossen wurde, oder seien es die Vielen, die von der Polizei in Verbindung mit dem bewaffneten Widerstand in diesem Land umgebracht wurden...

August 1980

Im Oktober 1980 finden Bundestagswahlen statt. 1979 hat Franz Josef Strauß seine Kanzlerkandidatur durchgedrückt. "Es ist gerichtsbekannt, daß der Kanzlerkandidat der Union Dr. h.c. franz Josef Strauß auf nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung nicht nur provozierend, sondern aggressionsauslösend wirkt." (Verwaltungsgericht Hamburg, 22.8.80)

Am 25.8.80 kommt es in Hamburg zu einer Demonstration gegen den Auftritt von FJS. Am Ende der Demonstration kommt es so, wie es Alfred Dregger am 16.9.79 in der "Bild am





Sonntag" vorhersagte: "Wenn das, was in Essen passiert ist, erst der Auftakt war, dann kann ich bei künftigen Wahlveranstaltungen Verletze und gar Tote nicht ausschließen." (In Essen kam es zu einem Pfeifkonzert, nachdem FJS die Gegendemonstrantinnen als "Schüler Goebbels'und Faschisten " titulierte, dabei flogen auch einige Eier und Tomaten.)

Die Gegendemonstration wird vom Innensenator verboten. Eine von Jusos und DKP angemeldete Demonstration, deren Route weitab vom Kundgebungsort verlauft, wird genehmigt. Als einige DemonstrantInnen von der erlaubten Route abweichen wollen, schreitet die Polizei ein. Es kommt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, wobei die Polizei mit unglaublicher Brutalität auch gegen an den Auseinandersetzungen nicht direkt Beteiligte vorgeht und Flüchtende DemonstrantInnen über dichtbefahrene Straßen trieb.

1000 DemonstrantInnen ziehen zu einer Abschlußkundgebung zum S-Bahnhof Sternschanze. Nach dem ende der Kundgebung, als sich die Demonstrantinnen auf den Heimweg machen, greift die Polizei erneut ein. Es kommt zum Einsatz von Tränengas. Die Polizei riegelt die Ausgänge des Bahnhofs ab, in dem einige der DemonstrantInnen auf ihre S-Bahn warten und stürmt schließlich die Bahnsteige. Es bricht eine Panik aus. Auf der flucht vor den Polizeiknüppeln springen einige DemonstrantInnen auf die S-Bahn-Gleise. Die Polizei läßt den S-Bahn verkehr nicht unterbrechen.

Der 16-jährige Lehrling Olaf Ritzmann wird von einer S-Bahn erfaßt und stirbt 4 Tage später in einem Hamburger Krankenhaus.

"Bild am Sonntag": "Jugendliche Demonstranten rasten über die U-Bahn-Gleise Richtung Altona weiter." Polizeibericht: "Jugendliche Demonstranten hatten Angst vor einer Bestrafung wegen eines 'Dummen-Jungen-Streichs'."

Zu dem <"Unfall" im Bahnhof Sternschanze erschienen nunmehr 4 verschiedene offizielle Versionen der Polizei.

Nur ein Beispiel: am 25.8. floh Olaf Ritzmann aufgrund des Polizeieinsatzes, am 26.8. war die Polizei zum fraglichen Zeitpunkt gar nicht zugegen, sondern erschien erst 20 Minuten nach dem Unfall, schon am 27.8. wurde diese Darstellung jedoch wieder zurückgezogen. Der Einsatz von Tränengas wird am Tag nach dem "Unfall" kategorisch bestritten, 10 Tage später heißt es dann, daß diese Frage noch ungeklärt sei.

Einen Polizeiüberfall auf einen Sanitätswagen (Augenzeugenbericht) nach dem "Unfall" will die Polizei dann jedoch lieber nicht zugeben.

Polizeidienstvorschrift (PDV 100): "2.1.6 Das Zusammenwirken der zur Räumung eingesetzten Kräfte, insbesondere mit Absperr- und Verkehrskräften, ist zu regeln."

September 1981

Häuserkampf in Berlin. Zu diesem Zeitpunkt ist Richard v. Weizsäcker Bürgermeister in Berlin; Heinrich Lummer (Spitzname :"Heinrich fürs Grobe") Innensenator. Während v. Weizsäcker in seiner Regierungserklärung im Juni '81 zugibt, daß der Leerstand von Wohnungen in Berlin einen Skandal ohnegleichen Darstellt, läßt Heinrich Lummer am 22.9.81 Demonstrativ 8 Häuser räumen und hält in einem gerade eben geräumten Haus eine Pressekonferenz ab. Gegen diese Provokation formiert sich eine Gegendemonstration. Sie wird von der Polizei mit Schlagstöcken und Hunden angegriffen. Es entsteht eine Panik. Da die Bürgersteige die flüchtenden Menschenmassen nicht mehr fassen können, strömen die Leute auf die nicht abgesperrte, verkehrsreiche Straße. Auf der Kreuzung bleiben einige Autos stehen. Ein BVG-Bus fährt jedoch, nachdem die Ampel auf Grün umgesprungen ist, mit Vollgas an. Klaus-Jürgen Rattay wird von diesem Bus erfaßt.

Pressedarstellung der Polizei: Klaus-Jürgen Rattay sprang auf die Stoßstange, um die Scheiben des Busses zu zerschlagen.

Leider hat die Polizei dabei wohl übersehen, daß die Stoßstange flach und abgerundet war (BVG-Bus alter Bauart); ferner berichtet dpa und auch Augenzeugen, daß die Scheiben des Busses erst nach dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay zerstört wurden.

Ein Medizinstudent, der Hilfe leisten wollte (mit Verbandszeug und Blutinfusion), wurde nicht zum Unfallort gelassen. Eine sofortige Spurensicherung unterbleibt, der Krankenwagen trifft erst nach 20 Minuten ein.

Eine am nächsten Tag stattfindende Mahnwache wird unter Schlagstockeinsatz abgeräumt.

September 1985

Günter Saré, Mitarbeiter des Jugendzentrums Frankfurt Bockenheim, wurde am 25.9.85 von einem Wasserwerfer überrollt.

An diesem tag fand im Frankfurter Gallus-Viertel (hoher Ausländerinnen-Anteil) eine Veranstaltung der NPD statt. AntifaschistInnen riefen zu einer Gegenkundgebung auf. Diese genehmigt Gegenkundgebung wurde im Laufe des Abends durch starke Polizeikräfte und unter Einsatz von Wasserwerfern aufgelöst, nachdem es zu einzelnen Steinwürfen gekommen war. Günter Saré geriet im Zusammenhang mit diesem Polizeieinsatz unter Wasserwerferbeschuß. Nachdem er vom Strahl eines Hochdruckwasserwerfers getroffen wurde - Günter Saré stand zu diesem Zeitpunkt alleine auf der Straße -, stürzte er. Als er versuchte, zu flüchten, wurde er von einem zweiten Wasserwerfer überrollt.

Nachdem am 30.9.85 sogar die "Bildzeitung" diese Darstellung bestätigte und auch berichtete, daß ein Medizinetudent, der Günter Saré Erste Hilfe leisten wollte, von der Polizei angeschrieen wurde "Ihr Schweine, verschwindet hier", wird diese, zunächst unwidersprochene, Darstellung später von der Polizei dementiert. Günter Saré ist nunmehr an den Folgen eines Steinwurfs gestorben. Die Besatzung des Wasserwerfers bleibt im Dienst; sie hatte dafür gesorgt, daß keine Erste Hilfe geleistet werden konnte, da sie sich weigerte, die Scheinwerfer des Wasserwerfers einzuschalten (FR, 30.9.85).

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde



Steinsgraben, Polizeipräsidium, 25.11.89

Der Darstellung der Polizei wird jedoch am 1.10.85 von der Staatsanwaltschaft widersprochen; dieses ist auch vor dem Hintergrund eines Augenzeugenberichts eines unbeteiligten Anwohners und eines Amateurfotos zu erklären, die die ursprüngliche Darstellung bestätigen.

Die Spurensicherung erscheint 3 Stunden nach dem "Unfall".

Am 30.9.85 werden nach Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen, die ihre Ursache in einem vom damaligen OB Wallmann erlassenen Demonstrationsverbot hatten, 255 DemonstrantInnen eingekesselt und festgenommen.

Der Innenausschuß des hessischen Landtages am 1.10.85: "Es liegen keine Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten der Polizei im Zusammenhang mit dem Tod des Demonstranten vor."

Am gleichen Tag, an dem der Innenauschuß dies feststellt, beauftragt der SPD-Innenminister Winterstein den Präsidenten des Staatsgerichthofes mit den Ermittlungen im Fall Saré.

Die zuständige Staatsanwaltschaft lehnt jedoch eine Unterstützung des Ermittlers ab und bezeichnet diesen als "Privatperson ohne besondere Vollmachten".

Aber selbst die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bringen Erstaunliches zutage. Gerade im "entscheidenden" Augenblick fiel die Tonbandaufzeichnungsanlage, die den Funkverkehr mit den anderen Einsatzkräften aufzeichnet, aus. Auch die sonst so eifrigen Dokumentationstrupps der Polizei haben zu diesem Zeitpunkt keine Videoaufzeichnungen angefertigt. Fast schon erstaunlich, daß trotzdem gegen den Fahrer des Wasserwerfers Anklage erhoben wird.

Im Mai '88 endet diese Verfahren mit Freispruch.

Das Verfahren wird auf[illegible]und einer Revision der Nebenkläger (Angehörige von Günter Saré) [illegible]hat vor dem Bundesgerichtshof [illegible]noch einmal aufgerollt (FR, 26.11.89). Durch die lange Verfahrensdauer und sollte der BGH das Verfahren an das zuständige Gericht zurückverweisen, verlängert sie sich nochmal um mehrere Jahre) stehen die Chancen zu einer wirklichen Aufklärung zunehmend schlechter.

Warum nennen wir Connys Tod einen Mord?

Nach dem Geschehen stellt sich die Frage: Warum mußte Conny sterben, welchen Sinn hatte dieser Polizeieinsatz? Laut Polizeichef Will diente der Einsatz der "Personalienfeststellung". Wozu aber diese "Personalien feststellen", wenn es, wie Will in der "Siebten" selber zugibt, keinen konkreten Verdacht gab, daß die Gruppe um Conny bei der Prügelei in der Burgstr. dabei war und auch sonst nichts gegen die Leute vorlag. Wieso wurden die AntifaschistInnen über eine halbe Stunde lang von mehreren Zivilwagen der Polizei verfolgt: Von der Jüdenstraße über den Jacobikirchhof zur Weender Straße, zur Mühlenstraße über den Wasgeplatz zum Amtsgericht und am Finanzamt vorbei durch den Maschmühlenweg in die finstere Verbindungsstraße hinter dem Iduna-Zentrum. Die Polizei zieht eine Hundestaffel, mehrere Zivile Sonderkommandos und mehrere Streifenwagen zusammen. Die Zivilwagen treiben die Gruppe mit aufgeblendeten Scheinwerfern auf die Polizisten an der Weender Landstraße zu, die dort mit gezücktem Knüppel und Giftgas-Spritzen stehen. Ziel einer solchen Polizei-Aktion kann doch nur sein, die Menschen mit dem aufgefahrenen Arsenal zu bedrohen und zu verletzen - und als die Gruppe von AntifaschistInnen die Streifenwagen erreicht, werden die Menschen tatsächlich mit Knüppeln und CS-Gas angegriffen (eben: "plattgemacht"). "Sollen wir sie plattmachen?" ist kein flapsiger Spruch irgendeines Beamten wie Polizeichef Will uns weismachen will. Der Funkspruch stammt aus dem Wagen des Leiters der Zivilen Sonderkommandos und ist gerichtet an den diensthabenden Leiter der gesamten Schutzpolizei, der sich am entgegengesetzten Ende der Verbindungsstraße auf der Weender Landstraße befindet. Und unmittelbar danach wird der Ausspruch von den Polizisten zur blutigen Realität gemacht. Und dies ist auch die Realität: wie wir sie alltäglich mit der Polizei erleben: Die Liste von GöttingerInnen, die bei solchen Polizei-Einsätzen verletzt worden sind, ist lang. Noch länger ist die Liste der Menschen, die in der ganzen BRD bei Polizei-Einsätzen verletzt werden. Und dieses alltägliche Vorgehen der Polizei kalkuliert den Tod von Menschen ein.

Conny ist nicht die erste, die von der Polizei auf diese Weise umgebracht wurde: 1980 wird Olaf Ritzmann in Hamburg bei einer Demonstration gegen Franz-Josef Strauß von knüppelnden Polizisten vor eine S-Bahn getrieben und ist tot. 1981 wird Klausjürgen Rattay bei einer Demonstration gegen die Räumung eines besetzten Hauses in Berlin in den fließenden Verkehr vor einen Stadtbus getrieben und ist sofort tot. 1986 wird Günther Sare bei einer Demonstration gegen Neonazis in Frankfurt von einen Wasserwerfer über die Straße getrieben, davon überrollt und ist sofort tot. Und hier wird Conny von Polizisten auf die Fahrbahn vor ein Auto getrieben und ist sofort tot.

Bei ihren Hetzjagden nimmt die Polizei bewußt das Risiko in Kauf, daß Menschen verletzt, verkrüppelt oder in den Tod gejagt werden.

Deshalb nennen wir Connys Tod einen Mord.

dekassifiziertedekassifizierte

113

Aktivitäten der militanten Faschisten in den letzten Monaten

Im folgenden Abschnitt wollen wir eine unvollständige Chronologie der Naziaktivitäten in und um Göttingen aufführen. Vorweg: Festzuhalten bleibt, daß die Gewalttätigkeiten der Faschisten seit Ende 1987 Wochenende für Wochenende anhalten, ohne daß ihnen, abgesehen von entschlossenen AntifaschistInnen, Widerstand entgegengebracht wird. Die Abläufe der Übergriffe vermag den LeserInnen sicherlich nicht die Gefühle und Ängste der angegriffenen Personen vermitteln, jedoch kann mensch sich ein Bild über die Aggressivität und Brutalität der Nazihorden machen. Typisch für das Vorgehen der Nazibanden, und das geht auch aus der Chronologie hervor, ist, daß sie wahllos Menschen auf der Straße angreifen insofern sie in ihr Feindbild passen, besonders Linke und AusländerInnen - jede/jeder könnte die/der Nächste sein.

22.7. Im Steinbruch bei Wiershausen (Nähe Hann.-Munden) feierten ca 50 Faschisten. Aus einem Kornfeld heraus beschossen sie einen vorbeifahrenden Streifenwagen mit scharfer Munition. Die Täter entkamen. Erst Wochen später wurde der bekannte FAPler Stefan Koller unter dem Verdacht festgenommen, er sei einer der Schützen gewesen. Er wurde jedoch mangels Beweisen auf freien Fuß gesetzt. Mittlerweile wird nicht mehr wegen "scharfer Schüsse" ermittelt, es sollen nun auf einmal Platzpatronen gewesen sein.

9.9. Nachmittags wurden im Cheltenham - Park drei Leute von auffallend jungen Nazis mit Bierflaschen beworfen. Später wurde eine Frau auf den Schillerwiesen von ca 10 vermummten, mit Baseballschlägern bewaffneten Faschisten angegriffen, die sich aus einer Gruppe von etwa 30 Gestalten gelöst hatten. Sie konnte mit knapper Not im Auto entkommen. Gegen 21.30 Uhr überfielen etwa 10 überwiegend 15-16 jährige Faschisten vor dem "Flash" stehende Leute. ein Disco - Besucher wurde mit einem Tschako verletzt, einem anderen wurde aus nächster Nähe mehrmals Tränengas ins Gesicht geschossen. Nur wenige Minuten später wurde vom Wali aus das Juzi etwa 30 Sekunden lang mit Signalmunition beschossen. In derselben Nacht versuchten drei Faschisten vor einem Musikgeschäft in der Groner Str. einen Passanten zusammenzuschlagen, wurden hiervon aber von einem aufmerksamen Kneipenbesucher abgehalten, der zwei von ihnen entwaffnete bzw. umhaute, darunter Torsten Heise. Nachdem Polizisten dort eingetroffen waren, zogen die Faschisten in Richtung Theater weiter, wo sie an einer 17 jährigen Frau "Rache" nahmen, sie mit Baseballschlägern krankenhausreif schlugen. Sie erlitt einen Arm- und Nasenbeinbruch sowie Rippenquetschungen.

10.9. Auf ein von Linken bewohntes Haus in Siekweg (Grone) wurde in der Nacht zum 11.9. ein Sprengstoffanschlag verübt. Zuvor waren von den Faschisten Fahrradreifen zerstochen, Autos am Lack zerkratzt und antifaschistische Aufkleber abgerissen worden.

22.9. Am Freitag trieben sich etwa 30 Faschisten in kleinen Gruppen unter den Augen der Polizei in der Stadt herum. Sechs von ihnen randalierten am frühen Morgen vor dem Juzi. Sie wurden von der Polizei, die die Faschisten die ganze Zeit beobachtet hatte, erst festgenommen und abtransportiert, als auch die Leute im Juzi mit Steinwürfen verteidigten. Bei einem der Faschisten fand die Polizei eine Brieftasche, die am Abend zuvor einer Taxifahrerin gestohlen worden war.

23.9. Am Samstagabend rotteten sich etwa 60 Skinheads, zum Teil aus anderen Städten angereist, in Göttingen zusammen. Gegen 18 Uhr hielten einige von ihnen auf der Weender Landstraße Autos an und führten "Personenkontrollen" durch. Später versuchten sie, unter Beobachtung der Polizei in die Innenstadt einzusickern. Ausserdem gab es im Jungen Theater einen Brandanschlag, nachdem einem Skinhead zuvor Hausverbot erteilt worden war.

24.9. Am Bahnhof wurde gegen Mittag ein Kameruner von Skinheads als "Nigger" beschimpft und zusammengeschlagen.

Am 11.10. randalierten Skinheads im Jugendzentrum Weende. Sie warfen Scheiben ein und bedrohten BesucherInnen und MitarbeiterInnen des Jugendzentrums.

> In der Nacht nach Connys Tod, als die gesamte Stadt voller Polizeiwagen aus ganz Norddeutschland war, sprühten die Neo-Nazis dreist in der Innenstadt Parolen wie "Conny war die erste" und "Tot wie Conny, gute Conny. Wir fordern mehr Polizei" an Hauswände, beschossen ein Studentenwohnhaus unter Grölen von Nazi-Parolen mit einer Gaspistole und zuletzt an einer Kneipe ein Plakat an, das von dem Mord an Conny berichtete.

In den frühen Morgenstunden des 24.11.89 wurden auf drei Häuser im Kreuzbergring Brandanschläge verübt. Nach Aussagen der Feuerwehr wären die Menschen im Haus Nr.16 allesamt getötet worden, wenn das Feuer nur 5 Minuten später entdeckt worden wäre.
Zum Zeitpunkt der Brandanschläge wurden in unmittelbarer Nähe ca. 15-20 Faschos gesehen.

Am Abend des 25.11.89, nach der Demo anläßlich Connys Tod, wurde an der Kreuzung Godehardstr./Berliner Str. ein 16jähriger von einem bislang Unbekanntem mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Nach Augenzeugenberichten handelt es sich bei dem Täter aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Skinhead.
Bezeichnenderweise wurde dieser Mordversuch erst 4 Tage später über die Presse veröffentlicht, nachdem ihn das Juzi-Plenum in einer Stellungnahme publik gemacht hatte. Die Bullen, die wenige Minuten nach dem Mordversuch von diesem Kenntnis erhalten hatten, sahen sich erst nach der Publikmachung durch das Juzi-Plenum zu einer Stellungnahme genötigt.

Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!

Wie oben beschrieben sind viele Menschen in der Stadt von dem Terror der Nazis bedroht. Aus konkreten Erfahrungen wissen wir, daß wir uns nur selber vor Naziübergriffen schützen können. Wir haben es oft genug erlebt, daß wir nicht auf das sogenannte "staatliche Gewaltmonopol" - Polizei und Justiz - vertrauen können. Als Ende Jan. '88 das Juzi von etwa 30 Skinheads organisiert angegriffen wurde, standen Polizeibeamte in Zivil daneben, ohne einzugreifen. Darüber hinaus war der Polizei schon am Nachmittag bekannt, daß sich bewaffnete Skinheads aus verschiedenen Städten Norddeutschlands zusammenrotteten. Ein aufmerksamer Bürger hatte dies beobachtet und bei der Polizei angerufen. Diese griff erst ein, als die Faschisten von mittlerweile zusammengetrommelten AntifaschistInnen durch die Stadt gejagt wurden. Der Polizeieinsatz richtete sich aber

113

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertede

nicht gegen die Faschisten sondern gegen die AntifaschistInnen um die Skinheads zu schützen. Anschließend wurden die Faschisten von der Polizei in das Zentrum der rechtsextremen "Freien Arbeiter Partei" FAP in Mackenrode geleitet.

Als es im April '89 einen Brandanschlag auf ein Transparent am Juzi zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen gab, fuhr eine Zivilstreife der Polizei vorbei und versuchte nicht einmal, die flüchtenden Faschisten zu stellen. Die Polizei griff erst ein, als AntifaschistInnen daraufhin eine Demonstration durch die Stadt machten. Dabei wurden Leute wahllos verprügelt, mit CS-Gas besprüht und einige verhaftet, die demnächst ein Prozess wegen "Landfriedensbruch" erwartet. Bei diesem Einsatz fuhren die Bullen mit PKWs brutal in das Ende der Demo hinein. Daß dabei niemand ernsthaft verletzt wurde, ist purer Zufall.

Dies sind nur einige spektakuläre Beispiele, die das Vorgehen der Polizei deutlich machen. "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" ist keine dumme Parole, keine gemeine Polemik, keine ungerechte Diffamierung sondern sie drückt exakt das Verhalten der Polizei aus. Auch die Rolle der Justiz in diesem "Rechts"-Staat haben wir oft genug erfahren müssen. Während AntifaschistInnen wegen Lappalien (Plakate kleben usw.) mit Verfahren überzogen werden oder wegen Auseinandersetzungen mit Faschisten Verfahren wegen "gefährlicher Körperverletzung" und Ähnliches angehängt bekommen oder sogar, wie in Hamburg, als sogenannte "terroristische Vereinigung" verfolgt werden, tut die Justiz alles, um den Terror der Nazis zu verharmlosen.

Am 6.5.89 versuchte Torsten Heise, Skin"führer" in Göttingen und Umgebung, in Nörten-Hardenberg einen libanesischen Flüchtling an einem Fußgängerüberweg zu überfahren. Dieser konnte sich glücklicherweise durch einen Sprung zur Seite retten. Anschließend wurde ihm von Torsten Heise Tränengas ins Gesicht gesprüht. Die ursprünglichen Ermittlungen wegen "versuchten Totschlags" wurden schnell von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Mittlerweile geht es nur noch um "gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr".

Im Sommer '89 wurde in Hann.-Münden die Wehrsportgruppe "Stahlhelm" von der Polizei ausgehoben. Es wurde ein umfangreiches Waffenlager, Sprengstoff und Nazi-Propaganda gefunden. Nur wenige Wochen später werden die Ermittlungen gegen diese Terrorbande wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" eingestellt. Das heißt, aus einer terroristischen Nazi-Bande wird mal wieder eine Ansammlung von Einzeltätern. Nur am Rande sei erwähnt, daß sich unter den Mitgliedern dieser Wehrsportgruppe mindestens ein Polizeibeamter befindet! Zufall?

Auch diese Auflistung liesse sich beliebig vergrößern. Wir wissen, daß die Herrschenden in diesem Staat kein Interesse haben, gegen Faschisten vorzugehen. Wir wissen, daß für die Herrschenden der Feind links steht. Wir wissen, daß die Nazi-Banden die Funktion haben, als Terrorkommandos gegen links zu fungieren, daß sie die Kräfte der Linken binden sollen, daß sie eine ideologische Vorreiterrolle für die rassistische und ausländerfeindliche Politik der Herrschenden spielen.

Kein Fußbreit den Faschisten

Wir wissen, daß die Verbreitung faschistischen Gedankengutes gerade bei Jugendlichen nicht alleine dadurch gestoppt werden kann, daß den Faschisten auf der Straße entgegengetreten wird. Die zunehmende Akzeptanz unter Jugendlichen für faschistisches und rassistisches Gedankengut hat tiefgreifende gesellschaftliche Ursachen. Doch gerade diejenigen, die am lautesten schreien, daß es hier lediglich um die Auseinandersetzung "rivalisierender Jugendbanden" ginge, machen wenig bis gar nichts, um sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen. Dies liegt auch gar nicht in ihrem Interesse. Wer schweigt, wer die Rechnung links = rechts aufmacht, wer von "rivalisierenden Jugendbanden" spricht, ist mitschuldig an dem sich ausbreitenden Nazi-Terror und nicht zuletzt mitverantwortlich für ein Klima, das es ermöglicht, daß es überhaupt zu einem solchen Polizeieinsatz kommen konnte, der am Freitag Connys Tod verursachte.

Es sind gerade diejenigen, welche von einer großen Koalition der etablierten Parteien, der bürgerlichen Medien, der Polizei und Justiz als "linke Chaoten" und "anarchistische Gewalttäter" diffamiert werden, die mit vielfältigen Aktivitäten versuchen, der Ausbreitung des Faschismus etwas entgegenzusetzen. Gerade diese am meisten verteufelten Menschen - Juzi-BesucherInnen und Autonome - sind es, die neben einigen anderen Menschen gerade in den letzten Monaten versucht haben, in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen über faschistische Aktivitäten und Hintergründe aufzuklären und gerade auch junge Menschen davon zu überzeugen, daß Faschismus und Rassismus keine Lösung darstellen, um mit den eigenen, in Wirklichkeit aber von der Gesellschaft verschuldeten Problemen fertig zu werden.

- So hat es verschiedene Flugblattaktionen in der Nikolaistr. gegeben, um das mit den Skinheads sympathisierende Umfeld zu erreichen. Unter anderem dadurch ist es gelungen, zu einem Großteil der Jugendlichen Kontakt zu bekommen. Mittlerweile sind viele dieser Menschen mit uns gegen die Faschisten aktiv. Wir haben ein Flugblatt erstellt, das an jeden Göttinger Haushalt verteilt wurde und detailliert unsere Überlegungen zu den Ursachen des sich immer weiter verbreitenden Faschismus und Rassismus darstellt.
- So gibt es mittlerweile ein "AntiFa-Jugendcafe" im Juzi, das viele SchülerInnen besuchen um zu klönen, Spaß zu haben, aber auch um zu überlegen, wie wir gemeinsam gegen die Nazis aktiv werden können.
- So gibt es viele SchülerInnen unter uns, die versuchen, an ihren Schulen antifaschistischen Widerstand zu organisieren. Andere Leute organisieren mit LehrerInnen zusammen antifaschistische Unterrichtseinheiten.
- So gibt es StudentInnen, die an der Universität gemeinsam mit der Fachschaftsräteversammlung und dem Allgemeinen Studentenausschuß ErstsemesterInnen über die faschistischen Aktivitäten informieren und mit ihnen über mögliche Gegenmaßnahmen diskutieren.
- So gibt es auch Menschen unter uns, die in Betrieben arbeiten und dort versuchen, die KollegInnen über die faschistischen Aktivitäten aufzuklären.
- So haben wir zusammen mit anderen Gruppen Demonstrationen gegen Faschismus und Nazi-Terror organisiert, zuletzt die Demonstration anläßlich des 51. Jahrestages der Nazi-Pogrome gegen Juden am 9.11. mit über 1.000 TeilnehmerInnen, die bezeichnenderweise von den bürgerlichen Medien völlig totgeschwiegen wurde.

Wir werden die Nazis weiter bekämpfen

Aus all dem folgt, daß wir uns nur selbst organisieren können. Wir gehen auch selbst auf die Straße, weil wir immer wieder erfahren müssen, daß es die einzige Möglichkeit ist, uns und andere vor den Nazi-Angriffe schützen zu können - nicht weil es uns Spaß macht. Wochenende für Wochenende Gefahr zu laufen uns mit den Faschisten auseinandersetzen zu müssen und dann noch von der Polizei wegen unserer aktiven Verhinderung des Naziterrors verfolgt und bespitzelt zu werden, so daß wir gezwungen sind aufzupassen, nicht erkannt zu werden. Wir wollen keine Angst verbreiten sondern dafür sorgen, daß niemand Angst haben muß durch die Stadt zu gehen. Wir müssen und werden dies jetzt verstärkt tun und fordern alle Menschen auf, sich mit ihren Mitteln und Möglichkeiten daran zu beteiligen:

- mit offenen Augen nach Nazis Ausschau halten
- Beobachtungen zu melden (Juzi-Telefon 74557)
- sich selbst zu organisieren
- nicht vorbei zu gehen, wenn sie Nazi-Angriffe sehen (jedeR hat damit zu tun)
- Menschen zu schützen, die gegen Nazi-Angriffe vorgehen

dekassitzierte dekassitzierte dekassitzierte dekassitzierte dekas

Die große Kumpanei

Eines ist jetzt schon klar: Zu einer Anklage gegen die am Tod von Conny Wissmann beteiligten Beamten wird es nicht kommen. Die Ankündigung, die Staatsanwaltschaft habe "die Ermittlungen aufgenommen", läßt das Ergebnis mit Sicherheit vorhersagen. Da wird unter Kollegen "ermittelt", und mehr als eine Dokumentation kollektiven Gedächtnisverlustes wird nicht herauskommen -- Verfahren eingestellt, nach Protesten (vielleicht) wieder aufgenommen, endgültig niedergeschlagen: eine Akte mehr im Archiv. Das Opfer wird zur Täterin, die Täter zu Unbeteiligten.

Was anderes darf denn auch erwartet werden, wenn es bereits eine Woche nach dem Tod von Conny in einem Flugblatt der Göttinger Schutzpolizei heißt: "Auch wir müssen uns fragen, ob dieses bestürzende Ergebnis wirklich unvermeidlich war." Wer die Frage nach den Umständen der Treibjagd *so* stellt, zuckt allenfalls mit den Schultern und spricht sich selbst von jeder Verantwortung frei.

Die Staatsanwaltschaft wird dieser Linie folgen, wie bei allen vergleichbaren tödlichen Polizeieinsätzen in den vergangenen Jahren: Olaf Ritzmann geriet 1980 in Hamburg auf der Flucht vor einer Horde Bereitschaftspolizisten unter die Räder einer S-Bahn. Keiner der Beamten wollte sich später an den Überfall auf die Anti-Strauß-Demonstration im Bahnhof erinnern. Auch Klausjürgen Rattay, der ein Jahr später in Berlin vor einen Bus getrieben wurde, war -- aus polizeilicher Sicht -- selbst Schuld an dem tödlichen "Unfall". Ebenso 1985 in Frankfurt Günter Sare, den angeblich niemand von der Wasserwerferbesatzung gesehen hat, bevor er von dem tonnenschweren Ungetüm überrollt wurde. Und auch in Göttingen wird es jetzt zu einem phänomenalen Gedächtnisschwund kommen, eine sachkundige Zeugenbetreuung wird das schon richten.

Der eingeschliffene Korpsgeist erlaubt nicht einmal einen Hauch menschlicher Anteilnahme. Im Gegenteil: Wenn der Chef der Göttinger Schutzpolizei schreiben läßt, "der Tod einer Studentin" habe "tiefe Betroffenheit ausgelöst - auch bei der Polizei", so ist diese Bekundung nur ein verlogenes, dahingerotztes Auftragswerk aus dem "Referat öffentlichkeitsarbeit". Wenn sie sich unbelauscht wähnen, heißt es "plattmachen", in der Sprache des modernen Unmenschen. Und so ist es auch gemeint.

Wann denn hat sich ein Polizeichef hingestellt und ernsthaft erklärt, er schäme sich für den Einsatz seiner Leute und trage persönlich die Verantwortung? Hat jemals ein Innenminister die Angehörigen eines Polizeiopfers aufgesucht, still, ohne Presse, mit gesenktem Kopf? Und haben diese Herren einmal glaubwürdig versichert, solche Einsätze in Zukunft verhindern zu wollen? Nein, die große Kumpanei des Sicherheitsapparates blendet diese Folgen des staatlichen Gewaltmonopols aus. Und der größere Teil der Öffentlichkeit folgt ihnen bereitwillig. So auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die gern die "Traditionen der Arbeiterbewegung" in Anspruch nimmt, sich in diesen aktuellen Fällen aber einen Maulkorb verpaßt. Bei keiner jener wohldokumentierten Gewaltorgien der inneren Streitkräfte an den Bauzäunen und Versammlungsplätzen der Republik hat die GdP nach den Verantwortlichen in den eigenen Reihen gefragt. Was wäre hingegen, wenn die Weender Landstraße in Leipzig oder Prag liegen würde? Von diesen Kumpanen wollen wir kein Wort mehr über Demokratie, Grundgesetz oder gar gewaltfreie Protestformen hören.

Redaktion Straßenmedizin
(Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen)

12989

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde



Teil der Demo am 25.11.89 in der Weender Landstraße am Mahnmal für Conny

Am 17.11.89 wurde Conny vor dem Idunazentrum von den Bullen in den Tod getrieben. In den folgenden Tagen erreichten uns unzählige Solidaritätsbekundungen aus der gesamten BRD und dem Ausland. Um gemeinsam unsere Trauer und Wut auszudrücken, entschlossen wir uns, kurzfristig eine bundesweite Demo am 25.11. in Göttingen zu organisieren.
Wichtig war für uns, daß alle Menschen, die sich von Connys Tod betroffen fühlten, teilnehmen konnten.
Zentrale Punkte dabei waren für uns:
- ein Schweigemarsch vom Wilhelmsplatz zur Unfallstelle,
- ein Marsch durch die Innenstadt zur Bullenwache am Schweinsgraben, wo die Verantwortlichen für Connys Tod sitzen,
- eine Abschlußkundgebung am 82iger Platz.

Es war für uns klar, daß das haben wir auch vor der Demo öffentlich geäußert, daß es weder darum ging, die Innenstadt in Schutt und Asche zu legen, noch darum, uns aus die Konfrontation mit den Bullen zu suchen.
Obwohl klar war, daß die Demo nicht angemeldet war und auf jeden Fall am Schweinsgraben vorbeigehen soll, haben sehr viele Gruppen bis hin zur SPD diesem Demokonzept mitgetragen und dazu aufgerufen.

Zum Ablauf der Demo

Daß sich mit der vorher von den Bullen selbst angekündigten Zurückhaltung nicht weit her war, zeigten sie schon am frühen Morgen des 25.11!

- Massive Personenkontrollen auf allen Zufahrtswegen nach Göttingen.
- Durchsuchung aller auswärtigen Autos
- Personalienüberprüfungen mit Abgleich der Anti-Terrorismuskartei.
- Sieben Personen wurden vorläufig festgenommen.

Als nächste Provokation gab es dann am Juzi. Kurz bevor der Lautsprecherwagen von dort zum Aufstellungsplatz der Demo gebracht werden sollte, marschierten zwei voll ausgerüstete Hundertschaften am Juzi vorbei.
Ab 13 Uhr begann die Aufstellung der Demo auf dem Wilhelmsplatz. Ihr Beginn verzögerte sich etwas, weil wir nicht mit so vielen Menschen gerechnet hatten und weil immer noch viele Teilnehmerinnen von den Bullen auf den Zufahrtsstraßen aufgehalten wurden.
Ein weiterer Grund für die Verzögerung war der Versuch gewaltfreier Gruppen, entgegen den Absprachen kurz hinter der Demospitze im autonomen Block mitzulaufen. Sie weigerten sich - auch nach mehrmaliger Aufforderung durch die Demoleitung - sich weiter hinten einzureihen.
Um 14 Uhr setzte sich die Demo mit etwa 18.000 Teilnehmerinnen in Richtung Idunazentrum in Bewegung. Ab dem Weender Tor wurde die Demo zu einem eindrucksvollen Schweigemarsch. Auf der Kundgebung am Unfallort wurden von Connys Freundinnen zwei persönliche Beiträge gehalten. Danach ging es mit viel Power durch die Fußgängerzone. Die Scheiben von einigen Banken und Kaufhäusern wurden eingeworfen, wobei sich der materielle Schaden sehr in Grenzen hielt.

Am 82iger Platz verließen viele Leute den Demozug, wahrscheinlich aus Angst vor einer Konfrontation am Schweinsgraben. Hier wurde erstmals die Information bekannt, daß sich am Schweinsgraben und in den umliegenden Straßen ein so massives Bullenaufgebot befand, daß es für uns bedrohlich nah einer Falle aussah. In der David-Hilbertstraße wurde dann beschlossen, die Route zu ändern, um dieser Falle zu entgehen und die Demo geschlossen bis zur Abschlußkundgebung weiterzuführen.

Streß am Steinsgraben

Die Demo ging durch die Münchhausenstraße an der Unterseite der Bullenwache vorbei. Dort wurden etliche Fenster der Wache eingetan. Als die Demospitze in den Steinsgraben stadteinwärts einbog, sperrten den Steinsgraben aufwärts kurz hinter der Einmündung Münchhausenstraße ca. 200 Bullen ab. Kurz bevor die Demospitze die Kreuzung Friedländer Weg erreichte, sperrten weitere 200 Bullen den Steinsgraben von unten ab. Gleichzeitig rückten von oben zwei Wasserwerfer und mehrere Hundertschaften bis an die Ecke Münchhausenstraße nach. Kurzzeitig befürchteten wir, daß die Spitze der Demo mit dem Lautsprecherwagen vom Rest der Demo abgespalten und 'plattgemacht' werden sollte.
In dieser Situation kam es aus Angst vor Bullenübergriffen zur Auflösung

dekassifiziertdekassifiziertdekassifiziertd

vieler Ketten. Viele Leute flüchteten in die Vorgärten und rissen dadurch große Löcher in die Demo. Eine zweite Lücke entstand in der Ecke Münchhausenstraße/Schweinsgraben, weil sich viele Leute nicht an den Bullen vorbeitrauten. Nach wenigen Minuten mußten die Bullen durch den Druck der Demospitze den Weg zum 82iger Platz freigeben.
Kurz nachdem der autonome Block an den Bullen vorbei war, riefen diese über Lautsprecher alle "friedlichen" DemoteilnehmerInnen auf, die Demo zu verlassen. Dieser Aufruf wurde auch von einigen Einzelpersonen aus dem gewaltfreien Spektrum wiederholt. Damit haben sie objektiv das politische Kalkül der Bullen, die die Demo in "Autonome" und "Friedliche" spalten wollten, unterstützt. Das finden wir - gelinde gesagt - zum Kotzen. Zum Glück wurden diese Aufrufe von fast allen ignoriert und die Demo konnte geschlossen zum 82iger Platz weitermarschieren.

Bullenprovo bei Abschlußkundgebung

Auch die Abschlußkundgebung konnte entgegen unseren Forderungen nicht ohne massive Bullenpräsenz beginnen. Während des ersten Kundgebungsteils wurden immer mehr Bullen an den 82iger Platz zusammengezogen. Daraufhin viele Leute aus Angst vor den Bullen den Platz verließen. Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, beschlossen wir, die Kundgebung abzubrechen und zum Juzi zu ziehen.

Noch bevor das Ende der Demo am Juzi ankam, stürmte eine Hundertschaft Bullen aus der Lotzestraße mit gezogenen Knüppeln auf das Juzi zu. Dieser Angriff wurde mit Steinen und drei Mollis zurückgeschlagen. Wenig später wurde das Ende der Demo von den Bullen aus Richtung 82iger Platz angegriffen, wobei es mehrere Verletzte gab. Auch aus der Lotzestraße griffen die Bullen noch mehrmals an, hetzten Leute über den Parkplatz und schlugen sie zusammen. Die Bullen umstellten das Juzi weiträumig noch für etwa eine halbe Stunde und zogen dann ab.

Versuch einer Einschätzung

Alles in allem finden wir, daß die Demo gut gelaufen ist. Erstmal haben wir nicht damit gerechnet, daß so viele Menschen an dieser Demo teilnehmen würden. Wir wußten, daß viele Leute Angst hatten, daß für sie der traurige Anlaß aber wichtig genug war, um trotzdem auf die Straße zu gehen. Wir alle zusammen haben es geschafft, trotz massiver Provokationen der Bullen diese Demo geschlossen durchzusetzen.
Zum Verhalten der Bullen:
Die Bullen sind verantwortlich für den Tod von Conny. Viele Menschen wissen das. Sie haben von den miesen Funksprüchen der Bullen gehört und begriffen, daß die Bullen die Faschisten schützen und statt dessen gegen Antifaschistinnen vorgehen. Was für einige von uns schon lange Realität ist, ist jetzt für viele nachvollziehbar geworden. Dadurch standen die Bullen vor der Demo in der Öffentlichkeit mit dem Rücken zur Wand.
Das Ziel der Bullen bei der Demo war:
1) Die Demo in "Friedliche" und "Autonome" zu spalten (Durchsagen am Steinsgraben, demonstratives Einkesseln der Kundgebung am 82iger Platz). Dies gelang ihnen bis zur Abschlußkundgebung nicht. Erst durch den unvermeidbaren Abbruch und den Rückzug zum Juzi hatten sie die Chance, die Autonomen ohne die große Öffentlichkeit der Demo in eine Auseinandersetzung zu verwickeln.
2) Möglichst eine militante Auseinandersetzung zu provozieren, um von ihrer eigenen Verantwortung für Connys Tod abzulenken, mit dem Ziel, ein paar kaputte Scheiben und völlig übertriebene Zahlen von verletzten Bullen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu stellen.

Wir haben von uns aus ganz bewußt versucht, diese Auseinandersetzung zu vermeiden (Änderung der Demoroute am Steinsgraben, Abbruch der Kundgebung).
Der umgekippte Streifenwagen in der Wiesenstraße, von dem am und im Juzi niemand wußte, war der lang ersehnte Anlaß für die Bullen, eine Schlacht zu inszenieren. Den Ansturm der Bullen aus der Lotzestr. konnten wir nur als Angriff aufs Juzi verstehen und waren gezwungen, uns entschlossen zu wehren.
Die Verantwortung für die Verletzten auf beiden Seiten liegt eindeutig bei der Einsatzleitung der Bullen.

Einige Göttinger Autonome

Bullen in der Lotzestraße, 25.11.89

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklass

Hetzen statt Handeln –
SPD konsequent gegen AntifaschistInnen

Die Reaktionen der Göttinger SPD nach dem Tod von Conny waren kurzzeitig von Worten des Bedauerns geprägt, jedoch bekannte Oberstadtdirektor Schierwater (SPD) schon am darauffolgendem Tag Farbe: Von einer Schuld der Polizei ist nicht die Rede, sondern der der "Verblendeten Gewalttätigen", zu denen er Autonome und Skin-Heads zählt, die auf eine Stufe gestellt werden. Das ausschlaggebende Gemeinsame sei der "Haß auf die Polizei".
Obwohl er nach eigenem Bekunden vom "Unsinn der These von der Gleichheit rechter wie linker Radikalität" zu Wissen vorgibt, reiht er sich damit ein bei denen, die AntifaschistInnen und Faschisten gleichsetzen. Gleichzeitig war von ihm zu erfahren, daß "antifaschistische Aktion als gewaltvolles, gar gegen das staatliche Gewaltmonopol in unserer Gesellschaft gerichtetes Handeln niemals im antifaschistischen Sinn erfolgreich sein" kann.
Da drängt sich die Frage auf, wie die SPD das Problem des Faschismus zu lösen gedenkt und welche Wege sie dabei beschritten hat.
Schon seit Jahren haben sich AntifaschistInnen gemeinsam organisiert. Dem lag die Erkenntnis zugrunde, daß die Faschisten nicht von selbst verschwinden. Dort wo sie präsent sind, sollte sich ihnen entschlossen entgegengestellt werden.

Mackenrode-Demo, Mai '88

Alle machen mit - nur die Jusos kneifen

Ein Beispiel hierfür war die überaus erfolgreiche AntiFa-DGB-Bündnis-Demo zum Haus des FAP-Funktionärs Polacek in Mackenrode am 8.5.88.
Ohne jegliche Aktivität entlarvt zu haben, schickten sich die Jusos kurz vor der Mackenrode-Demo an, aus dem Bündnis auszusteigen. Sie unterstellten "interessierten Kreisen" ein "dezidiertes Interesse an einer gewaltsamen Eskalation" und insgesamt bezeichneten sie, "daß die Strategie der direkten Konfrontation mit den Neofaschisten eine momentan unangemessene Form antifaschistischer Politik darstellt". Peng für sie, daß das Herbeireden nicht zur Konfrontation führte und sie sich den Erfolg der Demo nicht auf ihre Fahnen schreiben konnten.

Ein weiteres Beispiel sind die alljährlich stattfindenden Revanchistentreffen im Rosengarten, bei denen sich Mitglieder der Landsmannschaften des BDV (Bund der Vertriebenen) und der HIAG (Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS) zum Gedenken an die gefallenen Soldaten treffen, wobei aber auch immer wieder z.B. die Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 aufgestellt wird.
Von einer Teilnahme der SPD an den Gegenveranstaltungen zum Revanchistentreffen war erst gar nicht die Rede. Statt dessen ermöglicht die Stadt Göttingen Jahr für Jahr sowohl durch personelle als auch finanzielle Unterstützung die Durchführung der Rosengartenfeier. An den antifaschistischen Gegenveranstaltungen nimmt die SPD nicht nur nicht teil, sondern sie stellt den AntifaschistInnen Knüppelnde Polizeieinheiten gegenüber oder aber sie verbietet die Gegenveranstaltungen von vorne herein (wie z.B. das Anti-Fa-Juzi-Konzert 1988, das zunächst von den SPD-Oberen verboten wurde, und später nur mit erheblichen Auflagen geduldet wurde). Während sich die SPD-Vorderen auf ihre bevorzugte Eignung zur Antifaschisten durch ihre Anti-Verfolgung beriefen, verordnete sie ihrer Klientel Enthaltsamkeit von antifaschistischen Aktionen.
Das größere gesellschaftliche Problem liege sowieso auf der Seite der Antifaschisten!

DVU/NPD-Wahlveranstaltungen im Mai/Juni 1989
Die SPD bleibt zuhaus

Zur Verbotsverfügung der NPD-Wahlveranstaltung am 13.Mai '89 vor der Stadthalle führte die Stadt Göttingen aus: "Es müsse davon ausgegangen werden, daß die linke militante Szene im Auftreten der NPD in Göttingen wieder Anlaß sehe, die Stadt mit Terroraktionen zu überziehen..."
Den unermüdlichen Verbotsbemühungen wurden mit der einstweiligen Anordnung durch das Verwaltungsgericht Braunschweig ein Ende gesetzt. Da brauchte man sich bei der geplanten DVU-Wahlkundgebung am 16.6.89 noch nicht mal mehr um ein antifaschistisches Deckmäntelchen zu bemühen: "Eine erneute Untersagungsverfügung der Stadt vor dem Verwaltungsgericht (werde) wiederum keinen Bestand haben. Wir sind aber nicht dazu da, Richter und Gerichte zu beschäftigen." Den Grünen wird gleichzeitig als Anmeldern das antifaschistische Besetzerfest untersagt. Ihnen wird unterstellt, daß sie damit nur provozieren wollen. "Dabei wurde die Möglichkeit von den tätlichen Auseinandersetzungen offenbar nicht ausgeschlossen - nicht zuletzt zu Lasten von Polizeibeamten." Pressesprecher Brunnson zitierte in seiner Erklärung Oberstadtdirektor Schierwater. Werbung für Veranstaltungen von NPD und DVU besorgten neuerdings Dritte durch ihre Gegenkundgebungen. Wer - [redacted] er - mit der Politik die [redacted] Parteien nicht zu tun haben wolle, befolge am besten [redacted] Grundsatz, zu Hause zu bleiben und ihre Veranstaltungen nicht zu besuchen."
In Anbetracht dieser Verhaltensweisen von Untätigkeit der SPD gegen Faschisten zu reden, erscheint da schon als Verharmlosung.
Auf der einen Seite wirft sie AntifaschistInnen Knüppel zwischen die Beine, indem sie deren Aktivitäten zu verhindern sucht. Auf der anderen Seite hofiert sie Faschisten durch Teilnahme und Finanzierung des von den Revanchistenverbänden organisierten Rosengartenspektakels.
Vor diesem Hintergrund sollte die SPD besser tunlichst schweigen, wenn es um Antifaschismus geht, anstatt sich zu rühmen, Antifaschisten zu sein.

SPD und aktiver Antifaschi[redacted]

Statt aber eine aktive Auseinandersetzung mit den Faschisten zu führen, bemüht sich die SPD mit allen Kräften, Auseinandersetzungen zwischen autonomen Antifaschistinnen und Skin-Heads zu entpolitisieren. Sie werden als Konflikte rivalisierender Jugendbanden dargestellt, der politische Charakter wird ihnen abgesprochen.
Immer wieder sollte und soll durch die aufgezwungene Gewaltdebatte eine Distanzierung von den aktiven AntifaschistInnen erreicht werden. (Daß diese Gewaltdebatte von einer Gruppierung angezettelt wird, die einerseits nichts gegen den Faschismus auf die Beine kriegt, als zu sagen: "Ich bin ein/e Antifaschist/in", und andererseits aber das staatliche Gewaltmonopol für sich beansprucht, deren ausführende Polizeiorgane dann die aktiven AntifaschistInnen zusammenknüppelt und dabei bewußt den Tod von Menschen in Kauf nimmt, ist der politische Skandal an sich.) Die SPD ordnet sich jenseits der beiden gleichgesetzten Pole (radikale Linke = Faschisten) ein. Die Zuständigkeit für antifa-

dokumentiz.de/antifaschistisches-archiv-goettingen

schistisches Engagement soll an die so"demokratisch Legitimierten" abgetreten werden. Die beste Garantie dafür, daß sich nichts zum Besseren verändert.

Die SPD nach dem 17.11.1989

Auch die öffentlichen Verlautbarungen der SPD nach Conny's Tod und den damit in Zusammenhang stehenden Demos zeigen keine Veränderung der SPD-Linie in Sachen Antifa-Politik an. Anstatt nun diese immer noch unfaßbare, traurige Konsequenz einer Politik der Verharmlosung der Faschisten und Diffamierung der AntifaschistInnen als Anlaß zur Selbstkritik zu nehmen, konnte mensch im GT vom 24.11.89 eine Anzeige Göttinger Sozialdemokraten [illegible], in der die Polizei auch sich in Schutz genommen wird. Angesichts des Todes einer aktiven Antifaschistin hatten die SPD-Vorderen nichts Besseres zu tun, als vor Gewalt zu warnen. Damit war jedoch nicht die Gewalt gemeint, die tagtäglich sowohl von den Faschisten als auch von der Polizei praktiziert wird. Gehütet werden sollte sich allein vor der der Autonomen.

Die Begründung für SPD-Anhänger auf die bundesweite Göttinger Demo am 25.11.89 zu gehen, war nicht die Trauer um Conny und der Protest gegen Faschismus und Polizeiterror:

"Je mehr friedfertige Bürger mitgehen, desto größer ist die Chance, daß die Demonstration friedfertig bleibt" (Wettig-[illegible]ehmeyer, SPD, im GT vom [illegible].11.89)

In diesem Tenor geht es in den [illegible]en nach der Demo konsequent [illegible]ter: Nach unsäglichen Provokatio[illegible] und Knüppeleinsätzen der Polizei bedankt sich der SPD-Unterbezirksvorsitzende Oppermann für die "besonnene Polizeiführung". Die Ausschreitungen stehen nicht etwa mit der Polizeitaktik in Zusammenhang, sie seien das "brutale Werk einer kleinen Gruppe von gewalttätigen Autonomen. Die Juzi-Leute müßten sich fragen lassen, warum sie diese Gäste einluden." (GT vom 27.11,89)

Die Stellungnahme von Hulle Hartwig (Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes) weicht auch nicht von der grundsätzlichen Linie ab, das Augenmerk auf "die Gefährdung von Polizisten und friedfertigen Bürgern" zu richten, die ausgegangen sei von einem kleinen militanten Teil "von außen".

Die Schlußfolgerung, die nach Meinung von Schierwater gezogen werden muß, liegt eben darin, zukünftig nicht mehr mit Autonomen zu demonstrieren. "Ich war [illegible] bin nicht einmal der Meinung, daß die wohlgemeinten und ehrenwerten Aufrufe zum Mitdemonstrieren in einer - hoffentlich - friedlichen Demonstration hilfreich und klug waren, weil so etwas bei Teilnahme derart vieler Vermummter letzendlich kaum gelingen kann." (Schierwater im Extra Tip vom 3.12.89)

Die von Hulle Hartwig geäußerte Vermutung, daß die Polizeiführung zu einer Eskalation beigetragen hat, da wie sie vermutet, "die Schlagzeilen irgendwie noch produziert werden mußten", stimmt nachdenklich. Diese Einschätzung teilen auch die Grünen, daß die von der Polizei provozierten Auseinandersetzungen von den Geschehnissen um Conny's Tod ablenken sollten.

Die Zuspitzung ihrer Argumentation auf die Ausübung von Gewalt von Seiten der Autonomen bei gleichzeitiger Kritik an der Polizeiführung lenkt ab von der gesellschaftlichen Situation, die es erforderlich macht, aktiv die Faschisten - also auch auf der Straße - zu bekämpfen. Die Praxis der SPD, das Auftreten der Faschisten auszusitzen und im Rat der Stadt schönfärberische Reden über Antifaschismus zu schwingen, bleibt so im Hintergrund. Ob dieses Kalkül aufgehen wird, ist noch nicht abzusehen.

"Sag der SPD ade"

Durch Angriffe der Faschisten, Conny's Tod und den brutalen Knüppeleinsatz der Polizei haben viele bisher eher unbeteiligte Menschen Erfahrungen gemacht, die aktive AntifaschistInnen zur Gegenwehr veranlaßt haben. Sie haben gesehen, wie weit der Staat, die Polizei zu gehen bereit ist, daß der Kampf um ein menschenwürdiges, angstfreies Leben in der BRD zum Tod führen kann, daß die Zeit zum Trauern durch Polizeiknüppel begrenzt wird, daß gegenüber DemonstrantInnen brutale Polizeieinsätze gefahren werden.

Zum ersten Mal zeigt sich hier in Göttingen in einem größeren Ausmaß Interesse und Bereitschaft an den Umtrieben der Nazibanden und es werden Fragen nach Möglichkeiten der Gegenwehr gestellt.

Die Versuche der SPD - vereint mit den anderen "Demokraten"- die AntifaschistInnen zu spalten und zu kriminalisieren sollen davon ablenken, daß sie keine Alternative zu bieten haben, daß sie sich als unglaubwürdig erwiesen haben. Nur wenn die Menschen bereit sind, auch selbst auf die Straße zu gehen, gibt es einen Schutz vor den Nazi-Angriffen.

Dieser Praxis wollen die Sozialdemokraten mit ihrer offensiven Diffamierungskampagne gegen (autonome) AntifaschistInnen das Wasser abgraben.



deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde



dekassitzertheka.blogspot.com

DOKUMENTATION

Anfrage an die antifaschistischen Autonomen Göttingens

Politik-Professoren Walter Euchner und Peter Lösche versuchen, in die Diskussion zu kommen

Als Teilnehmer der Demonstration vom 25.11.1989 und als Kenner der Geschichte der sozialen Bewegung möchten wir folgende Fragen an Sie richten:

1. **Ihr Faschismusverständnis.** Ist es so umfassend, daß Sie das Großkapital (Banken, Konzerne), den Staat und die Polizei für Erscheinungsformen des Faschismus halten? Ihre Parolen und Angriffsziele während der Demo könnten so gedeutet werden. Trifft dies zu- wie kann man dann noch zwischen faschistischen Regimes und normalen parlamentarisch- bürgerlichen Herrschaftsformen unterscheiden?

2. **Ihr Verhältnis zur Polizei.** Wir kritisieren mit Ihnen den Polizeieinsatz, der zum Tode von Conny geführt hat und sind entsetzt über die verrohte Sprache einzelner Polizeibeamter. Rechtfertigt das Verhalten der Polizei aber wirklich den globalen Vorwurf Ihrer Paroien, die "Bullen" schützen die Faschisten? Fürchten Sie nicht, daß Ihre undifferenzierten Angriffe bei Teilen der Polizei die dort beobachtbare Rechtstendenz verstärken könnte?

3. **Das Problem der Skins.** Wir sind wie Sie der Auffassung, daß der wachsende Rechtsradikalismus unter Jugendlichen bekämpft werden muß. Wir teilen auch Ihre Ansicht, daß rechtsradikalen Rowdies die Straße nicht überlassen werden darf. Doch sind Skins nicht auch Opfer schlechter sozialer Verhältnisse und der Irreleitung durch Altnazis? Wenn dies so ist- sollte man dann nicht nach anderen Methoden der Abwehr als die gewaltsame Auseinandersetzung und Stigmatisierung als "Faschisten" suchen?

4. **Ihr Verhältnis zur Gewalt.** Der Kampf gegen den Ausbau der Kernkraft und der "Häuserkampf" verfolgte rational nachvollziehbare Ziele. Verfolgen Ihre Aktionen noch Ziele dieser Art? Oder üben Sie in Ihren "Scherbendemos" nur noch "blinde Gewalt"? Hinzu kommt: Gewalt in der politischen Auseinandersetzung bewirkt bei den Opfern Haß- und Rachegefühle, den beobachtenden Normalbürger stößt sie ab. Was versprechen Sie sich von Ihrer Senkung der Hemmschwelle gegen Gewalt?

5. **Der Symbolwert Ihrer Uniformenvermummung.** Es ist Ihnen sicherlich bewußt, daß Ihre Gesichtsmasken und Ihr Auftreten im "Schwarzen Block" Schrecken verbreiten. Wollen Sie damit zeigen: Wir sind Herr der Lage, nichts kann uns an der Durchsetzung unseres autonomen Willens hindern? Dies bedeutete zugleich die Negation jeder Gesprächsbereitschaft und damit eine höchst autoritäre Haltung.

6. **Ihr Verständnis von Autonomie.** Wir vermuten, es geht Ihnen um Selbstbestimmung Ihrer Gruppe, unbekümmert um die Gesetze und Wertvorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft. Vielleicht meinen Sie auch, wenn ihr Schwarzer Block die Straße beherrscht und sie nach belieben Fensterscheiben einwerfen können, dann seien Sie autonom. Ist dies keine Selbsttäuschung? Setzen Sie sich nicht selbst (z.B. in der Gewaltfrage) unter Gruppendruck, der für jene unter Ihnen, die abweichende Auffassungen vertreten, als Fremdbestimmung empfunden wird? Und ist Ihr Gruppenzusammenhalt nicht letztlich davon abhängig, daß die staatliche Repression nicht bestimmte Grenzen überschreitet?

7. **Ihr Verhältnis zum Anarchismus.** Wir wissen nicht, ob Sie sich bewußt der Tradition des Anarchismus zuordnen. Sollte dies aber zutreffen, dann ist Ihnen sicherlich bekannt, daß die Theorie der Befreiung durch Zerstörung nur einen Strang des anarchistischen Denkens darstellt. Die Haupttradition zielte auf gewaltfreie Selbstorganisation ab. Veraltet nicht diese Gewalttradition in einer Zeit, in der die Bevölkerung in der Sowjetunion, in Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR die verkrusteten Machtverhältnisse durch friedliche Demonstrationen umwerfen?

DOKUMENTATION

Anfrage an die sozialdemokratischen Arschlöcher Göttingens

Die Vermutung, daß eine akademische Karriere nicht vor Blödheit schützt, ist so neu nicht. Wenn sich 2 Mitglieder dieses angesehenen Berufsstandes in solcher Weise äußern, wenn man/frau obendrein noch weiß, daß diese Hochschullehrer auch noch Sozialdemokraten sind, wird diese Vermutung zur unumstößlichen Gewißheit. Der Versuch, sich mit diesem geballten Schwachsinn ernsthaft auseinanderzusetzen, muß spätestens bei genauer Betrachtung der Überschrift kläglich scheitern:

"Anfrage an die antifaschistischen Autonomen Göttingens" Was wollen uns unsere sozialdemokratischen Hochschullehrer damit sagen? Gibt es faschistische Autonome? Oder gibt es Autonome, die sich nicht als Antifaschist/innen begreifen oder wie oder was?

Die Möglichkeit sich ernsthaft mit Schwachsinn auseinanderzusetzen ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Apropos Schwachsinn, vielleicht sollten wir die "Anfrage" an das geschätzte Satiremagazin "Titanic" schicken?

Nein, das können wir auch vergessen, Witz oder gar Ironie ist nun wahrlich nicht in diesem sozialdemokratischen Arschwisch zu finden.

Was tun? fragten wir uns, Müllhaufen? -Genau, das ist die Lösung. Erleichterung machte sich breit, Schweißperlen wurden von diversen Stirnen gewischt. Müllhaufen!- Das ist es. Der Müllhaufen der Geschichte. Zu Arbeiter/innenmörder Noske, zum Gönner der 'Schwarzen Reichswehr' Ebert, zu Berufsverbote-Willy, zum Stammheim'selbstermörder' Vogel und zu 'Raketenlücken"-Helmut.

Aber stop! Bevor wir den Arschwisch zusammenknüddeln und auf diesen herrlich stinkenden Scheißhaufen werfen noch schnell ein paar Fragen. Nennen wir sie kurz:

Anfrage an die sozialdemokratischen Arschlöcher Göttingens

Als Teinehmer/innen der Demonstration am 25.11.89 und als Kenner/innen der Geschichte der Sozialdemokratie möchten wir folgende Fragen an Sie richten:

1. Ihr Faschismusverständnis. Ist es überhaupt vorhanden oder warum leugnen Sie ständig den untrennbaren Zusammenhang zwischen Kapitalismus, bestimmten Fraktionen des Großkapitals, dem systemimmanenten Expansionsstreben des Kapitals, der Existenz von Klassenantagonismus und einer fortschreitenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Ihre Hetze vor und nach der Demo gegen Antifaschist/innen muß so gedeutet werden. Der Feind steht links, das war schon immer so für Sozialdemokraten, das ist das einzig relevante für die sozialdemokratischen Manager des Kapitalismus; alles was rechts passiert ist relativ unbedeutend, das regelt das parlamentarisch-demokratische System schon ganz von selbst. Ist es richtig, daß die Sozialdemokratie in ihrer überwiegenden Mehrheit während der 'Weimarer Republik' eine ähnliche Position vertrat? Ist es richtig, daß Sozialdemokraten erst kurz vor der Machtübertra-

gung an Hitler und die NSDAP merkten, daß sie sich in ihrem blindwütigem Haß auf alle Linke und auf klassenkämpferisches Bewußtsein grausam verkalkuliert hatten? Ist es obendrein nicht auch richtig, daß Sozialdemokraten, obwohl sie selber während des Nationalsozialismus grauenvoll unter dem Terror der Nazis zu leiden hatten, aus ihren Fehlern bis heute keine Konsequenzen gezogen haben?

2. Ihr Verhältnis zur Polzei

Rechtfertigt das Verhalten der Polizei, die bewußt den Tod von Menschen in Kauf nimmt, die alles unternimmt, um nichts gegen einen sich ständig ausbreitenden Naziterror unternehmen zu müssen, die geplant hatte, einen großen Teil der Demonstration am 25.11.89 brutal zusammenzuknüppeln und 'plattzumachen' ein ständiges Lob auch gerade von Sozialdemokraten für ihr "besonnenes Verhalten"? Führt Ihr globales Inschutznehmen der Polizei nicht gerade dazu, daß sich Sadismus, Rassismus und Brutalität unter den Beamten immer weiter ausbreiten?

3. Das Problem der Skins.

Wir fragen sie, ob die ständige Verdrehung "Täter werden zu Opfern" und umgekehrt anders interpretiert werden kann, als bewußte Verharmlosung eines immer härter werdenden Naziterrors. Wir fragen Sie, ob Sie bereit sind Ihre Verharmlosungen gegenüber Opfern des Naziterrors, zum Beispiel am Krankenbett eines jungen Mannes, der mit lebensgefährlichen Verletzungen auf und von Messerstichen im Krankenhaus liegt, zu wiederholen? (Ehrlicherweise sei an dieser Stelle angemerkt, daß wir uns solch einen brutalen Zynismus von Sozialdemokraten ohne weiteres vorstellen können.)

Wir fragen Sie, ob Sozialdemokraten jemals in dieser Stadt nach wessen oder anderen Methoden Abwehr des Faschismus gesucht haben, als sich letztendlich hinter eine den Tod von Menschen bewußt in Kauf nehmende Polizei zu stellen und ansonsten mit allen Mitteln gegen Antifaschist/innen zu hetzen?

4. Ihr Verhältnis zur Gewalt

Glauben Sie, daß Sie durch Ihr Bekenntnis zum "staatlichen Gewaltmonopol" zur Verhinderung von Gewalt beitragen? Glauben Sie ernsthaft, durch das Bekenntnis zu einer prügelnden, gasversprühenden und in letzter Konsequenz mordenden Polizei einer Gesellschaft ohne Haß, Rachegefühl und Gewalt näherzukommen? Glauben Sie, daß dadurch, daß Sie den Naziterror verniedlichen, Sie dazu beitragen, daß die Hemmschwelle der Faschisten zur Gewalt erhöht wird? Was versprechen Sie sich von Ihrem Gejammere über ein paar kaputte Scheiben und Ihrer Ignoranz gegenüber den Opfern des Nazi- und Bullenterrors?

5. Der Symbolwert von sozialdemokratischen Charaktermasken.

Es ist Ihnen sicherlich bewußt, daß Ihre Charaktermasken und Ihr Auftreten als verständnisheuchelnder Bürgerblock Schrecken und Abscheu verbreitet. Wollen Sie damit zeigen: Wir unterstützen die 'Herren der Lage', nichts kann uns an der Durchsetzung des Willens der herrschenden Kapitalisten hindern. Dies ist bedingungslose Unterstützung staatlicher Autorität und schließt jegliche Auseinandersetzung mit Menschen aus, die den Kampf gegen Faschismus und Rassismus ernstnehmen.

6. Ihr Verständnis vom bürgerlichen Staat.

Wir vermuten, es geht Ihnen um die rücksichtslose Durchsetzung der Unterdrückungs- und Ausbeutungsordnung einer im Dienste der kapitalistischen Wirtschaft stehenden Gesellschaft. Vielleicht glauben Sie ja auch, wenn sie möglichst viel dummes Zeug reden und sich besonders in der Bekämpfung der Linken profiliert haben, seien Sie besonders gute Bürger und könnten die Lufthoheit über reaktionären Stammtischen zurückerobern. Wir fürchten, daß Sie sich da täuschen, denn das können faschistische Republikaner allemal besser.

Verhindern Sie nicht durch den ständigen Anpassungsdruck in Ihrer Partei, daß einzelne Menschen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu sagen? Verhindern Sie nicht, daß einzelne Parteimitglieder/innen sagen, was sie denken, z.B. daß der Bullenüberfall auf die Menschen vor dem Juzi eine bösartige Provokation war, durch die bewußt die Gesundheit vieler Menschen aufs Spiel gesetzt wurde? Ist Parteiloyalität nicht ein Maulkorb, der rücksichtslos den wenigen Mitglieder/innen in der SPD verpaßt wird, die noch denken können?

7. Ihr Verhältnis zum Sozialismus.

Wir wissen, daß Sie sich bewußt nicht in die Tradition des demokratischen Sozialismus stellen. Wir wissen, daß der rechte Flügel der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg alles getan hat, um marxistisches Gedankengut aus der Partei herauszudrängen. Wir wissen, daß die SPD schon immer alles getan hat, um als treue Verwalterin des kapitalistischen Staates anerkannt zu werden. Schon damals, bei der Bewilligung der Kriegskredite, die zur Entfesselung des ersten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus nötig waren, ist die SPD klargemacht, daß ihr einige 10 000 Leichen scheißegal sind, wenn sie nur an die Tröge der Macht im Kapitalismus kommt. Die Blutspur ist lang und tief. Von Noske bis Stammheim, von der Verharmlosung des Faschismus damals, bis zur aktiven Unterdrückung und Ausbeutung des Trikonts heute.

Bei jeder Schweinerei - Die Sozis sind dabei.

Das ist die Haupttradition der Sozialdemokratie.

Aber es gibt auch noch einen anderen Strang in der historischen Entwicklung der Sozialdemokratie: die des Sozialismus und des Rätekommunismus, die des libertären Kommunismus. Immer aber ist dieser Strang verfolgt, bekriegt und oftmals liquidiert worden. Hier mal ein Überfall auf die Sowjetunion, dort mal ein KZ, vielleicht ein bißchen Isolationsfolter oder wie wärs mit ein paar Berufsverboten? Jedes Mittel ist recht, Hauptsache die Linke muckt nicht mehr auf.

Ja, Ihr sozialdemokratischen Hochschullehrer, da steht Ihr wirklich in einer großen Tradition mit Eurer dümmlichen Hetze und Diffamierung.

Reiht Euch ein, Seite an Seite mit prügelnden und mordenden Bullen auf der einen und terroristischen Nazis auf der anderen. Endlich könnt Ihr wieder marschieren, diesmal nicht gen Osten, der wird zum Schleuderpreis gekauft, nein diesmal dürft Ihr wieder gegen den Feind im eigenen Land ziehen und der steht schon immer links.



deklassifizierte klassifizierte deklassifizierte

„Stahlkugeln bohrten sich in Polizeihelme“
oder: Wie die Presse über Connys Tod und die Ereignisse danach berichtete

I. Publizistische Grundsätze (Pressekodex)

Die im Grundgesetz der Bundesrepublik verbürgte Pressefreiheit schließt die Unabhängigkeit und Freiheit der Information, der Meinungsäußerung und der Kritik ein. Verleger, Herausgeber und Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und ihrer Verpflichtung für das Ansehen der Presse bewußt sein. Sie nehmen ihre publizistische Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen, unbeeinflußt von persönlichen Interessen und sachfremden Beweggründen, wahr.
Diese publizistischen Grundsätze dienen der Wahrung der Berufsethik, sie stellen keine rechtlichen Haftungsgründe dar.

1. Achtung vor der Wahrheit und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberstes Gebot der Presse.

2. Zur Veröffentlichung bestimmte Nachrichten und Informationen in Wort und Bild sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Dokumente müssen sinngetreu wiedergegeben werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen.
Bei Wiedergabe von symbolischen Fotos muß aus der Überschrift hervorgehen, daß es sich nicht um ein dokumentarisches Bild handelt.

3. Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen.

Göttingen
Schwere Krawalle- Polizist brannte
Seite 4

Polizeistreife in Falle gelockt
Vermummte warfen mit Steinen

Studentin starb bei Krawallen in Göttingen

Verständnis erbeten für Polizei-Verhalten

97 Polizisten bei Demonstration in Göttingen verletzt

Krawall endete tödlich

Göttingen / Krawalle

94 Polizisten verletzt

haoten: Blutiger Krawall in Göttingen

Chaoten der sogenannten ...men Szene verwandelten Göttinger ...

zu Bruch – auch die Fensterfas- sade von K...stadt. Die Polizei ...rück.

Privatwagen an... sen ins Freie ... Ohrfeigen. Es ... letzte N...

sich gegen den Tod einer 24jährigen Studentin. Bei einer Auseinandersetzung zwischen rechtsradikalen Skinheads und autonomen Gruppen war sie von der ... und dann ... Auto

'Göttingen hat wieder einmal überregional Schlagzeilen gemacht.Mit dem sinnlosen Tod von Conny W. und den darauffolgenden Ereignissen, Geschehen, die Betroffenheit auslösten: Über den Tod eines jungen Menschen.Die Fragen aufwerfen über die oberflächlich gefaßten Presseberichte,über die zweifellos fragwürdige Gewalt und letztlich über die staatliche Antwort darauf". (Freizeit – Magazin v. 9.11.89)

Ohne die Position dieses fragwürdigen Pamphlets teilen zu wollen, ist die Medienberichterstattung über die zurückliegenden Ereignisse tatsächlich einer genauere Betrachtung wert.
Die Presseberichte über die Ereignisse der letzten Wochen waren fraglos bezeichnend für die Behandlung bestimmter gesellschaftlich relevanter Themen.
Hier wird bewußt verschwiegen, daß die "zweifelhafte" Rolle der Polizei bei Nazi-Übergriffen auf die Bevölkerung (siehe auch Artikel in diesem Heft) AntifaschistInnen zu Selbstschutzmaßnahmen (Gruppenbildung,Vermummung) zwingt,um dem das ganze Problem auf die harmlosende Formel der "rivalisierenden Jugendbanden" zu bringen (West – Side – Story in Göttingen?).

Noch immer scheint für bestimmte Themen eine selbstverordnete Pressezensur zu gelten, wie während des "Deutschen Herbstes" 1977. Mensch erinnere sich daran, daß dies der Hauptgrund für das Projekt der alternativen Tageszeitung TAZ war: schonungslose Berichterstattung auch über Themen, die von den anderen Zeitungen (und dem Rundfunk) aus Staatsräson verschwiegen wurden.
Wie anders, als vor diesem Hintergrund, wäre es sonst zu verstehen, daß die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus in den meisten bürgerlichen Medien quasi nicht stattfindet, die Arbeit autonomer antifaschistischer Gruppen oder eine Demonstration gegen Faschismus und Fremdenhaß (am 09.11.89 mit 1500 TeilnehmerInnen) im hiesigen Lokalblättchen keine Erwähnung findet?
Dahinter steckt Methode!

Noch immer werden Faschisten als "Einzeltäter" dargestellt, die – mangels Masse – eine weit geringere Gefahr für diesen Staat darstellen, als der "organisierte Linksextremismus". So oder ähnlich beten es unsere "Staatsschützer" vor und unsere Medien übernehmen es geflissentlich. Da "Einzeltäter", dort organisierte Gruppierungen – die Bedrohlichkeit steckt im Detail und bei häufiger Wiederholung wird's schon in den Köpfen stecken bleiben.
Als ganz und gar nicht legitim gilt es für die Presse, die Polizei "dein Freund und Helfer" anzugreifen.

Ob Hitler – Gedächtnisfeiern oder Wehrsportgruppen bzw. andere faschistische Organisationen,ein paar Polizisten sind meist mit dabei.Kein Thema für die bürgerliche Presse. Und daß bundesweit bis zu 50% der Polizisten "Republikaner"-Anhänger sind, veranlaßt den bürgerlichen Blätterwald gewiß nicht zu Vermutungen über eine gewisse Rechtslastigkeit unserer "Ordnungshüter".

dokumentationsarchiv.de/klassifizierte/klassifizierte.html

So nimmt es nicht wunder, daß keine Anklage erhoben wird gegen den brutalen Polizeieinsatz der ein Menschenleben forderte, und auch nicht gegen die Knüppelorgien bei der Demonstration am 25.11.89. Wenn das Erlebte nun mal passiert, dann als pure Reaktion auf "vermummte Chaoten" und die sind nun mal ein dankbareres Feindobjekt für unsere ach so freiheitliche, unabhängige Presse.

Die Presse zum Tod von Conny

Am Samstag, den 18.11.89 findet sich folgender Artikel zu den Vorfällen im 'Göttinger Tageblatt':

Tödlich verletzt nach einem Streit

Göttingen (dpa). Offenbar in unmittelbarem Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Skins ist am Freitagabend auf der Weender Landstraße ein Jugendlicher bei einem Verkehrsunfall tödlich verletzt worden.

Es war 21.20 Uhr als die jungen Leute aus bislang ungeklärtem Anlaß in Höhe der Kreuzung zum Maschmühlenweg aneinandergerieten. Aus der Menge heraus rannte ein Jugendlicher - die Polizei vermochte am Freitagabend bei Redaktionsschluß noch nicht zu sagen ob es sich um ein Mädchen oder einen Jungen handelte - auf die Straße, wurde dort von einem vorbeifahrenden Personenwagen erfaßt und zu Boden geschleudert. Der junge Mensch verstarb noch an der Unfallstelle an seinen schweren Kopfverletzungen.

Unfaßbar, wie hier die Ereignisse dargestellt werden.Gedruckt wird, was "plausibel" klingt.Ein routine Anruf bei der Polizei - und heraus kommt ein Bericht über einen Verkehrsunfall.Übernommen wird der zu diesem Zeitpunkt aktuelle Polizeibericht: noch scheint die Polizei - das wird immerhin ersichtlich - den Vorfall verharmlosen zu wollen und im GT hat man einen bequemen Abnehmer. Ganz so einfach geht's ab Sonntag nicht mehr: "die Woche"(ein Anzeigenblatt) widmet der Angelegenheit nun doch eine gewisse Aufmerksamkeit.

Auch die "flapsigen" Funksprüche sind mittlerweile bekannt geworden [illegible], wie gehabt: Selbstdarstellung der Polizei (in Person des Leiters der Schutzpolizei Lothar Will). Und die überregionalen Sonntagszeitungen?

Die bedienen sich des örtlichen dpa - Berichtes, einer auch noch in den Montagszeitungen aktuellen, nichtsdestoweniger unwahren (ein eher verharmlosender Begriff) Darstellung.

Im Einzelnen: Bei Bild bzw. BamS am Sonntag liest man weiterhin von einem tödlichen Unfall nach Auseinandersetzungen zwischen Skins und Autonomen. "Auf der Flucht rannte 27jährige in ein Auto" und fett:"Chaoten gegen Skinheads:Studentin tot"(Bams 19.11.) Dazu die üblichen Gewürze, die einen solchen Artikel schmackhaft machen:schwere Krawalle,brennende Barrikaden, Molotow Cocktails usw.

Die HNA - Sonntagszeit wartet mit einer ähnlichen Räuberpistole auf, "Blutige Ausschreitungen in Göttingen" hat aber zusätzlich Polizeichef Hecke verbreiten,daß die Funksprüche ("plattmachen"etc.) "unrichtig" seien. Schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ganz aktuell, aber erfüllt seinen Zweck. Auch das Fernsehen haut in dieselbe Kerbe:Blutige Auseinandersetzungen und dann - Unfall,Pech! Bis Montag halten sich die Lügenmärchen von dpa in den überregionalen Blättern, z.B.:"Todlicher Unfall nach Schlägerei mit Skins"(Süddeutsche Zeitung v. 20.11).

Dengegenüber hat sich beim GT was "geregt";ausführlich wird im Lokalteil über die Vorfälle berichtet:"Tod überschattet Besuchswochenende" und unter der Überschrift "Trauer und Bestürzung über den Tod der Studentin" folgt ein Bericht über einen Hergang der Ereignisse, wie ihn Lothar Will im Nachhinein gern gehabt hätte.

Die Hannoverschen Zeitungen HAZ und NP (gehören wie das GT zum Madzak-Konzern) begnügen sich derweil mit einer leicht angereicherten dpa - Version.

Interessanter als der Tod sind ein paar kaputte Fensterscheiben und angebliche Krawalle allemal! Das eigentliche Ereignis, der Tod Conny's, die Ursachen und die direkte Verantwortlichkeit der Polizei wird - gelinde gesagt- in den Hintergrund gedrängt.Die Polizei angreifen ist nicht opportun, und ein bißchen Randale macht sich als Presseaufhänger immer gut.



Demo am 18.11.89 zum Platz, an dem Conny starb

"Menschen sterben und ihr schweigt, Scheiben klirren und ihr schreit!"

Auffallend an der bundesweiten Presseberichterstattung ist die Vielzahl der gleich- oder ähnlichlautenden Artikel.

Ein - nur auf Polizeiaussagen beruhender - dpa-Bericht geht über den Ticker und wird ohne eigene Recherche weiterverbreitet. Statt Pressepluralismus - Monopoljournalismus!

Daß es auch anders geht, beweist Eckard Spoo in der Frankfurter Rundschau: Am Montag noch den dpa-Bericht mit allen Fehlern abdruckend, wartet er am Dienstag und Mittwoch mit eigen recherchierten Artikeln auf und ist dabei der einzige (neben einem TAZ-Redakteur,auch wenn dessen Bericht von der Zentralredaktion in Berlin an wesentlichen Punkten zensiert wurde), der auf die politischen Zusammenhänge verweist.

Ansonsten beharrt die Presse durchgängig auf dem billigen Klischee der rivalisierenden Jugendbanden.



Demo in der Nacht von Sonntag, 19.11.89

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertede

Die Presse zur Demonstration am 25.11.89

Nach der Demonstration kann die Journaille so richtig loslegen. Ohne in einem Halbsatz mit gekünstelter Trauer auf den "tragischen Tod" eingehen zu müssen, kann sie sich voll dem "Wesentlichen" widmen. Vor der Demo: "63 Säcke voll mit Mollys und Waffen" (HNA, 27.11.) Die Polizei hatte als beschlagnahmt: im Auto mitgeführte Reservekanister, ein paar leere Flaschen, getreu der Devise "10 leere Flaschen Wein können schnell 10 Mollies sein". Außerdem - man muß ja einen Erfolg vorweisen können - ein bißchen Bordwerkzeug: Wagenheberstangen, Klappspaten etc. So blieben uns Schneeketten und Abschleppseil-schwingende "Chaoten" erspart.

Weiter geht's im (Presse-)Text: "Erst trauerten sie, dann flogen Steine" (MoPo, 27.11.) und "Straßenschlacht vor dem Juzi" (HNA, 27.11.). Und dann kommt's völlig enthemmt: "Chaoten plünderten Innenstadt" "Vermummte ohrfeigten Passanten" "Autonome wollten Stadt anzünden" "Stahlkugeln bohrten sich in Polizeihelme" "Polizist brannte" "Krieg auf der Bürgerstraße" und das traurige Ende: "97 Polizisten verletzt" (daß von diesen 97 ganze neun tatsächlich im Krankenhaus behandelt wurden, war lediglich der FR eine Erwähnung wert).

BILD Hamburg verwechselte übrigens eine Kleinigkeit und berichtete von "Chaoten" die, offenbar gut gerüstet mit "63 Säcken voll mit Mollies und Waffen" durch die Innenstadt zogen. Skurril zwar, aber bezeichnend: die Wahrheit ist bei der Berichterstattung eher im Wege, zumal wenn die Knüppelorgien nicht vom schwarzen, sondern vom grünen Block ausgehen. Denn daß die Eskalation von Polizeigewalt ausging, hat Lothar Will in der FR und bei einem NDR-Interview bestätigt. Verplappert? CSSR - ähnliches Verhalten der deutschen Polizei? Das will keiner hören und erst recht keiner schreiben, also berichtet man wie gehabt.

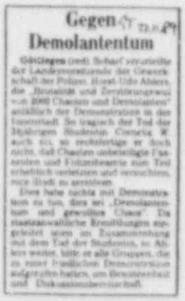


Innerhalb der 15.000 friedlichen Demonstranten befand sich der schwarze Block. Die 2500 Vermummten folgten sich nach einem Friedenszeitdienst mit der Polizei eine Straßenschlacht, wobei sie auch einen Straßenwagen umwarfen (Foto re.) und Steine schleuderten MoPo 27.11.

Erst trauerten sie – dann flogen in Göttingen Steine

Das über Jahre gepflegte Feindbild "S chwarzer Block" wird in seiner ganzen "Brutalität" vor Otto Normalleser ausgebreitet. Was bleibt der armen Polizei denn übrig, um "Leib und Leben" der "ordentlichen" Steuerzahler zu schützen, zumal wenn sie "von den Autonomen beschimpft, beleidigt, mit Steinen beworfen, mit Leuchtraketen und Stahlmuttern und bis aufs Blut gereizt wurden" (W.Elsner GdP, s. nach ExtraTip vom 26.11.), da mal wieder sorichtig draufzufahren (oder "plattmachen").
Und Conny's Tod gerät immer mehr in Vergessenheit, Aus Tätern werden Opfer.

Mensch erinnere sich: Ausführlich berichteten die Medien über den Tod eines Studenten bei einer Demonstration in Prag (nach einem brutalen Polizeieinsatz!) - später stellte sich das Ganze als Presse - Ente heraus. Hier wird deutlich, daß die Medien ganz gezielt Informationen hervorheben oder unterdrücken um Stimmung zu machen.
Der brutale Einsatz der Göttinger Polizei vom 25.11. taugt nicht zur Stimmungsmache, genausowenig wie die wahren Begebenheiten am Tag der Großdemo am 25.11.89. Also wird verschwiegen, verschleiert und gelogen. Wer sich mit AntifaschistInnen solidarisiert, wird zur Umkehr aufgefordert (Lothar Will im GT: "So muß sich jeder fragen, ob man sich in Zukunft damit auch räumlich von den Chaoten absetzen muß"). Hier wird bewußt unterteilt in gute und schlechte Demonstranten. Demonstranten und "Demolanten" (GT). Bürger an die Mahnwache, Chaoten in der Innenstadt. Ruhe und Ordnung werden als wichtigste Grundwerte verkauft.


Gegen Demolantentum

Göttingen (red) Scharf verurteilte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Horst Udo Ahlers, die „Brutalität und Zerstörungswut von 2000 Chaoten und Demolanten" anläßlich der Demonstration in der Innenstadt. So tragisch der Tod des Studenten Benno Ohnesorg 1967 auch sei, so rechtfertige er doch nicht, daß Chaoten unbeteiligte Passanten und Polizeibeamte zum Teil erheblich verletzen und versuchten, eine Stadt zu zerstören.

Dies habe nichts mit Demonstration zu tun, dies sei „Demolantentum und gewalttätiger Chaos". Die staatsanwaltliche Ermittlungen eingeleitet seien, im Zusammenhang mit dem Tod der Studentin, so Ahlers weiter, hätte es alle Gruppen, die es mit friedlicher Demonstration aufgegriffen hatten, um Besonnenheit und Diskussionsbereitschaft.

Polizeidemokratur

„Bisher sind wir immer nur gegen die Rechten eingeschritten, die haben wir nämlich aus der Stadt vertrieben. Es gibt keinen Anlaß für irgendjemanden, die Demokratie verteidigen zu müssen. Das machen wir schon."

Polizeichef Will, UZ 21.11.89

Nebenkriegsschauplätze werden eröffnet; skurrilste Meldung in diesem Zusammenhang: "Autonome wollten Bus kapern". Die Hetze gegen vermeintliche "Chaoten" wird uferlos. Hier wird mit Ängsten gearbeitet, um eine kritische Auseinandersetzung mit der schleichenden Faschisierung der Polizei, die den Tod von AntifaschistInnen billigend in Kauf nimmt, zu verhindern.
Daß im Anschluß an die bundesweite Demo ein 17jähriger Demonstrationsteilnehmer durch einen feigen Anschlag (zwei Messerstiche in den Rücken) lebensgefährlich verletzt wurde paßt nicht in

dokumentationsarchiv.de

Rechts

Randalierer zogen durch das Schanzenviertel – 24 Festnahmen

Spuren einer Nacht der Gewalt



das gewollte Bild und wird verschwiegen. Erst fünf Tage später, am Donnerstag, raffte sich das GT zu einem kurzen Bericht über den Fall auf:"Wie erst heute bekannt wurde..." Der direkte Zusammenhang zu der Demonstration wird nicht erwähnt!
Noch restriktiver in der Unterdrükkung von Meldungen über faschistische Übergriffe verhielt sich das GT bei den eigenen Leuten.Ein Tageblatt - Redakteur, der einen Aufmarsch und Aktionen von 60 Skin-Glatzen in Duderstadt dokumentieren wollte, wurde von den Faschos auf's Brutalste zusammengeschlagen:kein Thema für's GT. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Statt des Abdruckes sogar Abmahnungen an GT-Redakteure, die gegen die Nicht - Meldung protestieten.

Presse

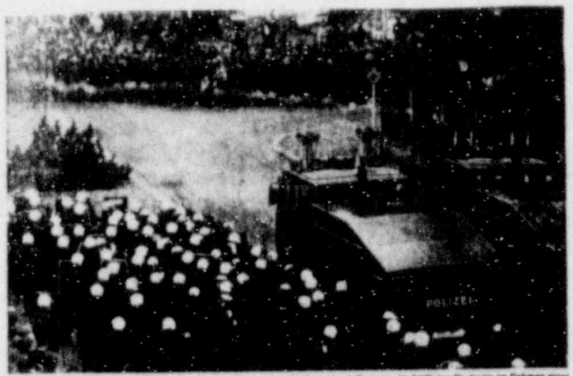
Zum Tod von Cornelia W.

Das Wahrheitsministerium informiert:

Lügen haben große Auflagen – Presseschau

Was das GT durch Verschweigen von Nazi-Aktivitäten an Platz einspart, nützt es mit Selbstdarstellungen von CDU-Politikern. Und so haben die Auseinandersetzungen bei der Demo gleich noch einen weiteren Nutzen: Hartwig Fischer und Rita Süßmuth (beide CDU) fordern (wieder einmal!) die sofortige Schließung des Juzi (die Junge Union startete sogar eine großangelegte Kampagne mit Unterschriftenaktion); der CDU-Hinterbänkler im Stadtrat Kurt Werner den Rücktritt von Oberstadtdirektor Schirrwater (weil dieser angeblich einer Demonstration nach Benny's Tod teilgenommen haben soll).
Hier werden politische Konsequenzen eingefordert, die auf den Lügen und Verdrehungen der vorherigen Veröffentlichungen basieren. Diese der Politik stinkt nach "Reichspropagandaministerium". Opfer werden zu Tätern. Der Ruf nach Aufklärung geht unter im Geschrei nach Ruhe und Ordnung. Und diese Hetze greift! Todesdrohungen an linke Anwälte und BesucherInnen des Juzi gehören seither zur Tagesordnung!Brandanschläge auf Häuser, in denen AntifaschistInnen vermutet werden, sind die Folge (24.11.).
Und diesen Terror wird nicht geächtet. Er nützt nicht zum Kampf gegen die Linke, gegen Menschen, die der Faschisierung unserer Gesellschaft nicht tatenlos zusehen wollen.
Und sie werden weiterhetzen und weiterlügen!
Nach der Hinrichtung Alfred Herrhausens durch die RAF geht die Hetze weiter.

"Verfassungsschützer" Lochte (Hamburg) konstruierte bei den ARD-Tagesthemen (30.11.) bereits einen Zusammenhang zwischen dem Bombenanschlag und den "Krawallen in Göttingen. Dort RAF,hier Autonome. Nach dem gescheiterten Hungerstreik sei die Linke auf Eskalation eingestellt: die RAF bombt, die Autonomen (wie in Göttingen,so Lochte) randaliert. Eine Schlußfolgerung, die unsere Süßmuth in der Lokalpostille dankbar aufgreift.Schemm wie gehabt:Autonome als (legaler?) Arm der RAF.
Und wieder werden Stimmen laut nach einer Strafrechtsverschärfung.
Wir sind offenbar schon wieder mittendrin in einem neuen "Deutschen Herbst".



Schwergewicht zogen die Demonstranten über die Wrender Landstraße (Foto oben). Dort war die 24jährige Studentin im Rahmen einer Polizeiaktion zu Tode gekommen. Zu ersten Angriffen auf Polizeibeamte im Verlauf einer Demonstration kam es am Polizeigebäude im Stadtgraben. Foto: Niedringhaus

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Jugendzentrum Innenstadt
Bürgerstraße 41
3400 Göttingen

PRESSEERKLÄRUNG

CDU-Hetze gegen Juzi zeigt Wirkung: Faschisten beteiligen sich an Süßmuth-Initiative

Die Initiative von FDP CDU und Junger Union zur Schließung des JUZI hat tatkräftige Unterstützung gefunden. Keine Woche, nachdem Rita Süßmuth die Schließung des JUZIs forderte, wurde Göttingen Schauplatz eines Faschistenaufmarsches, aus dem das JUZI angegriffen wurde.

Was ist passiert?

Am 9.12.89, drei Wochen nach dem Mord an Conny, sammelten sich auf dem Schützenplatz – wie schon vor zwei Wochen in Duderstadt – etwa 80 bewaffnete FAP-Mitglieder und zogen ca. eine Stunde später in die Innenstadt. Sie waren mit mehreren Pkw und einem Reisebus angereist. Der Reisebus hatte ein Itzehoer Kennzeichen. Mehrere Pkw kamen ebenfalls von außerhalb. Organisiert worden war diese Nazi-„Demonstration" von Karl Polacek, FAP-Führungsmitglied aus Mackenrode. Er fungierte während des „Aufmarsches" als Kontaktperson zur Polizei. Die Faschisten, von denen mindestens 40 in einheitlicher Uniformierung waren, führten schwarz-weiß-rote, mit Nazisymbolen versehene Fahnen und mehrere Transparente mit sich. Auf einem stand: „Deutsche macht euch frei – haut das JUZI zu Brei".

Ohne von der Polizei, die das Treffen von Anfang an observierte, behindert zu werden, zogen die Nazis durch die Innenstadt zum JUZI. Sie brüllten ausländerfeindliche und faschistische Parolen. (Auf dem Weg zum JUZI bewarfen die Faschisten eine Gruppe z.T. dunkelhäutiger Jugendlicher, die vor dem Jungen Theater standen, mit Steinen. Es gab mehrere Verletzte. Die Polizei griff nicht ein. Anm.d.S.) Mit Duldung der Polizei wurde das JUZI und die davorstehenden Leute mit Flaschen, Steinen und Signalmunition angegriffen. Erst als die BesucherInnen des JUZI versuchten, den Angriff abzuwehren und den Faschoaufmarsch auseinanderzutreiben, zeigte die Polizei Präsenz: Sie gaben den nun abziehenden Faschisten Rückendeckung, indem sie dem Aufmarsch mit ca. 20 Beamten folgten. Von diesem Zeitpunkt an wurde das JUZI durch zivile und uniformierte Polizeistreifen verstärkt observiert. Der Angriff der Faschisten fand um etwa 15.30 Uhr statt.

Wie immer wird an diesem Vorfall die Taktik der Polizei klar: Sie läßt die Faschisten in Ruhe ihre Aktionen machen und greift erst dann ein, wenn diese durch AntifaschistInnen in Bedrängnis kommen. Und wie so oft schon in der Vergangenheit wurde auch hier wieder deutlich, daß wir uns selber gegen Faschisten schützen und organisieren müssen. Wer uns dies immer noch vorhält, wer immer noch von einem Konfikt zwischen „rivalisierenden Jugendbanden" spricht, der stiehlt sich aus der Verantwortung und trägt seinen Teil zum immer offeneren und brutaleren Auftreten der Faschisten bei.

Wir sind froh, daß immer mehr Menschen merken, welche Rolle die Polizei in diesem Konflikt spielt; daß immer mehr Menschen merken, wie notwendig die antifaschistische Selbsthilfe ist und selber aktiv werden. Bereits eine halbe Stunde nach dem Angriff auf das JUZI beteiligten sich 300 Menschen an einer spontanen Gegendemonstration, um die inzwischen zum Schützenplatz zurückgekehrten Faschisten ganz aus der Stadt zu treiben. Gerade in den letzten Wochen und Monaten haben sich viele Gruppen gebildet, um selbst aktiv etwas gegen Rechtsextremismus und nationalistische Umtriebe zu unternehmen. Wir sind sehr erleichtert, daß mehr und mehr Menschen dem zunehmenden faschistischen Terror entgegentreten wollen. Damit zeigen sie, daß sie uns und die ausländischen Gruppen nicht mehr mit dem Problem alleinlassen wollen sondern erkannt haben, daß es auch ein Problem für sie ist.

Es ist nicht das erste Mal, daß ein CDU-Vorstoß zur Schließung des JUZI den Weg zu einem gewalttätigen Angriff auf das JUZI vorbereitet hat. Im März diesen Jahres wurde ein Brandanschlag auf das am JUZI hängende Hungerstreiktransparent verübt. Keine 48 Studen vorher hatte CDU-Multifunktionär MdL Hartwig Fischer in der örtlichen Presse seine Hetztiraden gegen die politische Arbeit des JUZI losgelassen.

Offensichtlich mobilisieren solche CDU-Vorstöße gerade auch das gewalttätige Saubermännerspektrum. Ob eine solche Wirkung beabsichtigt ist, können wir der CDU nicht nachweisen – aber wir werfen ihr vor, daß mit solchen Kampagnen die Stimmung derartig angeheizt wird, daß solche Angriffe erst möglich werden. Daß die Faschisten sich einem menschenverachtenden Schwarzweißdenken verschrieben haben, weiß auch die CDU. Mit ihrer Schließungskampagne fördert die CDU solche platten Stammtischparolen. Zu einer öffentlichen Diskussion um Faschismus und Rechtsextremismus tragen solche Kampagnen nicht bei – im Gegenteil: Sie lenken bewußt von den wirklichen Hintergründen ab.

JUZI-Plenum, 9. 12. 89

LETZTE MELDUNG:

Am Dienstag, den 12.12. sollte im Amtsgericht ein Prozeß gegen einen Antifaschisten stattfinden, dem vorgeworfen wird, das Auto eines Faschisten beschädigt zu haben. Dazu waren drei Skinheads als Zeugen geladen.

Aus Solidarität und Interesse hatten sich ca. 50 ProzeßbesucherInnen schon um 9 Uhr im Eingangsbereich versammelt. Da diese nicht alle in den Verhandlungsraum paßten, blieben ca. 15 Leute im Eingangsbereich (mit ausdrücklicher Erlaubnis! des Gerichtspräsidenten) zurück, um auf eventuell freiwerdende Plätze zu warten. Der Vorraum ist ein ca. 10 qm kleiner Glaskasten, dessen Eingangstür zum Gerichtsgebäude stets verschlossen ist. Kurz nach 9 Uhr kamen ca. 7 Skinheads. Sie wurden aufgefordert sich zu verziehen, worauf-hin diese Leuchtstifte und eine Gaspistole zogen und mehrmals aus kurzer Distanz auf die AntifaschistInnen zielten. Es gab keine Möglichkeit diesem Angriff auszuweichen. Glücklicherweise wurde niemand ernsthaft verletzt - einige AntifaschistInnen mußten jedoch mit Hornhautreizungen in ambulante Behandlung.

Die Skinheads konnten unbehelligt verschwinden. Wir stellen fest, daß die anwesenden zivilen und uniformierten Polizeibeamten es weder notfanden einzugreifen, noch eine Verfolgung der Skinheads aufzunehmen. Ebenso wundert uns, daß sie auf diese Situation scheinbar völlig unvorbereitet waren. Zufall? Absicht?

Die Verhandlung fand übrigens nicht statt, da zwei Belastungszeugen, die sich [illegible] das Gt am 13.12. berichtete ! - bei der ca. 7köpfigen Skin-Gruppe befanden, fehlten!

Skinheads schossen mit Gaspistolen im Amtsgericht

pid GÖTTINGEN, 12. Dezember. Rechtsextremistische Skinheads haben am Dienstag mit Gaspistolen und Signalmunition einen Angriff auf Autonome verübt, die im Vorraum des Göttinger Amtsgerichts auf Einlaß zu einem Strafprozeß warteten. Man sei in Göttingen inzwischen von den Skinheads viel gewohnt, sagte ein Sprecher der Kripo, aber ein Gasangriff im Gericht — das sei eine neue Dimension der Gewalt".

Vor dem Amtsgericht sollte sich ein Autonomer wegen Landfriedensbruchs verantworten. Hauptbelastungszeugen waren zwei als gewalttätig bekannte Rädelsführer der Skinheads. Etwa 20 weitere Autonome warteten auf im Vorraum des Gerichts auf Einlaß. Zur gleichen Zeit versammelten sich Skinheads in der Innenstadt. Minuten später erschienen sie vor dem Amtsgericht, rissen die Tür auf, schossen Signalmunition und Gaspatronen in den Vorraum, schwangen Stahlruten und machten sich dann aus dem Staub. „Die hatten alle Knarren dabei", sagten Autonome Minuten nach dem Gasüberfall. Mehrere von ihnen mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Unter den angreifenden Skinheads waren offenbar auch die beiden Belastungszeugen. Sie müssen nach Angaben der Polizei mit Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung rechnen.

Staatsanwalt Hans Heimgärtner sagte, er habe das Gericht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß mit Übergriffen zu rechnen sei, vor allem, nachdem der Autonomentreffpunkt „Juzi" am Wochenende von 80 Anhängern der rechtsextremen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), darunter auch zahlreichen Skinheads, angegriffen worden war. Die Polizei zog am Dienstag auf Anordnung des Gerichts aber erst auf, als alles vorüber war.

„Republikaner" arbeitet im Amt für Verfassungsschutz

BONN, 12. Dezem[illegible] (dpa). Die Sozialdemokra[illegible]rtige Ab[illegible]

FR 13.12.89

ZUSAMMENSTÖSSE MIT SKINS ODER ZIVIS

Wir bitten alle, die von Skinheads oder anderen Nazis in irgendeiner Weise angemacht, bedroht, angegriffen oder sonstwas wurden, uns ein kurzes Gedächtnisprotokoll über den Vorgang zur Verfügung zu stellen.
Stichwort: Skins c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10, 3400 Göttingen

Gleiches gilt auch für Zusammentreffen mit Zivilbullen. • Berichte gleiche Adresse, Stichwort: Zivis

Anfang Januar erscheint eine umfangreiche Dokumentation zu den Ereignissen um und nach Connys Tod und zum antifaschistischen Widerstand in Göttingen. Darin enthalten ist alles, was seit der verhinderten DVU-Veranstaltung am 16.6. bis heute in Stadt und Region Göttingen gelaufen ist.
Zu bestellen und zu beziehen ist diese Doku im:

Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen



.12.121

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

128

UNSER GEMEINSAMES LEBEN
HEISST HERZLICHKEIT, OFFENHEIT, FREUNDSCHAFT,
MUT ZUM WIDERSTAND UND ZUR UTOPIE
UND DER GLAUBE, DASS ES IMMER BESSER WIRD.





WER SO LEBENDIG IST,
MUSS FRAGEN STELLEN,
KANN LEBENSVERACHTENDE VERHÄLTNISSE NICHT AKZEPTIEREN,
SONDERN MUSS SICH WEHREN, MUSS KÄMPFEN
GEGEN DIE, DIE DAS LEBEN VERACHTEN
UND DAVON PROFITIEREN.





CONNY

IST TOT. ES WAR KEIN UNFALL.

WIR TRAUERN.



WIR KÄMPFEN WEITER.

Köln, den 8.6.90

D | M | V

[redacted]

Ident-Nr.: 931630

Betr.: Demonstration am 17.11.89 in Göttingen

Aus: Az. des BfV:
Nachrichtengeber, Datum, Az. des Nachrichtengebers:

Verfügung

(1) Reg. III bitte buchen unter dem o.g. Az. und Betreff

( ) Auskünfte PZD/P1/P2/OZK

( ) Schreiben an
( ) Schreiben an

( ) Ablichtung für

( ) Sachindex (SI)
OZK
P1-objektbezogen

(2) UR an III A 132 wegen Kts. Schr. 12/6.90
(2a) UR an III C 25 wegen Kts. Fra 19.6.
(2b) UR an — wegen
(2b) UR an III A 23 wegen [redacted] bitte Abl. [redacted]
(2) UR an wegen (gesamt an III A/32 verfügen)
zl. Res 5.7.90

( ).

( ) WV

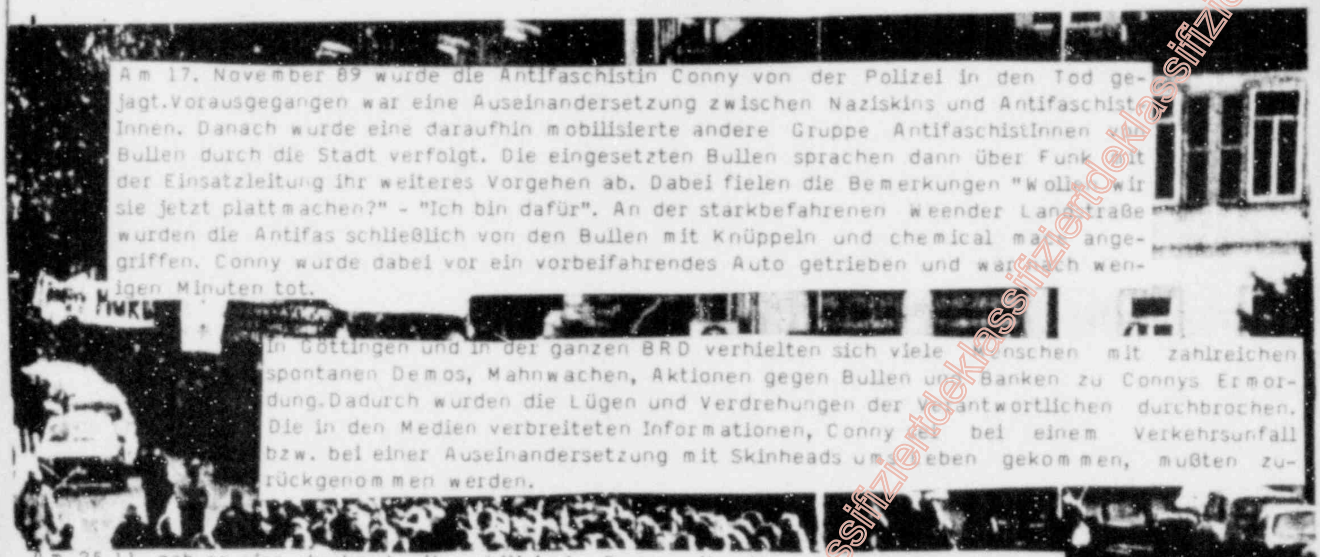
(3) zdA / He 8/6 I.A.

12989
12. 122

6089

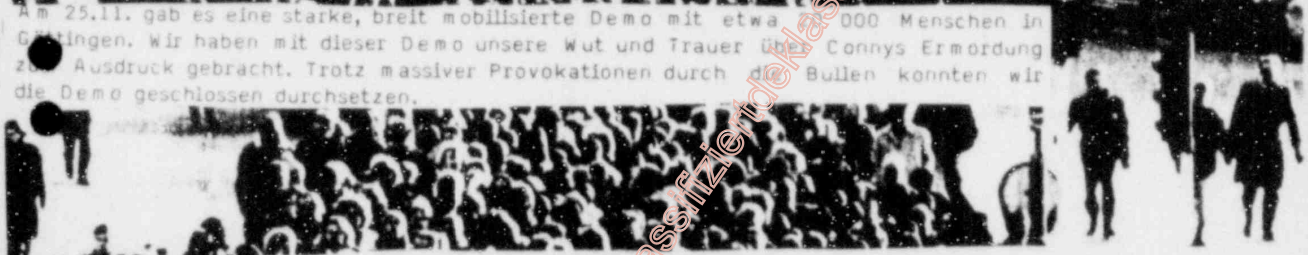
deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

7.6. Prozeß gegen Stefan aus Fürth/Nürnberg im Zusammenhang mit der bundesweiten Demo zu Connys Ermordung in Göttingen

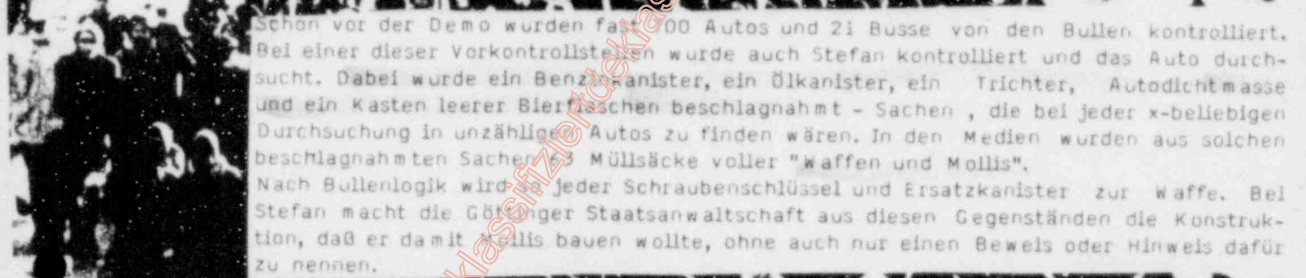


Am 17. November 89 wurde die Antifaschistin Conny von der Polizei in den Tod gejagt. Vorausgegangen war eine Auseinandersetzung zwischen Naziskins und AntifaschistInnen. Danach wurde eine daraufhin mobilisierte andere Gruppe AntifaschistInnen von Bullen durch die Stadt verfolgt. Die eingesetzten Bullen sprachen dann über Funk mit der Einsatzleitung ihr weiteres Vorgehen ab. Dabei fielen die Bemerkungen "Wollen wir sie jetzt plattmachen?" - "Ich bin dafür". An der starkbefahrenen Weender Landstraße wurden die Antifas schließlich von den Bullen mit Knüppeln und chemical mace angegriffen. Conny wurde dabei vor ein vorbeifahrendes Auto getrieben und war nach wenigen Minuten tot.

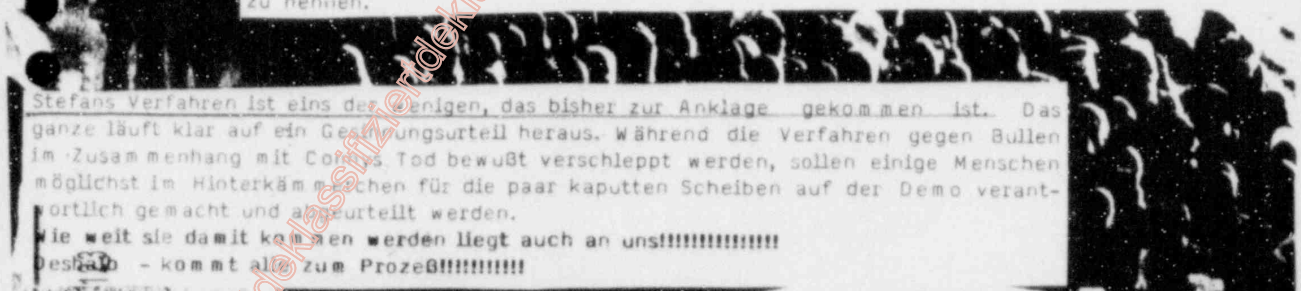
In Göttingen und in der ganzen BRD verhielten sich viele Menschen mit zahlreichen spontanen Demos, Mahnwachen, Aktionen gegen Bullen und Banken zu Connys Ermordung. Dadurch wurden die Lügen und Verdrehungen der Verantwortlichen durchbrochen. Die in den Medien verbreiteten Informationen, Conny sei bei einem Verkehrsunfall bzw. bei einer Auseinandersetzung mit Skinheads ums Leben gekommen, mußten zurückgenommen werden.



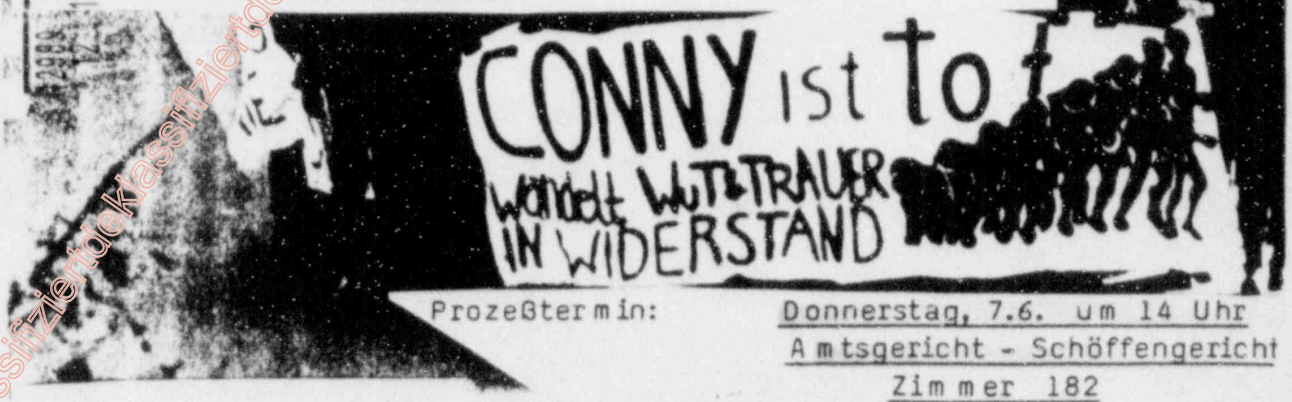
Am 25.11. gab es eine starke, breit mobilisierte Demo mit etwa 5.000 Menschen in Göttingen. Wir haben mit dieser Demo unsere Wut und Trauer über Connys Ermordung zum Ausdruck gebracht. Trotz massiver Provokationen durch die Bullen konnten wir die Demo geschlossen durchsetzen.



Schon vor der Demo wurden fast 1.000 Autos und 21 Busse von den Bullen kontrolliert. Bei einer dieser Vorkontrollstellen wurde auch Stefan kontrolliert und das Auto durchsucht. Dabei wurde ein Benzinkanister, ein Ölkanister, ein Trichter, Autodichtmasse und ein Kasten leerer Bierflaschen beschlagnahmt - Sachen, die bei jeder x-beliebigen Durchsuchung in unzähligen Autos zu finden wären. In den Medien wurden aus solchen beschlagnahmten Sachen 63 Müllsäcke voller "Waffen und Mollis".
Nach Bullenlogik wird jeder Schraubenschlüssel und Ersatzkanister zur Waffe. Bei Stefan macht die Göttinger Staatsanwaltschaft aus diesen Gegenständen die Konstruktion, daß er damit Mollis bauen wollte, ohne auch nur einen Beweis oder Hinweis dafür zu nennen.



Stefans Verfahren ist eins derjenigen, das bisher zur Anklage gekommen ist. Das ganze läuft klar auf ein Gesinnungsurteil heraus. Während die Verfahren gegen Bullen im Zusammenhang mit Connys Tod bewußt verschleppt werden, sollen einige Menschen möglichst im Hinterkämmerchen für die paar kaputten Scheiben auf der Demo verantwortlich gemacht und abgeurteilt werden.
Wie weit sie damit kommen werden liegt auch an uns!!!!!!!!!!!!!!!!
Deshalb - kommt alle zum Prozeß!!!!!!!!!!!!



Prozeßtermin: Donnerstag, 7.6. um 14 Uhr
Amtsgericht - Schöffengericht
Zimmer 182
Berliner Str. 4 - 8, Göttingen

V.i.S.d.P. E.Schmidt, Hamburg

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Köln, den 2.8.90

D W V

[redacted] Ru

Betr.: Demonstration am 17.11.89 in Göttingen

Aus: Az. des BfV: Arbeitsplatzablage III C 22
Nachrichtengeber, Datum, Az. des Nachrichtengebers:
Dokumentation Antifasch. Widerstand in Südniedersachsen 1989

Verfügung

Ident-Nr. 946991

(1) Reg. III bitte buchen unter dem o.g. Az. und Betreff

( ) Auskünfte PZD/P1/P2/OZK

( ) Schreiben an
( ) Schreiben an

( ) Ablichtung für

( ) Sachindex (SI)
OZK
P1-objektbezogen

( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen
( ) UR an wegen

( ).

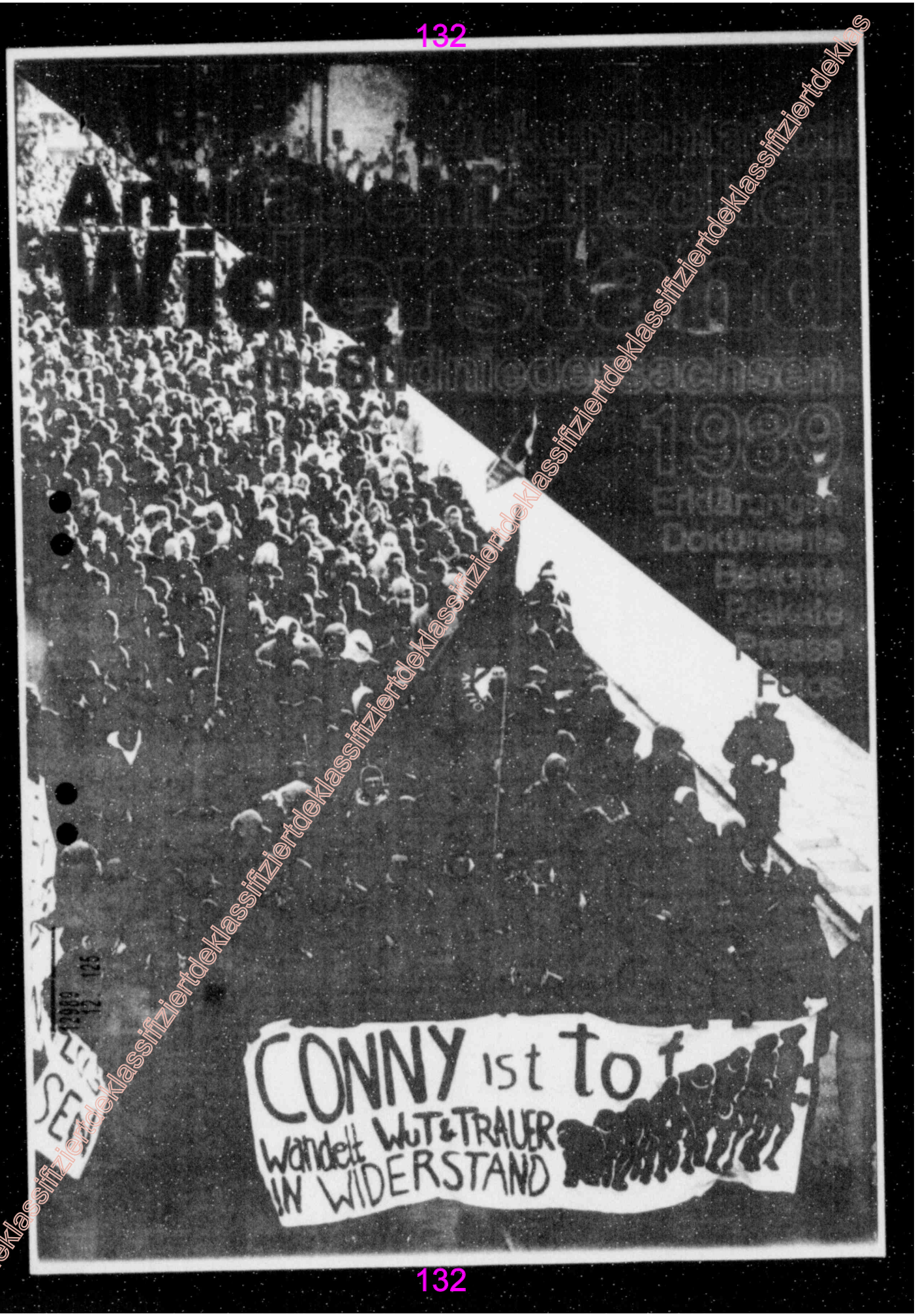
( ) WV (Z) zdA

I.A.

Ru 2/4

608a 12989 12. 124

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas



deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Niederlagen für Göttinger Staatsanwalt

Abstruse Anklagekonstruktionen gegen TeilnehmerInnen der Demonstration am 25. November 1989 zum Tod von Cornelia Weßmann halten vor Gericht nicht stand / Manipulierte Sicherstellungsprotokolle / Einziger „Erfolg" der Anklage: Geldstrafe wegen Mitführens von handelsüblichem Tränengasspray

Von Bernd Siegler

Der vergangene Freitag war ein schwarzer Tag für Staatsanwalt Hans Heimgärtner. Der für politische Verfahren zuständige Mann der Göttinger Anklagebehörde mußte mitansehen, wie seine mühsam zusammengebastelte Anklage gegen den 36jährigen Andreas V. aus Frankfurt am Main wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach. V. wurde freigesprochen wie schon eine Woche zuvor der 22jährige Stefan K. aus Nürnberg und Mitte Juli Marita S. aus Braunschweig.

Ihnen war zur Last gelegt worden, auf dem Weg zu einer Demonstration nach Göttingen am 25. November 1989 in Pkws „Waffen oder sonstige Gegenstände, die zur Verletzung von Personen oder Beschädigung von Sachen geeignet und bestimmt waren", mit sich geführt zu haben. Stolz hatte damals die Göttinger Polizeiführung der Presse 63 Müllsäcke mit beschlagnahmten Gegenständen vorgeführt, um das angebliche Gewaltpotential der Demonstration zu beweisen.

Wie 20.000 andere Personen auch wollten K., V. und S. gegen die Umstände demonstrieren, unter denen eine Woche zuvor Cornelia Weßmann zu Tode gekommen war: Nach Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Autonomen in der Göttinger Innenstadt hatte die Polizei am 17. November 1989 eine Gruppe von AntifaschistInnen verfolgt und kurz vor der stark befahrenen vierspurigen Weender Landstraße in die Enge getrieben. In dieser Gruppe hatte sich die 24jährige Studentin befunden. Auf der Flucht vor der Polizei rannte sie in ein Auto und wurde überfahren, sie starb noch am Unfallort.

Bereits kurz nach Weßmanns Tod war ein Mitschnitt des Funkverkehrs der beiden Polizeieinheiten bekannt geworden, die die Gruppe, in der sich die später Getötete befand, eingekesselt hatten. Danach hatte der Leiter eines Zivilstreifenkommandos (ZSK) bei dem Dienstabteilungsführer des 1. Reviers angefragt, ob man die Gruppe „plattmachen" könne. Die Frage wurde mit „ja" beantwortet.

Ein dreistes anpassungsfähiger Richter

Das Klima in Göttingen war entsprechend aufgeheizt, als K. mit seinem schon etwas altersschwachen Ford kurz vor der Stadt in eine Polizeikontrolle gerät. Beamte beschlagnahmen die im Kofferraum gefundene „Kiste Leergut mit 20 Flaschen" ebenso wie einen Kanister Benzin, einen Kanister Öl, einen Trichter sowie ein Päckchen Knetmasse.

Zwei Monate später steht die Anklageschrift. Für den zuständigen Staatsanwalt Heimgärtner ist dies kein Fall für den Strafrichter, sondern gleich für das Schöffengericht.

So schnell, wie Heimgärtner die Ermittlungen gegen die Polizeieinsatzleitung vom 17. November wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung eingestellt hat, so akribisch tüftelt er an abstrusen Anklagekonstruktionen gegen TeilnehmerInnen der Demonstration am 25. November. Dabei unterlaufen ihm Nachlässigkeiten. Zum Beispiel war K. nicht der Halter, sondern lediglich Fahrer des Fords. Angaben, wann und wo die Sicherstellung erfolgt ist, wer noch mit im Auto saß, ob es sich nun um „Waffen" im Sinne des Versammlungsgesetzes handelt oder nicht, und woraus gefolgert werden kann, daß die inkriminierten Gegenstände Eigentum von K. und zum Bau von Molotowcocktails bestimmt waren, fehlen in den Akten. „Das Verfahren hätte von Anfang an gar nicht eröffnet werden dürfen", folgert K.s Nürnberger Anwältin Ute Stöcklein. Trotzdem wird die Anklage zugelassen. Der erste Verhandlungstag am 7. Juni findet unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen (Leibesvisitation und Einlaßkarten für die BesucherInnen) statt. Sämtlich Fragen, die auf den spekulativen Charakter der Anklagekonstruktion abzielen, werden von Staatsanwalt Heimgärtner und Richter Schmitz barsch als „Prozeßverzögerung" zurückgewiesen.

Bei der Fortsetzung der Verhandlung am 4. OKtober schließlich taucht Heimgärtner plötzlich nicht mehr auf. Statt dessen plädiert Staatsanwalt Stange, Vorgänger von Heimgärtner in der politischen Abteilung, aufgrund der unhaltbaren Anklage sofort auf Freispruch. Richter Schmitz zeigt sich dabei als anpassungsfähig. Hatte er zuvor Heimgärtners harte Haltung in jedem Punkt mitgetragen, schließt er sich jetzt der neuen Linie von Stange an. „Das war ein voller Rückzug der Staatsanwaltschaft und kein Ausdruck der Unabhängigkeit des Gerichts", kommentiert Anwältin Ute Stöcklein denn auch den Freispruch.

Zum Rückzug mußt Heimgärtner auch bei Marita S. aus Braunschweig blasen. Bei der Kontrolle am Göttinger Stadtrand wurden in ihrem Auto eine Wagenheberstange und ein Hammer beschlagnahmt; so war es auch auf ihrem Durchschlag des Sicherstellungsprotokolls vermerkt.

Heimgärtners Anklage basierte jedoch auf einem Protokoll, bei dem mit anderer Schrift zusätzlich zu den beiden Gegenständen noch „1 Stoffhaube und 2 Knieschützer" aufgeführt waren. Ein entsprechendes Foto mit allen Gegenständen war den Akten ebenfalls beigefügt. Erst bei der Verhandlung Mitte Juli wird die Manipulation aufgedeckt. Es kommt zum Freispruch.

Der vorläufig letzte Prozeß in dieser Reihe — noch ist nicht bekannt, ob die Staatsanwaltschaft in Berufung gehen wird — endete am Freitag ebenfalls mit Freispruch. In dem Auto, das Andreas V. fuhr, wurden am 25. November sogenannte Schutzwaffen wie Helme und Knieschoner gefunden. Die Liste der sichergestellten Gegenstände umfaßt eine ganze DIN-A-4-Seite. Alle vier FahrzeuginsassInnen sind bis zum Ende der Demonstration in polizeilicher Vorbeugehaft genommen worden, da der Computer bei der Überprüfung der Personalien ein Vorstrafe ausgespuckt hatte, die die Beamten und später auch den Staatsanwalt Heimgärtner voreingenommen hatte: V. war 1977 im Zusammenhang mit der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann zu zehn Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Grund genug für Heimgärtner, flugs alle im Kofferraum gefundenen Gegenstände V. zuzuordnen, obwohl dieser gar nicht Halter des Fahrzeugs war.

Zwei weitere im Auto mitfahrende Frauen wurden dagegen nicht belangt. Die vierte Mitfahrerin, Andrea B., wurde — und das ist der einzige „Erfolg" Heimgärtners — wegen Besitzes eines im Handel zugänglichen Tränengassprays zu 180 D-Mark verurteilt.

Doch das Schöffengericht sah sich im Fall V. außerstande, der Logik Heimgärtners zu folgen. Es verneinte eine pauschale Haftung des Wagenlenkers für alle im Fahrzeug aufgefundenen Gegenstände. Im Laufe des Verfahrens kam ans Tageslicht, daß schon der anzeigerstattende Beamte der Göttinger Kripo in den Akten vermerkt hatte, daß die Gegenstände „keiner Person zuzuordnen" seien. Dennoch hatte Heimgärtner Anklage erhoben und auf eine empfindliche Geldstrafe von vierzig Tagessätzen à 20 D-Mark plädiert. „Die Anklage hätte mangels Masse überhaupt nicht zugelassen werden dürfen", rügt V.s Anwalt Knut Pfeiffer aus Kassel Gericht und Anklagebehörde.

Pfeiffer hatte während des ganzen Verfahren vergeblich versuchte, Staatsanwalt Heimgärtner von dem Fall entbinden zu lassen, da dieser auch für die Einstellung der Verfahren gegen leitende Göttinger Polizeibeamte verantwortlich und daher ein objektives Ermittlungsverfahren von ihm nicht zu erwarten sei.

Im Innenausschuß des niedersächsischen Landtags hatte der Polizeieinsatz vom 17. November zu heftigen Kontroversen geführt. Der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen und heutige Minister für Bundesangelegenheiten, Jürgen Trittin, hatte die täglich wechselnden Polizeiversionen über den Einsatz als „rechtfertigende Verarschung der Öffentlichkeit" bezeichnet und den Polizeieinsatz für den Tod von Conny Weßmann verantwortlich gemacht.

Davon will Heimgärtner nichts wissen. In seiner Einstellungsbegründung kommt er am 10. Juni zu dem Schluß, daß alles „rechtmäßig" verlaufen sei. Gegenüber den Einsatzleitern könne kein Vorwurf der fahrlässigen Tötung erhoben werden. „Anders wäre es freilich, wenn die Anordnung oder die Durchführung des Versuchs der Personalienfeststellung pflichtwidrig gewesen wäre." Das sei aber nicht der Fall gewesen, da „die Annahme zumindest naheliag", daß die Gruppe, in der sich die später Getötete befand, vorher in die Auseinandersetzung mit den Skinheads verwickelt gewesen war.

Plattmachen ist nur ein „flapsiger" Ausdruck

Hatte Göttingens Schutzpolizeichef Lothar Will bereits einen Tag nach dem Tod von Conny Weßmann den Ausdruck „plattmachen" als „flapsigen" Ausdruck für die Anordnung einer Personalienfeststellung abgetan, übertrifft der eifrige Staatsanwalt noch diese Polizeiversion. „Die Formulierung wird darüber hinaus auch für das bloße Festhalten von Personen verwendet." Heimgärtner versucht gar, die Schuld an dem Unfall auf das „unerlaubte Mithören" des Funkverkehrs abzuwälzen. Dies sei Anlaß für die Flucht und letztendlich den Tod der Studentin gewesen.

Was Heimgärtner als „zuverlässig sicheres Bild" bezeichnet hat, veranlaßte den Göttinger Anwalt Jürgen Ahrens im Auftrag von Andrea Weßmann, der Schwester der Getöteten, Beschwerde gegen den Einstellungsbeschluß einzulegen. Aufgrund der Auswertung des Polizeiaussagen kommt Ahrens zu dem Schluß, daß bereits die Anordnung zur Personalienfeststellung der Gruppe, in der sich Conny Weßmann befand, rechtswidrig gewesen war. Man könne keinesfalls, wie die Polizei behauptet, davon ausgehen, daß diese Gruppe zuvor an einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit Skinheads beteiligt war. Er wirft der Polizei vor, es unterlassen zu haben, an dem Ort der geplanten Personalienfeststellung, einer stark befahrenen Straße, irgendwelche Absperr- und Sicherungsmaßnahmen zum Beispiel durch Einschalten von Blaulicht zu ergreifen, um den Verkehr zu warnen. Zudem sei die Gruppe von der Polizei über längere Zeit „verfolgt, wenn nicht gar gejagt worden", so daß vor dem geplanten Zugriff mit einem Weglaufen über die Straße zu rechnen gewesen wäre. Da „Cornelia Weßmanns Tod angesichts der konkreten Situation vermeidbar und vorhersehbar" war, ergebe sich ein „hinreichender Tatverdacht bezüglich eines zumindest fahrlässigen Tötungsdelikts gegen die Beamten der Einsatzleitung".

Bezüglich der Funkpassage „sollen wir sie jetzt plattmachen" verweist der Göttinger Anwalt auf einen Ausschnitt aus dem Funkverkehr, der sich im Rahmen des Gladbecker Geiseldramas am 17. August 1988 zwischen 18.08 Uhr und 18.10 Uhr in Bremen-Huckelriede abgespielt hat. Genau zu diesem Zeitpunkt erwogen Beamte des „Mobilen Einsatzkommandos" (MEK), den von den Geiselnehmern gekaperten Bus mit dem Ziel zu stürmen, Rößner und Degowski „unschädlich" zu machen.

Um 18.10 Uhr heißt es über Funk: „Kann jetzt mal jemand definitives Wort sprechen, ob wir die jetzt endlich plattmachen sollen." Ahrens bezweifelt, „daß es das Ziel der MEK-Beamten in dieser Situation war, die Personalien der Herren Rößner und Degowski festzustellen".

Für dieses Wochenende, dem Jahrestag des Todes von Cornelia Weßmann, ist in Göttingen wieder eine bundesweite Demonstration ge-



Demonstration am 25. November 1989 zum Tode von Conny Weßmann in Göttingen. Foto: ap

Die Erblast der NVA: sowjetische MiG-29 und ihre Piloten

Die Bundeswehr kämpft mit der Integration des Ost-Militärsystems / Erheblicher Parteienstreit um die Zukunft der Superjäger / Landen die MiG-29 aus dem Besitz der NVA auf der Müllhalde?

Von Yacine Le Forestier

Cottbus (afp) — Mit 2.400 Kilometern pro Stunde kreuzen Bundeswehrsoldaten derzeit in schwindelerregender Höhe über Deutschland fliegen. Denn mit der Vereinigung übernahm die gesamtdeutsche Armee nicht nur marode Kasernen der Nationalen Volksarmee (NVA), sondern auch deren ganzen Stolz: die hypermodernen sowjetischen Jagdflugzeuge vom Typ MiG-29.

Damit ist die Bundesrepublik das einzige Land im westlichen Militärbündnis, das über die Paradejäger der Roten Armee verfügt. Doch derzeit stehen die Motoren noch still, denn der plötzliche Kurswechsel der Flugzeuge vom Warschauer Pakt in die Nato stellt Piloten und Politiker vor immense Schwierigkeiten.

Die Probleme beginnen schon bei der Verständigung zwischen den Soldaten aus Deutschland Ost und West. Die ehemaligen NVA-Piloten, allein mit den sowjetischen Flugzeugen vertraut, funkten bisher in russischer Sprache. Nun sollen Intensivkurse in Englisch möglichst rasch eine deutsch-deutsche Kommunikation des Ost-West Wolken ermöglichen.

„Seit rund zwei Wochen sind wir jetzt schon am Boden und nutzen die Pause genutzt, um Englisch zu lernen. Aber unsere erste Operation wird noch lange auf sich warten lassen", prophezeit Elitepilot Michael Baumgart in Preschen bei Cottbus, wo 24 Maschinen des Typs MiG-29 ordentlich aufgereiht auf ihren Einsatz warten.

Auch die militärischen Navigationssysteme unterschieden sich in östlichen und westlichen Flugräumen. Die Luftwaffe der Bundeswehr will ohnehin nur rund 100 der 540 ostdeutschen Piloten weiterbeschäftigen. „Wir haben keine Zeit zu verlieren. Nur die Anpassungsfähigsten werden übernommen", stellt der 30jährige Baumgart klar.

Außer ihm strengen sich allein in Preschen 40 ehemalige NVA-Piloten an, sich die Nato-Regeln in kürzester Zeit einzupauken. Das Schicksal ihrer technischen Weggefährten, der MiG-29, ist noch mehr als ungewiß. Den Jagdbombern droht aus politischen Gründen die Abschiebung in den Osten oder die Verschrottung. Obwohl sie technologisch höchstes Niveau haben, will sich die Bundeswehr mit ihren neuen Jagdflugzeugen nicht anfreunden.

Selbst wenn der kalte Krieg seit Beginn der Vergangenheit anzugehören scheint, zögern die Generäle auf der Hardthöhe, sich in eine einseitige Abhängigkeit zur Sowjetunion zu begeben. Zu reizvoll für den leistungsstarken Boxer erschien in Moskau bestellt werden.

„Wir werden Leistung und Kosten für die Unterhaltung der Flugzeuge genau abwägen und dann eine Entscheidung treffen", drückt sich der Bonner Staatssekretär für Verteidigung, Willy Wimmer (CDU), bei einem Besuch in Preschen sehr vorsichtig aus. Hier beginnt der Parteienstreit: Nach Ansicht von Erwin Horn, SPD-Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag, sollten die Deutschen sämtliche MiG-29 übernehmen. Er plädiert im Gegenzug für einen Ausstieg aus dem teuren Jäger-90-Projekt. „Keiser wird verstehen, daß wir angesichts unserer dramatischen Verschuldung neue Waffensysteme der NVA wie die MiG-29 auf die Müllhalde wandern lassen, um statt dessen Milliardenaufträge für Rüstung zu vergeben", erklärt Horn.

Die militärische Ausrüstung der ehemaligen Volksarmee erreicht den stattlichen Wert von 90 Milliarden D-Mark. Doch nach der Unterzeichnung der Wiener Verträge zur konventionellen Abrüstung müßte das ostdeutsche Waffenarsenal voraussichtlich auf einen Wert von 45 bis 50 Milliarden D-Mark schrumpfen, sagt Horn. „Wir müssen also die verzichtsfähigen Waffen übernehmen, meint der SPD-Verteidigungsexperte.

Eine Abhängigkeit von sowjetischen Ersatzteillieferungen für die MiG-29 fürchtet Horn jedenfalls nicht: „Das ist ein hervorragendes Modell für die Zusammenarbeit in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem."

Bundesamt für Verfassungsschutz Köln
Az. [redacted]

VS-Grad: D | M | V
(Stempel)

☒ FERNSCHREIBEN
☐ FERNKOPIE

Köln, den 23. Oktober 1990

(Stempel S-Stelle)

Fernschreibstelle BfV

04598 23.10.90 13:22

Ident-Nr.: 9 68101

Beförderungsvermerk: gewöhnlich

FS / FK - Nr.:
Kryptiert / offen:
Gestanzt:
Abgesetzt:
Mitleseblattschutter und Lochstreifen vernichtet:
Blattzahl:

Empfänger:

1. An alle LfV

Text des zu übermittelnden Schriftstückes

Betr.: Antifaschismusarbeit der Neuen Linken
hier: Geplante bundesweite Demonstration am 17.11.1990 in Göttingen

In der "TAZ" vom 15.10.1990 ist ein Artikel über die Demonstration am 25.11.1989 zum Tode von Cornelia WESSMANN und den AUsgang mehrerer Ermittlungsverfahren abgedruckt. Am Ende des Artikels wird auf eine geplante bundesweite Demonstration in Göttingen am 17.11.1990, dem Jahrestag des Todes von Cornelia WESSMANN hingewiesen.
Es wird um Mitteilung aller vorliegenden Erkenntnisse über diese Demonstration gebeten. Außerdem ist von Interesse, welche Gruppierungen für diese Demonstration mobilisieren.

12989 12 127

WV III A 52

Im Auftrag

[redacted]

1114 a

( )

Für interne Vfg. bitte wenden oder Beiblatt verwenden.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Landesamt für Verfassungsschutz

BERLIN

D | 11 | V

Fernschreibstelle BfV

Landesamt für Verfassungsschutz, Auf dem Grat 2, D-1000 Berlin 33

Fernschreiben 01347 vom 08.11.90

An den
Niedersächsischen Minister
des Innern
- Abteilung 4

3000 Hannover 1

Bundesamt für Verfassungsschutz
- Abteilung II -

5000 Köln 1

Telefax (0 30) 8 90 93 82
Vermittlung (0 30) 8 90 [redacted]
Intern (95)
(Durchwahl)
8 67 42 18

Datum
8.11.1990

Zimmer
268

Bearbeiter(in)

Geschz. (bei Antwort bitte angeben)

[redacted]

III A 5 II
B.R. (Fachlehrer?)
9.11.

Verschlüsselt

Ident-Nr.: 974417

Betr.: Unorganisierter Linksextremismus
hier: Demonstration am 17. November 1990 in Göttingen

[redacted]

In Berlin wird für die Teilnahme an der o.a. Demonstration in starkem Maße mobilisiert. Über die Anzahl der aus Berlin anreisenden Personen können gegenwärtig noch keine Angaben gemacht werden.

Im Auftrag

[redacted]

Fs / FK | Kurier

Absender: Berlin

Blattzahl:

Fernschreiben Nr.:
Telekopie Nr.: 241 T
Eingang Blattzahl 1
Datum: 8.11. Uhrzeit: 1313
Ausgang
Datum: 8.11. Uhrzeit:

12989 12. 142

n R

z. z. d. R

Verkehrsverbindungen:
U-Bahn Oskar-Helene-Heim
Bus-Linien 10, 18, 50

Zahlungen bitte bargeldlos an die Landeshauptkasse Berlin
1000 Berlin 30

Kontonummer	Geldinstitut	Bankleitzahl
88 100	PGiroA Bln	100 100 10

oder auf das Konto des Landesamtes für Verfassungsschutz

Kontonummer	Geldinstitut	Bankleitzahl
9980043800	Berliner Bank	100 200 00

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

TELEX BLANC NEIGE SNEEUWWIT SNOW WHITE SCHNEEWEISS

B | M | V

SOFORT

Fernschreibstelle BM

01506 09.NOV 90 08:46

nnnn

zczc 420 vzvbu 090837

III A5

Fs / FK | Kryptiert

Absender: ff Münster

Blattzahl:

[redacted]

+sss nwmupp nr 225 0911 083

Ident-Nr.: 974418

nw
01 alle pb 14.k
02 duesseldorf im (roem 4 a 3 nachr.)
03 duesseldorf imv
ni
04 hannover im (abt. 2 nachr.)
05 hannover im (abt. 7 nachr.)
06 goettingen kpi (z.k.)
07 goettingen spi (nasiste)

08 wiesbaden bka (te)
bu
09 meckenheim bka (st)
10 koeln bfv=

betr.: mahnwache und groszdemonstration in goettingen am 16./17.11.90
hier: flugblattverteilung zur demonstrationsteilnahme und zu vorbereitungstreffen in muenster,

bezug: fs-nr. 579 von 07 vom 07.11.90,
(nicht an 09 u. 10)

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklass

TELEX SCHNEEWEISS TELEX BLANC NEIGE TELEX SNEEUWWIT TELEX BLANC NEIGE

12989 12. 144

in muenster erfolgte flugblattverteilung, die sich thematisch mit dem todesfall conny w. vom 17.11.d. befaszt. unter der ueberschrift: ''nichts und niemand wird vergessen --conny--'' (alles in groszbuchstaben) wird zur teilnahme an der bundesweiten demonstration am todestag von conny, am 17.11. in goettingen, aufgerufen. weiterhin wird auf zwei vorbereitungstreffen in muenster hingewiesen. beim ersten treffen am 07.11. sollen ''leute aus goettingen'' anwesend gewesen sein. das zweite vorbereitungstreffen soll am 13.11. stattfinden. zu der veranstaltung vom 07.11. liegen hier keine erkenntnisse vor, da die flugblattverteilung erst spaeter bekannt wurde. beide treffen finden im themroc, 4400 muenster, bremer str., statt. hierbei handelt es sich um ein cafe, in dem sich die muensteraner te-szene und das autonome umfeld trifft.

bei vorliegen weiterer erkenntnisse wird nachberichtet.

flugblattuebersendung an lka nw, 03, 06, 07, 08, 09 u. 10 erfolgt per fax.

pb: nr. [redacted] tel.: 0251 / 275 - 2366.=

muenster pp, pb room 2, tgb.-nr.: 2765/90, ia [redacted] 081190+

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

TELEX BLANC NEIGE TELEX SNEEUWWIT TELEX SNOW WHITE TELEX SCHNEEWEISS

D M V

nnnn **SOFORT**

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Fernschreibstelle BfV

02515 14.NOV 90 10 [illegible]3

zczc 675 vzvbu 141035

Fs / FX | Kopiert

Absender: BV Bremen

Blattzahl:

[redacted]

+sss nbnbtv nr 024 1411 1023=

Ident-Nr: 97116/19

bu

01 koeln bfv (abt. roem. 3)

ni

02 hannover lfv=

--vs-nur fuer den dienstgebrauch--

betr.: bundesweite demonstration am 16./17.11.1990 in goettingen anlaesslich des todestages von cornelia w e s t m a n n

bezug: fernschreiben nr. 4598 des bfv vom 23.10.90 az.: [redacted]

die bremer autonome ''antifaschistische aktion '' rief auf einer info-veranstaltung am 11.11.1990 zur teilnahme an der mahnwache am [illegible].11. und der demonstration am 17.11.90 in goettingen auf.

fuer die anfahrt wird ein bus gechartert.

es wird mit einer teilnehmerzahl von 50-80 personen gerechnet, deren stimmung als aktions- bzw. gewaltbereit umschrieben werden kann.

das flugblatt ''nichts ist vergessen und niemand'' wird derzeit in den einschlaegigen autonomen ''szene-treffs'' in groszem umfang verteilt.=

bremen lfv,az. [redacted],ia:gez.: [redacted],fs 084+

12989 12 145

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

14.11.90 15:03 NIEDERS. INNENMINISTERIUM 001

M V

Niedersächsisches Innenministerium
Postfach 4420
3000 Hannover 1
Telefax-Rufnr.: 0511/6709-388

Fernschreibstelle BfV

[redacted] 02688 14.NOV.90 15:24

An Ident-Nr.: 42
Telekopierer 974420

TELEKOPIE

s / FK | Kryptiert
Absender: Hannover
Blattzahl: - 1 -

AN: BfV III C [redacted] 14.11.

VON: 43449

SEITENZAHL: 1
(ohne dieses Deckblatt)

DATUM: 14.11.1990

**Bitte,
gleich aushändigen!
Danke.**

Achtung:

Sollte diese Telekopie nicht fehlerfrei übermittelt worden sein,

bitte sofort 0511/6709-390 oder den zuständigen Bearbeiter anrufen.

12989 07.90

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

zczc 261 vsvni 141221
eee brbr nene

zz

+eee ninnpd nr 056 1411 1220=

ni
01 nannover im (abt 2 nachr)
02 nannover im abt 4 (nachr)
03 nannover lka (abt 6)
04 nannover br (303/304 nachr)
05 nannover pp (nachr)
06 nannover pd ltr k
07 nannover pd (s 1)
08 braunschweig br (303/304 nachr)
09 goettingen spi (nasiste)
10 goettingen kpi (7. k)
br
11 berlin pp dir vp c
ne
12 wiesbaden bka (te nachr)=

demonstration in goettingen am 17.11.90, jahrestag des todes der cornelia wissmann

bezug: fs.-nr. 844 v. 29.10.90, spi goettingen
fs.-nr. 657 v. 09.11.90, kpi goettingen

nach bisherigen erkenntnissen beschaeftigt sich die nies. linke autonome szene mit dem o.a. thema. entsprechende bekannte flugblaetter wurden hier verteilt. letztmalig auch anl. eines einsatzes vom 09.11.90, thema ''reichspogromnacht'', antifa '90. am 12.11.90 fand in der uni hannover ein sog. vorbereitungstreffen zur conny-demo statt. es konnten ca. 10-20 anwesende festgestellt werden. danach ist zum jetzigen zeitpunkt von einer teilnehmerzahl von ca. 40 hannoveraner auszugehen. eine endgueltige zahl oder auch naehere angaben ueber abfahrt-modalitaeten lassen sich bislang nicht festlegen. es soll sich jedoch vornehmlich um personen der gemaesigten szene handeln. so will man sich denn auch um einen moeglichst stoerungsfreien verlauf der demonstation ohne weitere eskalationen bemuehen.
im kontext der aktuellen ereignisse in berlin nimmt die nies. szene eine insgesamt eher abwartende haltung ein und raeumt evtl. sogar berlin bei entsprechender brisanz eine hoehere prioritaet ein als goettingen.
bei vorliegen weiterer erkenntnisse wird entsprechend nachberichtet.=

hannover kfi 7. (7.2 k, tgb.-nr. 1277/90/ro) ia [redacted] 141190+

147
12989

telecopy TELEX db boeder

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

D | M | V

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Fernschreibstelle BfV

02924 15.NOV 90 14:29

Fs / FK | Kryptiert

Absender: BfV Düsseldorf

Blattzahl:

+eee nwdfvz nr 116/123 1511 1115=

01 duesseldorf lka (abt. 2)
02 bielefeld pp (pb roem 2)
03 muenster pp (pb roem 2)
04 duesseldorf pp (pb roem 2)
05 aachen pp (pb roem 2)
06 duesseldorf im (abt. roem 4 nachr)=
[redacted]
07 koeln bfv (ueber elcro erledigt)
08 hannover lfv (ueber elcro erledigt)

--vs-nfd--

III

Ident-Nr: 974421

betr.: antifaschismusarbeit der neuen linken,
hier: geplante bundesweite demonstration am 17.11.1990
in goettingen

bezug: fernschreiben des bfv nr. 4598 v. 23.10.1990

nach hier vorliegenden erkenntnissen wird in folgenden staedten nordrhein-westfalens zur teilnahme an o.a. demonstration mobilisiert:

1.- bielefeld:--

mobilisierung durch flugblattverteilung an einem infotisch der ''autonomen uni-gruppe bielefeld'' am 05.11.1990 sowie durch vorbereitungstreffen im ''infoladen anschlag'' in bielefeld.

als unterstuetzergruppen sind genannt:

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

sb

- antifa halle, autonome antifaschisten/innen detmold, buergertreff raeuber hotzenplotz, studentenclub lemgo e.v., hausverwaltung alte pauline detmold, autonome antifa paderborn, antiimperialistischer arbeitskreis paderborn, antifacafe paderborn, antifaladentag im infoladen anschlag bielefeld, autonome ladengruppe paderborn, os-antifa, ak-internationalismus im infoladen anschlag bielefeld, autonome frauenhilfe bielefeld -.

zur teilnehmerzahl und abfahrtzeiten liegen bisher keine erkenntnisse vor.

2)--muenster:--

mobilisierung durch flugblattverteilung sowie durch vorbereitungstreffen im ''cafe themroc'' in muenster. es sollen 15 bis 20 personen aus muenster an der demonstration teilnehmen. ueber abfahrtzeiten liegen bisher keine erkenntnisse vor.

im uebrigen nehme ich bezug auf die fernschreiben nr. 922 des pp krefeld - pb room 2 - vom 13.11.1990 und nr. 225 des pp muenster - pb room 2 - vom 09.11.1990.

auszerdem sind hier aufrufe zu einer demonstration am 25.11. 1990 in goettingen aus den staedten aachen und duesseldorf bekannt geworden.=

duesseldorf imv room 6 a 4/6 - 97 602-3/90 vs-nfd ia [redacted]

151190+

12989 12. 149

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiz

BMV

Fax Nr. 1691 ... Kl. 1e
Blattzahl: 1
Dat. 15.11. Uhrzeit 1458
Kennzeichen: Lo

Fernschreibstelle BfV

LANDESAMT
FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

323.2-086-S-210059-40/90
Aktenzeichen (bitte bei Antwort angeben)

02963 15.NOV90 15:33

PER TELEFAX

Vorlage schlecht lesbar

Durchwahl 720 0

Datum 15. November 1990

01 Hannover LfV

dent-Nr.: 574422

02 Köln BfV - nachrichtlich -

03 Wiesbaden HLKA - Abt. V - (nachrichtlich)

Fax Kryptiert

Absender: LfV Wiesbaden

Blattzahl: -1-

[redacted]

Betr.: Geplante bundesweite Demonstration am 17. November 1990 in Göttingen

Bezug: BfV [redacted] vom 24. 10. 1990

Nach einer hier vorliegenden Information beabsichtigen etwa 100 Personen aus dem Rhein-Main-Gebiet an der bundesweiten Demonstration am 17. November in Göttingen teilzunehmen. Die Anfahrt soll bereits am 15. November erfolgen.

Diese Teilnehmer wollen sich am 17. November in Göttingen an der Uni (Mensa) um 10.00 Uhr treffen.

Zum Ablauf der Demonstration wurde weiter bekannt:

1. Aufstellung

   a) Frauenblock
   b) Göttinger Block
   c) Aufstellung nach Regionen

2. Die Demonstration soll bis zum "Mahnmal" ruhig verlaufen, danach sei sie "offen".

3. Die Teilnehmer wollen Schutzkleidung, Helme u.a. mitbringen.

[redacted]

12989 12. 150

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

+49-89-31201-380 BAY. LFV

D M V

248 P01 15.11.90 14:59

SOFORT

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

BAYERISCHES LANDESAMT
FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ
31303

München, den 15.11.90

Fernschreibstelle BfV

Sende 02962 15.NOV90 15:33

sss - Telefax ~~Fernschreiben~~ Nr. 27/28

01 Köln BfV
02 Hannover LfV

Fs / FK	Kryptiert
Absender: BV München	
Blattzahl: -1-	

Betr.: Geplante bundesweite Demonstration am 17.11.90 in Göttingen

Bezug: FS-Nr.4598 v. 23.10.90/BfV

Zur o.g. Demonstration mobilisiert das autonome/antiimperialistische Spektrum bayernweit. Derzeit muß mit einem Potential von ca. 200 Personen gerechnet werden. Die Anreise erfolgt z.T. mit Omnibussen (Nürnberg derzeit zwei) bzw. mit Privat-Pkw.

Erkenntnisse über besondere Aktionen liegen bis jetzt nicht vor, da von den regionalen Spektren noch Vorbereitungstreffen geplant sind.

Bei Vorliegen weitergehender Erkenntnisse wird nachberichtet.

[redacted] - [redacted]

Ident-Nr.: 974423

12989 12. 151

[redacted] 26.11.

gez.: I.A. [redacted]
I.A.

Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz
[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

SOFORT

Fernschreibstelle BfV

03345 16.NOV 90 15 03

D M V

+sss bwstvz nr 1338 1611 1440=

VS-NUR FUR DEN DIENSTGEBRAUCH

bw
01 stuttgart imlpp
02 stuttgart lka
ni
03 hannover lfv
bu
04 koeln bfv=

Ident-Nr.: 974424 16.11.

Fs PK [illegible]ptiert
Absender: Ltv Stuttgart
Blatt:

[redacted]

--vs-nur fuer den dienstgebrauch--

betr.: linksextremistische bestrebungen
hier : demonstration in goettingen am 17. nov. 1990
anlaesztlich des jahrestages der todes der
kornelia --weszmann--
bezug: hiesiges fs nr. 013 vom 15. nov. 1990,
az.: [redacted] beigefügt

55

wie inzwischen bekannt wurde, wird per flugblatt auch in konstanz zur teilnahme an der obengenannten demonstration aufgerufen. informationen ueber die moegliche anzahl der teilnehmer liegen nicht vor.

--zusatz fuer 03 und 04--

dem lka baden-wuerttemberg wurde bekannt, dasz ca. 80 - 100 personen des militanten linksextremistischen spektrums aus baden-wuerttemberg an der demonstration teilnehmen wollen. aus heidelberg wird mit 20 - 30 teilnehmern gerechnet, die per pkw anreisen wollen. von mannheim werden ca. drei pkw's nach goettingen fahren. ferner wurde beim lka bekannt, daß aus dem bereich darmstadt ein omnibus mit angehoerigen der militanten autonomenszene anreisen wird. in allen faellen werden ausruestungsgegenstaende (passive bewaffnung) mitgefuehrt.=

12989 152 12

stuttgart lfv, az.: [redacted] dr. rannacher
161[illegible]0+

gsl fuer nr 1338 vom 1611/1457
8882630 bfv d
7254533 vbwd d

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX BLANC NEIGE TELEX SNEEUWWIT TELEX BLANC NEIGE TELEX SCHN

Fernschreibstelle BfV

02955 15.NOV90 15:27

nnnn

zczc 801 vzvbu 151507

(2)

Fs / FK / Kr. ptiert
Absender: LfV Stuttgart
Blattzahl:

+eee bwstvz nr 013 1511 1456=

bw
01 stuttgart imlpp
02 stuttgart lka
ni
03 hannover lfv
bu
04 koeln bfv=

betr.: linksextremistische bestrebungen
hier : demonstration in goettingen am 17. november 1990 anlaesslich des jahrestages des todes der kornelia --weszmann--
bezug: lksers nr. 8056 vom 29. oktober 1990 und nr. 8316 vom 8.11.1990

bislang liegen hier keine informationen ueber eine beteiligung von linksextremisten aus baden-wuerttemberg an der obengenannten demonstration vor.=

stuttgart lfv, az.: [redacted] dr. hannacher
151190+

12989 12 163

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Fernschreibstelle
NOV.16 '90 09:23 LFV HAMBURG

03088 16.NOV90 09:30

Verschlüsselt

P | M | Y

VS Nur für den Dienstgebrauch

P.01

Behörde für Inneres
Landesamt für Verfassungsschutz
Hamburg

Ident-Nr.: 974425

2000 Hamburg 1, Johanniswall 4, Fax:040-338360, ANT-Anlage:040-322792

III A 5 - 084-5-32 n 098 III - 47 / 90 NFI

TELEFAX Kurzmitteilung

Az. : [redacted]

AN : LfV Hannover
BfV - Abt.III -

VON: LfV Hamburg

DATUM: 16. November 1990

TEXT:

TELEKOPIE ANT Nr. 260/161
- Eingang / Ausgang -
16. NOV. 1990
Uhrzeit:
Blattzahl:

Betr.: Autonome Antifaschistische Gruppen

hier: Demonstration in Göttingen
am 17.11.90 zum Todestag von
C. WESSMANN

Die Mobilisierung für o.a. Demonstration in der Hamburger autonomen Szene blieb gering. Über eine Beteiligung größerer Personenzusammenhänge liegen hier keine Erkenntnisse vor. Es ist zu erwarten, daß einzelne Autonome in Privat-PKW anreisen werden.

12989
12. 154

Fs / FK	Kryptiert
Absender: LfV Hamburg	
Blattzahl: -1-	

[redacted]

Unterschrift

Bitte gleich aushändigen!

Zur Beachtung:
Bei fehlerhaftem Empfang, bitte sofort 040-24[redacted] anrufen!

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

+ sss [redacted] fs nr 102-104 161190 1350

SOFORT

01 bfv roem 3

nachrichtlich:
02 [redacted]
03

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

B M V
Fernschreibstelle BfV
03337 16.NOV 90 14 36
Fs / FK | Kryptiert
Absender: [redacted]
Blattzahl:

-- vs - nur fuer den dienstgebrauch --

[redacted]

antifaschismus-arbeit der 'neuen linken',
hier: geplante bundesweite demonstration am 17.11.1990 in goettingen

Dokument-Nr.: 574426

dortiges fs vom 23.10.1990, az.: [redacted]

nach hier vorliegenden informationen beabsichtigen ca. 50 personen der autonomen/antiimperialistischen szene mainz/wiesbaden an der demonstration am 17.11.1990 in goettingen teilzunehmen. insgesamt ist aus der rhein-main-region mit ca. 150 teilnehmern zu rechnen.

bei einem [redacted] war zu erfahren, dass der grossteil der demonstrationsteilnehmer aus dem rhein-main-gebiet aus 'sicherheitsgruenden' vermummt auftreten will. zwar erzielte man uebereinstimmung darin, dass es bei der demonstration nicht darum gehe, die stadt in schutt und asche zu legen. versuche der polizei, die demonstration zu verhindern oder zu beenden, wolle man sich jedoch nicht gefallen lassen.

12989 12 155

die anreise nach goettingen soll bereits am freitag, den 16.11.1990, erfolgen, da bereits am selben abend dort ein sog. rhein-main-treffen geplant ist.

[redacted] az.: [redacted]
i.a. gez.: [redacted]

+ fs nr 102-104 161190
/1358@
888484b kln d

declassified declassified declassified declassified declassified declassified declas

Fernschreibstelle BfV

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

SOFORT

03355 16.NOV 90 15:16

+sss nwdfvz nr 163/167 1611 1410=

01 duesseldorf lka (abt. 2)
02 bielefeld pp (pp roem 2)
03 duesseldorf im (abt roem 4 nachr)=

04 koeln bfv (ueber elcro erledigt)
05 hannover lfv (ueber elcro erledigt)

16.11.

Absender: Düsseldorf

Ident Nr.: 934427

--vs-fnd-- [redacted]

betr.: antifaschismusarbeit der neuen linken.
hier: geplante bundesweite demonstration am 17.11.1990
in goettingen

bezug: a) fs des bfv nr. 4598 v. 23.10.1990
b) mein fs nr. 116 / 23 v. 15.11.1990
- roem 6 a [redacted]

53

zusaetzlich zu den mit bezugsfernschreiben vom 15.11.1990 mitgeteilten erkenntnissen wurde hier bekannt, dasz personen aus dem ''autonomen spektrum / te-umfeld'', bielefeld, beabsichtigen, sich an der mahnwache am 16.11.1990 sowie an der demonstration am 17.11.1990 aus anlasz des todestages von cornelia w e s z m a n n zu beteiligen.

die demonstrationsteilnehmer aus bielefeld werden voraussichtlich mit pkw anreisen.
weitere plakate, die zur teilnahme an der mahnwache und demonstration aufrufen, konnten im ''kamphofviertel'' in bielefeld festgestellt werden.=

duesseldorf imv roem 6 [redacted] a [redacted]
161190+

asl fs nr 163/167 1611 1430 --

8881974 kln d

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

D | M | V

[redacted] - [redacted]

nnnn

Ident-Nr.: 974428

zczc 945 vzvbu 172320

Fernschreibstelle BfV

03499 17.NOV 90 [illegible] :34

SOFORT

+sss bubnim nr 3303 1711 2320=

Fs / FK	Kryptiert
Absender:	
Spi Göttingen	
Blattzahl:	

bu
01 wiesbaden bka
02 meckenheim bka
03 koeln bfv=

--gesteuert von lz/bmi - ibp - ia. [redacted]

eee ninnym nr 648 1711 2214=

ni
01 hildesheim fns
bu
02 bonn bmi=

--zusatz: fuer lagebricht innere sicherheit--

--gesteuert durch hannover im/lz ia [redacted]

+eee nissnv nr 090 1711 2140=

ni
01 verteiler 021
02 hannover im (abt 2)
03 hannover im abt 4
04 hannover ppfn
05 hannover lka (abt 6)
06 hannover gsk nord=

--verlaufsbericht--

28.11.90

12989 12. 157

dekl assifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

TELEX BLANC NEIGE SNEEUWWIT TELEX

1. (lage, anlasz)

demonstrative aktionen aus anlasz des todestages von cornelia weszmann

2

2. (zeit, dauer)

16.11.1990, 14.00 uhr, bis 18.11.1990, 22.00 uhr.

3. goettingen, stadtgebiet

4. (einsatze kraefte)

16./17.11.1990

s: 3/128/1024, k: 2/4/15, gesamt: 10/132/1039,

dazu 2 seelsorger, 2 aerzte, 2 le, 6 angestellte, 1 zkf

17.11.1990

s: 22/334/2982, k: 6/93/59, gesamt: 28/477/3041,

dazu 2 seelsorger, 8 aerzte, 27 angestellte, 3 zkf

5. (einsatzverlauf)

12989 12 158

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiz

SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX SNEEUWWIT

12989 12. 159

91

1.

am 16.11.1990, gegen 19.55 uhr, zog ein nicht angemeldeter aufzug mit ausgangspunkt juzi in der staerke von ca. 200 personen zur unfallstelle auf der weender landstrasze.
darueber hinaus erfolgte zuwachs aus dem uebrigen stadtbereich, so dasz letztlich an der ''mannwache'' ca. 400 personen ueberwiegend jugendlichen alters anwesend waren. dieser umstand bedingte vorbereitete verkehrslenkende massnahmen. im uebrigen beschraenkte sich die polizei auf observationsmasznahmen.

als teilnehmer holzmaterialien von einer nahegelegenen baustelle zur unfallstelle transportierten, wurde dieses unterbunden, ohne dasz es zu einem unmittelbaren kontakt zwischen polizei und teilnehmern gekommen war.

von der absicht, einen holzstosz anzuzuenden, wurde nach lautsprecherdurchsage der polizei mit hinweis auf die davon ausgehenden gefahren abgesehen.

insgesamt herrschte eine ruhige und friedfertige stimmungslage, die sich auch ueber die nachtstunden hinzog. offensichtlich aufgrund auch der widrigen witterungslage reduzierte sich im verlauf der nacht die teilnehmerzahl bis ca. 06.30 uhr auf rund 20 personen. im juzi herrschte waehrend der nachtstunden eine staendige fluktuation mit unterschiedlichen personenzahlen, auch im hinblick auf angereiste demonstrationsteilnehmer. waehrend der nacht wurde an der unfallstelle eine skulptur im bereich iduna-zentrum, neben der strasze, einbetoniert, die vorher mit einem anhaenger dorthin transportiert worden war.

raum- und objektschutzmasznahmen die ganze nacht ueber verhinderten straftaten.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifizier

TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX SNEEUWWIT TELEX BLANC NEIGE TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX SN

12989 12 160

2.

am 17.11.1990 versammelten sich auf dem marktplatz zunaechst zoegerlich, dann aber sehr schnell insgesamt rd. 5000 personen, dabei eine ca. 700-koepfige gruppe, die geschlossen vom juzi aus hinzugestoszen war.

an diesem geaenderten ablaufpunkt wurden die ankommenden demonstrationsteilnehmer punktuell einer sichtkontrolle unterzogen. vor der anschlieszenden kundgebung erfolgten mehrere anlaszbezogene lautsprecherdurchsagen an die teilnehmer mit hinweisen auf demonstrationsrechte und versammlungsrechtliche pflichten.

der nicht angemeldete aufzug formierte sich wie folgt:
an der spitze der autonome block in staerke von ca. 2500, ueberwiegend vermummt und teilweise durch tue seitlich geschuetzt, danach gemischte gruppen und schlieszlich friedfertig gestimmte ''sonstige'' demonstrationsteilnehmer. fuehrung erfolgte ueber lautsprecherwagen. der autonome block war sehr aggressiv, gereizte stimmung, offensichtlich gewaltbereit. es gab erkennbar von der ''demoleitung'' das bemuehen, die autonomen zur maeszigung anzuhalten.

der demonstrationszug bewegte sich unter starker beidseitiger begleitung des schwarzen blocks durch polizeikraefte in richtung ''mannwache''. im kreuzungsbereich weender strasze/prinzenstrasze versuchten aufzugsteilnehmer, begleitende polizeikraefte mit koerpereinsatz abzudraengen. abwehr erfolgte durch gegendruck, einige beamte nahmen den schlagstock in die hand. einsatz erfolgte jedoch nicht.

die polizeiliche begleitung wurde ab weender tor eingestellt und erst nach beendigung einer kundgebung an der ''mannwache'' auf der berliner strasze wieder aufgenommen. in diesem bereich wurden aus dem autonomen block leuchtraketen abgeschossen, zunaechst in die luft, dann aber auch einzelne gezielt in richtung polizeibeamte, ohne dasz es zu einer gefaehrdung gekommen ware.

der aufzug bewegte sich dann ueber reitstallstrasze, weender strasze, juedenstrasze, hospitalstrasze, nikolaistrasze zum parkplatz neben dem juzi. dort fand eine kurze abschluszkundgebung statt. danach zerstreuten sich die demonstrationsteilnehmer sehr rasch, auswaertige verlieszen polizeilichen aufklaerungsergebnissen zufolge kurze zeit spaeter die stadt.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

waehrend des gesamten aufzuges wurden themenbezogene parolen und forderungen skandiert.

die polizeilichen einsatzkraefte konnten nach anschliesszend durchgefuehrtem raumschutz lageangepaszt entlassen werden. bis 22.00 uhr erfolgt nachaufsicht durch teilkraefte der abteilung ''berta''.

bei ueberpruefung des marschweges nach dem aufzug wurden weder farbschmierereien noch sachbeschaedigungen festgestellt.

im juzi halten sich gegenwaertig noch 20 personen auf, die dort offensichtlich uebernachten.

6. --verletzte--
6.1 beamte: keine
6.2 andere: keine

7. --sachschaeden:-- keine

waehrend des gesamten einsatze hielten sich sowohl im einsatzraum als auch in der befehlsstelle dr. [redacted] und professor dr. [redacted] aus hannover in begleitung des herrn regierungspraesidenten auf. dr. [redacted] und prof. dr. [redacted] wollten sich auf eine entsprechende initiative eines goettinger landtagsabgeordneten hin ueber die polizeiliche bewaeltigung einer groszdemonstration vor auszerordentlich problematischem hintergrund ein persoenliches bild machen.
beide waren ausgesprochen positiv beeindruckt.

die polizeilichen anlaesse am 16. und 17.11.1990 konnten mit optimalem erfolg und ohne jegliche koerper- und sachschaeden durchgefuehrt werden. dies ist der hervorragenden einsatzwilligkeit und -bereitschaft sowie der sensiblen ausfuehrung der auftraege saemtlicher am einsatz beteiligten zu verdanken.

auch angesichts der enormen physischen und psychischen belastungen verdient das gesamtverhalten dank und anerkennung.
dies bitte ich ausdruecklich allen einsatzkraeften mitzuteilen.

--zusatz fuer 06:--
es wird gebeten, fs an gsa zu steuern, die kraefte fuer einsatz entsandt haben.=

goettingen spi, - gz 12319 - [redacted] 171190+

12989 12. 161

TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX SNEEUWWIT TELEX BLANC NEIGE TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX SNEEU
deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNO
SNEEUWIT TELEX BLANC NEIGE
NEIGE

bsd533 4 pl 197 vvvvb dpa 498

Demonstrationen/Polizei
Mahnwache in Göttingen begann mit Straßensperre=

Göttingen (dpa) - Die Mahnwache zur Erinnerung an die vor einem Jahr auf der Flucht vor der Polizei getötete Göttinger Studentin Conny Weßmann ist bisher ruhig verlaufen. Rund 400 zum Teil vermummte Autonome, sperrten am Freitag abend durch eine Sitzblockade an der Stelle eine der Göttinger Hauptstraßen, an der die Studentin vor ein Auto gelaufen war. Auf einer Kundgebung auf dem Göttinger Marktplatz waren zuvor Dias der Demonstation vom vergangenen Jahr gezeigt und schwarze Luftballons an Passanten verteilt worden.

Eine tonnenschwere Stein-Stahlkonstruktion die durch eine liegende, eine knieende und eine stehende Figur "die Tote", "den Aufstand" und "den Widerstand" darstellen sollen, wollen die Demonstranten auf dem Mittelstreifen der vierspurigen Straße einbetonieren. Werkzeuge, wie Hacken, haben sie nach Beobachtungen der Polizei mitgebracht. Etwa eine Stunde nach Beginn der Mahnwache trugen Demonstrationsteilnehmer Holzbalken und Bohlen auf die Straße.

Die Polizei hatte bereits im Vorfeld der Demonstration angekündigt, daß sie den Platz sofort räumt, falls ein Feuer angezündet werde. Sie begründete dies mit dem Hinweis, daß durch ein Feuer eine unmittelbar gegenüberliegende Tankstelle gefährdet sei. Die Polizei schließt nicht aus, daß in der Nacht spontane Aktionen gegen Staatseinrichtungen und Banken geplant sind. Am Samstag vormittag erwartet die Polizei auf einer Großdemonstration bis zu 10 000 Teilnehmer.
dpa gh
162125 nov 90 nnnn

12989
12. 162

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Vorlage schlecht lesbar

kud004 4 rs 20 vvvvf
bsd005 4 pl 197 vvvvb dpa 067

Demonstranten/
* inla ipol
Demonstranten errichten Mahnmal für tote Studentin =

Göttingen (dpa) - Demonstranten und Mitglieder der sogenannten autonomen Szene haben in der Nacht zum Samstag in Göttingen ein Mahnmal errichtet. Die Plastik aus Stahl und Stein soll an den Tod der Göttinger Studentin Conny Wessmann erinnern, die am 17. November 1989 im Zusammenhang mit einer Polizeiaktion von einem Auto erfaßt und getötet worden war. Zuvor war es zwischen den rund 400 Demonstranten und Einheiten der Polizei zu ersten Konfrontationen gekommen.

Die Demonstranten errichteten die Plastik an der Stelle, an der die 24jährige Studentin überfahren worden war. Dargestellt sind drei lebensgroße Stahlrohrfiguren, eine kauernde, eine sich aufrichtende und eine stehende mit einem riesigen Stein vor den Füßen.

Bei der Aufstellung der Plastik waren rund 100 Polizisten aufmarschiert. Sie drohten Wasserwerfer einzusetzen, falls ein auf der Straße errichteter Holzhaufen von den Demonstranten angezündet würde.

Niedersächsische Landtagsabgeordnete der Grünen redeten daraufhin mit der Polizei, die sich schließlich wieder zurückzog. Bis zur Stunde ist es Polizeiangaben zufolge in Göttingen ruhig.

Heute (Samstag) morgen wird eine Demonstration von rund 10 000 Menschen in der Stadt erwartet, darunter nach Schätzungen der Polizei mehrere tausend Autonome aus der ganzen Bundesrepublik. Die Demonstration wendet sich unter anderem gegen die Einstellung der Untersuchungsverfahren, die wegen des Todes der Studentin eingeleitet worden waren.
dpa bs
170032 nov 90 nnnn

TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX
12989 12. 163

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

TELEX SCHNEEW
TELEX BLANCNEIGE
JEEUWWIT TELEX
EX SNEEUWWIT TELEX BLANCNEIGE TELEX S

Vorlage schlecht lesbar

•bsd114 4 pl 206 vvvvb dpa 082

Demonstrationen/
(Wochenendzusammenfassung)
Tausende demonstrierten in Göttingen - Krawalle blieben aus =

Göttingen (dpa) - Rund 6 000 Menschen haben am Sonnabend in Göttingen mit einem friedlichen Demonstrationszug die Wiederaufnahme der Ermittlungen um den Tod der Göttinger Studentin Conny Wessmann gefordert. Die 24jährige war im November 1989 auf der Flucht vor der Polizei in ein Auto gelaufen und getötet worden. Zu der Demonstration hatten sogenannte Autonome und die „Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus und Gewalt" aufgerufen.

Der von mehreren tausend Polizeibeamten aus allen Teilen Niedersachsens begleitete Zug wurde von rund 3 000 vermummten Autonomen angeführt. Geschäfte in der Innenstadt waren mit Holzplatten verbarikadiert. Die Haupteinkaufsstraße glich einer Polizeifestung. Es habe zwar brenzlige Situationen gegeben, aber Sach- und Personenschäden seien nicht entstanden, hieß es nach der Demonstration bei der Polizeiführung.

Über Lautsprecher hatten die Demonstranten immer wieder dazu aufgefordert, keine Knallkörper und Leuchtraketen abzufeuern. In Sprechchören und Redebeiträgen wurden Polizisten als Mörder bezeichnet. Der Staatsanwaltschaft wurde vorgeworfen, die Verfahren gegen Polizisten im Zusammenhang mit dem Tod der Studentin eingestellt zu haben. Im Polizeifunk war bei dem Vorfall vor einem Jahr davon gesprochen worden, die Gruppe „platt zu machen", zu der die Studentin gehörte.

In der Nacht zum Samstag hatten rund 400 Autonome und Demonstranten an der Straße, auf der die Studentin umgekommen war, ein Mahnmal aus drei Stahlgerüstfiguren auf einem Steinsockel errichtet.
dpa gh
181120 nov 90 nnnn

12989
12. 164

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Conny-Demo in Göttinger Polizeifestung

Anläßlich der Demonstration zum Todestag von Conny Wessmann erlebte die Universitätsstadt ihren bisher größten Polizeieinsatz / Trotz Provokationen ging es absolut friedlich zu / Innenminister hatte vor „3.000 Gewalttätern" gewarnt

Aus Göttingen Jürgen Voges

Alle Straßen zur Göttinger Innenstadt sind für den Verkehr gesperrt. „Als Journalist können Sie da hineinfahren, aber nur auf eigenes Risiko", gibt der Polizeiposten den Weg frei. Genau vor einem Jahr, am Abend des 17. November 1989, hatten Beamte eines zivilen Streifenkommandos nach einer Demonstration die Studentin Cornelia Wessmann auf eine der Einfallstraßen getrieben. Die junge Frau lief in Panik vor ein Auto, starb sofort nach dem Zusammenprall, wurde zum Opfer des brutalen Polizeieinsatzes.

Heute, am Jahrestag ihres Todes, sind nicht nur die Geschäfte in der Innenstadt geschlossen, auch in vielen Schulen fällt an diesem Samstagmorgen der Unterricht aus. Für Mitarbeiter*Innen der Uniklinik ist Rufbereitschaft angeordnet. Die Polizei rechnet mit Verletzten.

Der Göttinger Einzelhandelsverband hat seit Tagen unter die Geschäftsschließung lamentiert. Vor viele Schaufenstern in der Fußgängerzone sind Holzplatten montiert. Vor gewalttätigen Auseinandersetzungen bei der Demonstration anläßlich des Todestages von Conny Wessmann hatte zunächst der Chef der Göttinger Schutzpolizei, Lothar Will, gewarnt. Schließlich wollte auch der rot-grüne Polizeiminister Gerhard Glogowski nicht zurückstehen: Vor „bis zu 3.000 gewaltbereiten Demonstranten" meinte Glogowski warnen zu müssen. „Die dahin kommen, brauchen keinen Anlaß mehr für Gewalt, weil sie gegen unsere Gesellschaft sind", wußte der Innenminister, fügte hinzu: „Ich habe keinerlei Feindbild" und schickte dann 3.000 Bereitschaftspolizisten und BGS-Beamte zum bisher größten Polizeieinsatz in die Universitätsstadt.

Um halb zwölf auf dem Göttinger Marktplatz formieren sich 6.000 junge DemonstrantInnen, die Hälfte von ihnen schwarz gekleidet und mit Tüchern oder Skimützen verhüllt. Doch aus der „Vermummung" lugen fast durchweg die Augen von gerade Zwanzigjährigen hervor. Der Lautsprecherwagen ruft dazu auf, dem Bürgerkriegsszenario der Polizei mit „besonnenem und mutigem Protest" zu begegnen, mahnen an das Alkoholverbot im Demonstrationszug. „Conny und Günther, es war Mord — Kampf dem Faschismus an jedem Ort", mit ihren Parolen erinnern die Jugendlichen auch an den in Frankfurt von einem Wasserwerfer überfahrenen Günther Sare und daran, daß Conny Wessmann einer Gruppe angehörte, die sich zur Wehr setzte gegen Überfälle rechtsradikaler Skinheads. Mit dem Block der Frauen und Lesben an der Spitze und so besonnen wie angekündigt zieht die Trauerdemonstration zur Weender Landstraße, dem Ort, an dem Conny Wessman ums Leben kam. Später geht es im Bogen zurück zum Göttinger Jugendzentrum in der Innenstadt. Wo das zivile Einsatzkommando Conny Wessmann auf die Straße getrieben hat, war zuvor ein Mahnmal errichtet worden: drei aus Metallteilen zusammengeschweißte Figuren, deren Körperhaltung Bestürzung und Trauer ausdrücken.

Das 60köpfige zivile Einsatzkommando, das seit Jahren die linke Göttinger Szene observiert und schikaniert, soll endlich aufgelöst werden, fordert die Rednerin auf der Kundgebung am Mahnmal. Das von der Göttinger Staatsanwaltschaft eingestellte Strafverfahren gegen die am Einsatz gegen Conny Wessmann beteiligten Polizisten soll wieder aufgenommen, die Umstände ihres Todes sollen endlich aufgeklärt werden, heißt es weiter.

Nur kurz während des dreistündigen Demonstrationszuges hat es unruhige, gereizte Situationen gegeben: In gar zu engen Gassen drängten die Schutzpolizisten, die die Demo im Stadtkern im Spalier begleiteten, regelrecht in den Zug hinein. Doch auch dort, wo einzelne Beamte plötzlich mitten im „schwarzen Block" standen, wurde in Ruhe gelassen. Zum Erstaunen der Göttinger Polizei: „Wir hatten keinen Knüppeleinsatz, keine Festnahmen, keine beschlagnahmten Gegenstände, keine Verletzten, keine Sachbeschädigung — nicht einmal einen Farbstrich an einem Gebäude", faßt Polizeidirektor Eberhard Grote am Abend das Geschehen zusammen. „Dabei waren wir vor der Demo überzeugt, daß die Autonomen als Rache für Conny sogar einen Polizisten totschlagen wollten", sagt er. Aber vielleicht sei da doch nur ein Thekengespräch zugetragen worden. Daß unter den Vermummten so viele gewesen seien, die die Auseinandersetzung nicht suchten, müsse jetzt „analysiert" werden. Die Panik der Polizei vor dieser Demo, läßt sich wohl nur mit dem Anlaß erklären. Es wirkt geradezu peinlich, wie Polizeisprecher Grote in der Rolle des ertappten Sünders noch immer die Verantwortung der Polizei für den Tod von Conny Wessmann leugnet: Nach der Aufforderung im Polizeifunk, Conny Wessmann und die sie begleitenden Personen „plattzumachen", seien bis zum Unfall noch 29 Sekunden vergangen. Außerdem stehe „Plattmachen" im Polizeijargon nur für die Feststellung der Personalien, rechtfertigt er den damaligen brutalen Einsatz.

12989
12. 165

DGB wagt Abschied von den alten Konzepten

Kongreß in der DGB-Bundesschule diskutiert gewerkschaftliche Zukunftsperspektiven / Gutachten fordert radikale Reformen und Öffnung zu neuen sozialen Bewegungen / Selbstkritischer DGB-Chef Meyer verlangt erstmals die „soziale Grundsicherung"

Aus Hattingen Martin Kempe

Groß und breit hatte sich der Alte aus Salzburg gemeldet: Es sei ja sehr erfreulich, daß nun auch für die Gewerkschaften der Begriff „Zukunftswerkstatt" hoffähig geworden sei. Aber bei Durchsicht des Materials habe er nichts gefunden, was diesen Namen verdiente. Robert Jungk war nicht geladen, als es in der DGB-Bundesschule in Hattingen um eine Perspektive des Gutachtens, ist der Begriff „Zukunftswerkstatt" nicht falsch, weil die Spielräume einer reformerischen Politik in der Bundesrepublik nicht zuletzt von der Reform- und Wandlungsfähigkeit des DGB und der Einzelgewerkschaften abhängen.

Die Zusammenfassung der wesentlichen Thesen des Gutachtens, die der Hamburger Sozialwissenschaftler Jürgen Hoffmann in Hattingen vortrug, lese sich streckenweise bürokratisierten, zentralistischen Politikkonzepten. Gefragt sei vielmehr eine dezentrale, projektbezogene Arbeitsweise, in der die Solidarität zwischen unterschiedlichen sozialen Interessen in einem vielfältigen, lebendigen „diskursiven Prozeß" erarbeitet werden könne.

Nicht besser als der ADAC

seinem Vorsitzenden, Heinz-Werner Meyer, herumgesprochen zu haben. „Andere sind mit uns nicht zufrieden, und wir selbst spüren, daß es so nicht einfach weitergehen kann", stellte er zu Beginn der Hattinger Konferenz fest. Meyer nannte in einer programmatischen Rede drei Bereiche, in denen „dringlicher Handlungsbedarf" bestehe: die Erweiterung der tarif- und sozialpolitischen Konzepte des DGB, die „notwendige

Er will die Gewerkschaften vor allem durch eine veränderte Betriebspolitik zum Träger ökologischer Interessen machen. Aber: „Selbst dazu beitragen, erfordert mehr Kompetenz, Denken in ungewohnten Bahnen und vor allem Konfliktfähigkeit." Für den DGB als gewerkschaftlichen Dachverband, der nicht wie die Einzelgewerkschaften an enge Brancheninteressen gebunden ist, sieht er die Aufgabe, außer- und innerbe-

VERHINDERT

Keine Kündigung

Wolfsburg (dpa) — Im Volkswagenwerk Wolfsburg wird niemandem wegen der spontanen Arbeitsniederlegungen am 8. und 9. November gekündigt. Wie der Betriebsrat am Wochenende in seinem Informationsblatt 'BR-kontakt' berichtete, hat er die gegen vier Beschäftigte angekündigten Maßnahmen abwenden können.

VERSCHOBEN

Tarifangebote

Düsseldorf (dpa) — Erst in der vierten Verhandlungsrunde für die rund 135.000 Beschäftigten der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück am 25. November wollen die Arbeitgeber ein Angebot vorlegen. In der dritten Verhandlungsrunde am Samstag in Düsseldorf wurde über Voraussetzungen für eine kürzere Wochenarbeitszeit gesprochen, nicht aber über Geld.

VERLAGERT

Stimmungslage?

Bonn (adn) — Die allgemeine Stimmungslage in den fünf neuen Bundesländern hat sich in den vergangenen Wochen weiter verbessert. Das ist das Ergebnis einer vom Bundesinnenministerium beim Institut für Demoskopie Allensbach in Auftrag gegebenen Umfrage, bei der zwischen dem 29. Oktober und 2. November 1.050 Befragungen in der ehemaligen DDR durchgeführt wurden. So sahen zu diesem Zeitpunkt 54 Prozent der befragten Bürger den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen.

VERWANDELT

Ex-SEDler in Beamte

Bonn (afp) — Mitglieder der ehemaligen SED sollen nach Meinung des Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Werner Hagedorn, in den neuen Bundesländern zu Beamten ernannt werden können. Wie Hagedorn der 'Welt am Sonntag' sagte, solle „nicht jedes einfache Mitglied der SED an den Pranger gestellt werden".

167
167
deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertede

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Köln, den 21. 12. 90

D | M | V

III. [redacted]

Betr.:

Ident-Nr.: 982 373

Aus: Az. des BfV: [redacted]

Nachrichtengeber, Datum, Az. des Nachrichtengebers:

'Dichtung und Wahrheit' Heft 1 / Okt. 1990

Verfügung

(1) Reg. III bitte buchen unter dem o.g. Az. und Betreff

( ) Auskünfte PZD/P1/P2/OZK

( ) Schreiben an

( ) Schreiben an

( ) Ablichtung für

( ) Sachindex (SI)
OZK
P1-objektbezogen

( ) UR an wegen

( ) UR an wegen

( ) UR an wegen

( ) UR an wegen

( ) UR an wegen

( ).

(1) wi III A 82

(1) zdA

I.A.

Mü 3/1

12989
12. 168

608a

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

170

ZUL-A neg.
UU 123

Dichtung & wahrheit

kostenlos

20V-
ON
57 477

Heft 1 / Oktober '90



NATIONAL



12989

Di wa

Prinzessin LEA · Enttäuschte Hoffnungen · NICARAGIRAK · kaputtvereinigung · FRAUEN & JUSTIZ · premieren VERANSTALTUngskalender

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

170

DER ANTIFASCHISTISCHE SCHUTZWALL

...fast dreißig Jahre hat er uns im Westen davon abgehalten, "drüben" Urlaub zu machen oder Geschäfte. Nun rollen die Autokolonnen und der Verkauf der DDR hat mit Hilfe der Treuhandgesellschaft begonnen.

Nach vierzig Jahren totalitären Regimes sind, wie bei uns nach dem Krieg, alle Widerstandskämpfer gewesen, die sich in Wirklichkeit um Karriere und Ansehens willen in die immer schweigenden Massen eingereiht haben. Die Menschen, für die Freiheit wichtiger war als materieller Wohlstand, und die immer mit einem Bein im Zuchthaus standen, sind von denen überrollt worden, die sich vom Westwerbefernsehen verblöden lassen haben. Das Gold, das sie sehen, wird für sie noch jahrelang schwer und für viele gar nicht erreichbar sein. Es war nicht die Freiheit, die das DDR-Volk wollte, sondern Konsum und D-Mark.

Das größte Übel eines Staates, die Regierung, wurde beseitigt bzw. machtlos gemacht. Die nun offenstehende Möglichkeit, den Schritt von der erdrückenden Diktatur in eine selbstbewußte Demokratie zu wagen, in der auch das Volk an Entscheidungsprozeßen beteiligt ist, wurde durch bedingungslose Kapitulation des gesamten Staatsapparates vertan. Statt zu erhalten, was in 40 Jahren aufgebaut und erreicht wurde, wird alles an den Westen verkauft.

Wie kleine Kinder, die man mit Bonbons lockt, stürzten sich die DDR'ler auf die CDU-Kugelschreiber und die verteilten Deutschlandfähnchen. Den Preisungen von Marktwirtschaft lauschten sie in blinder Hoffnung auf Wohlstand und Überfluß. Doch der anfangs starke basisdemokratische Ansatz, wird von dem freiheitlich-demokratischen Westen unter den Teppich gekehrt. Die im Grundgesetz vorgeschriebene Volksabstimmung über die zukünftige Verfassung wird wohl auch noch lange auf sich warten lassen, wenn sie überhaupt kommt. Alle Entscheidungen und Gesetzesvorschläge werden fast allein vom Bundeskanzler eingebracht ohne die Opposition oder gar die Bürger mit einzubeziehn.

Die Öffnung des eisernen Vorhangs im November gab den "Ossis" die Chance sich ein objektives Bild von dem real existierenden Kapitalismus zu machen, von Arbeitslosigkeit und sozialer Not. Doch stattdessen stürzten sie sich in die Tempel der Freiheit, in Kaufhäuser und Aldimärkte.



Die hochgezüchtete Ost-Landwirtschaft muß ihre Erzeugnisse unterpflügen, und in den ehemaligen HO-Läden konkurrieren die neuen Manager mit Wucherpreisen für holländische Tomaten. Diese auf Glaswolle gezogenen und mit Dünger- und Nährlösungen "gefütterten" Industrietomaten, die nie einen Sonnenstrahl sehen, haben halt ein schöneres Aussehen als die auf Dreck wachsenden Ostfrüchte.

Jetzt, wo die Wirtschaf in der ehemaligen DDR den Bach runtergeht, wird, weil's so schön einfach ist, allgemein der Sozialismus dafür verantwortlich gemacht. Doch die DDR war im Warschauer Pakt nie ein armes Land und selbst im Vergleich mit so manchen westlichen Ländern schnitt sie besser ab, als bspw. Portugal. Wenn man die bereinigten Rahmenbedingungen nach dem Krieg sieht, ist das Wirtschaftswunder der DDR ein, nach kapitalistischen Maßstäben, größeres, als das in der BRD. Aber durch niedrigere Reparationszahlungen und den Marshall-Plan waren die Startbedingungen im Westen natürlich wesentlich günstiger.

Für die Politiker in Bonn bleibt die Niederschlagung des "Kommunismus" weitaus wichtiger als die soziale Situation der Bevölkerung, da sie sich dann als die rettenden Helden der deutschen Einheit aufspielen können. Und das ganze ist zudem ein Milliardengeschäft für unsere Industrie.

171
deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas
171

Die DDR war ein Land ohne Arbeitslosigkeit, mit niedrigen Mieten und billigen Grundnahrungsmitteln. Die sozialen Unterschiede waren gering (bis auf die privilegierten Parteibonzen), ein Manager eines Kombinates zum Beispiel mit einem Umsatz von 13,7 Milliarden Mark bekam 3600 Mark im Monat, was selbst im Vergleich mit den niedrigsten Löhnen der DDR maximal das 5-6 fache war. Ein Beispiel aus der BRD erübrigt sich da wohl. Und viele andere angeblich negativen Bedingungen in der DDR halten keiner allzu genauen Prüfung stand. Der Wohnungsnot in der DDR stehen hier unbezahlbare Mieten gegenüber, sodass es für viele Menschen im Endeffekt auf die selbe Wohnungsnot hinausläuft. Das Grundrecht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes ist für einen 45-jährigen Langzeitarbeitslosen hier nur eine Farce, die auf dem Papier steht. Und der Mangel an gewissen Konsumgütern (Ananas, Videos) ist für einen in der Überflußgesellschaft lebenden Sozialhilfempfänger harter Alltag.

Die Einführung der "sozialen" Marktwirtschaft trifft, wie auch im Westen immer, die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft: Frauen, Kinder, Ausländer und alte Menschen. Für Frauen wird nach und nach die Möglichkeit der Berufstätigkeit abgebaut (streng nach dem "Kirche, Küche und Kinder"-Prinzip). Denn unser soziales System kann es sich nicht leisten, genügend Kindergarten- und Krippeplätze zur Verfügung zu stellen (Subventionen für Bauern und Industriebosse sind hier wichtiger).

Die Menschen, die aus anderen Regionen dieser Welt ihrer materiellen Not entfliehen wollen und von der DDR immer als billige Arbeiter ausgenutzt wurden, werden jetzt auf hinterhältigste Weise aus dem Gebiet der ehemaligen DDR vertrieben, mit willkürlichen Kürzungen ihrer sowieso schon niedrigen Löhne und durch Entlassungen mit fadenscheinigen Begründungen. Gerade die DDR, die jahrelang VietnamesInnen ausgebeutet hat-die während der Zeit der Botschaftsflüchtlinge die entstandenen Lücken in der Produktion füllen mußten- sollte eigentlich aus Unrecht und Unterdrückung gelernt haben.

Es macht Angst wenn man sieht, daß vierzig Jahre unterdrückte Freiheit vierzig Jahre unterdrückte deutschnationale Gefühle waren, die jetzt ausbrechen.

Der Bericht am 17.8. im "Heute-Journal" war ein typisches Beispiel dafür. Es ging um DDR-ler die in Polen, nach Einführung der D-Mark einkaufen. Zuerst äußert sich ein junger DDR'ler:- "Eigentlich schimpft man ja immer über die Polen, aber billig einkaufen kann man hier ja.". Zur Erinnerung, nach ihrer eigenen Befreiung haben die drüben erstmal die Grenzen für Polen dichtgemacht, mit Visumzwang und Einkaufsverbot auf die Hamstereinkäufe von Polen reagiert. Aber jetzt, nachdem sie sich die D-Mark "erkämpft" haben, führen sie sich als Herrenmenschen auf, die sich alles leisten können und dürfen. Kaufen in einem Land, in dem viele Menschen hungern und frieren, die Märkte leer und erdreisten sich, weil sie ihr neu erstandenes Westauto falsch parken, einen Aufstand zu provozieren.

Diese ganze Situation und dazu die ganzen Rechtsradikalen die sich von drüben zusätzlich zu Wort melden (in Ostberlin sind wirklich einige Bezirke für "anders" aussehende Menschen Sperrgebiet, da ihr Leib und Leben jederzeit bedroht sind) und diese perverse Diskussion über die Grenzen von 1937, das alles macht in mir eine gewisse Sehnsucht nach dem Antifaschitischen Schutzwall wach.



EINIGKEIT, RECHT und FREIHEIT wäre vielleicht ein schönes Ziel, aber in der DDR scheint jegliches Gefühl der Solidarität für Mitmenschen zu fehlen. Bloß keinen Blick über den eigenen Tellerrand wagen, aber andere die selbst eingebrockte Suppe auslöffeln lassen.

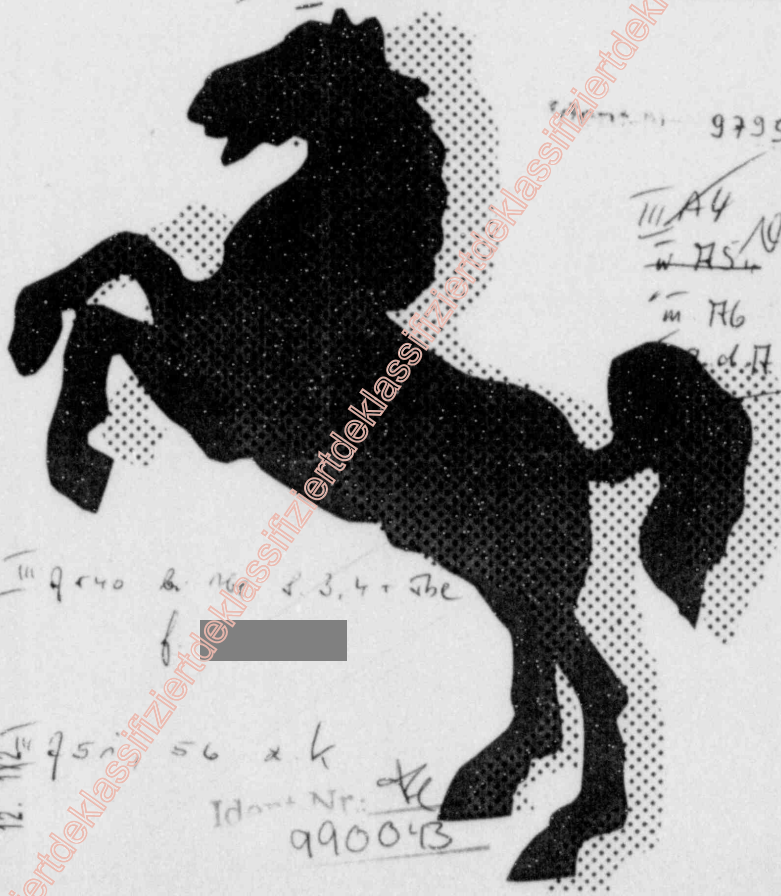
deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

[redacted]

D M V

Informationen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes



[redacted]

Lagebericht November '90

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Dabei hätten ca. 60% ihre Entscheidung mit der DKP-Beeinflussung begründet; ca. 30% seien dagegen aus Protest gegen die Einrichtung einer "inquisitorischen" Untersuchungskommission ausgetreten. Der Bundeskassierer beklagte in seinem Rechenschaftsbericht die Finanzprobleme der DFG-VK. Die verbandsinterne Diskussion um eine kommunistische Beeinflussung habe die politische Aktionsfähigkeit des Verbandes zusätzlich gelähmt.

Bei der Neuwahl des Bundessprecherkreises kandidierte nur die ehemalige Bundesvorsitzende Claudia Berndts erneut; sie wurde wieder in ihr Amt gewählt.
(V)

[redacted] (326)

1.4 Aktionen zum Jahrestag des Todes der Demonstrantin Wissmann (17. November)

Bereits Wochen vor diesem Termin wurde durch verschiedene Gruppierungen, u.a. durch Göttinger "Antifaschisten", unter dem Motto "Wiedervereinigung und Repression/am 17.11.1989 wurde Conny ermordet" zu einer Mahnwache und Demonstration in Göttingen aufgerufen. Dieser Aufruf erfolgte auf Flugblättern und durch einen Artikel in der TAZ sowie im Berliner Szenenblatt "Interim".

Auf mehreren Vorbereitungstreffen in Göttingen, Braunschweig und Hannover wurden die Verhaltensweisen bei den Aktionen diskutiert. Dabei wurde Gewalt ausdrücklich befürwortet. An diesen Treffen nahmen Angehörige der autonomen Szene aus Berlin, Bonn, Bremen, Bielefeld, Nürnberg, Oldenburg und Osnabrück teil. Auch in Hamburg, Neumünster, Kiel, Lübeck, Münster, Düsseldorf, Aachen, Dresden und Worbis wurde zur Teilnahme an den Aktionen aufgerufen.
Folgender Ablauf war geplant:

12989 12.9 173

53 56 52 336.4

15.11. Aufstellen eines Gedenksteines am Todesort.

17.11. Demonstration in Göttingen.
Die Göttinger Szene rechnete mit 4000 - 6000 Teilnehmern. Dieser Block sollte geschlossen marschieren. Auf allen Veranstaltungen wurden die Teilnehmer aufgefordert, nicht im Konvoy oder Bussen zu fahren und keine "Waffen" mitzuführen.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertde

Die Göttinger autonome Szene wollte Kontrollstellen der Polizei aufklären und das Ergebnis bundesweit über eine Telefonkette weitergeben.

Mahnwache und Demonstration am 16./17.11.1990 verliefen friedlich. Am 16. versammelten sich abends ca. 400 Personen, die zum größten Teil dem autonomen Spektrum zuzuordnen waren, an der Unfallstelle und betonierten eine Skulptur als Mahnmal ein.

Zur Demonstration versammelten sich am 17. November ca. 5.000 Personen auf dem Marktplatz. Etwa 700 Vermummte kamen als geschlossener Block hinzu. Dieser Block setzte sich an die Spitze des Demonstrationszuges. Die Vermummung erfolgte fast ausschließlich mit sog. Palästinensertüchern, um so zusätzlich auf die "Intifada" in Israel hinzuweisen.
Über einen Lautsprecherwagen aus Hamburg, umgeben vom "schwarzen Block", wurden während des Umzuges Parolen gegen die Polizei verbreitet, zugleich aber zur Friedfertigkeit aufgerufen.
Anzumerken ist, daß sich ein großer Teil der gewaltbereiten "Autonomen" zur gleichen Zeit an Auseinandersetzungen in Berlin beteiligt hat.
(P/V)

1.5 Neue Zeitung "CLASH" erschienen

Seit Oktober wird die Ausgabe Nr. 1 des internationalen Szeneblattes "CLASH-Zeitung für/vom Widerstand in Europa" verbreitet. Die in Deutsch und Englisch gedruckte Schrift hat nach Angaben der Herausgeber eine Auflagenhöhe von ca. 2.000 Exemplaren (davon 1.500 in Deutsch), die in ganz Europa, aber auch in den USA, Kanada und Brasilien verteilt würden.

Das Blatt beschäftigt sich u.a. mit der angeblichen "Annexion der DDR": Mit dem Zerfall der staatskapitalistischen Länder in Osteuropa beginne eine neue Phase der Klassenkämpfe. Es sei notwendig,

12989 12. 174

declassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdekl

D | M | V

Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz

Postfach 45 01 45 · 8000 München 45
8000 München, den 14.01.91

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

Akt.-Z. [redacted]

L II Nr.

Quellenschutz

Ausfertigungen
1. Ausfertigung BfV, Abt. VII
2.
3.
4.
5.
6.

1000161
Ident-Nr.

Deckblatt

[redacted]

Eingegangen am
21. JAN. 1991
Az.

1. Betrifft: Engeres RAF-Umfeld in Bayern; Einzelerkenntnisse November 1990

2. In: Ba[redacted]
(Gebietsbereich nach Inhalt der Meldung)

3. V.-Mann-Nr.: ./. U.V.-Mann-Nr.: ./.

4. Feststellungsdatum des V.-Mannes: November 1990

5. Feststellungsort: München/Nürnberg

6. Unter welchen Umständen erhielt V.-Mann die Nachricht: ./.

7. Bemerkungen des V.-Mannes: ./.

8. Bemerkungen des V.-Mann-Führers: ./.

9. Sonstiges: ./.

10. Bewertung: ./.

Ident-Nr.: 231438

Anlagen: -1- Bericht (9 Blatt, VS-Vertraulich Quellenschutz)

12989
12. 175

I.A.

[redacted]

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

177

- Bundesweite Demonstration in Göttingen am 17.11.90.
  Für diese Demonstration wurde im Großraum Nürnberg mit Flugblättern mobilisiert. Die Abfahrt der Demonstrationsteilnehmer erfolgte am gleichen Tag in Nürnberg mit Bussen.
  Bereits am 16.11.90 fuhren verschiedene Personen aus dem autonomen und antiimperialitischen Bereich zur sog. "Mahnwache" mit privaten Fahrzeugen nach Göttingen.
  Thema dieser Demonstration war der Tod einer Antifaschistin während einer am 17.11.90 erfolgten Demonstration in Göttingen.

- Treffen zum Thema "Jahrestag der hungerstreikenden GRAPO-Gefangenen in Spanien" am 21.11.90 im KOMM in Nürnberg.

- Treffen am 21.11.90 im KOMM in Nürnberg zum Thema "Häuserräumungen" in Berlin und möglicherweise in Hamburg (Hafenstraße).

- Treffen des Arbeitskreises Knast (AK) am 28.11.90 in München.

- U-Bahn-Fete am 30.11.90 in Nürnberg.
  Neben der Beteiligung von einigen Personen aus dem Anti-Imps-Bereich, wurde dieses Fest jedoch nahezu ausnahmslos vom autonomen Spektrum durchgeführt.
  Es wurden ca. 50 Personen vorläufig festgenommen.

12989
12. 176

177

Ident-Nr.: K
1007434

D | M | V

[redacted]

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
Behörde für Inneres
Landesamt für Verfassungsschutz

Hamburg, den 5.12.90
Tel.: 040/244443 App.: 4534

Az.: [redacted]

III A56 A11.12

- [x] An BfV Köln III
- [ ] An LfV
- [ ] An MAD-Stelle 11 Hamburg
- [ ] An Polizei / FD 7

Eingegangen
11. DEZ. 1990
Az.

zu Händen:

Betr.: Autonome antifaschistische Frauen

Bezug:

Anlg.: [x] Stück Ablichtung(en) [ ] Stück Original(e) [ ] Durchschrift(en)

Anliegendes Material wird mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

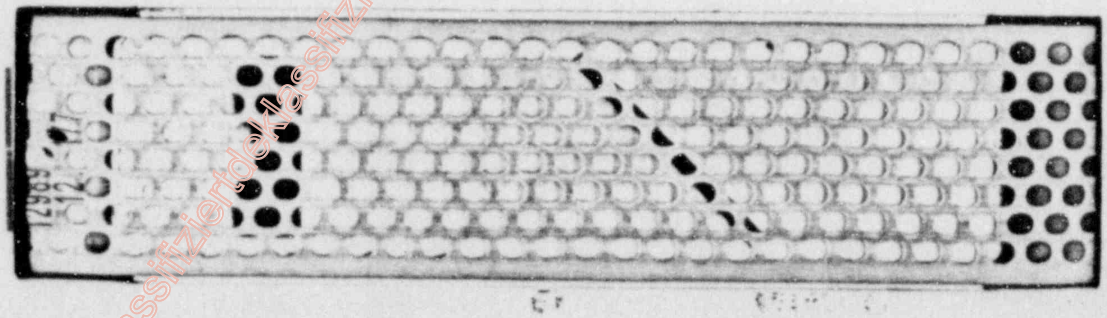
Bemerkungen:

Abl aus: [redacted]

Ident-Nr.:
1000097

[redacted] .....

32.4



deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Hamburg , den 14.11.1990

LKA 3

Tel. 283 - 8322

Az. LKA 3/ /90

Nicht gerichtsverwertbar

Betr.: Treffen in der Flora am 13.11.1990 , um 20.00 Uhr in Sachen Demo-Vorbereitung für Göttingen am 17.11.1990.

Anzahl der Teilnehmer : 40-45 Uhr

Beginn : 20.30 Uhr
Ende : 22.00 Uhr

Erkannte Personen [redacted]

Verlauf :

Das Treffen wurde von drei Personen aus Göttingen geleitet , die auf FRagen der anderen Plenumsteilnehmer antworteten .Zu Beginn des Plenums berichteten die Drei von dem Stand der Demovorbereitung in Göttingen.Es wurde ein letztes Städtetreffen für den 16.11.1990 , um 20.00 Uhr in der Uni von Göttingen angekündigt.Auf diesen Treffen sollen dann letzte Einzelheiten für die Demo und Überlegungen wie Aktionen aus der Demo heraus aussehen können, diskutiert.Auf jeden Fall ist eine Mahnwache , die die ganze Nacht andauern soll , an der Stelle geplant an der Conny gestorben ist . Es soll ein Denkmal für sie einbetoniert werden und der verkehr abgesperrt werden. Das es bei dieser Mahnwache zu einem Polizeieinsatz kommen wird , wird nicht ausgeschlossen . Die Wahrscheinlichkeit wird jedoch eher als gering angesehen .Wenn es zu einem Polizeieinsatz kommt , dann in Zusammenhang mit einer vorher stattgefundenen Provokation . Dies würde dann auch eher in den Nachtstunden geschehen.Die Mahnwache mit Kundgebung sei ohnehin eher als Ausdruck der Trauer und auch als Zugeständniss an das " bürgerliche Spektrum zu sehen.Es wurde dann über die Demo am 17.11.1990 , 11.00 Uhr, gesprochen.Mobilisierungsstops dazu gab es im Rhein -Main -Gebiet , Wiesbaden, Hannover,Bräunschweig,Münster, Osnabrück,Zur Aufstellung wurde gesagt , daß an der Spitze der Demo ein Block aus autonomen Göttinger Frauen gehen wird. Die Personenzahl soll ca. 200 betragen. Daran angeschlossen andere Göttinger Autonome sowie , das sogenannte "bürgerliche Spektrum wie VVN u.ä. Diesem Block sollen dann die Vertreter aus den einzelnen Städten folgen. Zwischen den GöttingerBlock und dem ersten Städteblock soll dann der Lautsprecherwagen mitgeführt werden.Wie der Lautsprecherwagen zu schützen ist und mit welchen Kräften wird am kommenden Freitag besprochen.Klar ist nur, daß die Göttinger den Lautsprecherwagen nicht schützen können.Bei der Demo besteht die Einschätzung , daß die Polizei nicht die sogenannte "weiche Welle , wie im letzten Jahr anwenden wird , sondern man mit einer Konfrontation rechnen muß.Ferner wurde zur Demo gesagt , daß sie nicht als reine Scherbendemo gedacht ist.Es sind Aktionen an bestimmten objekten geplant , jedoch keine ungezielten Aktionen.Ein Begleitspalier von Polizeikräften wird nicht akzeptiert.Wenn es jedoch aufgebaut wird soll es angegriffen werden.Zum Schutz der eigenen Blöcke sollen Seile mitgeführt werden. Wenn das Spalier schon am Abmarschpunkt der Demo aufgebaut wird ,wird die Demo schon dort abgebrochen und kleine Gruppen werden sich dann formieren. Es wurden dann noch einige Stadtpläne von Göttingen mit der eingezeichneten Demoroute herumgereicht . Auf dieser Karte waren dann auch die Überwachungs-kameras eingezeichnet , die extra für die Demo aufgebaut wurden.Für die Hamburger Teilnemmer an der Demo ist bisher noch kein Bustransfer organisiert.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Dies soll jedoch nachgeholt werden . Information über den Transfer sind dann im Schwarzmarkt zu bekommen.

Nicht gerichtsverwertbar

[redacted]

12989 12. 179

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas



NICHTS IST VERGESSEN UND NIEMAND!

Ein Jahr ist vergangen, seitdem Conny von den Bullen am 17.11.89 in den Tod getrieben wurde. 20.000 Menschen demonstrierten daraufhin, trotz Medienhetze und massiven Bullenaufgebots, gegen Staatsterror und Neofaschismus. Am 12.6.90 hat die Staatsanwaltschaft Göttingen Conny offiziell "zu den Akten" gelegt (Zitat Göttinger Tageblatt).

Diesen menschenverachtenden Zynismus nehmen wir nicht hin! Wir wollen aus in diesem Jahr unsere Wut und Trauer über den Mord auf die Straße bringen. Wir rufen zu einer bundesweiten Demonstration anläßlich von Connys Todestag am 17.11.90 auf!

Conny kämpfte wie viele andere nicht nur gegen den zunehmenden Naziterror auf den Straßen, der nur der krasseste Ausdruck der real existierenden Unterdrückungsverhältnisse in dieser Gesellschaft ist. Systematisch werden Frauen, AusländerInnen, Homosexuelle, Behinderte sowie alle Menschen, die sich nicht anpassen wollen und nicht beliebig verwertbar sind, benachteiligt und bedroht. Für uns hier bedeutet das auch erstmal, daß wir an den unterschiedlichsten Punkten an dieser patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft angeeckt sind, die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse, den Konsum, ätzende Familien- und Beziehungsstrukturen aber nicht hinnehmen wollen.

Wir kämpfen für unabhängige, selbstbestimmte Lebenszusammenhänge. Dabei stoßen wir in unserem Alltag immer wieder auf eigene Widersprüche, weil auch wir diese Strukturen verinnerlicht haben. Der Anspruch, alle Lebensbereiche herrschaftsfrei und selbstbestimmt organisieren zu wollen, heißt permanente Hinterfragung und solidarische Auseinandersetzung mit allen, die Machtpositionen ablehnen. Dies ist eine Voraussetzung, um jegliche Gewaltverhältnisse in allen Zusammenhängen aufzudecken, zu stören und zu bekämpfen - **für eine freie Gesellschaft und die Emanzipation aller Menschen!**

Die Angriffe gegen Patriarchat, Kapitalismus und Imperialismus in diesem satten, selbstzufriedenen Land sind Ausdruck unserer Solidarität mit allen Unterdrückten weltweit ohne Grenzen und Nationalismen. Mit den Versuchen, neue Wege des Zusammenlebens und der politischen Arbeit zu entwickeln, entstehen gerade Leben und Politikformen, die den herrschenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen entgegenstehen und sie bekämpfen. Das zieht massive Reaktionen der Staatsgewalt und aller Gruppen, die sich über Macht und Ausgrenzung definieren, nach sich. Die Versuche, alle unliebsamen Strukturen zu zerschlagen, sind vielfältig, sei es Kriminalisierung, Bespitzelung, Lügenverbreitung, Haß säen, die Menschen gegeneinander ausspielen, unter Drogen setzen oder - ermorden. Das zeigt sich unter anderem an den Feindbildern und der Mentalität der Bullen, die letztendlich nur Handlanger sind, und natürlich erst recht in den Angriffen der Faschisten, wobei die Bullen zusehen oder selbst Jagd machen.

Am 17.11.89. waren wieder Faschisten in der Stadt, wogegen einige Menschen (in Gruppen) auf die Straße gegangen sind, unter ihnen auch Conny. Für die Bullen



(wieder) Anlaß, ihrem Feindbild hinterherzujagen und (diesmal) zu versuchen, sie "platt zu machen" - sie haben Conny in den Tod getrieben. Conny war nicht die Erste, die so starb, aber sie war für uns die Naheste, viele von uns hätten es sein können. Die Wut, die Trauer und die Empörung waren groß, wie die Demo am 25.11.89 gezeigt hat. Auch in weite

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas

gesellschaftliche Kreise hinein gingen die Auseinandersetzungen, einige Menschen haben sich darüber zusammengefunden.

Doch hat das "öffentliche" Interesse wieder nachgelassen, und "die" Medien lügen oder schweigen weiter. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen die Bullen eingestellt, die Bullen also legitimiert, Menschen in den Tod zu jagen. Dafür hat sie Ermittlungen und Prozesse gegen Menschen, die zu den Verhältnissen nicht schweigen, und insbesondere gegen DemoteilnehmerInnen angezettelt. Auch das Zivile Streifenkommando (ZSK) macht weiter mit seinen Versuchen zu bespitzeln und einzuschüchtern. Die Bullen schützen weiter die Faschisten, wie zum Beispiel mit CS-Gasgranaten in Mackenrode. Die Faschos, nicht zuletzt ermutigt durch den deutschen Nationaltaumel, versuchen ihren Terror weiterzutreiben. Als einige Beispiele seien hier nur der FAP-Aufmarsch im Dezember 89, das Untertauchen Thorsten Heises (eines führenden FAP-Funktionärs) wegen eines drohenden Mordversuchprozesses gegen ihn und der Mordanschlag des FAP-Führers Polacek am 14.7. in Mackenrode zu nennen. Auch der Faschoterror an den Schulen, die Überfälle auf Menschen auf der Straße und der neofaschistische Aufwind in der Ex-DDR gehören mittlerweile zum Alltag.

Wir verteidigen unsere Strukturen und Zusammenhänge und werden weitermachen in unseren Initiativen, mit unserer Politik. Wir lassen nichts durchgehen und werden nicht vergeben und nicht vergessen - **ein Jahr Mahnwache, wir trauern um Conny!**

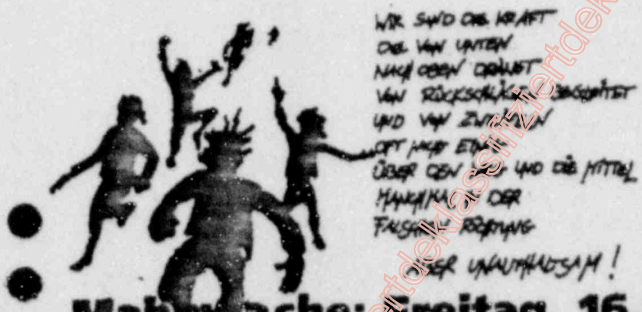
Die Ereignisse und Gefühle um den 17.11.89 werden für viele nach einem Jahr noch einmal näher rücken. Darum wollen wir am Freitag, den 16.11.90, gemeinsam die Nacht an Connys Todesstelle am Iduna-Zentrum verbringen. Am Samstag, dem 17.11.90, wird um 11 Uhr an der Stadthalle eine Demo beginnen, die zur Mahnwache führen soll, an Gericht und Staatsanwaltschaft vorbei und durch die Stadt zur Abschlußkundgebung am Juzi.

Die Gefühle zu den Ereignissen am 17.11. sind unterschiedlich, von Trauer, Ohnmacht über Wut bis Haß gegen die, die Connys Tod zu verantworten haben. Auch bei der Unterschiedlichkeit der Gefühle ist es notwendig, geschlossen und solidarisch die Mahnwache und die Demo durchzuführen.

Die Demo am 25.11.89 hat gezeigt, daß die Polizeiführung und die politisch Verantwortlichen keine Gelegenheit auslassen werden, das politische Ziel der Demo durch Bullenübergriffe zu verdrehen. Auch in diesem Jahr ist damit zu rechnen, daß die Bullen mit Unterstützung der Medien schon im Vorfeld die DemoteilnehmerInnen massiv einzuschüchtern versuchen. Es ist notwendig, daß wir uns gegen möglichen Bullenangriffe schützen und zur Wehr setzen.

Wir fordern für die Demo:
keine Vorkontrollen,
kein Bullenspalier,
kein Bullenaufgebot an der Mahnwache.

Wir werden es uns nicht nehmen lassen, die vorgesehene Demoroute und die Demo selbst *mit allen gemeinsam* bis zum Ende durchzusetzen. Denn nur so werden wir unsere Trauer und Ohnmacht in Wut und Widerstand wandeln können.



Mahnwache: Freitag, 16.11. ab 20⁰⁰ die ganze Nacht
Demo: Samstag, 17.11. um 11⁰⁰ ab Stadthalle

Unsere Forderungen:

- **Weg mit dem ZSK!**
  Das heißt Auflösung der Institution Politische Polizei sowie Absetzung der ZSK-Beamten
- **Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Verantwortlichen an Connys Tod!**
  Wenig gegen der ohnehin kaum zu erwartenden Bestrafung der Beamten, sondern eher um öffentlich zu machen, daß es die im Staat herbeigeredete Gewaltenteilung nicht gibt - daß Polizei und Justiz sich gegenseitig decken.
- **Keine Kriminalisierung und Bespitzelung des antifaschistischen Widerstands!**
- **Einstellung aller Verfahren gegen Antifas!**

Diavorträge zu den Ereignissen vom letzten Jahr:
Dienstag, 13.11. 19⁰⁰ Uhr, Uni, ZHG, Raum 009
Donnerstag, 15.11., IGS
Freitag, 16.11. 19⁰⁰ Uhr am Gänseliesel

SchülerInnen-Antifa-Café im Juzi:
Freitag & Samstag ab 16⁰⁰

Vorbereitungstreffen für Auswärtige:
Freitag, 16.11. 20⁰⁰ Uhr, Uni (genauer Ort wird bekannt gegeben)
Anlaufstelle ab Freitag: Juzi, Bürgerstr.,
✆ 0551/ 7 45 57

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sind wir auf Spenden angewiesen.

12989

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas

D | M | V

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten
QUELLENSCHUTZ

Bundesamt für Verfassungsschutz

Datum: 18. November 1991

Akt.-Z [redacted]

Achtung! Dieses Deckblatt darf nur innerhalb der Ämter für Verfassungsschutz verwendet werden. Bei Weitergabe von Meldungen an andere Behörden – auch Ministerien – muß Deckblatt abgenommen werden.

Ausfertigungen:
1. Ausfertigung III A - III A 5 6
2.
3.
4.
5.
6.

Deckblatt

1. **Betrifft:** Autonome Szene
[redacted]
Ident-Nr.: 1061325
2. **In:** Bundesrepublik Deutschland
(Gebietsbereich [redacted]ldung)
3. **V.-Mann-Nr.:** [redacted] **U.V.-Mann-Nr.:**
4. **Feststellungsdatum des V.-Mannes:** [redacted] 1991
5. **Feststellungsort:** Göttingen, [redacted]
6. **Unter welchen Umständen erhielt V.-Mann die Nachricht:**
im Gespräch mit [redacted]
7. **Bemerkungen des V.-Mannes:**
8. **Bemerkungen des V.-Mann-Führers:**

12989
12. 186

9. **Sonstiges:**

[redacted]

Bundesdruckerei Blatt 1

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten
QUELLENSCHUTZ

Betr.: Autonome Szene

A. Personen

[redacted] geb. (1966); gemäß eigener Angabe Mitglied der Autonomen Szene Göttingen

B. Sachverhalt

1. [redacted]

2. Am [redacted].1991, [redacted], trafen sich im "[redacted]" Göttingen, ca. 60 Personen, die [redacted] "die Autonome Szene Göttingen bilden".

Am 16.11.1991, ab 18.00 Uhr, findet in Göttingen am Iduna-Zentrum/Markt eine Mahnwache für "Conny und Alex" statt. Die Demonstranten sollen unter Anleitung o.g. Personen in mehreren kleinen Gruppen dorthin laufen, mobile Straßenabsperrungen mitnehmen, um die "Wehener Landstraße", Göttingen, "dicht zu machen".

Die Autonome Szene Göttingen rechnet mit großem Polizeiaufkommen, das Mahnwache und Demo verhindern will. Davon, so [redacted], werde man sich aber nicht abschrecken lassen.

12989 12. 187

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

D | M | V

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Datum: Köln, den 19.11.1991 PÜ

Quellenschutz

Akt.-Z [redacted]

Achtung! Dieses Deckblatt darf nur innerhalb der Ämter für Verfassungsschutz verwendet werden. Für Weitergabe von Meldungen an andere Behörden – auch Ministerien – muß Deckblatt abgenommen werden.

Ausfertigungen:
1. Ausfertigung: III A - III A 56
2. "
3. "
4. "
5. "
6. "

Deckblatt

1. Betrifft: Autonome Szene [redacted]

Ident-Nr.: 106132

2. In: Göttingen
(Gebietsbereich nach Inhalt der Meldung)
3. V.-Mann-Nr.: [redacted] U.V.-Mann-Nr.:
4. Feststellungsdatum des V.-Mannes: [redacted] 1991
5. Feststellungsort: [redacted]
6. Unter welchen Umständen erhielt V.-Mann die Nachricht:
Im Gespräch mit Teilnehmern

x Weitergabe an LfV NJ?
(bei der Weitergabe
Rü mit Fr. Grossmann
gem. Rücksprache mit
N. PROSSMANN bestehen
keine Bedenken gegen eine Weitergabe der Meldung mit dem
VS-Grad: VS-Vertraulich und
Quellenschutz
Gr 27/11

7. Bemerkungen des V.-Mannes:

8. Bemerkungen des V.-Mann-Führers:

12989
12. 190

9. Sonstiges: Anlagen: - "Göttinger Drucksache" Nr. 39 vom 08.11.1991 -offen-
- Flugblatt für Ralf und Knud" -offen-

[redacted]

Bundesdruckerei Blatt 1

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

QUELLENSCHUTZ

A. Personen

1. Nnu., Vnu. geb. (1951); m.; 178 cm; schlank, dunkelblondes, leicht angegrautes, kurzes, schütteres Haar; Bart.

2. [redacted] geb. (1966); 170 cm; dunkelbraunes, kurzes Haar; [redacted]

B. Sachverhalt

1. Am [redacted].1991, a[redacted] trafen sich [redacted] Göttingen, ca. 60 Personen, die [redacted] die "Autonome Szene Göttingen sind", um die "Demo und Mahnwache für Conny und Alex" vorzubereiten.

A 1 begann die Gesprächsrunde und schlug vor, die Teilnehmer in Gruppen von ca. 6-8 Personen festzulegen; jede Gruppe habe bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Je am Anfang und Ende des Demozuges soll eine Gruppe dafür sorgen, daß der Demozug ruhig beginnt, ein großes Transparent soll getragen werden; am Ende dafür Sorge tragen, daß die Teilnehmer geschlossen marschieren, sich nicht verzetteln.

2. [redacted]

Die in Anlage beigefügten Unterlagen hingen am 11.11.1991, am Infobrett im Flur des "JuZi" aus.

3. Am [redacted] 1991, ab 20.30 Uhr, trafen sich [redacted] Göttingen, ca. 60 Personen, um konkrete Absprachen für den Veranstaltungsablauf am 16./17.11.1991 zu treffen.

12989
12. 191

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS-VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

QUELLENSCHUTZ

[redacted] fiel hierbei auf, daß die Teilnehmer untereinander in "verallgemeinernder" Form über Orte, Zeitpunkte, etc. sprachen, jeder Angesprochene aber genau zu wissen schien, was gemeint war.

A 1 ergriff gegen 20.30 Uhr das Wort, "nun wollen wir 'mal loslegen; über die Gruppeneinteilung von Sonntag beratschlagen".

Folgende Gruppen "vorne; Mitte; hinten; Holz/Feuergruppe; Farbgruppe; Straßensperrengruppe; Verpflegungsgruppe", wurden aufgezählt, einzelne Teilnehmer meldeten sich diszipliniert zu Wort, machten Vorschläge (wieder ohne genaue Angaben zu machen), die jeweiligen "Gruppenleute" werden sich am 16.11.1991 zeitig treffen. Hierbei wurde in der Gesprächsrunde jedoch nicht erkennbar, wer außer den Wortmeldungen, zur jeweiligen Gruppe eingeteilt ist.

A 1 bemerkte, wann und wo das Holz für das Mahnwachenfeuer "positioniert" werde, werde kurzfristig vor Ort entschieden, aus Angst vor den "Bullen". Denn das Feuer sei für die Bullen in den vergangenen beiden Jahren das Initial gewesen, sich auf die "Autonomen zu stürzen".

[redacted]

12989
12. 192

3. Am Samstag, 16.11.1991, gegen 19.30 Uhr, ging der Demonstrationszug in ruhiger, geschlossener Form Richtung "Iduna"-Zentrum. Im ersten Teil des Demozuges liefen ca. 30 vermummte Personen, innerhalb einer Gruppe

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

VS - VERTRAULICH
amtlich geheimgehalten

QUELLENSCHUTZ

von ca. 60 schwarz gekleideten, nach eigener Angabe "Autonomer, auch welche von außerhalb".

[redacted] konnte ca. 15 der 60 Personen vom [redacted].1991 im Demonstrationszug feststellen, darunter A 1. Gegen 19.30 Uhr hielt A 1 eine Solidaritätsrede für Conny. Ferner führte er aus, Gewalt gegen die Polizei schade nur dem Anliegen der Demoteilnehmer. Er beklagte, daß "Nazis geschützt werden, Autonome jedoch verdammt werden, wenn sie sich schützend vor Asylanten stellen.

Danach sprach eine Ausländerin über ihre persönliche Problemsituation; eine Frau und ein Mann spielten türkische und griechische Gitarrenmusik.

Gegen 20.00 Uhr wurde das Feuer von einer Frau angezündet, die auch am 13.10.1991 anwesend war, da für die Gruppe "Holz/Feuer" verallgemeinernd sprach.

Nach 20.00 Uhr ergriff A 1 erneut das Mikrofon, "wir (Autonome) finden es toll, daß die Polizei sich so zurückgezogen habe, wissen aber, daß sie am "Iduna"-Zentrum stehen. Wir wissen aber auch, daß dort vorne 2 Bullen (Zivil) sind. Es wäre besser, wenn ihr abzieht". Unter Gejohle der Demoteilnehmer entfernten sich 2 Männer. A 1 forderte mehrere Leute auf, zurück zu kommen, den "Typen" nichts zu tun, "wir wollen nicht dasselbe erleben, wie vor 2 Jahren".

Gegen 19.30 Uhr standen vor dem [redacted]-Eingang je ein Pkw mit HH- (weißer Jetta) und NOH (weiß R 4) geparkt, keine weiteren Pkws.

12989
12. 193

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

193

AS1/AS4 Anlage 2

göttinger Drucksache

wöchentliches Stadtinfo — erscheint freitags

Nr. 39 ★ 8.11.1991

Solidarität statt Nationalismus

Am 9.November findet eine Demonstration gegen Rassismus und Nationalismus in der Bundesrepublik statt. Die Verbindung vom 9.November 1938, der Reichspogromnacht, zur heutigen Situation in allen Bundesländern ist offensichtlich.

Damals organisierten die Nationalsozialisten den Auftakt zur planmäßigen Vernichtung der deutschen Juden und Jüdinnen. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung verhielt sich passiv zustimmend zu den Angriffen auf Synagogen und jüdische Geschäfte oder stand beifallklatschend daneben. Heute vergeht kein Tag ohne Angriffe auf Lager und Wohnungen von ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlingen. Menschen werden gejagt und auf offener Staße angegriffen, und das mit immer unverhohlenerer Duldung und Unterstützung aus Teilen der Bevölkerung.

Vom 1.1. bis zum 22.10. wurden von insgesamt 1331 Anschlägen gegen AusländerInnen im Bundesgebiet, 224 in Niedersachsen verübt. Hiervon waren 119 Anschläge gegen Unterkünfte, davon 28 Brandanschläge und 13 Körperverletzungen. Damit liegt Niedersachsen weit über dem Bundesdurchschnitt.

Spätestens seit Hoyerswerda ist die Grenze zwischen gut organisierten neofaschistischen Gruppen und Teilen der deutschen Bevölkerung geschwunden. Als Erklärung für diese Entwicklung erwecken PolitikerInnen und Medien den Anschein, daß ein Zusammenhang zwischen dem Zuzug der Flüchtlinge und Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Zukunftsängsten besteht. Diese unbestreitbaren Probleme sind Folgen einer verfehlten Politik in der Bundesrepublik, nicht aber die Schuld von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen. Es gibt keine Zwangsläufigkeit, die Wohnungssuchende und Arbeitslose zu RassistInnen macht.

Seit bestehen der Bundesrepublik sind etwa 650.000 Menschen hierher geflüchtet, von denen lediglich 118.573 im Zeitraum zwischen 1971 und 1990 als Asyiberechtigte anerkannt worden sind. In den Jahren 1989 und 1990 liegt die Anerkennungsquote sogar nur bei 5%. Drei Viertel der abgelehnten Asylbewerber sind sogenannte defacto-Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden dürfen. Allein im Jahr 1989 sind dagegen 720.909 "deutschstämmige" Aus- und ÜbersiedlerInnen eingereist. Nur 5% der 22 Millionen Flüchtlinge in der Welt fliehen überhaupt nur in die westlichen Industriestaaten. Verschwiegen wird auch, daß die Bundesrepublik die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben hat, die größeren Schutz gewährt als das deutsche Recht. Der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen warnte die Bundesrepublik nachdrücklich vor weiteren Brüchen des internationalen Rechts.

Aber was sind das für Menschen, die aus ihren Herkunftsländern zu uns fliehen? Sie kommen aus dem Bürgerkrieg in Jugoslawien, sie kommen aus dem türkischen Teil Kurdistans, es

Fortsetzung auf Seite 2

3.Göttinger Totalverweigerer vor Gericht

Im Namen des Volkes...!

Vor dreihundert Jahren war es selbstverständlich, daß der, der gesellschaftlich akzeptiert werden wollte, die Laufbahn eines Richters, Priesters oder Offiziers einschlug. Heute besitzen diese Berufe nicht mehr das Bedürfnis, gesellschaftlich akzeptiert zu sein, da sie sich mit den Werten und Normen dieser Gesellschaft nur schwer identifizieren können. Das liegt sicherlich daran, daß sich im Vergleich zum gesellschaftlichen Selbstverständnis von vor dreihundert Jahren kaum etwas geändert hat. Zwar hat die Kirche an Einfluß und Ansehen verloren, die besondere Stellung des Juristen von damals aber drückt sich im heutigen Beamtentum weiterhin aus. Die gesellschaftliche Stellung des Militärs schließlich hat nichts an ihrer Aktualität verloren. Dabei geht es heute weniger um die Institution Bundeswehr, sondern um Strukturen, die sich durch jahrhundertelange Militärtradition herausgebildet haben und gesellschaftlich institutionalisiert und verinnerlicht wurden.

Seine krasseste Auswirkung fand der Militarismus in deutscher Geschichte während des Dritten Reichs, als er zur höchsten Maxime des ganzen Volkes erhoben wurde. Das Resultat war Verfolgung und Folter im Namen des Volkes und der Tod von abermillionen von Menschen im Zweiten Weltkrieg.

Heute wird in Deutschland die freiheitlich-demokratische Verfassung zur höchsten Maxime erhoben, doch der Einfluß militärischer Denkweisen bleibt weiterhin dominant für die gesellschaftliche Ordnung.

- so wurde schon 1948/49 (nur fünf Jahre nach Kriegsende!) wieder an eine Wiederbewaffnung Deutschlands gedacht und der Art.4, Abs.3 GG. eingeführt,
- so wurde 1956 militärisches "Recht" (Wehrpflichtgesetz) wie selbstverständlich vor Ver-

Fortsetzung auf Seite 2

Termine

Freitag, 8.11.91

19.30 Uhr: *Mythos und Gesellschaft.* Zur Verfassung der cubanischen Gesellschaft zwei Generationen nach der Revolution. Mit 2 cubanischen Staatlinnen. VeranstalterInnen: AStA Frankfurt und Göttingen. ZHG 103.

19.30 Uhr: *Shoah*, Teil I. Film, Lumiere, Geismar Landstr. 19 (Teil II am Samstag)

Samstag, 9.11.91

11.00 Uhr: *Schweigemarsch "Frieden für Kroatien"* Altes Auditorium

11.00 Uhr: *Demo gegen den rassistischen Normalzustand.* Wilhelmsplatz

19.30 Uhr: *Shoah*, Teil II. Film, Lumiere

Sonntag, 10.11.91

15.00 Uhr: *Frau-Kraft-Kopplung.* Vortrag im Haus Hoher Hagen, Tel. 05502/3697)

20.00 Uhr: *Man müsste doch was tun...* Sonntagsfilm im T-Keller, Geismar Landstr. 19

Montag, 11.11.91

19.00 Uhr: *Eines Tages werden wir frei sein.* Infoveranstaltung zu den Prozessen gegen IrInnen und KurdInnen in der BRD. Theaterkeller, Geismar Landstr. 19.

20.15 Uhr: *Ich war ein glücklicher Mensch.* Dokumentarfilm, DDR 1990, Lumiere Geismar Landstr. 19

Dienstag, 12.11.91

16.30 Uhr: *Edith Stein.* Vortrag Ilse Mascher, Wohnstift, Charlottenburgewr Str.19

19.30 Uhr: *Das Asylrecht.* Podiumsdiskussion des Göttinger AK Asyl. Wo???

20.00 Uhr: Film *Talking Broken - Insulaner der Torres-Straße.* Über eine der australischen UreinwohnerInnen-Minderheiten. Der Regisseur ist anwesend. Lumiere, Geismar Landstr. 19.

20.00 Uhr: *Gewalt von Rechtsradikalen gegen Schwule.* Diskussionsveranstaltung. Schwulenreferat, AStA, Goßlerstr. 16a.

20.00 Uhr: Vortrag *Entwicklung: zu Lasten der Eisheimischen.* Über Bauprojekte in Kolumbien. VeranstalterInnen: GfbV. Hörsaal des Instituts für Völkerkunde, Theaterplatz 15.

20.00 Uhr: *Hier - und höre zu...!* Kabarett Apex, Burgstr. 46

22.30 Uhr: *Ich war ein glücklicher Mensch.* Film, Lumiere Geismar Landstr. 19

Mittwoch, 13.11.91

11.00 Uhr: Kurs *Massage und Entspannung für Frauen in gesundheitlichen Krisen.* Frauengesundheitszentrum, Prinzenstr. 20a.

19.30 Uhr: *Was ist deutsch? Zur Mystifizierung eines Begriffs.* Veranstaltung mit dem FR-Journalisten Eckehard Spoo. Wo???

20.00 Uhr: *Verhütung- Lust oder Frust.* Infoabend. Frauengesundheitszentrum, Prinzenstr. 20a.

Donnerstag, 14.11.91

19.00 Uhr: *Antifaschismus als kommunale Aufgabe - Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus und Rassismus.* Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen der Fraktionen. VeranstalterInnen: DGB-Kreis Göttingen/Northeim. DGB-Haus, Obere-Masch-Str. 10.

20.00 Uhr: Treffen der *Lokalradio*-Initiative. Grünes Zentrum, Geiststr. 1.

Freitag, 15.11. bis Sonntag, 17.11.91

Seminar *Rassismus, Nationalismus, Faschismus im Raum Göttingen.* Haus Hoher Hagen, Tel. 05502-3697.

mehr Termine auf Seite 2

Demonstration gegen Angriffe auf AusländerInnen

Samstag, 9.11.91
11.00 Uhr
ab Wilhelmsplatz

Am 9. November vor 53 Jahren führte der deutsche faschistische Rassenhaß zu einem Pogrom gegen die Judinnen und Juden

193

194

Einheiz- oder Einheits-Radio?

Zur geplanten Auflösung des Jugendradio DT 64

Der deutsche Einigungsvertrag hat es möglich gemacht: kritische und folglich mißliebige, oft weniger finanzstarke Medien werden entweder kapitalistisch-kommerziell gleichgeschaltet oder aus der Medienlandschaft entfernt. Stattdessen sprießen Massenblätter der übelsten Art, von ausländischen Pressezaren dominiert, ans Licht (vgl. *Super!*), liefern sich konservative westdeutsche Gratis-Anzeigenzeitungen Kämpfe um flächendeckende Verbreitung in Ost-Regionen (vgl. einige Göttinger Blättchen...).
Betroffen vom "Tod durch Abwicklung" ist höchstwahrscheinlich auch der ost-landesweit zu empfangende Ostberliner Jugendsender DT 64. Schon zu DDR-Zeiten fiel der Sender durch eine spannende, abwechselungsreiche Musikauswahl auf, während sich allerdings die JournalistInnen erst recht spät - aber immerhin noch vor der "Wende" - ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu kritischer Berichterstattung bewußt wurden. Inzwischen stellt DT 64 für viele Ost-Jugendliche einen wichtigen Orientierungspunkt inmitten einer Zeit der kommerziellen Überfremdung dar.
Die geplante Abschaltung des Senders wird mit Artikel 36 des Einigungsvertrages begründet, der besagt, daß Rundfunk und Fernsehen der ehemaligen DDR in föderale Strukturen zu überführen bzw. aufzulösen ist. Andererseits steht im direkt vorausgehenden Artikel 35, die kulturelle Substanz dürfe "keinen Schaden nehmen". Dieser Artikel wurde beim Umgang mit dem Deutschlandsender (DS) Kultur tatsächlich berücksichtigt: Zusammen mit dem Deutschlandfunk und Rias wird DS Kultur ab 1993 - allerdings unter der Obhut von ARD und ZDF - ein bundesweites Programm auf seinen angestammten Frequenzen ausstrahlen. Die wahren Gründe für die offizielle Haltung gegenüber DT 64 werden in einem internen Papier der sächsischen CDU deutlich. Dort heißt es: "Im übrigen ist der Sender DT 64 bis heute den Beweis dafür schuldig geblieben, daß er zu einer umfassenden, wahrheitsgemäßen und fairen politischen Berichterstattung willens und fähig ist." Dem Vorsitzenden des CDU-Facharbeitskreises Kultur/Medien in Sachsen, Friedbert Groß, schwebt vielmehr vor, im künftigen Angebot ein Programm zu haben, das "den Erwartungen Jugendlicher gerecht wird und wo sie sich mit ihren Ansprüchen angenommen fühlen können". Das wäre doch genau *das* Argument für den Erhalt von DT 64!
Letzlich handelt es sich um ein Frequenzengerangel der bekannten Art: Nicht angepaßte "Stör"sender müssen den finanzkräftigen, auf der offiziellen politischen Linieschwimmenden Radiostationen weichen, wobei noch dazu so getan wird, als gäbe es einfach keine freien Frequenzen mehr für die kommerzielle Einheitssoße.
Im Osten haben sich vielerorts Initiativen für den Erhalt von DT 64 gegründet. In Göttingen liegt eine Unterschriftenliste im Buchladen Rote Straße aus. Und wer ein Radio mit gu[te] Antenne hat, sollte auf alle Fälle mal reinhören - UKW, 101,5 MHz. Abends ist der Empfang am Besten, z. B. die "Schlafstörung" ab 2[3].00 Uhr!

1. offizielle Ankündigung des

2. Göttinger Zeitungsballs

im Juz, Bürgerstr.
am 29.11.1991
Es lädt ein: göttinger Drucksache

Solidarität statt...

Fortsetzung von Seite 1

kommen Roma aus Rumänien, es sind Menschen aus dem Iran, Irak und Flüchtlinge aus dem Libanon und Sri Lanka. Sie fliehen vor Bürgerkriegen, in denen alle Menschen unsäglichen Grausamkeiten ausgesetzt sind. Der türkische Staat verfolgt die kurdische Bevölkerung unter dem Vorwand der Abwehr von Terroristen" bis in den Nord-Irak und bombardiert sie dort mit Napalm und Benzinbomben. In Rumänien werden Angehörige der Roma diskriminiert und müssen ständig damit rechnen, Opfer von Einzelüberfällen und Pogromen zu werden. Im Irak herrscht nach wie vor das Regieme der Baath-Partei, das jede Opposition brutal unterdrückt. Auch im Iran hat sich, trotz gegenteiliger Beteuerungen der Regierung, die Situation für die Menschen nicht verbessert. Oppositionelle werden gefoltert, hingerichtet, als angebliche Prostituierte und Rauschgifthändler gesteinigt.
Dies sind nur einige Beispiele für Gründe, warum Menschen hierher fliehen, um Schutz zu suchen. Es sind Menschen auf der Flucht vor Hunger und Armut. Verantwortlich dafür sind die reichen Nationen des Nordens. Sie wollen durch Armut, Krieg und Gewaltherrschaft ausgelöste Migration unter Kontrolle bringen. Auch dort sind sich die politisch Verantwortlichen mit großen Teilen der Bevölkerung darüber einig, daß die Bundesrepublik vor "unkontrollierter Einwanderung" geschützt werden müsse. Differenzen gibt es nur in der Wahl der Mittel: Änderung des Grundgesetzes, Einrichtung von Sammellagern, Festlegung von Einwanderungsquoten - oder Anschläge und Mord.
Nationalismus und Rassismus in der bundesdeutschen Gesellschaft lassen sich nur durch uneingeschränkte Solidarität mit allen Flüchtlingen bekämpfen. Sie sind das Problem dieser Gesellschaft, deren Nationalismus seit dem 9.November 1989 keine Grenzen mehr kennt - sollte doch tatsächlich dieser Tag, der Jahrestag der Reichspogromnacht ursprünglich zum Nationalfeiertag erklärt werden.
Rassismus und Nationalismus sind das Problem einer Gesellschaft, in der Menschen sortiert werden nach ihrer Herkunft, ihrer Nationalität, ihrer nützlichkeit für den Arbeitsmarkt, ihrer "Integrationsfähigkeit".
Rassismus ist nur zu bekämpfen gegen den parteiübergreifenden Nationalismus des vereinten Deutschland und gegen die europäische Wohlstandsfestung.

Termine

Freitag, 15.11.91
20.00 Uhr: *Peter Steffens, ein rechtsextremer Jugendlicher erzählt.* PH-Aula, Waldweg
20.15 Uhr: *Land Gottes oder Staat Israel.* Vortrag Dr. Dennecke, Hannover. Wo??
20.15 Uhr: *UmWerbung*, Kabarett, Apex
20.15 Uhr: *Länderfilmtage Spanien* [bis] 24.11. im Lumiere
Samstag, 16.11.91
19.00 Uhr: *Jazz-Fest* Uslar. Mit Markus Frey, Modern String Quartet und Rabih Abou-Khalil & Mohammad Tahmassebi. Göttinger VVK: Buchladen Rote Str. Gymnasium Karl-Ilse-Straße Uslar.

Im Namen...

Fortsetzung von S.1

fassungsrecht gestellt,
- so wurde 1956 der Ersatzdienst eingeführt und damit die Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer, bei der Mann sein Gewissen staatlich prüfen und anerkennen lassen mußte und heute noch muß. Und das alles auf der Grundlage eines militärischen Gesetzes,
- so wurde der Ersatzdienst 1968 in einem Notstandsartikel grundgesetzlich begründet,
- so wurde 1978 durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt, daß der Ersatzdienst nicht [eine] alternative Form der Wehrpflicht gedacht [ist],
- so verspricht ein Genscher heute den NATO-Partnern, daß unsere Verfassung geändert wird, um einen militärischen Einsatz deutscher Truppen auch außerhalb der NATO-Grenzen möglich zu machen,
- so diskutieren heute die großen Parteien eine Grundgesetzänderung, um Ausweisungen ausländischer Mitmenschen aus Deutschland zu beschleunigen,
...und alles im Namen des Volkes!?
Angesichts dieser Tatsachen muß mensch sich wirklich fragen: Was ist unsere Verfassung eigentlich wert? und weiter: Was bedeutet eigentlich Kriegsdienstverweigerung in Deutschland?
Um diese und andere Fragen wird es am **Do, 05.12.1991 um 11 Uhr im Amtsgericht Göttingen** (Schöffengerichtssaal) bei meinem **Prozeß wegen totaler Wehrpflichtverweigerung** gehen.
Daß es zu einer Verurteilung kommen wird, ist klar; daß dies aber auch im Namen des Volkes geschieht, muß nicht sein.
Für die, die jetzt schon wissen, daß sie kommen wollen, und die keine Lust mehr haben, sich alles auch in ihrem Namen gefallen zu lassen, wird es ein Prozeßvorbereitungstreffen geben, bei dem mögliche Prozeß-Strategien besprochen werden.
Der Prozeß ist öffentlich und kann von jeder/jedem besucht werden, sei es aus Solidarität, aus Interesse oder einfach aus Neugier. Wichtig ist allerdings, daß ihr einen Personalausweis mitbringt, da bei politischen Prozessen mit allen Schikanen (z.B. Personalienfeststellung) gerechnet werden kann.
Das Amtsgericht befindet sich in der Berliner Str. 4-8 (Nähe Bahnhof). Wer am Vorbereitungstreffen und an einer aktiven Prozeßführung teilnehmen will, sollte mich persönlich kontakten, da Ort und Zeit noch ungewiß sind.
Ich freue mich auf ein Wiedersehen bzw. Treffen mit Euch, bis dann, Euer Andreas
Kontaktadresse: Andreas K, Tel. 0551/705948 oder
Gruppe-TKDV c/o Buchladen, Rote Str. 10, 3400 Göttingen
Laßt sie nicht unsere Ängste in Ohnmacht umwandeln, sondern laßt uns die Ängste durch Widerstand besiegen.

194

195

Thule-Seminar-Kassel: Rassistische Intelektuelle bilden

"Geistige Wehrsportgruppe"

Rassistische Absichten werden von der "Neuen Rechten" nicht immer offen präsentiert, sondern z.T. sogar mit linken Argumentationsmustern präsentiert: *Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee des "Ewig-Gestrigen" passen. Eine Werbeagentur muß sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen. Und wenn kariert Mode ist, darf man kein Produkt mit Pünktchen anpreisen. Der Sinn unserer Aussagen muß freilich der gleiche bleiben. Hier sind Zugeständnisse an die Mode zwecklos. In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation "Die sollen doch heimgehen" nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: "Dem Großkapital muß es verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit sondern die Arbeit zu den Menschen gebracht werden." Der Sinn bleibt der gleiche: "Fremdarbeiter raus!" Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein."* (Thora Ruth in der Zeitschrift LATA-RUF, 1973). Ein Resultat dieser Strategieüberlegungen war u.a. die Gründung des "Thule-Seminar" 1980 in Kassel, einer Art "Geistiger Wehrsportgruppe" der Neo-Nazis, die beim Amtsgericht Kassel als Verein eingetragen ist und als Anschrift nur ein Kasseler Postfach angibt. Der Name "Thule" bezieht sich auf die 1918 gegründete Thule -Gesellschaft, einer logenartig organisierte Geheimgesellschaft des Germanenordens mit extrem rassistischer und antisemitischer Prägung. Gründungsmitglied des "Thule-Seminar" ist u.a. der Göttinger Neo-Nazi Hans-Michael Fiedler. Das Thule-Seminar kooperiert mit dem "Arbeitskreis Deutschland"/Kassel und dem "Gesamtdeutschen Arbeitskreis" in Hann. Münden. Dort tauchen Nazis auf linken Veranstaltungen und argumentieren so, daß manch einem der linken TeilnehmerInnen keine Antwort mehr einfällt. Die genannten Organisationen verurteilen z.B. den "american way of life": "Wir betrachten Amerika als den Hauptfeind Europas, wir betrachten Amerika als den Hauptfeind jeglicher verwurzelter Kultur oder Identität" und "es ist höchste Zeit, daß die Europäer auch auf die Spuren ihrer eigenen Identität zurückkehren." (Pierre Krebs, Thule-Seminar/Kassel) Die Neonazis gehen dabei von der angeborenen Überlegenheit der "nordischen Rasse in den germanischen Ländern" aus, sie sprechen sogar von einem "europiden" bzw. "germanischen Gen"! Sie wollen die "Nation Europa" und arbeiten auf europäischer Ebene internationalistisch. Die Schändung jüdischer Friedhöfe in Baden-Württemberg z.B. wurden von dem niederländischen Neo-Nazi Wolsink in Amsterdam, Da Costastraat 234, koordiniert. Es geht ihnen eben nicht um eine "neue Ordnung in Holland" oder eine "neue Ordnung in Frankreich" oder in Deutschland, sondern eine "neue Ordnung in Europa".

Die Überlegung, daß es biologisch wertvollere und weniger wertvolle Menschen gäbe, wird nicht zuletzt durch die Gen- und Biotechnologie gesellschaftsfähig gemacht. Theorien, die eine Organisation der Gesellschaft "nach den Gesetzen der Natur" befürworten, stützen sich umstandslos auf Darwin, der meinte, daß die Vernichtung der Schwächeren durch die Stärkeren eben ein natürliches Prinzip der Naturentwicklung sei. Die Verwendung dieses darwinistischen Prinzips "Recht des Stärkeren" wird nun auch auf die menschliche Gesellschaft übertragen (Sozialdarwinismus), wo dieses Prinzip dann auch noch mit dem Prinzip der Marktwirtschaft übereinstimmt. In den Wissenschaften bereiten z.B. "Soziobiologie" und "Sozialökologie" solchen Gedanken den Weg. Dies unterstützt die Strategie der Neuen Rechten bei ihrem Versuch, die Gesellschaft mit rassistischer Ideologie schrittweise zu infiltrieren.

Buchhinweis

Wer mehr über das Thule-Seminar erfahren möchte, sei auf das **Buch "Thule-Seminar, Spinne im Netz der Neuen Rechten"** hingewiesen, das über den AK "Neue Rechte", c/o Umweltzentrum, Elfenbuchenstr. 18, 35 Kassel, für 7,80 (Scheck oder bar dem Bestellbrief beilegen - keine Briefmarken beilegen) bezogen werden kann. Am besten Sammelbestellung über Buchladen Rote Straße.

Hetz-Schablone für CDU-Ratsfraktionen

Am 12.Sept.91 erfolgte ein Rundschreiben der CDU an alle *"Damen und Herren Kreisvorsitzenden, an die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen in den Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen, Landtagen, Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus, den Mitgliedern des Bundesvorstandes zur Kenntnis"*. In der Einleitung bittet Volker Rühe (Generalsekretär der CDU) darum, *"in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylproblematik zum Thema zu machen"*.

Angefügt ist u.a. ein "Muster für einen Antrag der CDU-Ratsfraktion" in dem es heißt *"Die Aufnahmekapazitäten in den Städten und Gemeinden sind inzwischen weitgehend erschöpft. Freie Wohnungen zur Unterbringung von Asylbewerbern stehen nicht mehr zur Verfügung. Übergangseinrichtungen sind vielfach überbelegt. (Hier einige Sätze zur örtlichen Situation einfügen). Eine weitere nennenswerte Zuweisung von Asylbewerbern ist für die Stadt ....nicht mehr verkraftbar.*

Eine Entlastung der Situation durch eine wesentliche Verkürzung der Asylverfahrensdauer ist ohne eine Änderung des Grundgesetzes nicht möglich. Die gegenwärtig geltende Regelung des Asylrechts im Grundgesetz ermöglicht jedem Bewerber die Einreise un den Aufenthalt zur Durchführung eines Asylverfahrens - auch in jenen Fällen, in denen der Bewerber aus einem Land stammt, in dem es keine Verfolgung gibt. Das Grundgesetz muß deshalb so gefaßt werden, daß Asylbewerber aus Ländern, in denen es keine Verfolgung gibt, ihr Verfahren nicht mehr von deutschem Boden aus betreiben können."

Das heißt, die CDU will dann einfach festlegen, in welchem Land es ihres Erachtens keine politische Verfolgung gibt und schon braucht sie keine AsylbewerberInnen aus diesem Land mehr aufzunehmen.

Um die Hetze noch weiter zu entfachen ist auch noch ein *"Muster für Anfragen an die Verwaltung zur örtlichen Lage der Asylbewerber"* beigefügt. Die CDU-Ratsfraktionen sollen im Rat u.a. fragen: *"Welche Auswirkungen hatte die Belegung von öffentlichen Einrichtungen mit Asylbewerbern auf die bisherigen Benutzer/Besucher? Bestehen in der Gemeinde ...noch freie Kapazitäten für die Unterbringung weiterer Asylbewerber? Wie hoch sind die monatlichen Kosten für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber? Sind in der Gemeinde Fälle bekannt geworden, in denen es seitens der einheimischen Bevölkerung zu Klagen oder Beschwerden über Asylbwerber gekommen ist? Welche Leistungen erhalten Asylbewerber in der Gemeinde...? Wie haben sich die jährlichen Kosten für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber in den letzten fünf Jahren entwickelt?"*

In den weiteren Ausführungen wird deutlich, daß diese ganze Hetze vor allem deshalb entfaltet wird, damit die BRD im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft durch das geltende Asylrecht nicht zur Aufnahme von mehr AsylbewerberInnen verpflichtet werden kann als andere Länder. So kann mensch sich schließlich fragen, ob es von einigen CDU-VertreterInnen eventuell noch als notwendigen Beitrag zur Beförderung ihrer politischen Kampagne angesehen wird, wenn Menschen das Haus überm Kopf angezündet wird, wenn Leute zusammengeschlagen und umgebracht werden.

Was fehlt?

Zu unserem Artikel "Kaffeekränzchen mit Faschisten" aus göDru Nr.37 haben wir einige Zuschriften bekommen. Wir werden sie in der näxten göDru berücksichtigen. Überhaupt kamen in letzter Zeit die LeserInnenbriefe etwas knapp. Wir hoffen in der näxten Ausgabe davon einiges nachholen zu können. Auch die regelmäßigen Termine sollen in der näxten Ausgabe wieder erscheinen. Ging diesmal rein platzmäßig nich. Wenn der Termin Eures Gruppentreffens auch in der göDru erscheinen soll, dann schreibt ma.

die Red.

Impressum:
Göttinger Drucksache, Geiststr. 1, 3400 Göttingen. Auch Briefkasten am AStA, Goßlerstr. 16a. Tel. 0551-484545 (Anrufbeantw.)
Kto.Nr.:94268, SK Göttingen.
Redaktionstreffen und -schluß: Montag, 20.00 Uhr; für dringende/kurze Meldungen: Mittwoch, 18.00 Uhr.
Texte bitte möglichst auf Diskette abgeben.

deklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklassifiziertedeklas

195

Risikotechnologieforschung: Kritik, Konsequenzen, Alternativen

Überleben trotz Wohlstandsgesellschaft?

Unter der Großüberschrift "Umweltkrise - Chance für die Wissenschaft?" führt das Ökologiereferat im AStA im WS 91/92 eine Vortragsreihe durch. Es sind zehn Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, sowie ein Tages- und ein Wochenendseminar geplant. Theamtisiert wird sowohl die Kritik an der Forschung und Anwendung von Risikotechnologien (Gen-, Informations- und Chemietechnologie), als auch mögliche Konsequenzen für den Wissenschaftsbetrieb. Außerdem werden Diskussionen um denkbare Ansätze für eine andere Wissenschaftsstruktur und Hochschulpolitik angeregt werden. Eröffnet wurde die Vortragsreihe am 7.11.91 mit einem Vortrag des Mannheimer Diplombiologen R. Scheller. In seinem Beitrag "Genforschung im "Widerstreit zwischen Industrie und Öffentlichkeit" beschrieb er wie deutsche Chemiekonzerne ihre Markterwartungen in der Bio- und Gentechnologie in staatliche Forschungslenkung umzusetzen wissen. Er klärte über die jetzigen und zukünftigen Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und besonders Menschen, die in der Forschung arbeiten, auf und versuchte nachzuweisen, daß die Genforschung durch ein staatliches Programm gelenkt wird, wodurch ein neuer ertragreicher Wirtschaftstyp entstanden ist.

Der nächste Vortrag "Vom Leben überleben lernen" findet am 19.11.91 um 19.30 Uhr um ZHG 104 unter der Leitung des Diplombiologen und Leiter des Umwelt-Prognose-Instituts Heidelberg. D. Teufel statt: "Das Leben auf der Erde ist vor über 3.5 Millionen Jahren entstanden... In diesem Zeitraum bildeten sich in der Biosphäre Millionen von Ökosystemen und mehrere 100 Millionen Tier- und Pflanzenarten heraus. Daß die Biosphäre über diesen gewaltigen Zeitraum überlebensfähig geblieben ist, liegt an ihren Systemeigenschaften... Seit rund 150 Jahren betreiben die Menschen industrielle Wirtschaft.... Die Prinzipien, nach denen unsere Wirtschaft und Zivilisation funktioniert, stehen den Eigenschaften eines überlebensfähigen Systems vollkommen entgegen..."

Inhalt des Vortrags wird es sein, die Systemeigenschaften der Biosphre zu analysieren und mit unseren Wirtschaftsprinzipien zu vergleichen. Gleichzeitig wird das katastrophale Versagen unserer Umweltpolitik aufgedeckt und dargestellt werden, wie und was wir durch Analyse der Biosphäre lernen können. Die einzelnen Beiträge aus der Vortragsreihe werden jede Woche in den Terminen angekündigt werden.



Eine peinliche Panne erfordert leider die Evakuierung der Erde. Bitte bleiben Sie ruhig. Sie werden entgiftet, entseucht, entschärft und entschädigt. Ihre Tränen getrocknet, die Nase geputzt und heile, heile Gänschen dreimal gepustet und Pflaster drauf, und nachher gibts auch ein Eis.

SPENDEN-LASTSCHRIFT

Bitte ausfüllen, ausschneiden und an "Verein zur Förderung alternativer Medien", c/o Drucksache, Geiststr. 1, 3400 Göttingen schicken.

Hiermit ermächtige ich den "Verein zur Förderung alternativer Medien", Göttingen, zum 1. jeden Monats, ab sofort, bis auf Widerruf den Betrag von.....DM, von folgendem Bank- oder Postgirokonto abzubuchen:

Bankleitzahl.....

Konto Nr.:.....

Kurzbezeichnung des Geldinstituts:.....

Ort des Geldinstituts:.....

Name der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers:.....

Adresse oder Tel.:.....

Datum:.....Unterschrift:.....

Kommentar

Seit Jahren wissen wir - oder doch nicht so genau - von den möglichen Gefahren, die die Forschung im Gebiet der Risikotechnologien mitsichbringen kann. Hier und da "skandalisiert mal was durch", Beschwichtigungen werden ausgesprochen, Versprechungen gemacht... und die Wogen glätten sich wieder. Ein zu komplexes Thema, von dem Frau Normalverbraucherin ind ihr Mann Otto so gar keine Ahnung haben.
Die Vortragsreihe des Ökologiereferats im ASTA gibt uns die Möglichkeit, etwas Licht in das Dunkel zu bringen. Auch wenn durch die Klarheit möglicherweise alles noch schwärzer wird, soll es nicht darangehen, daß wir unsere Augen geschlossen halten.

Kommentar

zum Demo-Aufruf

Im Flugblatt ("Gegen Rassismus und Nationalismus") steht folgender Satz: *"Seit Jahren hetzen Parteien (CDU,CSU,FDP,SPD,GRÜNE) und Medien gegen Flüchtlinge, kriminalisieren deren Asylgesuche und treiben eine immer weiter verschärfte Flüchtlingspolitik voran"*.
Diesen Satz könnte mensch einfach übergehen, wenn nicht eine Vielzahl von Gruppen und Institutionen als UnterstützerInnen des Aufrufes angeführt werden, die bisher mit GAL/Die Grünen zusammengearbeitet haben. Es wird sogar der AStA der Uni aufgeführt, obwohl die Grünen selbst in diesem AStA mitarbeiten und den AStA-Vorsitzenden stellen. Im nachhinein war die Zustimmung zu diesem Satz wohl auch beim AusländerInnenbeirat umstritten.
Der oben angeführte Satz (der die DVU, FWG,NPD und Republikaner unerwähnt läßt) beinhaltet die Behauptung "Grüne hetzen seit Jahren gegen Flüchtlinge und kriminalisieren deren Asylgesuche". Wenn alle unterzeichnenden Gruppen wirklich dieser Auffassung wären, könnten sie dann zukünftig mit der GAL/Grünen in irgendeiner Weise noch zusammenarbeiten oder ist beabsichtigt, PDS/LinkeListe als parlamentarische Nachfolge für die Grünen aufzubauen - das wäre töricht, vielmehr sollte auch diese beiden zusammenarbeiten. Wegen des o.g. Satzes konnten GAL/Die Grünen jedenfalls nicht den Demo-Aufruf unterstützen und sahen sich genötigt, ein eigenes Flugblatt zu machen.
Mit pauschalen, undifferenzierten Vorwürfen wird die notwendige Zusammenarbeit im Widerstand gegen Rassismus und Nationalismus in Göttingen erschwert.

SchülerInnen gegen Dosen

Ca. 750 SchülerInnen demonstrierten am Mittwoch,den 6.11.91 gegen die 20.000 Dosen, die täglich in Göttingen anfallen. Mit der Durchsetzung ihrer Forderung "Göttingen, die erste dosenfreie Stadt" in der BRD wollen sie Zeichen für eine wirklich ökologische Zukunft setzen. Deshalb fordern sie die Göttinger Geschäftsleute auf, dem Beispiel der ostfriesischen Inseln zu folgen, und die Energiefresserinnen und Umweltverschmutzerinnen Getränkedosen ohne wenn und aber vom Markt zu nehmen. Wir hoffen, daß die SchülerInnenaktion genauso erfolgreich wird wie die Kampagne für wiederverwertbare Milchbehälter auf Schulhöfen.

196

196

dasssitzenbleibenklassensitzenbleibenklassensitzenbleibenklas



Am 29.7.91 wurden unsere Genossen und Freunde Knud und Ralf von Hamburger LKA-Beamten in Pinneberg festgenommen. Knud und Ralf waren dort Eis essen und spazieren. Die Bullen behaupten, sie hätten gesehen, wie die beiden Betonplatten auf die Schienen der Strecke Hamburg-Kiel gelegt hätten.
Unter dem Vorwurf "schwerer Eingriff in den Bahn- und Schiffenverkehr" wurde trotz festen Wohnsitzes und fester Arbeit bzw. Studium der beiden Haftbefehl wegen Fluchtgefahr gegen sie erlassen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde beim Haftprüfungstermin am 20.9. der Tatvorwurf um "versuchten Mord" erweitert. Jetzige Begründung der Haftrichterin Peters für die Untersuchungshaft ist die Schwere des Delikts.
Wir wissen, daß das ganze eine Staatsschutzlüge ist. Wir vertrauen Knud und Ralf, denn wir kennen sie als politisch denkende und bewußt handelnde Menschen, die mit uns seit vielen Jahren in linken Zusammenhängen leben. Aus gemeinsamen Diskussionen mit ihnen wissen wir, daß eine solch sinnlose Tat für sie und uns völlig ausgeschlossen ist.

Knud und Ralf sagen dazu:
"Den uns vorgeworfenen Anschlag haben wir nicht begangen. Aus unserer persönlichen und politischen Geschichte als Teil der radikalen Linken ist so ein Anschlag auch völlig ausgeschlossen.
Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der sich alles an den Bedürfnissen und Fähigkeiten des Menschen orientiert. Das steht im klaren Gegensatz zu der herrschenden Gesellschaftsordnung, in der der Mensch zum Objekt der sinnentleerten Profitmaximierung entwürdigt wird.
Eine Aktion, die irdendwelche Menschen, in irgendeinem Zug, zu irgendeiner Zeit gefährdet, wäre das genaue Gegenteil zu unserem Denken.
Der Anschlag auf die Bahnstrecke ist nichts als terroristisch - schon deshalb gibt es für uns keinen Grund, etwas derartiges zu tun. Er reiht sich vielmehr ein in die Geschichte von terroristischen Anschlägen, wie das von Faschisten auf das Oktoberfest 1980 in München verübte Attentat. Oder wie der vom Verfassungsschutz inszenierte Anschlag auf den Hamburger Hauptbahnhof 1974.

12989 197

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Der Grund, daß wir trotzdem im Gefängnis sitzen ist rechtlich der, daß die Beamten des Landeskriminalamtes Hamburg Thoms und Martens aussagen, sie hätten uns an der Bahnstrecke mit Betonplatten hantieren sehen. Diese Aussagen sind gelogen! Aber das sind die Methoden, die Innensenator Hackmann meinte, als er gesagt hat, es geht bei der Flora-Park-Räumung auch darum, wer im Viertel das Sagen hat. Eben nicht die Menschen, die dort wohnen und wünschen, ihr Leben selbst zu gestalten. Sondern diejenigen, die von ihren noblen Villen aus Mensch und Natur nur als Manövriermasse für ihre kalten Profit-Pläne ansehen.
Unser Ziel jetzt, ist, daß ihre Lügen entlarvt werden und wir rauskommen. Unser Ziel immer, ist, die Herrschenden so oft es geht in ihren technokratischen Plänen zu stoppen und so viel von unseren Träumen zu leben, wie wir schaffen."

Itzehoe, im September 91
Ralf Gauger Knud Andresen



Weitere "Merkwürdigkeiten" im Rahmen der Ermittlungen und seitens der Justiz:
Es hat keinerlei Spurensicherung, weder am Ort noch an den Händen oder der Kleidung der beiden gegeben. Nach 7 Wochen ist ein sogenanntes "Gutachten" darüber, unter welchen Umständen der Zug hätte entgleisen können, erstellt worden. Dieses "Gutachten" enthält die Bewertung, daß, wer Platten auf Gleise legt, auch die Absicht hat, einen Unglücksfall herbeizuführen. Hierbei sollte es aber nicht um eine persönliche Meinung, sondern um eine wissenschaftlich fundierte Arbeit gehen. Schon allein aus diesem Grund bewerten wir dieses "Gutachten" als Gefälligkeitsgutachten.

Einen Tag vor dem Haftprüfungstermin am 20.9. wurde ein plötzlich auftauchender angeblicher Zeuge von der Staatsanwaltschaft und der Haftrichterin Peters vernommen. Die AnwältInnen von Ralf und Knud wurden dabei nicht hinzugezogen und der Name des Zeugen wird ihnen verweigert.
Bereits ein paar Wochen nach der Verhaftung von Knud und Ralf hat eine Vertreterin der Staatsanwaltschaft gegenüber der Presse deutlich gemacht, daß sie sich vorbehalten, den Tatvorwurf auf "versuchten Mord" zu erweitern.
Es ist uns unklar, ob und auf welcher Ebene es Absprachen zwischen Bullen- und Justizapparat gegeben hat, eindeutig hingegen ist ihr gemeinsames politisches Interesse an der Aufrechterhaltung des Vorwurfs und der Inhaftierung von Knud und Ralf.

Zum Ablauf:
Die LKA-Beamten sind den beiden ab der Roten Flora gefolgt und haben sie angeblich aus den Augen verloren, als Knud und Ralf ihr Auto geparkt haben, um spazieren zu gehen. Zufällig wollen die Bullen dann, von einer Brücke aus, Knud und Ralf aus 400m Entfernung genau in dem Moment wieder beobachtet haben, als sie den ihnen vorgeworfenen "Anschlag" ausgeführt haben sollen. Als Knud und Ralf vom Spazierengehen zum Auto zurückkamen, wurden sie festgenommen.
Die LKA-Beamten, die zur speziellen Aufklärungs- und Observationseinheit (331/2) gehören, behaupten, sie wären Knud und Ralf gefolgt, weil sie einen der beiden von "Flora-Aktionen" vom Sehen kennen würden. Während der Observation haben sie die Landesgrenze zu Schleswig-Holstein überschritten und somit ihren Zuständigkeitsbereich verlassen. Die ganzen Umstände sprechen für eine gezielte Observation der beiden und lassen vermuten, daß die Verhaftung von vornherein geplant war. Der konkrete Ablauf und der absurde Vorwurf lassen nur den Schluß zu, daß die Bullen entweder selbst die Platten auf die Schienen gelegt haben oder eine für sie "günstige" Situation genutzt haben.

dokumentiert.de klassifizierte klassifizierte klassifizierte

Politische Einschätzung zur Staatsschutzkonstruktion gegen Knud und Ralf:

Die Inhaftierung von Knud und Ralf steht im zeitlichen und politischen Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Flora. Knud und Ralf, die sich als Teil der radikalen Linken begreifen, haben sich aus ihrem politischen Selbstverständnis heraus auch in den Auseinandersetzungen um den Flora-Park verhalten.

Hierbei ging es nicht, wie vom Hamburger Senat über die Medien propagiert, um die Verhinderung bzw. Durchsetzung von sozialem Wohnungsbau, sondern um eine Kampfansage durch die politisch Verantwortlichen. Schon 1988 erlitt der Senat durch die Verhinderung des Baus des Phantom der Oper im Schanzenviertel, durch breiten und vielfältigen Widerstand, eine empfindliche Niederlage. Dies haben die politisch Verantwortlichen noch sehr gut im Kopf.

Die Schärfe der aktuellen Situation verdeutlicht u.a. die Äußerung von Innensenator Hackmann:

"Es geht darum, ob Regierung und Parlament im Schanzenviertel das Sagen haben oder selbsternannte Kräfte."

Der massive Einsatz von Polizeikräften und einer zivilen Sondereinheit, genannt E-Schicht (extra eingerichtet für sogenannte "Problemviertel"), gekoppelt mit Bespitzelung durch Verfassungsschutz und Landeskriminalamt, sind Mittel, derer sich der Senat dabei bedient.

Als ein solches Mittel begreifen wir auch das Vorgehen der Staatsschutzorgane, das zur Verhaftung von Ralf und Knud führte. Ziel ist dabei nicht nur die Floraaktivistinnen zu kriminalisieren, sondern auch die Menschen zu treffen, die über Stadtteilkämpfe hinaus politisch aktiv sind und sich als fundamentale Opposition gegen die herrschende Realität begreifen.

Natürlich haben die Staatsschutzaktionen, wie die gegen Knud und Ralf, eine besondere Dimension. Das LKA und deren Abteilungen sind eigenständig handelnde Repressionsorgane, die aufgrund ihrer politischen Einschätzung ihr Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte bestimmen. Sie geniessen dabei von vornherein die volle Rückendeckung durch die politisch Verantwortlichen in diesem Staat.

Im derzeitigen politischen Klima, das überwiegend durch rechte und reaktionäre Kräfte bestimmt wird, meinen die Staatsschutzorgane mit einem derart abstrusen Konstrukt gegen Knud und Ralf und damit gegen uns vorgehen zu können. Die Dreistigkeit des Vorwurfs gibt uns die Möglichkeit Ralf und Knud wieder aus dem Knast zu kriegen und den Angriff auf die beiden und auf uns zurückzuschlagen! Wir fordern Euch auf, Euch aktiv für die Freilassung von Knud und Ralf einzusetzen! Entlarven wir gemeinsam die Staatsschutzlügen!

SOLIDARITÄTSGRUPPE KNUD UND RALF



Bild von einer Knastkundgebung in Itzhoe

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

200

Die Haftbedingungen der beiden :

- Sie sitzen beide in Itzehoe in U-Haft ohne besondere Auflagen.
- Allein jeweils in einer Zelle.
- Ralf und Knud können sich bei Freizeit und Hofgang sehen und miteinander reden; Umschluß können sie mit anderen Gefangenen haben, aber nicht zusammen.
- Besuch findet im Beisein eines Schließers statt, bisher konnten beide jeden Tag für eine halbe Stunde Besuch bekommen.
- Natürlich wird sämtliche Post mit gelesen, bis auf den Ratgeber für Gefangene ist bisher alles reingekommen.
- Mittlerweilen haben beide Radio, Fernseher und Walkman.
- Von den Kundgebungen bekommen sie alles mit, können uns dabei sehen, so wie wir sie !

SOFORTIGE FREILASSUNG VON RALF UND KNUD !

ENTLARVT DIE STAATSSCHUTZLÜGEN !

SOLIDARITÄT IST UNSERE WAFFE !



Kontaktadresse :

Solidaritätsgruppe Knud und Ralf
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 36

direkter Kontakt :
jeden Freitag zwischen 14.30 und 18.30 Uhr in der Roten Flora, Schulterblatt 71. Zu der Zeit auch telefonisch unter 040 - 4395413 .

Die Kundgebungen für Ralf und Knud finden weiterhin alle 14 Tage Sonntags statt ! Nächste Termine :
So. 6.10., So. 20.10., jeweils um 14.00 Uhr in Itzehoe
Treffpunkt für Hamburg ist jeweils um 13.00 Uhr an der Sternschanze (bringt Autos mit). KOMMT MASSENHAFT !

Spendenkonto für Verteidigungskosten :
Rechtsanwalt Beuth
Kto.-Nr.: 1250/124029
BLZ: 20050550
Anderkonto "Knud und Ralf"
Hamburger Sparkasse

Schreibt den beiden :
Ralf Gauger / Knud Andresen
z.Zt. Amtsgericht Itzehoe
z.Hd. Fr. Peters
Bergstr. 5-7
2210 Itzehoe

V.i.S.d.P. : L.Übe[illegible]e Beine Str. 57, 2 HH

dokumentationsarchiv.de/dokumentationsarchiv.de/dokumentationsarchiv.de/

D	M	V

Bundesamt für Verfassungsschutz

Datum: Köln, den 18.11.91 Pü.

Akt.-Z.: [redacted]

Achtung! Dieses Deckblatt darf nur innerhalb der Ämter für Verfassungsschutz verwendet werden. Bei Weitergabe von Meldungen an andere Behörden – auch Ministerien – muß Deckblatt abgenommen werden.

Ausfertigungen:
1. Ausfertigung
2. " IIIA-IIIA5
3. "
4. "
5. "
6. "

Deckblatt

Ident-Nr.: 1061327

[redacted]

1. Betrifft: Autonome [redacted]
   hier: Kundgebung und Demonstration aus Anlaß des 2. Todestages von Conny WESSMANN am 16.11.1991 in Göttingen

2. in: Bundesrepublik Deutschland
   (Gebietsbereich nach Inhalt der Meldung)

3. V.-Mann-Nr.: [redacted] M.V.-Mann-Nr.:

4. Feststellungsdatum des V.-Mannes: 16.11.1991

5. Feststellungsort: Göttingen

6. Unter welchen Umständen erhielt V.-Mann die Nachricht:

   Durch [redacted]

7. Bemerkungen des V.-Mannes:

8. Bemerkungen des V.-Mann-Führers:

12989
12. 199

9. Sonstiges:

   Quelle [redacted] (m)
   Anlg.: - 1 - Flugblatt offen verwertbar (bei 1. und. 2 Ausfertigung)

[redacted]

Bundesdruckerei Blatt 1

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

202

Betr.: Autonome

hier: Kundgebung und Demonstration aus Anlaß des 2. Todestages von Conny WESSMANN am 16.11.1991 in Göttingen

A. Personen

Nnu., Vnu.	Wortführer der Autonomen in der AG 5 auf dem Antifaschistischen Ratschlag vom 01. bis 03.11.91 in Dresden
Nnu., Vnu.	Leiter der AG 5 auf vorgenannter Veranstaltung.

B. Sachverhalt

Anläßlich des 2. Todestages der Studentin Cornelia ("Conny") WESSMANN fand am 16.11.1991 in Göttingen eine Demonstration und Mahnwache unter starker Beteiligung von Autonomen statt. Der Kleidung nach zu urteilen, kam die Hälfte der schätzungsweise 2.500 Demonstranten dieses sehr breit gefächerten Göttinger Aktionsbündnisses von linkskirchlichen Kreisen über GRÜNE bis Autonome aus der autonomen Szene. Erkannt wurden die unter A. aufgeführten Teilnehmer.

Der Aufstellungsort für diese Demonstration war der Markt am Gänseliesel in Göttingen. Gegen 18.00 Uhr trafen dort sechs Menschenpulks á 100 bis 150 Personen ein. Ein Pulk bestand nur aus maskierten Teilnehmern. Vor Beginn der Demo wurden Grußadressen verlesen und kurze Reden gehalten. Diese waren jedoch aufgrund der schlechten Lautsprecheranlage akkustisch kaum zu verstehen. In den Redebeiträgen ging es stets um "Conny", "Bullenstaat", "Faschismus" und "Ausländerfeindlichkeit in Deutschland". Hiernach formierte sich der Demonstrationszug.

12989 12. 200

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

202

203

Den Zuganfang und -schluß machten die Autonomen. Dazwischen reihten sich alle ein, die sich nicht zu den autonomen Zusammenhängen rechneten. Unter diesen Menschen mischten sich einige kleine Trupps von Autonomen, die alle eine vorher vereinbarte Aufgabe hatten z. B. als Sprüh- und Klebekolonnen. Aus der Demo heraus sprühte jeweils einer Parolen wie "Hoyerswerde - Vorort von Auschwitz" an Häuserfassaden, während ihn die übrigen Mitglieder der Truppe vor evtl. Zugriff durch die Polizei sicherten. Außerdem verschafften sie ihm einen ungehinderten Durchgang durch den Demozug. Zwei weitere Autonomentrupps führten Farbbeutel mit sich bzw. Holzschilde. Viele Autonome trugen einen Zahnschutz.

Gegen 18.30 Uhr setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung. Etwa 300 Demonstranten waren maskiert. 150 von diesen führten den Zug als Block an, 50 bildeten als Block den Schluß des Zuges. Sie zogen von der Weender Straße in Richtung Iduna-Hochhaus. Als sie die Fußgängerzone verließen, stockte mehrmals der Zug, wahrscheinlich wegen Unstimmigkeiten mit der Polizei. Als die Polizei am Straßenrand parkende Pkw abschirmte, kam es zu einigen leichten Rangeleien, die aber keine weiteren Auswirkungen hatten. Von 18.45 Uhr bis 19.00 Uhr blockierten die Demonstranten die Kreuzung Weender Straße - Jüdenstraßen. Sie skandierten in Bezug auf die dort mit massivem Aufgebot vertretene Polizei: "Weg mit dem Staatsterrorismus!" "Haut ab!" und "Bullen verpißt Euch". Weitere Sprechchöre während der Demonstration: "Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!", "Deutsche Polizisten, Mörder, Faschisten". Anschließend marschierten die Demonstranten zur Todesstelle der Cornelia WESSMANN auf der Weendener Landstraße vor dem Iduna-Zentrum. Dort war die 24 Jahre alte Studentin am 17.11.1989 auf der Flucht vor der Polizei bei einem Polizeiensatz gegen Skinheads und Autonome vor ein Privatauto gelaufen und ihren tödlichen Verletzungen erlegen. In Sprechören wurde die Polizei aufgefordert, sich von der näheren Umgebung dieses Platzes zurückzuziehen, weil hier die Mahnwache stattfinden soll.

12989 12. 201

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

203

204

Sowohl bei der Mahnwache wie auch bei der Demonstration hielt sich die Polizei sehr zurück und beobachtete weitgehend das Geschehen aus der Distanz. Eine Lautsprechdurchsage der Demoleitung forderte auch einen im Demozug ausfindig gemachten Trupp von ca. acht zivilen Streifenkommandos der Polizei auf, diesen Platz zu räumen und sicherte ihnen freies Geleit zu. Maskierte Autonome schirmten sie vor evtl. Tätlichkeiten ab. Als diese den Platz verlassen hatten, entfachte ein Trupp von fünf Autonomen mit Einwegholzpaletten auf der Straße ein Feuer. Während der Demo dienten diese Paletten den vermumten als Schutzschilder. Beim Zerkleinern der Paletten stellte sich dieser Autonomentrupp sehr ungeschickt an.

Die Redebeiträge vom Markt wurden fortgesetzt u. a. mit folgender Forderung:

- Auflösung der politischen Polizei und des ZSK.

Holz für das Straßenfeuer war reichlich vorhanden mindestens eine Lkw-Ladung von Baumstämme bis ca. 2 m Länge und massive Holzbohlen. Ab 20.00 Uhr verdünnte sich die Teilnehmerschar. Gegen 22.30 Uhr befanden sich noch ca. 800 Teilnehmer auf der Mahnwache. Bis zu diesem Zeitpunkt lief die Demonstration und Mahnwache abgesehen von vorgenannten leichten Gerangel und kleineren Schmierereien an Hausfassaden ohne Auseinandersetzungen und größeren Sachschäden ab.

Für diese Veranstaltung war von den Autonomen u. a. mit beigefügten Flugblatt am 15.11.1991, nachmittags, auf dem Marktplatz und ähnlichen Plakat durch Aushang am JuZi und Roten Buchladen mobilisiert worden. Die für den Abend des 16.11.1991 in Göttingen anberaumte Diskussionsveranstaltung von Autonomen zum Thema "Rassismus und Faschismus" fand nicht statt.

12989
12. 202

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

204

Mahnwache

16./17.11.1991 am Idunazentrum, Göttingen

Beginn 16.11., 18.00 Uhr, Kundgebung am Markt

für Conny und Alex

Am 17.11.1989 wurde Conny von Bullen an der Leender Landstraße in den Tod getrieben. Conny gehörte zu einer Gruppe AntifaschistInnen, die sich an dem Abend neofaschistischen Skinheads aktiv entgegenstellen wollte.

Seitdem sind zwei Jahre vergangen.

Seit der Einverleibung der DDR durch die BRD toben NeofaschistInnen offener und fast ungehindert ihren dumpfen Nationalismus und Rassismus brutal gegen AusländerInnen und Andersdenkende aus. Nach der Eskalation der letzten Monate, für die exemplarisch die Vorfälle in Hoyerswerda stehen, verurteilen alle politischen Parteien, die Medien und andere Gruppierungen diese Gewalttätigkeiten. Öffentlichkeitswirksam wird von ihnen dazu aufgefordert, sich schützend zwischen NeofaschistInnen und AusländerInnen zu stellen. Genau jene leisten durch ihre menschenverachtende Asylpolitik und rassistische Medienhetze dieser Situation Vorschub und sind nun eiligst bemüht, durch Lippenbekenntnisse als Unschuldige und Unbeteiligte zu erscheinen.

Dabei zeigen die faschistischen Überfälle eine jahrelange Kontinuität, wie auch die zahlreichen Geschehnisse der letzten Jahre in und um Göttingen zeigen.



Der Neonazi Thorsten Heise verletzt im Mai 1989 einen libanesischen Asylbewerber zu überfahren; im Anschluß an die Conny Demo am 25.11.1989 wird der 17 jährige Sebastian durch mehrere Messerstiche lebensgefährlich verletzt; im Juli 1990 greift Karl Polacek in Mackenrode eine Antifaschistin mit einer Axt an und verletzt sie am Kopf.

In der Sylvesternacht 90/91 wird Alexander Selchow in Rosdorf von den beiden Polacek-"Zöglingen" Oliver Simon und Sven Scharf mit mehreren Messerstichen ermordet. Die folgenden Tage und Wochen sind geprägt von medienwirksamen Betroffenheitsgesten seitens PolitikerInnen, führender Bullen, der Presse und der Staatsanwaltschaft, die alle bisher diese Problematik durchweg verniedlicht oder bis zur Gänze geleugnet haben. Urplötzlich erscheinen überall "überzeugte AntifaschistInnen", eiligst werden "runde-Tisch-Gespräche" einberufen. Es scheint keine Floskel zu hohl, keine Lüge zu offensichtlich, solange nur die eigene Person positiv

.12.203

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

in der Öffentlichkeit darge - stellt wird.In der Folgezeit schwinden parallel zu der öffentlichen Betroffenheit der plötzliche Anflug von Antifaschismus. Konkrete Konsequenzen bleiben aus.

Konsequenz hingegen zeigen Bullen und Justiz in ihrem Vorgehen gegen AntifaschistInnen.Es wird ausnahmslos kriminalisiert, die Aktionen entpolitisiert und entschlossenes Vorgehen gegen Rechtsradikale wird als Chaotentum abgetan.Dabei allen voran die vom Staat bezahlten Mörder und Gewalttäter des ZSK,die nicht nur maßgeblich am Tod von Conny beteiligt waren,sondern auch im weiteren unangetastet ihrer Schnüffeltätigkeit und Verfolgung politisch aktiver Menschen nachgehen können.

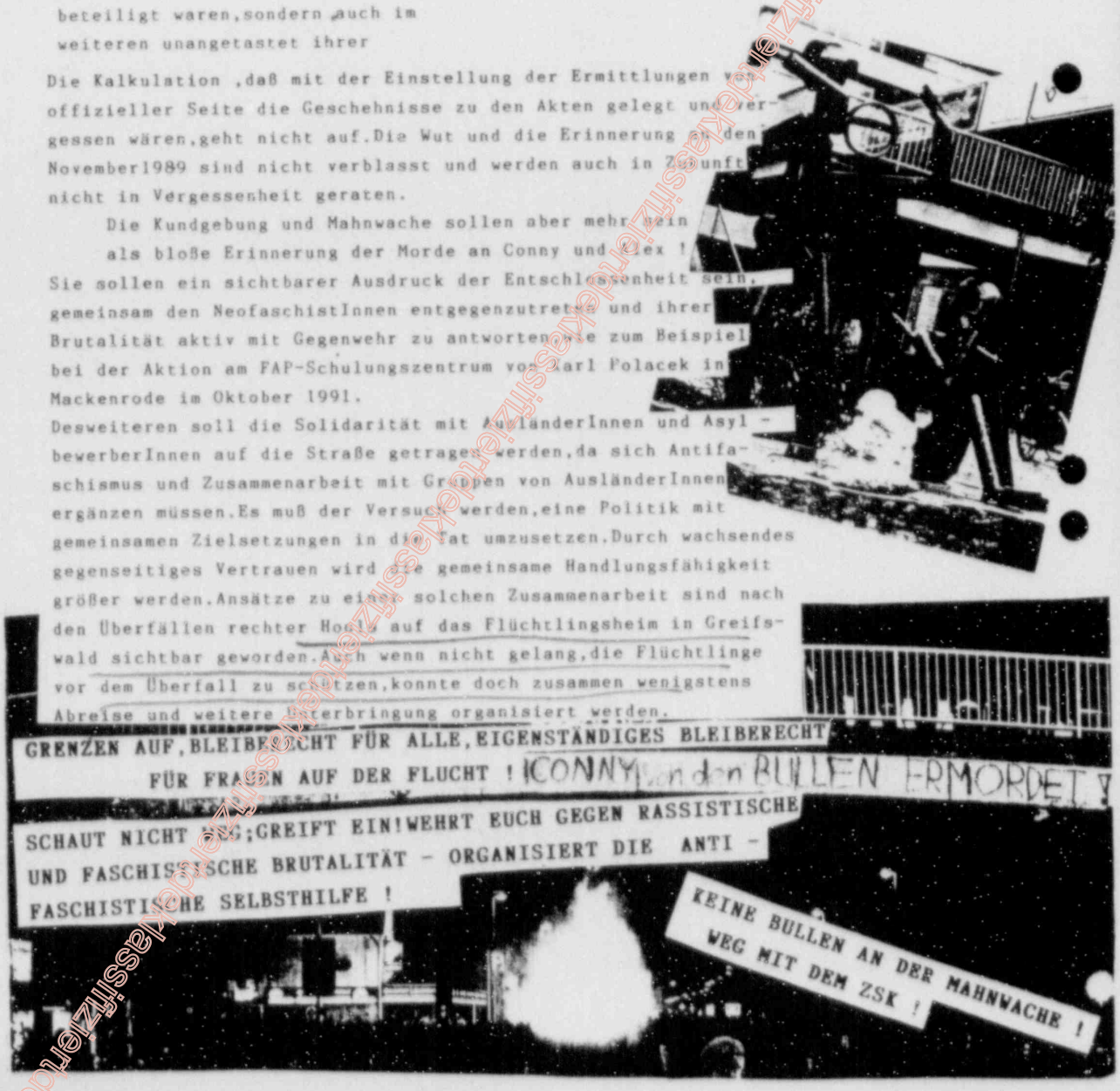
Die gegen Nazis stattfindenden Prozesse enden durchgehend mit mit Bewährungsstrafen oder Freisprüchen. Der blanke Hohn angesichts der vorgebrachten Anklagen.

Im Sommer 1991 werden endgültig die Ermittlungen,die die Umstände von Connys Tod klären sollten,ergebnislos eingestellt.Eine Reihe Widersprüche und Ungereimtheiten bleibt ungeklärt.Die Justiz hat offensichtlich kein Interesse daran,die Schuldigen zu benennen,geschweige denn,sie zu bestrafen.

Die Kalkulation ,daß mit der Einstellung der Ermittlungen von offizieller Seite die Geschehnisse zu den Akten gelegt und vergessen wären,geht nicht auf.Die Wut und die Erinnerung an den November1989 sind nicht verblasst und werden auch in Zukunft nicht in Vergessenheit geraten.

Die Kundgebung und Mahnwache sollen aber mehr sein als bloße Erinnerung der Morde an Conny und Alex ! Sie sollen ein sichtbarer Ausdruck der Entschlossenheit sein, gemeinsam den NeofaschistInnen entgegenzutreten und ihrer Brutalität aktiv mit Gegenwehr zu antworten,wie zum Beispiel bei der Aktion am FAP-Schulungszentrum von Karl Polacek in Mackenrode im Oktober 1991.

Desweiteren soll die Solidarität mit AusländerInnen und Asylbewerberinnen auf die Straße getragen werden,da sich Antifaschismus und Zusammenarbeit mit Gruppen von AusländerInnen ergänzen müssen.Es muß der Versuch werden,eine Politik mit gemeinsamen Zielsetzungen in die Tat umzusetzen.Durch wachsendes gegenseitiges Vertrauen wird die gemeinsame Handlungsfähigkeit größer werden.Ansätze zu einer solchen Zusammenarbeit sind nach den Überfällen rechter Horden auf das Flüchtlingsheim in Greifswald sichtbar geworden.Auch wenn nicht gelang,die Flüchtlinge vor dem Überfall zu schützen,konnte doch zusammen wenigstens Abreise und weitere Unterbringung organisiert werden.



dekassitzierbekassitzierbekassitzierbekassitzierbekass

D | M | V

[redacted]

nhnn

SOFORT

Ident-Nr.: 1064907

Fernschreibstelle BfV

zczc 423 vzvbu 181142

03479 18.NOV 91 12:05

Fs/FK | Kryptiert

Absender: CZ

Bietzahl:

+sss bubnim nr 3100 1811 1115=

[redacted]

bu

01 meckenheim bka

02 koeln bfv

he

03 wiesbaden bka=

Ident-Nr.: 1060950

--gest. von bonn bmi lz - i.a. matzerath--

sss nihnim nr 7556 1811 0949=

ni

01 verteiler 002

02 verteiler 006

bu

03 bonn bmi (fuer ''lb is'')=

-- auszugsweise wird das fs nr. 102 v. 17.11.91 des pa goettingen uebermittelt: --

-- zusatz fuer 01 und 02: --

info-fs

-- verlaufsbericht--

12989 12. 204

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX

(lage, anlasz)
demonstration und mahnwache anl. des zweiten jahrestages des todes der cornelia weszmann, sowie angekuendigtes autonomentreffen innerhalb einer antifaschistischen/antirassistischen woche

(zeit, dauer)
16.11.1991, 09.00 uhr bis 17.11.1991 06.00 uhr

(ort)
stadtgebiet goettingen

(einsatzverlauf)

einsatzphase roem 1 (16.11.91, 09.00 uhr bis 18.00 uhr)
aktivitaeten mit bezug zur mahnwache wurde nicht festgestellt. dasselbe gilt fuer das angekuendigte bundesweite autonomen-treffen.

einsatzphase roem 2 (16.11.91, 16.00 uhr bis 17.11.91, 06.00 uhr)
gegen 18.00 uhr versammelten sich ca. 700 personen, von denen ein groszteil aus dem juzi kam, zu der angekuendigten kundgebung auf dem markt. an der spitze des sich anschlieszend bildenden aufzuges dessen staerke sich auf ca. 1000 personen erhoehte, marschierten etwa 200 vermummte autonome, etwa 50 vermummte gingen am ende. die vermummten aufzugsteile wurden durch einsatzkraefte beidseitig begleitet.

noch vor erreichen der sogenannten ''mahnwache'' kam es zu einer ersten stoerung, als ein vermummter mit einer kleineren holzpalette, die von den autonomen teilweise wie schilde gehandhabt wurden, einen pkw beschaedigte. der schaediger wurde gegen den widerstand der ihn umgebenden autonomen vorlaeufig festgenommen. bei seiner durchsuchung wurden eine signalpistole und 1 praezisionsschleuder mit mehreren kieselsteinen vorgefunden. die ueberpruefung des festgenommenen, der nach ed-behandlung entlassen wurde, ergab eine einschlaegige vorbelastung.
in dieser phase wurde der gesamteinsatzleiter von einer groesseren gruppe der hiesigen initiative ''buerger gegen rechtsradikalismus und gewalt'' massiv wegen der bisherigen masznahmen bedraengt und zur unterlassung weiterer masznahmen aufgefordert.

declassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX

vorlage schlecht lesbar

nach erreichen der sogenannten ''mahnwache'' errichteten die demonstranten, die sich schnell auf 300 bis 400 reduzierten, nacheinander 4 offene feuer auf dem mittelstreifen der weender landstrasze, die weitraeumig abgesperrt worden war. eine durch die o.a. ''buerger gegen ...'' uebermittelte aufforderung, auf groeszere feuer zu verzichten, wurde trotz androhung polizeilicher masznahmen ignoriert. seit beginn der sogenannten ''mahnwache'' fuehrten demonstranten - teils unbeobachtet - umfangreiche schmierereien durch. einer der texte lautet:
'' ... bis das euch ein wildunfall ruft (ausrufez.)''
als demonstranten eine wand eines aldi-gebaeudes unter zu hilfe nahme einer langen leiter groszflaechig zu beschmieren begannen und die feuer bedenkliche ausmasze annahmen, entschlosz unterzeichner sich zum einschreiten.

die anrueckenden einsatzkraefte wurden mit einem massiven steinhagel empfangen, hierbei wurden 7 beamte verletzt (u.a. schulter- und gesichtsverletzung). daruberhinaus wurden die beamten mit signalmunition beschossen und mit brennendem holz angegriffen. an dieser stelle muszte die lage mit einem kurzen schlagstockeinsatz beruhigt werden. 2 personen wurden wegen des verdachts der koerperverletzung vorlaeufig festgenommen. eine aeltere lehrerin, die in dieser situation die einsatzkraefte aufhalten wollte und dabei eine durch einen schlagstock verursachte kopfplatzwunde erlitten haben will, ist vermutlich von einer flasche aus den reihen der autonomen getroffen worden.

im anschlusz an diese aktion wurden die demonstranten zum loeschen der gefaehrlich groszen feuer aufgefordert. da sie hierauf nicht reagierten loeschten zwei nachgefuehrte wasserwerfer die feuer ab. in diesem zusammenhang wurde ein reifen an einem einsatzfahrzeug zerstochen. auszerdem erfolgten hier 3 personalien feststellungen mit platzverweis und die sicherstellung einer weiteren praezisionsschleuder. auszerdem wurden schaeden an der verglasung eines buswartehaeuschens festgestellt.

die autonomen, die inzwischen eine ''telefonkette'' ausgeloest hatten und wieder auf ca. 400 personen angewachsen waren, formierten sich im anschlusz o.a. aktion zu einem mit seilen abgesicherten marschblock mit richtung innenstadt.

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

210

Vorlage schlecht lesbar

TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX TELEX

parallel zu diesen ereignissen griffen eine unbekannte anzahl von personen auf der buergerstrasze in hoehe des juzi verkehrsregelungskraefte mit steinen an und errichteten eine barrikade aus autoreifen und holz, die sie mit brandbeschleuniger uebergossen und anzuendeten. auch diese situation wurde durch einsatzkraefte bereinigt.

der o.a. marschblock verliesz die weender landstrasze von einsatzkraeften begleitet und gelangte durch die innenstadt gegen 23.50 uhr zum juzi. von gelegentlichen rempeleien abgesehen, kam es hierbei nicht zu stoerungen.

die autonomen versammelten sich im juzi und beschlossen am 17.11.91 um 17.00 uhr ein plenum durchzufuehren, sich um 19.00 uhr zu einer erneuten ''mahnwache'' zu treffen und bei dieser gelegenheit ein feuer auf der fahrbahn zu entfachen, um schaeden an der straszendecke herbeizufuehren. diese versammlung war um 02.00 uhr beendet.

gegen 04.00 uhr verursachten ca. 40 autonome in einem cafe in der juedenstrasze in erheblichem masze ruhestoerenden laerm. sie wurden durch einsatzkraefte wirksam zur ruhe ermahnt.

(verletzte)
beamte: 7 leicht verletzte
andere: mindestens 2 demonstrationsteilnehmer

(sachschaeden)
reifen an 2 einsatzfahrzeugen zerstochen
verglasung eines buswartehaeuschens beschaedigt
sachbeschaedigung an pkw
farbschmierereien weender landstrasze (fuszgaengerbruecke u. gebaeude iduna-zentrum.=

hannover lz, ia [redacted] 181191+

12989
12. 207

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

210

211

6.000 Berliner trauerten um Mete Eksi

Auf dem Trauermarsch für den ermordeten türkischen Abiturienten kam nicht viel Gefühl für Trauer auf / Schweigeminute für den Toten wurde für Attacken genutzt / Abendliche Krawalle in Kreuzberg

Aus Berlin Christian Arns

Zum Gedenken an den ermordeten Mete Eksi demonstrierten am Sonnabend sechstausend Ausländer und Deutsche.

Der Trauerzug zum Rathaus Schöneberg setzte sich vom Adenauerplatz aus gehend in Bewegung, wo der 19jährige Abiturient, Sohn türkischer Einwanderer, mit seinen Freunden am 27. Oktober von einer Gruppe Deutscher mit Baseballschlägern brutal zusammengeschlagen worden war. Vergangenen Mittwoch erlag Eksi im Krankenhaus nach dreiwöchiger Agonie seinen schweren Kopfverletzungen.

Keine Rücksicht auf die trauernde Familie

Die Demonstration begann wie ein Trauerzug. Hinter den Verwandten gingen die Demonstranten mit Bildern des Erschlagenen und Transparenten den Kurfürstendamm entlang. Viele Demonstranten waren Ausländer quer durch alle Generationen.

Obwohl die Veranstalter, der „Türkische Elternverein", 150 Ordnungskräfte gestellt hatten und immer wieder baten, mit Rücksicht auf die trauernde Familie keine Parolen zu rufen, schien schon nach einer halben Stunde diese Bitte vergessen. Eine kleine Gruppe türkischer Jugendlicher skandierte „Nazis raus". Deutsche Jugendliche schlossen sich ihnen an. Nachdem Böllerreifen mit Polizeibeamten war es mit der Sensibilität vorbei. Die Polizei, mit 350 Mann im Einsatz, begleitete den Zug mit Mannschaftswagen und blitzendem Blaulicht, die Eltern mußten fortan ihrer Trauer neben einem Wasserwerfer Ausdruck verleihen. Zwölf Personen wurden festgenommen, als sie Steine warfen und mit Signalpistolen schossen.

In den für die Verwandten freigehaltenen Raum drangen trotz eindringlicher Bitten immer wieder deutsche Demonstranten ein, um der Schweigemarsch für Proteste zu nutzen.

Die von den Eltern erbetene Schweigeminute vor dem Rathaus Schöneberg nutzten etwa ein Dutzend Kids, Mannschaftswagen zu attackieren, die Reifen zu durchstechen und Polizisten mit Flaschen zu bewerfen. Die griffen massiv ein, was von der Menge als Provokation empfunden wurde. Zerbrochene Flaschen und andere Wurfgeschosse flogen über den Platz.

Weitgehend friedliche Demonstration

Nach der Abschlußkundgebung am Rathaus Schöneberg kam es am Abend erneut zu Krawallen im Berliner Bezirk Kreuzberg. Dreihundert überwiegend türkische Jugendliche schleuderten Steine und Flaschen auf die Polizei und verbrannten eine Fahne. Dabei nahm die Polizei wieder sieben Personen fest. Insgesamt wurden 22 Polizisten verletzt. Über die Anzahl der verletzten Demonstranten gibt es keine Angaben. Doch eine junge Frau, die gestürzt war, mußte wegen einer Kopfverletzung von einem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne kritisierte das „unsensible" Vorgehen der Polizei auf dem Trauermarsch. „Wer mit heulendem Martinshorn und gezogenem Knüppel die Familie des Verstorbenen begleitet, darf sich nicht wundern", sagte Pressesprecher Stephan Noe.

Die Polizei sprach von einer „weitgehend friedlichen Demonstration".



Blumen für den erschlagenen Mete Eksi — Foto: Heimann/GAFF

Aids-Tote durch verseuchte Medizin

Bonn (afp) — Durch Fahrlässigkeit von Ärzten und Behörden beim Umgang mit verseuchten Medikamenten sind laut 'Spiegel' in Deutschland mehrere hundert Bluterpatienten an Aids gestorben. Bis 1986 seien in der Bundesrepublik Aids-verseuchte Präparate gespritzt worden, die aus dem gemischten Blutverfahren der amerikanischer Spender gewonnen wurden, berichtet das Nachrichtenmagazin. Dabei seien Fachzeitschriften bereits seit 1983 vor dem hohen Infektionsrisiko gewarnt.

Dem Bericht zufolge sind mindestens 2.000 deutsche Bluterpatienten durch solche Präparate zur Gerinnungshemmung mit dem HIV-Virus infiziert worden. Außerdem seien 150 Personen an Aids erkrankt, die die größte Arzneimittelkatastrophe in der Geschichte der Bundesrepublik". Zwischen 4.000 und 5.000 Männer in der BRD leiden an der Bluterkrankheit, einem ererbten Mangel von Blutgerinnungsfaktoren. Frauen können daran nicht erkranken. Nach offiziellen Angaben des Bundesgesundheitsamtes sind bislang 180 Bluterpatienten an Aids gestorben. Dagegen schätzen Bluter-Verbände, daß bereits mindestens 400 Patienten der Immunschwächekrankheit zum Opfer gefallen sind. Maßnahmen zur Umstellung der Gerinnungspräparate seien „im Interesse der Pharmaindustrie jahrelang verschleppt" worden, so das Blatt weiter. Das Bundesgesundheitsamt habe ebenso wie die damalige Gesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) Warnungen abgewiegelt.

Süssmuth und Genscher verteidigen Weizsäckers Asyl-Äußerung

Bonn (afp) — Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) haben Kritik von CDU/CSU-Politikern an Äußerungen von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zur Asylpolitik zurückgewiesen. Süssmuth betonte am Sonntag in Bonn, gerade in solch zentralen Fragen wie der Asyl- und Flüchtlingsproblematik sei es sogar die Aufgabe des Bundespräsidenten, öffentlich Stellung zu beziehen. Zudem werde dies von den Bundesbürgern auch erwartet. Die Kritik an Weizsäckers Aussagen werde weder dem Amt noch der Person des Bundespräsidenten gerecht. Genscher bezeichnete es am Samstag auf dem schleswig-holsteinischen FDP-Landesparteitag in Damp als Weizsäckers Recht, in dieser Frage ein klärendes Wort zu sprechen. Der Bundespräsident hatte sich vor einer Woche für Einwanderungsquoten ausgesprochen und die Parteien aufgefordert, die Diskussion um das Asylrecht nicht zum Wahlkampf zu mißbrauchen. Zugleich vertrat er im Gegensatz zur CDU/CSU-Linie die Ansicht, daß eine Grundgesetzänderung im Asylrecht das Problem nicht löst. Die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach-Hermann warf Weizsäcker vor, mit seinem „undifferenzierten Rat" Öl ins Feuer der Diskussion gegossen zu haben. Der CSU-Abgeordnete Günther Müller hatte am Freitag den Rücktritt Weizsäckers verlangt.

Festnahmen bei Mahnwache für Conny

Massive Vorwürfe gegen die Polizei-Einsatzleitung

Aus Göttingen Reimar Paul

Im Anschluß an eine Mahnwache für die vor zwei Jahren bei einem umstrittenen Polizeieinsatz ums Leben gekommene Studentin Cornelia Wessmann, ist es in der Nacht zum Samstag in Göttingen erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Beim Einsatz eines Sondereinsatzkommandos wurden mindestens neun Demonstrantinnen verletzt, die Polizei nahm sechs Personen vorübergehend fest.

Mit einer Demonstration an der damaligen Unfallstelle hatten am frühen Abend etwa 1.200 Menschen friedlich an den Tod der Studentin erinnert. Sie versammelten sich auf der Fahrbahn, legten Blumensträuße nieder und entzündeten mehrere Feuer. Um „Fahrbahnsicherheit zu verhindern", rückten kurz vor Mitternacht mehrere Polizeiketten gegen die Mahnwache vor. Ohne Vorwarnung prügelten sie auf flüchtende oder schon am Boden liegende Kundgebungsteilnehmerinnen ein. Nach dieser Attacke flogen Steine und Feuerwerkskörper, und Wasserwerfer die Straßen frischten.

Am Sonntagnachmittag erhoben Mitglieder verschiedener Bürgerinitiativen massive Vorwürfe gegen die Einsatzleitung: Von Beginn an sei deren Taktik darauf angelegt gewesen, die Mahnwache „gewaltsam zu zerschlagen". Augenzeugen berichteten, in einem begegnenden Demonstrationen-Rucksack hätten Polizisten einen Krähenfuß versteckt, der Jackentasche eines Festgenommenen einen Stein deponiert. Vergeblich von einem Autoscooter geschädigtes Auto, so ein weiterer Zeuge, sei in Wirklichkeit von den Beamten eingetreten worden. Teilnehmerinnen der Mahnwache schilderten das Auftreten der Polizei als „ungeheuer aggressiv". Den Polizisten fehlte jede Scheu vor dem Schuß vorm Mund. Ein älterer Mann, der mit erhobenen Händen auf die Polizei zuging und nach einer Begründung des Einsatz fragte, wurde ebenso wie dem Schlagstock traktiert wie die Lehrerin, die um ein Gespräch mit dem Einsatzleiter nachsuchte.

Die Polizei gab demgegenüber an, die Beamtinnen seien „massiv mit Steinen, brennenden Balken und Feuerwerkskörpern angegriffen" worden. Aus Protest gegen den Polizeieinsatz riefen Organisationen zu einer weiteren Mahnwache für Sonntag abend auf.

Skins werfen Brandsatz auf Hochzeitsgäste

Ein türkischer Immigrant durch Messerstich schwer verletzt

Aus Hannover Jürgen Voges

Hannover (taz) — Mit einem Molotow-Cocktail haben Rechtsradikale in Salzgitter am Samstag abend in Salzgitter-Bad eine Hochzeitsfeier von Immigranten aus der Türkei angegriffen. Nach Darstellung der Kripo in Salzgitter zogen um 22 Uhr „etwa 50 Rechtsradikalen und Skinheads" vor das Gemeindehaus der evangelischen St.-Nicolai-Kirche, das das Brautpaar aus der Türkei für die seine Hochzeitfeier gemietet hatte. Dort schrieen die Rechtsradikalen ausländerfeindliche Parolen und warfen anschließend einen Molotow-Cocktail in eine Gruppe von Hochzeitsgästen, die aus dem Gemeindehaus herauskam. Der Benzinflasche, die anschließend vor dem Haus ausbrannte, hätten die Hochzeitsgäste glücklicherweise noch ausweichen können, sagte gestern ein Sprecher der Kripo.

Nach dem Brandanschlag liefen die Rechtsradikalen „sofort in verschiedene Richtungen davon". Auf dem Weg zum Bahnhof wurden zehn Minuten später 25 der Rechten von etwa genauso vielen männlichen Hochzeitsgästen eingeholt. Aus dieser Situation habe sich dann eine „Massenschlägerei" entwickelt, sagte der Polizeisprecher. Dabei sei ein Hochzeitsgast durch einen Messerstich in den Rücken schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt worden. Außerdem habe es sowohl unter den Skinheads als auch unter den Hochzeitsgästen mehrere Leichtverletzte gegeben. Die Polizei nahm nach der Schlägerei acht Rechtsradikale fest und hat inzwischen Ermittlungen wegen „Landfriedensbruch und schwerer Körperverletzung" aufgenommen. Wie die Kripo gestern weiter mitteilte, steht der Täter, der den Molotow-Cocktail geworfen hat, inzwischen fest. Als „schlimm, beschämend und niederschmetternd" bezeichnete gestern Pastor Alfred Kaufmann von der St.-Nicolai-Gemeinde den Angriff auf die Hochzeitsfeier. Bereits seit Monaten, so berichtete der Seelsorger, komme es in der Umgebung seiner Kirche immer wieder zu regelrechten Straßenkämpfen zwischen ehec Rechten und anderen Gruppen von Jugendlichen. In seinem Gemeindehaus seien schon immer alle Menschen unabhängig von ihrer Nationalität willkommen gewesen, und des werde natürlich so bleiben, sagte der Pastor. Die Bevölkerung fordere der Pastor auf, sich durch solche Ereignisse nicht einschüchtern zu lassen.

Hitlers unterirdisches KZ

Ein Bergwerk, in dem 60.000 KZ-Häftlinge Raketen bauen, soll aus historischen Gründen erhalten bleiben

Nordhausen (dpa) — Das Bergstollensystem nahe dem thüringischen Nordhausen, in dem Hitler einst seine „Wunderwaffen" V1 und V2 von Häftlingen produzieren ließ, soll vollständig erhalten bleiben.

Diese Empfehlung sprach die von der thüringer Regierung eingesetzte Historikerkommission nach einer Tagung in Nordhausen aus. Das vom Stuttgarter Geschichtsprofessor Eberhard Jäckel geleitete Gremium äußerte die Auffassung, daß die besondere historische Bedeutung des benachbarten ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora nur in Verbindung mit dem Stollensystem zu erfassen ist.

Im Gips-Bergwerk Kohnstein hatten die Nationalsozialisten von 1943 an ein unterirdisches Konzentrationslager eingerichtet. Häftlinge mußten in den Stollen die Fernraketen V1 und V2 bauen. Über 20.000 der 60.000 Häftlinge starben unter den Strapazen. Die Landesregierung hatte kürzlich beschlossen, daß das Stollensystem unter Schutz gestellt und der Gipsabbau in angemessener Entfernung mit bestimmten Auflagen fortgesetzt werde.

Derzeit ist das Stollensystem, das nach dem Krieg teilweise gesprengt wurde, für Besucher nicht zugänglich. Die Kommission beriet auch über die Neugestaltung der Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar. Dabei solle sowohl an das NS-Konzentrationslager wie auch an das nach 1945 eingerichtete sowjetische Internierungslager erinnert werden.

Südwest-Grüne wollen an die Fleischtöpfe der Macht

Ravensburg (dpa) — Die baden-württembergischen Grünen sind grundsätzlich zu einer Regierungsbeteiligung nach der Landtagswahl am 5. April 1992 bereit. Ein Landesparteitag der Alternativen verabschiedete gestern in Ravensburg mit überraschend deutlicher Mehrheit eine Wahlaussage, wonach für die Grünen sowohl eine rot-grüne als auch eine Ampel-Koalition (SPD, FDP, Grüne) möglich ist. Eine grüne Regierungsbeteiligung „um jeden Preis" soll es nicht geben, sondern an die Verwirklichung eines klaren Reformprogramms gebunden sein. Die FDP erteilte in einer ersten Reaktion „Koalitionsspekulationen" der Südwest-Grünen eine Absage.

Nach heftigen Auseinandersetzungen über die Ampel-Koalition, die vom linken Parteiflügel entschieden abgelehnt worden war, hatten die rund 200 Delegierten bei nur wenigen Gegenstimmen den Antrag des Landtagsabgeordneten Reinhard Bütikofer angenommen. Sprecher des linken Flügels warfen den Befürwortern eines Offenhaltens der Koalitionsfrage vor, grüne Grundprinzipien zu verraten. Die Tübinger Landtagskandidatin Monika Schnattinger sprach von „Wegwerf-Grünen", die möglicherweise sogar bereit wären, selbst mit der CDU zu koalieren und den „Weichspüler" zu machen. Der realpolitische Flügel der Südwest-Grünen setzte sich auch beim Wahlprogramm in bislang heiß umstrittenen Fragen durch. Sozialdemokratisierten die Grünen in ihrem mit großer Mehrheit verabschiedeten Wahlprogramm ihre Bereitschaft, eine Fristenregelung bei der Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 zu unterstützen. Eine Fristenregelung sei „ein Schritt in die richtige Richtung". Zugleich wird die grundsätzliche Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 beibehalten.

Schwere Zeit für rot-gelb-grün

Bremer Ampelverhandlungen kommen nicht von der Stelle

Aus Bremen Holger Bruns-Kösters

Die Verhandlungen um die Bildung der neuen Bremer Landesregierungen kommen nicht so recht voran. Nachdem SPD, Grüne und FDP drei Tage in Cuxhaven versucht hatten, sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zu verständigen, wurde gestern nachmittag die bereits angekündigte Pressekonferenz wieder abgesagt.

Öffentliche Erklärungen zum Stand der Verhandlungen, so die Verabredung, sollen unterbleiben. Die Konfliktlinien jedoch sind klar: Alle drei Parteien stehen unter einem erheblichen öffentlichen Druck ihrer Klientel. Den Grünen wurde von Umweltschützern bereits „Verrat" vorgeworfen, weil sie angeblich der ökologisch problematischen Vertiefung der Außenweser zugestimmt haben sollen.

Auf dieser Vertiefung besteht die FDP, die der Handelskammer und der Häfenwirtschaft beweisen muß, daß sie deren Interessen schlagkräftig vertritt. Die Sozialdemokraten stimmen nach Auskunft eines Verhandlungsteilnehmers „jedem Konsens" zu, haben aber er ein gravierendes Problem. Die FDP fordert die Wiedereinführung von Gymnasien in Bremen.

Damit wäre ein Herzstück sozialdemokratischer Bildungspolitik, die sogenannte integrative Stufenschule, gefährdet. Der frühere Bildungssenator Horst-Werner Franke hat Bürgermeister Klaus Wedemeier, der die FDP-Forderung mitträgt, deshalb bereits öffentlich „Verrat" vorgeworfen und damit die Stimmung der SPD-Bildungspolitiker schwer getroffen.

Gesucht wird jetzt in dieser Woche eine Paketlösung, die auch die Konflikte bei der Energie-, der Müll- und der Verkehrspolitik löst. Sollte dies gelingen, sieht den Verhandlungskommissionen noch ein Stück Schwerarbeit bevor. Denn erst ganz zuletzt sollen die inhaltlichen Verabredungen auf ihre Finanzierbarkeit überprüft werden.

Der Terminplan steht nach wie vor. Am 11. Dezember soll die neue Landesregierung Bremens gewählt werden.

211

Vorlage schlecht lesbar

6

. Brandstifter legten Feuer in Bettenfabrik =

Hannover (dpa) - Brandstifter haben vermutlich das Feuer in einer Bettenfabrik in Hannover-Marienwerder (Niedersachsen) gelegt. Wie die Polizei am Freitag in Hannover mitteilte, gehen die Ermittler von Brandstiftung aus. Bei dem Feuer war am Donnerstag nachmittag ein Schaden von rund 40 Millionen Mark entstanden. Die Brandausbruchsstelle konnte nach Polizeiangaben noch nicht lokalisiert werden. Das Unternehmen ist bereits zum dritten Mal in diesem Jahr von einem Großbrand betroffen. Es entstand jeweils Schaden in mehrfacher Millionenhöhe.
dpa cf
151702 Nov 91 nnnn

Protest gegen Göttinger Polizeieinsatz =

Göttingen (dpa) - Rund 600 Menschen haben sich am Sonntag abend in Göttingen versammelt, um gegen den Polizeieinsatz des Vortages bei einer Mahnwache für die vor zwei Jahren ums Leben gekommene Studentin Cornelia Wessmann zu protestieren. Die Demonstranten werfen der Polizei vor, bewußt Auseinandersetzungen provoziert zu haben. Nach Angaben der Organisatoren der Mahnwache hat die Polizei „gezielt nach Anlässen gesucht, um die Mahnwache abzuräumen". Sie habe mehrmals Kundgebungsteilnehmer provoziert. Ein Polizeisprecher sagte dazu am Sonntag auf Anfrage, die Vorwürfe würden geprüft.

Am Samstag abend hatten sich rund 700 Menschen am Rande der Göttinger Innenstadt versammelt, um der im Verlauf einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremen und Polizei bei einem Verkehrsunfall getöteten Studentin zu gedenken. Sieben Polizeibeamte und acht Demonstranten wurden verletzt, als die Polizei um Mitternacht gegen die Mahnwache vorging. Die Beamten sollten, so ein Sprecher der Einsatzzentrale, „Schmierereien" an der Fassade eines Supermarktes verhindern.
dpa mm
172035 Nov 91 nnnn

Frankfurter Rundschau 18. Nov.

Mahnwache aufgelöst

sp HANNOVER, 17. November. Die Göttinger Polizei hat in der Nacht zum Sonntag an der Straßenkreuzung, wo vor zwei Jahren die Studentin Cornelia Wessmann bei einem Polizeieinsatz ums Leben gekommen war, eine Mahnwache von etwa 400 jungen Demonstranten gewaltsam aufgelöst. Am Nachmittag hatten zunächst rund 1000 Studenten und Mitglieder der örtlichen Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus und Gewalt an einer Kundgebung teilgenommen und bisher unterbliebene Konsequenzen im Polizeiapparat eingefordert. Am Abend malten einzelne Studenten Parolen an eine Fußgängerbrücke und ein Geschäftshaus. Außerdem beanstandete die Polizei vier kleine Feuer, an denen sich die Teilnehmer der Mahnwache aufwärmten.

Als kurz vor Mitternacht ein großes Polizeiaufgebot mit Wasserwerfern die Demonstranten umringte, flogen den Beamten aus einer kleinen Gruppe Steine entgegen. Mit Knüppeleinsatz wurde der Platz geräumt.

Sprecher der Bürgerinitiative berichteten am Sonntag über Provokationen der Polizei. So hätten mehrere Zeugen gesehen, daß Beamte einen Krähenfuß in einen Rucksack eines Demonstranten gesteckt und den Rucksack dann als Beweisstück mitgenommen hätten. Einer Demonstrantin — so wurde behauptet — habe ein Beamter einen Stein mit den Worten „für später" in die Tasche gesteckt.

TELEX 12989 12. 209

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

213

Festnahmen bei Mahnwache für Conny

Massive Vorwürfe gegen die Polizei-Einsatzleitung

Aus Göttingen Reimar Paul

Im Anschluß an eine Mahnwache für die vor zwei Jahren bei einem umstrittenen Polizeieinsatz ums Leben gekommene Studentin Cornelia Wessmann, ist es in der Nacht zum Sonntag in Göttingen erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Beim Einsatz eines Sondereinsatzkommandos wurden mindestens neun DemonstrantInnen verletzt, die Polizei nahm sechs Personen vorübergehend fest.

Mit einer Demonstration an der damaligen Unfallstelle hatten am frühen Abend etwa 1.200 Menschen friedlich an den Tod der Studentin erinnert. Sie versammelten sich auf der Fahrbahn, legten Blumensträuße nieder und entzündeten mehrere Feuer. Um „Farbschmierereien zu verhindern", rückten kurz vor Mitternacht mehrere Polizeiketten gegen die Mahnwache vor. Ohne Vorwarnung prügelten sie auf flüchtende oder schon am Boden liegende KundgebungsteilnehmerInnen ein, erst nach dieser Attacke flogen einige Steine und Feuerwerkskörper, während Wasserwerfer die Flammen löschten.

Am Sonntagnachmittag erhoben Mitglieder verschiedener Bürgerini- tiativen massive Vorwürfe gegen die Einsatzleitung: Von Beginn an sei deren Taktik darauf angelegt gewesen, die Mahnwache „gewaltsam zu zerschlagen". Augenzeugen berichteten, in einem liegengelassenen Demonstranten-Rucksack hätten Polizisten einen Krähenfuß versteckt, in der Jackentasche eines Festgenommenen einen Stein deponiert. Ein angeblich von einem Autonomen beschädigtes Auto, so ein anderer Zeuge, sei in Wirklichkeit zuvor von Beamten eingetreten worden. TeilnehmerInnen der Mahnwache schilderten das Auftreten der Polizei als „ungeheuer aggressiv. Den Polizisten fehlte nur noch der Schaum vorm Mund." Ein älterer Mann, der mit erhobenen Händen auf die Polizei zuging und nach einer Begründung für den Einsatz fragte, wurde ebenso mit dem Schlagstock traktiert wie eine Lehrerin, die um ein Gespräch mit dem Einsatzleiter nachsuchte.

Die Polizei sah demgegenüber an, die Beamtinnen seien „massiv mit Steinen, brennenden Balken und Feuerwerkskörpern angegriffen" worden. Aus Protest gegen den Polizeieinsatz riefen Organisationen zu einer weiteren Mahnwache für Sonnabend auf.

Skins werf… auf Hochze…

Ein türkischer Immigrant …

Aus Hannover Jürgen Voss

Hannover (taz) — Mit einem Mo- tow-Cocktail haben Rechtsradika… am Samstag abend in Burgdorf-Ei… eine Hochzeitfeier von Immigrant… aus der Türkei angegriffen. Na… Darstellung der Kripo in Salzgit… zogen um 22 Uhr „etwa 50 Rechtsr… dikalen oder Skinheads" vor das G… meindehaus der evangelischen St… Nicolaikirche, das das Brautpa… aus der Türkei für die seine Hoc… zeitsfeier gemietet hatte. De… waren die Rechtsradikalen ausli… derfeindliche Parolen und warfen a… schließend einen Molotow-Cockt… in eine Gruppe von Hochzeitgäste… die aus dem Gemeindehaus heraus… kam. Der Benzinflasche, die n… schließend vor dem Haus au… brannte, hätten die Hochzeitsgä… glücklicherweise noch ausweich… können, sagte gestern ein Sprech… der Kripo.

Nach dem Brandanschlag lief… die Rechtsradikalen „sofort in ve… schiedene Richtungen davon". A… dem Weg zum Bahnhof wurden zeh… Minuten später 25 der Rechten v… etwa genauso vielen männlich… Hochzeitsgästen eingeholt. Aus di… ser Situation habe sich dann ei… „Massenschlägerei" entwickel…

Schwere Zeit für rot-gelb-gr…

Bremer Ampelverhandlungen kommen nicht von der Stelle

Aus Bremen Holger Bruns-Köster

Die Verhandlungen um die Bildung einer neuen Bremer Landesregierungen kommen nicht so recht voran. Nachdem SPD, Grüne und FDP drei Tage in Cuxhaven versucht hatten, sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zu verständigen, wurde gestern nachmittag die bereits angekündigte Pressekonferenz wieder abgesagt.

Öffentliche Erklärungen zum Stand der Verhandlungen, so die Verabredung, sollen unterbleiben. Die Konfliktlinien jedoch sind klar: Alle drei Parteien stehen unter einem erheblichen öffentlichen Druck ihrer Klientel. Den Grünen wurde von Umweltschützern bereits „Verrat" vorgeworfen, weil sie angeblich der ökologisch problematischen Vertiefung der Außenweser zugestimmt haben sollen.

Auf dieser Vertiefung besteht die FDP, die der Handelskammer und der Häfenwirtschaft beweisen muß, daß sie deren Interessen schlagkräftig vertritt. Die Sozialdemokraten stimmen nach Auskunft eines Verhandlungsteilnehmers „jedem Ku… sens" zu, haben aber ein gravi… rendes Problem. Die FDP fordert d… Wiedereinführung von Gymnasi… in Bremen.

Damit wäre ein Herzstück sozia… demokratischer Bildungspolitik, d… sogenannte integrative Stufe… schule, gefährdet. Der frühere Bi… dungssenator Horst-Werner Fran… hat Bürgermeister Klaus Wed… meier, der die FDP-Forderung mi… trägt, deshalb bereits öffentlic… „Verrat" vorgeworfen und damit d… Stimmung der SPD-Bildungspoli…

213

AM 21.11.1991 GING BEI DEN ''WUPPERNACHRICHTEN'' DAS

D | V

Ident-Nr.: 1066924

SOFORT

NNNN

[redacted]

ZCZC 629 VZVBU 221047

Ident-Nr.: 1062609

+SSS BUBNIM NR 410 2211 1046=

[redacted]

BY
01 MUENCHEN IM
02 MUENCHEN GSK SUED
03 MUENCHEN GPP (E 32)
BW
04 STUTTGART IM
05 KARLSRUHE GBA
HE
06 WIESBADEN IM
07 WIESBADEN BKA
08 KASSEL GSK MITTE
NI
09 HANNOVER IM
10 HANNOVER GSK NORD
SH
11 KIEL IM
12 BAD BRAMSTEDT GSK KUESTE
13 LUEBECK GS-SCHULE
NW
14 DUESSELDORF IM
15 MUENSTER PFA
RP
16 MAINZ IM
SL
17 SAARBRUECKEN IM
HB

12989 12 211

1/ [illegible] 2.12.91
2/ [illegible] 1A 101
3/ [illegible] 1A 56 [illegible]
[redacted] Abl. Ziffer 1.1.2/[illegible]
4/ [illegible] 1A 63 [illegible] 12/12

TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX BLANC NEIGE TELEX SCHNEEWEISS TELEX SNOW WHITE TELEX SNEEW

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

SCHADEN.

QUELLEN: ZUSTAENDIGE BEHOERDEN

1.1.2
WUPPERTAL, EINGANG EINES SELBSTBEZICHTIGUNGSSCHREIBENS ZU SACHBESCHAEDIGUNGEN AN WOHNHAEUSERN LEITENDER KOMMUNALBEAMTER (S. LB. VOM 20.11.1991, ZIFF. 1.1.4)
AM 21.11.1991 GING BEI DEN ''WUPPERNACHRICHTEN'' DAS SELBSTBEZICHTIGUNGSSCHREIBEN ''AUTONOMER GENOSSINNEN UND GENOSSEN VON CONNY WESSMANN, WUPPERTAL'' EIN.

IN DEM SCHREIBEN HEISST ES, DASS DIE BETROFFENEN DURCH DIE SACHBESCHAEDIGUNGEN ''ZUR RECHENSCHAFT'' GEZOGEN WORDEN SEIEN. IN DER BEZICHTIGUNG WERDEN AUSSERDEM DER JAHRESTAG DES TODES DER STUDENTIN WESSMANN, DER AM 13.11.1991 IN BERLIN VERSTORBENE TUERKE METE EKSI SOWIE EIN SPRENGSTOFFANSCHLAG DER ''RZ'' AM 22.08.1991 AUF DIE AUSLAENDERMELDESTELLE DER STADT BOEBLINGEN UND DER SPRENGSTOFFANSCHLAG DER ''REVOLUTIONAERE ANTIRASSISTISCHE AKTION'' (RARA) AM 13.11.1991 AUF DAS NIEDERLAENDISCHE INNENMINISTERIUM ERWAEHNT.
QUELLE: PP WUPPERTAL

1.2 KUNDGEBUNGEN UND DEMONSTRATIONEN

1.2.1
MARBURG/HE, KONFERENZ DER ANTI-AKW-AKTIVISTINNEN MIT BUNDESWEITER BETEILIGUNG
VOM 22.11. BIS 24.11.1991 FINDET IN DER EVANGELISCHEN STUDENTENGEMEINDE (ESG) EINE BUNDESWEITE KONFERENZ STATT. VERANTWORTLICH FUER DIE ORGANISATION ZEICHNET DIE ''BIGAM'' (BUERGERINITIATIVE GEGEN ATOMANLAGEN MARBURG).
THEMA: EINSCHAETZUNG DER AKTUELLEN SITUATION DER BEWEGUNG.
QUELLE: KK MARBURG

1.2.2
AACHEN, GEDENKFEIER FUER DIE KRIEGSTOTEN DER STADT AACHEN
AM 24.11.1991 WIRD DIE ''ARBEITSGEMEINSCHAFT SOLDATISCHER VERBAENDE AACHEN'' (AGSV) AM EHRENMAL DER STADT EINE GEDENKFEIER FUER DIE KRIEGSTOTEN DURCHFUEHREN.
DIE AUTONOME SZENE AACHENS HAT EBENFALLS ZU KUNDGEBUNGEN AM GLEICHEN VERANSTALTUNGSORT AUFGERUFEN. IN DEN VERGANGENEN JAHREN WAR ES JEWEILS ZU MASSIVEN STOERUNGEN DER AGSV-VERANSTALTUNG GEKOMMEN.
QUELLE: PP AACHEN

12989 12. 212

TELEX SNEEUWWIT TELEX SNOW WHITE TELEX SCHNEEWEISS TELEX BLANC NEIGE

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

Ident-Nr.: .....

1128243

Köln, den D M V

aus

III/[redacted]

Betreff: Göt

hier: "Göttinger Drucksache" Nr. 8.. v. 16.10

aus: Az. des BfV:
Nachrichtengeber, Datum, Az. des Nachrichtengebers:

[redacted]

Verfügung

40

(1) Reg. III bitte buchen

( ) Auskünfte PZD/P1/ZOV

Ident-Nr.: 1129576 1) R

( ) Schreiben an
( ) Schreiben an

2. z.d.A. 30/X

(2) Ablichtung für ges. [redacted]

( ) Sachindex

(3) UR an III/C56 - s. Anz

(4) UR an III 1252/0 - "

(5) UR an III 1233

(6) UR an Abt V - S.2

(7) UR an II - s. Anz.

(8) UR an III/C500 s. Anz

(9) UR an III A436 - s. S.2

(10) UR an III A2 - S.3

( ) UR an

( ) WV

(11) z.d.A. 27/10

12989 12 214

deklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklassifiziertdeklas

göttinger Drucksache

wöchentliches Stadtinfo erscheint freitags

Nr. 81 ★ 16.10.1992

Goldbarren gegen Holzperlen!

Antikolonialistischer Rundgang durch Göttingen

(Red). Am 12. Oktober jährte sich zum 500. Mal die Landung der spanischen Eroberer auf dem amerikanischen Kontinent. Am Montag fand ein vom Forum 500 Jahre organisierter antikolonialistischer Stadtrundgang statt, der aufzeigte, auf welche Arten wir täglich von der Ausbeutung der Menschen im Trikont (Lateinamerika, Afrika, Asien) profitieren.

Ein Wagen, in dem ein feist grinsender lateinamerikanischer General stand, wurde von IndígenAs durch die Innenstadt gezogen. VertreterInnen von Kapital und Kirche wurden an den Orten, wo sie ihre Berufung sehen, abgeholt und stiegen zum General dazu, der wiederum ungeduldig die ziehenden Menschen antrieb. Ein Versuch der IndígenAs, sich zu befreien, wurde mit Waffengewalt niedergeschlagen. Während einige der etwa 80 StadtrundgängerInnen versuchten, den Unterdrückten zu helfen, stand der Rest drumrum und sah zu, wie die IndígenAs schließlich in Ketten gelegt wurden.

An insgesamt acht repräsentative Stationen in der Göttinger Innenstadt wurde Halt gemacht und in sehr informativen, teils etwas langen Redebeiträgen auf den Anteil, den diese Läden, Institutionen und Konzerne an der Unterdrückung der Menschen im Trikont haben, hingewiesen. Die Apotheke stand für die Art, mit der die Pharmakonzerne ihre finanziellen Interessen ohne Berücksichtigung der Risiken ihrer Produkte und der Bedürfnisse der Menschen im Trikont durchsetzen; das Gesundheitsamt bzw. die Humangenetische Beratungsstelle in der Goßlerstraße, deren Ziel die Selektion von "reinem" Erbgut ist, repräsentierten die von der sogenannten ersten Welt verfolgte Bevölkerungspolitik, an deren Durchführung die Trikont-Länder meist gebunden sind, wollen sie Kredite von IWF und Weltbank erhalten. Ein Redebeitrag an einem Reisebüro ging auf den europäischen Sextourismus ein, den ReiseveranstalterInnen von TUI bis Neckermann den HERRMEN der Schöpfung verkaufen. Weitere Beiträge gab es zu den Themen Babynahrung/Nestlé, Kaffee, katholische Kirche und finanzielle Abhängigkeit im allgemeinen.

Nach etwa 2 Stunden endete der Rundgang am Liesel. Der Aufstand war niedergeschlagen worden; die Goldbarren, die einige VertreterInnen der indigenen Völker zu Beginn bei sich hatten und die die KapitalistInnen schnell im Tausch gegen Holzperlen an sich rissen, blieben im Besitz der Mächtigen. Weitere Holzperlen wurden am Ende an die TeilnehmerInnen verteilt, mit dem Vorschlag, sich selbst einmal als Ausbeuter/innen zu versuchen. Achtung! Mit unlauteren Angeboten ist zu rechnen!

Letzte Mahnwache am 17.10.

(Üny). Am 17.11.89 kam es in der Göttinger Innenstadt zu einer Auseinandersetzung zwischen Nazi-Skins und AntifaschistInnen. Hiervon informiert, eilten Conny und einige andere hinzu, trafen jedoch erst ein, als die Auseinandersetzung bereits beendet war. Nun von den Bullen verfolgt, wurde die Gruppe durch die Innenstadt getrieben. Nach dem allseits bekannten Bullenanspruch "Sollen wir sie plattmachen" - "Ja!", wurde Conny auf die zu dem Zeitpunkt von Bullen besetzte Weender Landstraße gejagt. Ein Bullenwagen stoppte und die Bullen rannten knüppelschwingend und mit Einsatz von CS-Gas auf Conny zu, die ohne sichere Fluchtmöglichkeit über die Straße rennen wollte. Sie wurde von einem Auto erfaßt und starb auf der Straße.

Seitdem fand regelmäßig an ihrem Todestag vor dem Idunazentrum eine Mahnwache statt. Wir wollten an Connys Tod und deren Umstände erinnern. Wir wollten darauf aufmerksam machen, daß Zusammenhänge bestehen zwischen dem FaschistInnenterror auf der Straße und dem Prinzip der Bullereidulljöh, Faschos aus der Stadt zu geleiten und uns zu jagen. Die Mahnwachen sollten ein Störfaktor sein, der dementsprechend oft von den BullEtten gestört wurde. Immer wieder gab es Versuche, Einzelne herauszugreifen und die Mahnwachen zu beenden.

Leider kamen immer weniger...

Der FaschistInnenterror ging und geht immer weiter. Er gipfelte in der Ermordung von Alexander Selchow in der Sylvesternacht 1990. Angriffe auf Flüchtlingswohnheime und AusländerInnen in Form von Brandanschlägen (Hotel Astoria) und Mordversuchen (Thorsten Heise versuchte, einen Libanesen zu überfahren; er konnte sich gerade noch mit einem Sprung zur Seite retten) sind in Göttingen und anderswo zur Normalität geworden.

Conny gehörte zu jenen, die sich das nicht länger gefallen lassen wollte und versuchte, aktiv gegen den Faschismus vorzugehen. Auch wir müssen uns erneut überlegen, wie wir den FaschistInnen begegnen wollen. Es genügt offensichtlich nicht, sich auf die Verteidigung gegen die FaschistInnen zu beschränken, sondern der erste Schritt für uns muß sein, sie rigoros aus der Stadt zu vertreiben!!!

Strolch K. Membert

LETZTE MAHNWACHE

Aufgrund der ständig sinkenden Beteiligung und um die monatliche Mahnwache nicht zu einem Ritual verkommen zu lassen, halten wir am 17.10.92 ab 19.00 Uhr die vorläufig letzte Mahnwache ab. Kommt zahlreich. Am 17.11. wird eine große Demo stattfinden.

Termine

Freitag, 16.10.92
ErstsemesterInnenparty der Mensura im JuZI, Bürgerstr. 41

Samstag, 17.10. bis Sonntag, 18.10.92
Selbstverteidungs- und Selbstbehauptungskurs für Mädchen (von 12-15 Jahren) Anmeldung: Tel. 91742.

Samstag, 17.10.92
Bundesweite Demo gegen das geplante Endlager "Schacht Konrad" in Salzgitter. Infos: AG "Schacht Konrad", Tel. 0531-378 121/122.

9.00 Uhr: *Zucker, Weltmarkt und EG.* Tagesseminar mit der Referentin C. Grözinger. Veranstalterin: GEPA, Tel.: 23218.

19.00 Uhr: Mahnwache wegen des Mordes an Conny

22.00 Uhr: *AntifaJugendParty* mit HipHop/HC Rap/Techno

Sonntag, 19.10.92
19.00 Uhr: *Der Kampf um Befreiung.* Veranstaltung mit Juan Carlos von Radio Farabundo Marti, El Salvador im Theaterkeller, Geismar-LandStr.19.

20.15 Uhr: *Als Vater präsent sein! Bloß wie?* Väterforum im Männerbüro, Groner Tor Straße 16.

Dienstag, 20.10. bis 7.11.92
Töchter Amerikas - Frauen in El Salvador. Photoausstellung im Lumière über die verschiedenen Lebens-, Arbeits- und Widerstandsformen von Frauen in Segundo Montes, einer Rücksiedlungsgemeinschaft in der Provinz Morazan. Bei der Eröffnung wird auch Maria Mejia von Radio Venceremos anwesend sein. Veranstalterin: AK "Frauen in Lateinamerika"

Mittwoch, 21.10.92
20.00 Uhr: *500 Jahre Einsamkeit.* Lesung und Musik von Grupo Sal Aula der PH, Waldweg 26.

20.00 Uhr: *Hau ab du Angst.* Theaterstück gegen sexuellen Mißbrauch an Mädchen. Lumiere, Geismar Landstr. 19

Donnerstag, 22.10.92
10.00 Uhr: *Hau ab du Angst* (siehe Mittwoch). Für Kinder in betreuten Gruppen.

17.00 Uhr: *Afghanistan: Die Russen sind weg, der Krieg geht weiter.* Veranstaltung des AK Asyl. KSG, Kurze Str. 13.

20.00 Uhr: *Der alltägliche Vernichtungskrieg.* Bericht über eine Delegationsreise im Juni 1992 nach Kurdistan / Türkei, im Theaterkeller, GeismarLandStr.19. Veranstalterin: AG Kurdistan

Samstag, 24.10.92
21.30 Uhr: Videofilm über El Salvador nach dem Friedensabkommen im Januar 1992 im JuZI, Bürgerstr.41
anschließend: El Salvador-Soli-Party im JuZI, Bürgerstr.41

Stoppt das Atomprogramm!

Schacht-Konrad-Demo am 17.Oktober
★ Karten im Buchladen Rote Straße

deklassifiziert.blogsport.de/deklassifizierteakten.wordpress.com/deklassifiziertedekas